

**Zeitschrift:** Neujahrsblatt / Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel  
**Herausgeber:** Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel  
**Band:** 195 (2017)

**Artikel:** Die GGG im 20. Jahrhundert : die Bedeutung der "Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige" im kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Basel  
**Autor:** Braunschweig, Sabine  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1006772>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 15.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



Sabine Braunschweig  
Die GGG im 20. Jahrhundert









Sabine Braunschweig  
Die GGG im 20. Jahrhundert

Die Bedeutung der «Gesellschaft für das Gute  
und Gemeinnützig» im  
kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Basel

195. Neujahrsblatt für das Jahr 2017  
Herausgegeben von der Gesellschaft für das Gute  
und Gemeinnützig Basel

Schwabe Verlag Basel



# Inhaltsverzeichnis

9	Zum Geleit
10	Vorwort
<hr/>	
13	Teil I: Die GGG als Verein
<hr/>	
14	Einleitung
<hr/>	
15	Vereinsgeschichte
15	Die GGG an der Landesausstellung in Bern von 1914
16	Statutenrevisionen 1916 und 1942
20	Reform der Geschäftspraxis
24	Mitgliederschwund in der Wirtschaftskrise
25	Das Verhältnis von GGG und Staat
28	Die erste Frau im Vorstand
31	Aufbruch in den 1960er Jahren
35	Öffentlichkeitsarbeit
38	Sekretariat
40	200 Jahre GGG
42	Der Reischacherhof
44	Weitere Jubiläumsaktivitäten
48	Gemeinnützigkeit im modernen Sozialstaat
52	Strukturelle und inhaltliche Änderungen
57	Professionelle Geschäftsstelle
59	Statutenrevisionen 1992 und 1996
64	Die erste Urabstimmung
66	GGG 2000
70	Freiwilligenarbeit
76	Die GGG im 21. Jahrhundert
<hr/>	
85	Teil II: Finanzentwicklung
<hr/>	
86	Einleitung
<hr/>	
87	Finanzierung
87	Schwankende Einnahmen
90	Einzugstätigkeit
<hr/>	



91	Spenden, Legate und Stiftungen
94	Staatliche Subventionen
95	Von der ZEK zur Sparkasse Basel
102	Verkauf der Sparkasse Basel an die RegioBank Baselland
107	Finanzierungsstiftung SKB 1809
108	Verhältnis von GGG und CMS
111	Ausblick
115	Teil III: Unter dem Patronat der GGG
116	Einleitung
118	Bilden und Fördern
118	GGG Kurse
121	GGG Stadtbibliothek Basel
124	Musik-Akademie Basel
128	Stiftung Institut für Sozialpädagogik und Sozialfürsorge
132	GGG educomm
135	Heilen und Helfen
135	Merian-Iselin-Spital, homöopathisches Spital
143	Basler Höhenklinik in Davos Dorf
148	Tagesheim Egliseholz
152	Krankenzimmer für Obdachlose
157	Beraten und Betreuen
157	Basler Lehrlingsheim
160	Basler Lehrtöchterheim
162	Vereinigung Ulme
163	Basler Freizeitaktion (BFA)
164	Stiftung «Jugendhaus in Basel»
168	Claragraben 123
177	GGG Ausländerberatung
183	Gestalten und Geniessen
183	Schwimm- und Badanstalten im Rhein
188	Schulgärten
191	Verein für Jugendherbergen
194	basel sinfonietta
198	Verwalten und Leiten
198	Patria
200	Ausblick: Agieren und Reagieren

209	Teil IV: Anhang
211 219 220	Chronologie Die Organisationen der GGG heute Mitgliederliste
223 223 223 223 223 223 224	Bibliografie Quellen Ungedruckte Quellen Gedruckte Quellen Mündliche Quellen Darstellungen Webseiten
225 227 230	Bildnachweis Personenregister Impressum



## Zum Geleit

Das Buch, das Sie in den Händen halten, enthält die Fortsetzung der Geschichte der Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige (GGG), die mit dem 193./194. Neujahrsblatt, einem von Sara Janner verfassten Doppelband, begonnen wurde und bis in die Anfänge des 20. Jahrhunderts führt. Sabine Braunschweig beschreibt nun den Werdegang der GGG durch das letzte Jahrhundert, durchleuchtet die Entwicklung der Finanzen und verfolgt die lange Debatte um die Professionalisierung dieses Vereins, der bis heute zum grossen Teil von Freiwilligen getragen wird. Porträts der ersten Frau im Vorstand wie auch anderer wichtiger Exponenten und Exponentinnen ergänzen die Darstellung. Ein Grossteil des Bandes ist den verschiedenen Tätigkeitsgebieten und dabei jeweils exemplarisch einigen GGG-Institutionen gewidmet.

Je näher an die Gegenwart sich eine Historikerin, ein Historiker bewegt, desto klarer werden die Vorstellungen, die die Leser und Leserinnen vom Inhalt haben. Da ist das Bewusstsein der Zeitzeugen, selbst Spezialisten für diese Epoche zu sein. Man weiss, wie es war, und damit steht der Historiker auf einem speziellen Prüfstand. Auch wird eine gewisse Nostalgie bedient; der Leser, die Leserin werden an Ereignisse erinnert, die sie miterlebt haben. Das Interesse ist von vorneherein vorhanden – vielleicht erkennt man sich selbst oder Bekannte in den Fotos wieder, oder man sucht die Organisationen, die man kennengelernt hat. Da eine Berücksichtigung aller Institutionen und Tätigkeitsbereiche der GGG jedoch unseren Rahmen bei weitem gesprengt hätte, kann es sein, dass Sie die eine oder andere Institution nicht finden, dafür können Sie Aspekte der GGG-Tätigkeit entdecken, von denen Sie bis jetzt nichts wussten.

Wir sind überzeugt, dass auch mit diesem Band eine gute Voraussetzung dafür geschaffen wird, dass sich eine neue Generation von Historikerinnen und Historikern der Geschichte der von der GGG übernommenen oder initiierten Projekte annimmt und sie weiter erforscht. Wir hoffen, dass dank der Grundlagenarbeit von Sara Janner und Sabine Braunschweig Darstellungen einiger wichtiger Organisationen der GGG angeregt werden, die bisher noch keine eigene Geschichte erhalten haben, denn, wie auch dieser Band zeigt, gibt es keinen Lebensbereich in der Stadt Basel, der nicht von den Akteuren der GGG betrachtet, diskutiert und beeinflusst worden ist.

Für die Kommission zum Neujahrsblatt  
Doris Tranter

## Vorwort

Das vorliegende Buch bildet den zweiten Band der Geschichte der GGG Basel. Im ersten Band «GGG 1777–1914» ging Sara Janner auf die Anfänge und die Entwicklung im 18. und 19. Jahrhundert ein und stellte sie in den Kontext der Basler Stadtgeschichte. Auch im 20. Jahrhundert spielt die Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige eine wichtige Rolle in der Stadt Basel. Die GGG gehört zu den grossen Organisationen, die Projekte im Bildungs-, Gesundheits-, Kultur- und Sozialbereich finanziell und materiell unterstützen. Manches Vorhaben konnte erst durch den finanziellen Beitrag der GGG realisiert werden.

Die GGG ist als Verein organisiert, der zwar seit 1990 eine professionelle Geschäftsstelle führt, aber nach wie vor nur dank dem ehrenamtlichen und freiwilligen Engagement zahlreicher Menschen in Basel funktioniert. Diese Vereinsgeschichte steht im Zentrum des ersten Teils. Wie hat sich der Verein entwickelt, wie hat sich seine Organisationsstruktur verändert, welche Themen standen im Fokus?

Der zweite Teil befasst sich mit der Finanzentwicklung, mit der Frage nach den Einnahmequellen, aus denen die GGG die finanziellen Ressourcen schöpft, um ihre Werke zu tragen und zu fördern. Eine solche Quelle war die Zinstragende Ersparniskasse, deren Fusion und Übernahme schliesslich zu der Stiftung SKB 1809 führte, die ein unverzichtbarer Grundstock für die GGG wurde. Schliesslich wird in diesem Teil auch das Verhältnis, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede von GGG und der Christoph Merian Stiftung, dem andern grossen Player in Basel, untersucht.

Wie breit das Tätigkeitsfeld der GGG ist, stellt der dritte Teil dar. Anhand von einigen unterstützten Institutionen, die die GGG in A-, B- und C-Organisationen gliedert, wird ersichtlich, auf welche Weise die GGG arbeitet. Mit welchen Kriterien nimmt sie Vereinigungen unter ihr Patronat, wie und warum entlässt sie sie wieder? Wer entscheidet darüber? Wie verliefen diese Prozesse? Einige Fallbeispiele aus den Bereichen Gesundheit, Soziales, Bildung und Kultur zeigen die grosse Vielfalt von Projekten, die dank der GGG gedeihen konnten.

Die gute Quellenlage gibt Antwort auf all diese Fragen, zwingt wegen der Fülle des Materials und der grossen Zahl der GGG-Organisationen aber auch zu einer Auswahl nach folgenden Kriterien: Die vorgestellten Organisationen stammen aus allen Bereichen der GGG, sie gehören seit langem oder erst seit jüngster Zeit zur GGG oder sie gehören nicht mehr zur GGG. Unter den ausgewählten Institutionen sind solche, die wir kaum



mit der GGG in Verbindung bringen, und solche, die für uns ganz klar die GGG ausmachen. Es wurden Organisationen ausgesucht, die während einer gewissen Zeit eine wichtige soziale Funktion im städtischen Alltag hatten, schliesslich aufgelöst wurden, und heute als Thema in neuer Form wieder an Bedeutung gewinnen.

Aus Platzgründen musste auf die ausführliche Darstellung der Entwicklung der jeweiligen Organisation verzichtet werden. Thematisiert wurden die Berührungspunkte mit der GGG bei der Entstehung und der allfälligen Auflösung im 20. Jahrhundert. Es bleibt zu hoffen, dass so wichtige und aktuelle Organisationen wie die GGG Voluntas, die GGG Alterssiedlung Bläsistift oder die GGG Kulturkick sowie zahlreiche ehemalige A- und heutige B- und C-Organisationen bald eine angemessene Darstellung erhalten.

Ihrer Bedeutung gemäss legte die GGG Wert auf die sorgfältige Archivierung ihrer Unterlagen.<sup>1</sup> Diese bilden heute die Grundlage des historischen Forschens und auch dieser Publikation. Es gehörte zur Funktion des Schreibers, die schriftlichen Dokumente zu ordnen, zu verzeichnen und im eigenen Archiv im Schmiedenhof abzulegen. Anfang des 20. Jahrhunderts wurde mit dem Staatsarchiv Basel-Stadt eine Vereinbarung für die Übernahme des GGG-Bestands abgeschlossen. Der Schreiber hatte nun, nach den Statuten von 1916, die Akten für die Aufbewahrung im Staatsarchiv zu erschliessen.

Das Staatsarchiv, das 1899 oberhalb des Rathauses an der Martinsgasse gebaut wurde, bewahrt nicht nur Akten aus der kantonalen Verwaltung auf, sondern übernimmt auch Bestände von privaten Organisationen und Institutionen, etwa den Interessensverbänden, Parteien oder Gewerkschaften, die in Basel eine gesellschaftspolitische Rolle spielen. Auch Privatnachsätze von Basler Familien oder Persönlichkeiten können dem Staatsarchiv übergeben werden.

Mit der Ablieferung an das Staatsarchiv zeigte sich die GGG bereit, Interessierten ihre Unterlagen unter gesetzlich festgehaltenen Bedingungen wie Einhaltung der Sperrfrist, Anonymisierung von Personendaten und weiteren Regelungen zugänglich zu machen. Mitte des 20. Jahrhunderts erfolgte die vorerst letzte Ablieferung in das Privatarchiv Nr. 146. Die revidierten Statuten von 1967 hielten neu fest, dass der Schreiber die Akten nicht mehr für die Abgabe ins Staatsarchiv, sondern für die Aufbewahrung im GGG-Sekretariat vorbereiten sollte. Als der Schmiedenhof im Jahr 2014 umgebaut wurde, kam das gesamte seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gesammelte Archivgut in den Keller eines GGG-eigenen Wohnhauses und wurde dort provisorisch erschlossen.<sup>2</sup>

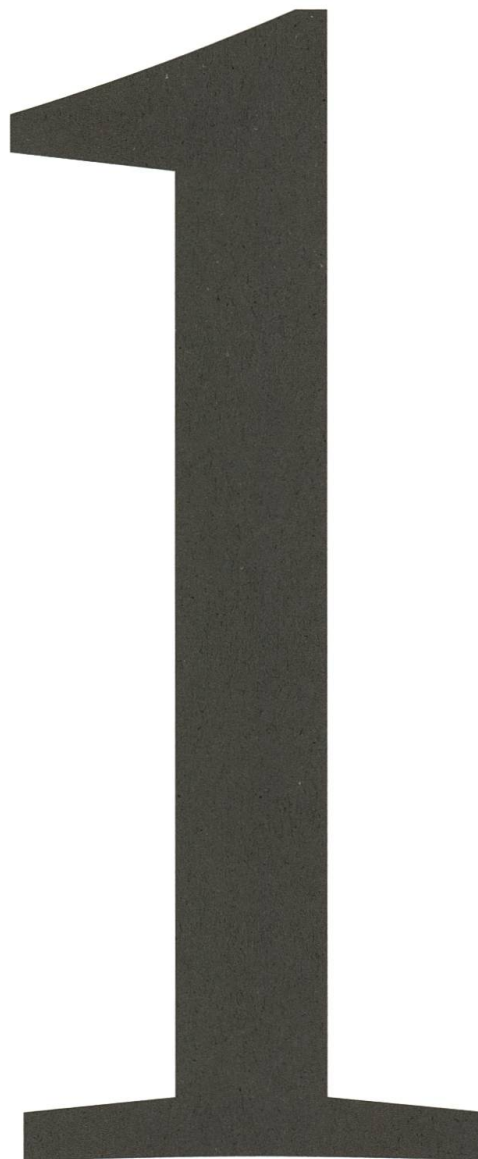
Ein Schwachpunkt der GGG-Archivführung ist das fehlende Bildmaterial. Die sprichwörtliche Bescheidenheit der Basler Bürger, die sich auch in der GGG engagierten, führte dazu, dass kaum Fotos aus dem früheren Organisationsalltag vorhanden sind. Nur ausnahmsweise wurde der Vorstand fotografiert. Es war nicht möglich, für die ehemaligen Exponenten

und Exponentinnen, die in kurzen Porträts vorgestellt werden, Bilder aus ihrer aktiven Zeit bei der GGG zu finden.

Mit der zunehmenden Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit hat sich dies in den letzten Jahren verändert. Die Mitglieder der GGG werden heute mit Texten und Bildern regelmässig über federführende Personen und wichtige Aktivitäten informiert.

Zahlreiche Menschen haben zum Gelingen dieses Buches beigetragen. Als erstes danke ich Sara Janner, mit der ich manch anregendes Gespräch führen konnte. Die Mitglieder der Neujahrsblattkommission, allen voran die Präsidentin Doris Tranter, gaben mir freie Hand und begleiteten mich wohlwollend. Danken möchte ich auch den ehemaligen und heutigen Exponentinnen und Exponenten der GGG, mit denen ich ausführliche Gespräche führen konnte. Zu Dank verpflichtet bin ich ganz besonders den Mitarbeitenden des Staatsarchivs Basel-Stadt und jenen der Kantonalen Denkmalpflege Basel-Stadt, des Schweizerischen Sozialarchivs, des Schweizerischen Wirtschaftsarchivs und der Universitätsbibliothek. Vertreterinnen und Vertreter verschiedener GGG-Organisationen gaben mir bereitwillig Informationen, lasen einzelne Unterkapitel und machten wichtige Anregungen und Ergänzungen. Ihnen wird bei den entsprechenden Texten namentlich gedankt.

Teil I:  
Die GGG als Verein





# Einleitung

Die GGG, die Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige, ist als Verein organisiert. In der Schweiz ist die Vereinsform für grosse und kleine Organisationen dank der günstigen rechtlichen Rahmenbedingungen verbreitet. Es besteht einerseits die verfassungsrechtlich garantierte Vereinigungsfreiheit und andererseits die Vereinsautonomie, die es einem Verein innerhalb bestimmter Regeln erlaubt, sich ohne behördliche Genehmigung eigene Statuten zu geben. Aus diesen Gründen nimmt das Vereinswesen einen hohen zivilgesellschaftlichen Stellenwert ein. Es gibt hier schätzungsweise 80 000 bis 100 000 Vereine.<sup>1</sup> Sie unterstützen das Gemeinwesen, organisieren Menschen mit spezifischen Interessen, leisten Integrationsarbeit und übernehmen zahlreiche Aufgaben der öffentlichen Hand. Rund 1,8 Millionen Freiwillige sind in Vereinen aktiv, von diesen sind vermutlich etwa 900 000 Personen ehrenamtlich tätig, das heisst gewählte Mitglieder eines Vereinsvorstandes oder einer Vereinskommision. Viele Vereine gründeten sich, um mit innovativen Lösungen bei der Bewältigung neuer sozialer Herausforderungen mitzuhelfen. Auch die GGG selbst ist nach dem Motto «agieren und reagieren» immer wieder gefordert, zu handeln oder entsprechend neue Vereine zu unterstützen. Sie bemüht sich, gesellschaftliche Probleme, die in Basel auf der Tagesordnung stehen, aufzugreifen und allein oder mit gleichgesinnten Organisationen konstruktiv zu lösen.

Im Folgenden wird dargestellt, in welcher Weise sich die GGG als Verein im 20. Jahrhundert entwickelt und verändert hat. Dabei ging es immer wieder um die Frage der Professionalisierung der Geschäftsführung. Mit welchen Befürchtungen lehnten die Vorstandsmitglieder einen bezahlten Geschäftsführer während Jahrzehnten ab, wie begegneten sie den zunehmenden Aufgaben und der beklagten Arbeitsbelastung? Nach aussen zeigte sich das Verhältnis zwischen Sozialstaat und privater Wohltätigkeit, zwischen professioneller Unterstützung und freiwilliger Hilfe als Brennpunkt. Bei verschiedenen Gelegenheiten wurde diese Thematik diskutiert. Die Auseinandersetzungen über die Rolle der GGG im städtischen Gefüge dienten dabei zur Standortbestimmung und Selbstvergewisserung.

## Die GGG an der Landesausstellung in Bern von 1914

Auf der einen Seite war die GGG zurückhaltend, wenn es darum ging, sich öffentlichkeitswirksam zu präsentieren, auf der anderen Seite war sie bereit, positiv auf die Anfrage einer Teilnahme an der Landesausstellung 1914 in Bern zu reagieren. «Da die Ausstellung ein Bild von dem gesamten Kulturleben unseres Volkes geben soll, darf auch unsere so reich ausgestaltete Wohlfahrtspflege nicht fehlen», schrieb Pfarrer Albert Wild aus Mönchaltorf, Präsident der Gruppe 46 «Gesundheitspflege, Krankenfürsorge und Wohlfahrtspflege», am 5. Februar 1913 und lud die GGG Basel ein, sich zu beteiligen.<sup>2</sup> Als soziale Organisation müsse sie keine Platzgebühren zahlen. Auch die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft (SGG) und die kantonalen gemeinnützigen Organisationen von Zürich, Genf und dem Thurgau machten mit.

Die GGG Basel sagte zu, und der Kassier Rudolf Iselin zeichnete eine Skizze der Präsentation. In einem Wandbild wurden folgende Institutionen vorgestellt: Sanatorium in Davos, Bläsistift, Mädchenheim, Musikschule, Schmiedenhof, Ersparniskasse, Bibliothek, Lesesäle, Kochschule, Kleinbasler Kinderhorte, Schwimmschule, Walderholungsheim, Schülergarten. Auf dem davor stehenden Tisch lagen je fünf Exemplare der bisher erschienenen Jubiläumspublikationen, der Statuten, der letzten zehn Jahresberichte sowie einer Gedenkschrift zu Isaak Iselin auf. Alle Objekte waren an einem Kettchen befestigt.<sup>3</sup>

Für ihre Gestaltung erhielt die GGG vom Preisgericht der Schweizerischen Landesausstellung eine «Auszeichnung für verdienstvolle Bestrebungen auf dem Gebiete der Volkswohlfahrt». Diese Urkunde galt als höchste Auszeichnung für Aussteller mit rein gemeinnützigem Zweck.

In seiner Schlussrede freute sich Vorsteher Dr. Carl Felix Wilhelm Burckhardt-Vischer, dass die GGG und einzelne Tochtergesellschaften «in hervorragender Weise» vertreten waren und «mit ehrenvollen Auszeichnungen» bedacht wurden.<sup>4</sup>

Die Landesausstellung hatte die Besuchererwartungen erfüllt. Dies hielt auch die *Neue Zürcher Zeitung* in einem Rückblick am 4. November 1914 fest: «Die Hauptsache ist, dass sie ihr grosses und erstes Ziel erreicht hat: das Schweizervolk zu heben und zu stärken in seinem Selbstvertrauen, im Glauben an seine Kraft, die in der Arbeitstüchtigkeit einer Nation liegt».



## Statutenrevisionen 1916 und 1942

Obwohl der GGG-Vorstand seit einigen Jahren daran war, die Statuten zu revidieren, wurden an der Landesausstellung in Bern jene von 1851 aufgelegt, die 1909 nochmals gedruckt worden waren. Bis das Schweizerische Zivilgesetzbuch (ZGB) 1912 in Kraft trat, bildeten diese Statuten die Grundlage der GGG oder die Verfassung, wie es zeitgenössisch hiess. Seither wurden die Statuten 1916, 1942, 1967 und 1992 umfassend revidiert. Dazwischen stimmte die Mitgliederversammlung jeweils über einzelne Statutenänderungen ab. Die heute gültigen Statuten stammen von 1992 und wurden 2007 letztmals nachgedruckt.

Im Hinblick auf das geplante ZGB warf der Vorsteher die Frage nach einer neuen Verfassung der GGG auf. Es stellten sich rechtliche Fragen, wie etwa die Notwendigkeit eines Eintrags ins Handelsregister, zu klären waren die Vertretungsbefugnis nach aussen, das Verhältnis zur Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft oder die Zeichnungsberechtigung einzelner Institutionen.<sup>5</sup> Eine erste Arbeitsgruppe traf sich im Herbst 1911, um sich mit diesen Themen zu befassen und einen Statutenentwurf auszuarbeiten.<sup>6</sup> Weshalb diese Arbeit stockte, geht aus den Unterlagen nicht hervor.

Erst im März 1916, mitten im Ersten Weltkrieg, wurde erneut eine Statutenrevisionskommission eingesetzt. Der Entwurf, den Statthalter C. F. W. Burckhardt-Vischer ausarbeitete, wurde allen ehemaligen Vorstehern und Schreibern zugesandt mit der Bitte um eine kritische Prüfung.<sup>7</sup>

Nur wenige ehemalige Exponenten der GGG nahmen Stellung und schlugen Verbesserungen vor. Diese wurden teilweise in den Entwurf aufgenommen. Der Vorsteher von 1899, Rudolf Kündig-Koechlin, stellte den Entwurf grundsätzlich in Frage und verhehlte seine Enttäuschung nicht. So fand er die Sprache nicht zeitgemäss. Man habe sich wohl in gut gemeinter Absicht an den Wortlaut der alten Verfassung gehalten, «die uns Modernen schwer verständlich ist und hie und da recht komisch erscheint». «Sollen wir wirklich im Jahr 1916, wo die Welt in Trümmer zu gehen droht, uns noch an die Formeln und Worte einer vorrevolutionären Periode halten? Ist es nicht vielmehr nun endlich einmal an der Zeit der Gesellschaft ein neues Kleid zu geben. [...] Es ist schwer, an einem Entwurf herumzudoktern, der so sehr von dem abweicht, was man eigentlich wünscht. Ich denke eben ganz anders und kann mich in die alten Auffassungen, die nicht in unsere moderne Zeit passen, nur schwer finden.» Kündig zögerte, einen solchen Entwurf gutzuheissen.<sup>8</sup>

Trotz dieser Kritik genehmigte die allgemeine Mitgliederversammlung am 9. Juni 1916 die neuen Statuten gemeinsam mit der Geschäftsordnung. In seinem Schlussbericht erläuterte Vorsteher Dr. Theodor Staehelin-von Salis die einzelnen Paragraphen. Der Zweckartikel blieb derselbe: «Die Beförderung, die Aufmunterung und die Ausbreitung alles dessen, was gut, was löblich, was gemeinnützig ist, was die Ehre und den Wohlstand des gemeinen Wesens, was die Glückseligkeit des Bürgers und des



Menschen überhaupt erhöhen und vermehren kann, hat ein Recht auf die Aufmerksamkeit der Gesellschaft.»<sup>9</sup> Diese Bestimmung wurde mit dem Zusatz ergänzt, dass es sich bei der GGG um einen Verein im Sinn des ZGB (Art. 60 ff.) handle. Wichtige neue Änderungen und umstrittene Punkte betrafen Fragen der Mitgliedschaft und der Mitwirkungsrechte, der Höhe des Mitgliederbeitrags, der Vermögensverhältnisse sowie des Wahlverfahrens des Vorstehers.

Die grosse Neuerung war die Ausweitung der Mitgliedschaft auf die Ehefrauen von Männern, die bereits der GGG angehörten. Bei den Frauen, die bisher in den Mitgliederlisten aufgeführt waren, handelte es sich um ledige und verwitwete Frauen, die die Mitgliedschaft des verstorbenen Vaters, Bruders oder Ehemanns weiterführten.<sup>10</sup> Wegen der Geschlechtsvormundschaft verfügten Frauen nicht über die juristische Handlungsfähigkeit. Nun, im 20. Jahrhundert, öffnete man die Gesellschaft der ganzen «Frauenwelt» und hob dies explizit hervor, wie Kündig vorgeschlagen hatte. Man erkannte und anerkannte damit, dass viele Kommissionen «auf die guten Dienste unserer Frauen» angewiesen waren.<sup>11</sup> So hiess Paragraph 4 des Abschnitts «Beitritt der Mitglieder» neu: «Der Beitritt zur Gesellschaft steht allen Freunden und Freundinnen des Guten und Gemeinnützigen offen.» Diese Öffnung hatte direkte Auswirkungen auf die Mitgliederzahlen. Verzeichnete die GGG 1918 2177 Mitglieder, so waren es nur ein Jahr später 3107 und 1926 vor dem 150-Jahr-Jubiläum bereits 3725 Mitglieder.<sup>12</sup>

Welche Anforderungen an die Mitglieder gestellt wurden, hielt Paragraph 5 «Pflichten der Mitglieder» fest: «Jedes Mitglied, wie es für sich selbst sich bestreben wird, von seinen Einsichten, von seinen Gaben, von seinem Ansehen, von seinen Gütern denjenigen Gebrauch zu machen, den es für die allgemeine Glückseligkeit den vorteilhaftesten zu sein erachtet, wird auch in Rücksicht auf die Absichten der Gesellschaft diesen Grundsatz immer vor Augen haben.» Bei der nächstfolgenden Revision von 1942 wurde dieser Paragraph gestrichen. Solche normativen Ansprüche konnte ein Verein an seine Mitglieder nicht mehr stellen.

Ein kontroverser Punkt betraf 1916 die Höhe des Mitgliederbeitrags. Die Mehrheit des Vorstands hatte ihn von zehn auf fünf Franken halbieren wollen, um auch weniger vermögende Personen anzusprechen. Doch an der Mitgliederversammlung wurde die Befürchtung geäussert, dass trotz Mitgliederzunahme die Gefahr eines Rückgangs der Einnahmequellen bestehe, weil nicht alle wohlhabenden Personen den Beitrag freiwillig aufrunden würden. So wurde der bisherige Betrag von zehn Franken beibehalten.

Neu wurde festgelegt, dass auf Wunsch von drei Vorstandsmitgliedern oder durch einen schriftlichen Antrag von dreissig Mitgliedern eine allgemeine Versammlung einberufen werden konnte. Dieser Passus war eingeführt worden, um Zufallsbeschlüsse – aufgrund eines schlechten Versammlungsbesuchs oder einer einseitigen Mobilisierung von Gegnern eines «wohlerwogenen» Antrags des Vorstands – nochmals zur Diskussion stellen zu können. Bei wichtigen Themen würden sich dreissig Gleichgesinnte

finden, ansonsten sei «der Rechthaberei und Trölerei gegenüber einmal gefassten Entscheiden Tür und Tor geöffnet».<sup>13</sup>

Weil das Vermögen der GGG sehr stark angewachsen war, wurde ein Abschnitt «Vermögen der Gesellschaft» eingefügt, um hier Transparenz zu ermöglichen. Klar geregelt wurden die Befugnisse der Mitglieder und des Vorstands. Wenn nicht anders bestimmt, fielen alle Geschäfte in den Kompetenzbereich der Mitgliederversammlung. Neu hingegen war die Selbstkonstituierung des Vorstands, wie er bereits seit einigen Jahren praktiziert wurde. Gewählt oder bestätigt wurden die Vorstandsmitglieder jedes Jahr im Unterschied zu den ehrenamtlich tätigen Mitgliedern in Kommissionen und Delegationen, deren Wiederwahl neu nur noch alle drei Jahre vorgenommen wurde.

Die Wahl des Vorstehers war seit längerem umstritten. Als abtretender Vorsteher kritisierte Ludwig Treu-Neukomm in seinem Schlussbericht über das Amtsjahr 1912/13 die «bisherige Wahlart des Vorstehers».<sup>14</sup> Es sei offenbar ein «althehrwürdiger Brauch», nach dem Willen des Stifters für jedes Amtsjahr als Vorsteher eine Persönlichkeit zu wählen, die bisher nicht dem Vorstand angehört hatte, sie «gleichsam von der Peripherie unserer Gesellschaft» herbeizuholen. Auch wenn der von aussen kommende Vorsteher die Unterstützung des Vorstands erhalte, erfasse er diese grosse Aufgabe erst, wenn das Amtsjahr vorbei sei. Angesichts der Grösse der GGG – war Treu-Neukomm überzeugt – sei es nur vorteilhaft, wenn der Vorsteher bereits Erfahrung im Vorstand habe und dann einige Jahre die Leitung ausübe. Der beste Beweis sei doch «der allseits verehrte Seckelmeister, der seit Jahrzehnten das Finanzschifflein steuert und zwar in einer Art und Weise, für die wir dem Erwähnten allzeit nur äusserst dankbar sein müssen».

Sein Nachfolger, Dr. Lucas Riggenschach, meinte jedoch zu Treus Reformideen, wer die Ehre habe, zum Vorsteher der GGG gewählt zu werden, der würde «sich mit ungleich grösserem Eifer und ganz besonderem Interesse in die Sache einleben». Die Tätigkeit des Vorstehers sei «mehr ein Ehren- als ein Arbeitsamt» und erst, nachdem «die Würde niedergelegt» sei, würde seine Arbeit beginnen. «Jedenfalls wäre es schade, wenn an dieser originellen und durchaus wohlüberlegten Sitte gerüttelt würde.»<sup>15</sup> Dass Riggenschach selbst im Jahr zuvor als Beisitzer den GGG-Vorstand bereits kennenlernen konnte und somit in die Geschäftsführung eingearbeitet war, übergang er geflissentlich.

In seinem Bericht gab Theodor Stachelin-von Salis 1915 zu, es werde «vielfach als ein Widersinn bezeichnet» und sei «in der Tat ein Kuriosum», dass die Geschäfte einer so grossen Organisation einem «gänzlich unvertrauten Manne» übertragen würden und dass dieser, kaum habe er sich eingearbeitet, an die zweite Stelle gesetzt werde. Dies komme wohl nicht häufig vor, aber – fragte er rhetorisch – habe die GGG schlechte Erfahrungen gemacht, biete die Berufung ins erste Amt nicht «den Ansporn zu gewissenhafter Einarbeitung» und verfüge der abtretende Vorsteher danach nicht über einen «schärferen Blick für die Gesellschaftsgeschäfte»,



den er sonst nicht erhalten hätte, wenn er nicht zuerst an leitender Stelle gestanden hätte?<sup>16</sup>

Allerdings liess in den neuen Statuten die Formulierung «Der Vorsteher wird von der allgemeinen Mitgliederversammlung bezeichnet»<sup>17</sup> offen, ob der neue Vorsteher ausserhalb des GGG-Vorstands zu suchen sei oder ob er als Vorstandsmitglied designiert werde. Diesen Vorschlag hatte der Jurist Wilhelm Vischer-Iselin mit Verweis auf den Modus im Grossen Rat, im Basler Kantonsparlament, gemacht.<sup>18</sup>

Der «originelle» und «kuriose» Brauch hielt sich angesichts der Grösse der GGG nicht mehr lange. Oberst Peter Sarasin-Alioth war 1918 der letzte, der als Vorsteher neu in den Vorstand gewählt wurde.<sup>19</sup> Im Jahr darauf wurde C. F. W. Burckhardt-Vischer zum zweiten Mal zum Vorsteher gewählt, starb aber vor Ablauf seines Amtsjahres. Sein Stellvertreter meinte im Schlussbericht zu diesem «mehr alten als ehrwürdigen Usus», das jüngst gewählte Mitglied des Vorstands sofort an die Spitze zu stellen: Es sei, als wolle man dem Neuling «das Gefühl mangelnder Vertrautheit mit den Geschäften und das Bewusstsein allzu spärlicher Erfahrung mit aller Deutlichkeit zu Gemüte führen».<sup>20</sup> Auf diese Weise war der Vorsteher auf die Vorstandsmitglieder angewiesen, und die Möglichkeit, persönliche Macht zu entfalten, war beschränkt, wozu auch der jährliche Vorsteherwechsel beitrug.

Der Vorstand bestand aus neun Mitgliedern. Der Schreiber wurde auf drei Jahre gewählt, und der Seckelmeister (später Kassier genannt) war unbegrenzt wiederwählbar. Dadurch dass jedes Jahr der Vorsteher von ausserhalb des Vorstands gewählt wurde, musste jedes Jahr ein Vorstandsmitglied zurücktreten. Daraus ergab sich eine Amtsdauer von maximal sieben Jahren für die Vorstandsmitglieder, die während des ganzen 20. Jahrhunderts Bestand hatte, ohne dass dies in den Statuten explizit Erwähnung fand. Dieses System führe – so der Jahresbericht von 1915 – zu einer «gesunden Erneuerung des leitenden Gesellschaftsorgans» und verhindere eine «Verknöcherung».<sup>21</sup>

Vorsteher Theodor Staehelin-von Salis meinte abschliessend zu den neuen Statuten von 1916: «Sie sehen, die Revision der Verfassung und der Geschäftsordnung bringen keine erschütternden Neuheiten und führen nur näher aus, was bisher schon bestand, es den veränderten Verhältnissen nach Möglichkeit anpassend. Sollten unsere Nachfolger besseres zu bringen wissen, so werden wir die ersten sein, anerkennend zuzustimmen.»<sup>22</sup> Aber vorerst erachtete es der Vorstand «nicht als ratsam, sich durch neue Verfassungsbestimmungen für kommende Bedürfnisse, die heute noch nicht vollständig zu übersehen seien, vorzeitig zu binden».<sup>23</sup> Die GGG hielt sich an das Bewährte und wagte es nicht, mitten im Krieg mit einer Statutenrevision ein neues Fundament zu legen und visionäre Vorstellungen für eine städtische Gesellschaft nach dem Krieg zu formulieren.

Die nächste Statutenrevision fand wieder mitten in einer Kriegszeit statt. Weil die Statuten neu gedruckt werden mussten, hiess die Mitgliederversammlung im Herbst 1941 den Antrag des Vorstands zur Überarbeitung



der Statuten gut.<sup>24</sup> Unterlagen, die über Hintergründe und Umstände informieren könnten, sind im GGG-Archiv nicht auffindbar. Die Statuten, die die allgemeine Versammlung vom 18. September 1942 genehmigte, stimmen inhaltlich weitgehend mit den alten überein, Aufbau und Gliederung wurden hingegen modernisiert und gestrafft. Der Zweckartikel wurde wörtlich übernommen. Neu verlangte das Vereinsrecht einen Passus zum Verbleib des Vermögens, wenn der Verein seine Auflösung beschliessen sollte. Der neue Paragraph 30 bestimmte, dass «das nach der durchgeführten Liquidation verbleibende Vermögen zu gemeinnützigen Zwecken zu verwenden» sei.

GLIEDERUNG DER GGG-STATUTEN IM VERGLEICH<sup>25</sup>

1851, gedruckt 1909	1916	1942
I. Verfassung	I. Verfassung	I. Name, Sitz und Zweck
Zweck der Gesellschaft	Zweck der Gesellschaft	II. Mitgliedschaft
Beitritt der Mitglieder	Beitritt der Mitglieder	III. Organisation
Pflichten der Mitglieder	Pflichten der Mitglieder	1. Die allgemeinen Versammlungen
Beitrag	Beitrag	2. Der Vorstand
Geschenke	Vermögen der Gesellschaft	3. Rechnungsrevisoren
Vorstand	Organe der Gesellschaft	IV. Auflösung
Kommissionen	a. Die allgemeinen Mitgliederversammlungen	
Geschäftsordnung	b. Der Vorstand	
Abänderung der Verfassung	c. Die Kommissionen und Delegationen	
II. Geschäftsordnung	d. Die Rechnungsrevisoren	
	Geschäftsordnung	
	Abänderung der Verfassung	
	Kundgebungen	
	II. Geschäftsordnung	

## Reform der Geschäftspraxis

Stein des Anstosses war der Ablauf der allgemeinen Versammlungen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts fanden acht bis elf Mitgliederversammlungen pro Jahr statt, an denen der Vorsteher die Tätigkeits- und Rechenschaftsberichte der rund siebzig Kommissionen und Delegationen vorlas. Die Berichte waren schon im Vorstand behandelt und gutgeheissen worden und mussten noch von der Mitgliederversammlung genehmigt werden. Doch dieses als «langweilig» empfundene Prozedere führte dazu, dass viele Mitglieder nur solange an den Sitzungen anwesend blieben, bis ihr Bericht verlesen war, danach verabschiedeten sie sich wieder. So fand ein stetes «Herein- und Wegschleichen während der Sitzung» statt.<sup>26</sup> Manchmal waren nur zwei bis drei Mitglieder gleichzeitig anwesend.

Als Alternative schlug der Vorsteher Christian Buchmann bereits 1905 vor, diese Berichte in einer eigenen Zeitschrift zu publizieren, um die eintönige Vorleserei zu vermeiden, und an den Versammlungen lediglich offene Fragen zu diskutieren.<sup>27</sup> Er hoffte, die Berichte würden in der Zeitschrift eher gelesen als in dem umfangreichen Jahresbericht – wegen des blauen Umschlags Blaubuch genannt – und die Mitgliederversammlungen wieder zahlreicher besucht. Der spärliche Versammlungsbesuch wurde immer wieder beklagt, so auch 1908 von Vorsteher Pfarrer Karl Stockmeyer.<sup>28</sup>

1913 beschloss der Vorstand, den Sitzungsmodus «versuchsweise» abzuändern. Die Kommissionspräsidenten, Delegierten und Berichterstatter wurden vorgängig gebeten, ein kurzes mündliches Referat zu halten und darin Mitteilungen und Anregungen zu machen, die sie im gedruckten Jahresbericht nicht erwähnen wollten. Weil der erste Versuch «weder ein volles Fiasko noch ein voller Erfolg» war, wurde er im folgenden Jahr wiederholt. 1915 kehrte man jedoch zum alten System zurück, wonach der Vorsteher die Kommissions- und Delegationsberichte vorlas, gefolgt von einer Diskussion. Dieser Schritt zurück wurde damit begründet, dass nicht jeder Berichterstatter «in fesselnder Weise» vortragen könne. Prompt nahm der Versammlungsbesuch wieder ab, manche Kommission sandte nicht einmal Vertreter, wenn ihr Bericht verlesen wurde.<sup>29</sup>

Erst viele Jahre später kam erneut Bewegung in die Angelegenheit. Am 15. Mai 1933 setzte sich Hans Brenner-Eglinger hin und schrieb einen sechsseitigen Brief an den Vorstand.<sup>30</sup> Seit drei Jahrzehnten nehme er an den allgemeinen Sitzungen teil, nun erlaube er sich, zu der «recht unzeitgemässen Form, in der sich die öffentlichen Versammlungen abspielen», Stellung zu nehmen. Er möchte feststellen, «dass der *Modus der allgemeinen Sitzungen*, wie er nach alter Väter Weise noch immer gehandhabt wird, einen grauenhaften *Leerlauf* darstellt, der höchstens noch von Leerläufen der staatlichen Bürokratie überboten wird». Leerlauf oder Leergang heisse nach Brockhaus' Konversationslexikon bei einem Motor dasjenige Bewegungsstadium, bei dem dieser keine nutzbare Arbeit leiste, sondern nur die Reibung seines eigenen Mechanismus überwinde. Er sei nicht der erste, der die «Übelstände» rüge und fordere, «die Verhandlungen etwas weniger geisttötend und zeitraubend zu gestalten». In malerischen Worten beschrieb Brenner die Art, wie an einer Versammlung der erste Kommissionsbericht «je nach Temperament und Augenschärfe des Vorstehers mehr oder weniger eintönig und stockend vorgelesen» werde, ebenso die Hauptzahlen der Rechnung, «die an den Hörern herunterlaufen wie das Wasser an der Ente, d. h., es bleibt nichts haften». Das Martyrium gehe weiter. Der Vorsteher bitte den Statthalter, seinen Antrag zu stellen. «Warum das der Vorsteher der Einfachheit halber nicht selbst tun kann, war mir immer ein Rätsel.» Der Statthalter beginne nun mit der bekannten Formel. «Ist er begnadet, so widmet er dem Bericht ein paar eigene Gedanken. Ist er aber nicht begnadet, so tritt er die in dem Bericht erwähnten und daher unzweifelhaft



feststehenden Tatsachen nochmals breit.» Schliesslich werde der Bericht «widerspruchslos und stillschweigend» genehmigt. Solche Verhandlungen seien nicht dazu angetan, dass Männer aus anstrengenden und verantwortungsvollen Berufen hier kostbare Zeit verbrächten und Berichte anhörten, die sie bereits kannten oder die sie einige Monate später im Blaubuch lesen könnten. Er wolle sich dieser «schicksalhaften Notwendigkeit», die die Satzungen vorschrieben, nicht mehr beugen. Als Bibliothekar der Freien städtischen Bibliothek sehe er täglich von seinem Arbeitszimmer aus die Statue Isaak Iselins, der in seinen Augen ein für seine Zeit «ausserordentlich fortschrittlicher, neuen Gedanken zugänglicher und helllichtiger Mensch» gewesen sei. Wenn jener «in die Hetzjagd unserer Tage hineinträte», würde er wohl sagen, «das Heil der Gesellschaft, die er gegründet, liege wirklich nicht in der zeitlich bedingten Form der Satzungen, sondern es komme auf den Geist an, in dem seinen Intentionen nachgelebt werde».

Die Wurzel des Übels sah Brenner «in der traurigen Tatsache, dass unser ganzes Kommissionswesen eigentlich der Ausdruck eines starken Misstrauens Aller gegen Alle ist». «Die persönliche Verantwortungsfreudigkeit und Initiative wird ertötet, wenn alles und jedes in angeblich echt demokratischer Weise an die Öffentlichkeit gezerrt werden und so und so viele Kontrollen passieren muss.» Er sei «gewiss kein Revolutionär oder Weltverbesserer, sondern im Gegenteil ein treuer Anhänger jeder *guten* alten Ueberlieferung». Er schlage ein «radikales Aufräumen» vor: Ende der obligatorischen öffentlichen Verlesung der Kommissionsberichte und Rechnungen. Der Vorstand solle sie prüfen und genehmigen, danach bestehe eine kurze Einsprachefrist. Auch die Wahlen der Kommissionsmitglieder könnten dem Vorstand überlassen werden, der sich wie bisher auf die Vorschläge der Kommissionen stütze. Bereits Paul Siegfried habe in der Festschrift von 1927 festgestellt, «dass in Wirklichkeit, wenn auch nicht satzungsgemäss, der Vorstand über die Geschicke der Gesellschaft bestimmt, und nicht die allgemeine Mitgliederversammlung». Brenner regte an, dem Vorstand die Befugnisse, die er de facto schon hatte, nun auch de jure zukommen zu lassen. Dies sei «keine welterschütternde, aber doch heilsame Neuerung».

Dieses in deutlichen Worten abgefasste Schreiben zeigte Wirkung. Der Vorstand setzte einen Ausschuss ein, der einen Vorschlag zur Revision der Geschäftspraxis ausarbeitete. Nach einer kontrovers geführten Diskussion nahm der Vorstand am 13. Oktober 1933 den Vorschlag mit sieben gegen eine Stimme an. Die Mitgliederversammlung beschloss am 1. Dezember 1933 «Eintreten» und beriet Ziffer für Ziffer. Schliesslich wurde die folgende Änderung der Geschäftspraxis vorerst auf zwei Jahre befristet angenommen:

*«1. Der Vorstand ist ermächtigt, die Berichte und Rechnungen der Kommissionen und Delegationen endgiltig zu genehmigen; es bleibt ihm aber unbenommen, sie ausnahmsweise der Allgemeinen Versammlung zur Genehmigung vorzulegen.»*



2. Der Vorstand ist ermächtigt, einzelne Beiträge an die Kommissionen oder Delegationen bis zu einem Betrage von Fr. 500.— endgiltig zu beschliessen.

3. In den Allgemeinen Versammlungen und den Vorstandssitzungen haben die Kommissionen und Delegationen bei Behandlung ihrer Geschäfte persönlich vertreten zu sein, falls der Vorstand oder sie selbst es wünschen.»<sup>31</sup>

Die Seite, die eine Modernisierung der GGG für notwendig hielt, hatte sich gegen die konservative Fraktion durchgesetzt. Um diese nicht total zu vergraulen, betonte der abtretende Vorsteher in seinem Jahresrückblick, dass einige «altgewohnte Wege» aufgegeben und «neue Bahnen» eingeschlagen worden seien, dass der Vorstand aber nicht «neuerungssüchtig» sei. Er sei sich bewusst, dass das «ehrwürdige Alter der Gesellschaft auch zur Achtung vor dem Überlieferten verpflichte», schliesslich gebe es abgesehen von den Zünften nur wenige Organisationen in der Stadt, die ebenso alt seien.<sup>32</sup> Künftig werde nun der Vorstand die Jahresberichte und Jahresrechnungen endgültig genehmigen. Faktisch werde die Kompetenzverschiebung nicht viel ändern, da die tatsächliche Verantwortung für die Prüfung der Berichte und Rechnungen längst beim Vorstand lag, der ja das Vertrauen der Mitglieder besitze. Die allgemeine Versammlung würde hingegen weiterhin über die Subventionen und die sonstige Verwendung der Gelder befinden, da diese finanziellen Beschlüsse eine der Hauptaufgaben der GGG darstellten, die den Mitgliedern nicht vorenthalten werden dürften.

Als eine weitere Vereinfachung beschloss die von zwölf Mitgliedern besuchte allgemeine Versammlung, dass der Berichterstatter und der Rechnungsführer der jeweiligen Kommission die Unterlagen eigenhändig unterzeichnen sollten, um so Verantwortung zu übernehmen. Der Vorstand könne nicht alle Jahresrechnungen nachrechnen, und manchmal seien diese Unterlagen sehr unsorgfältig ausgefüllt, klagte er.

Der Vorsteher Prof. Eduard His begann 1933 ein handschriftliches Notizbuch mit dem Titel «Die Kompetenzen der Gesellschaft zur Aufmunterung und Beförderung des Guten und Gemeinnützigen in Basel».<sup>33</sup> In der Einleitung erwähnt er im ersten Satz die Gründung durch Ratschreiber Isaak Iselin 1777 «in der Form eines *Vereins* nach damaligem Basler und «Gemeinem» Recht». Seit dem 1. Januar 1912 unterstehe der Verein dem ZGB. Vereinsstatut der GGG seien die Verfassung und die Geschäftsordnung von 1916. Daran anschliessend listet er alle Kommissionen, Stiftungen und selbständigen Vereine und Genossenschaften auf. Jede einzelne Institution stellt er vor und klebt die Stiftungsurkunde, Statuten oder andere relevante Dokumente hinein.

Im angehängten alphabetischen Verzeichnis sind alle Organisationen mit Seitenangaben leicht auffindbar. Im zweiten Band ergänzen einzelne Vorsteher bis in die 1970er Jahre Organisationen und Institutionen, die neu unter das Patronat genommen wurden. Der letzte Eintrag betrifft die Knabekantorei Basel, die 1974 zur GGG kam.

## Mitgliederschwund in der Wirtschaftskrise

Die Stärke einer Organisation zeigt sich in der Anzahl Mitglieder und in der Höhe des Vereinsvermögens. Die GGG als Verein war – anders als eine Stiftung – auf eine breite Mitgliederbasis angewiesen. Sie brauchte Freiwillige, die aus dem Mitgliederkreis rekrutiert werden konnten und sich für die Kommissionsarbeit zur Verfügung stellten.

Die Zahl ihrer Mitglieder setzte die GGG jeweils ins Verhältnis zur Basler Bevölkerung. Waren um 1870 von 47 000 Einwohnern 2,7 Prozent Mitglieder der GGG, so sank dieser prozentuale Anteil und betrug 1910 noch 1,8 Prozent von 136 000 Einwohnern und Einwohnerinnen. Dank der Öffnung für Ehefrauen ab 1916 stieg der prozentuale Anteil wieder und erreichte 1924 2,5 Prozent der nun 140 000 zählenden Einwohnerschaft Basels. Im Hinblick auf das 150-Jahr-Jubiläum der GGG 1927 wurde der Wunsch geäußert, die Mitgliederzahl wesentlich zu steigern. Jedes Mitglied war aufgerufen, ein neues zu werben.<sup>34</sup> Nach dem Jubiläumsjahr konnte der Vorsteher Dr. Manfred Alioth-Vondermühl erfreut feststellen, dass mehr als hundert neue Mitglieder aufgenommen werden konnten.<sup>35</sup> 1928 betrug die Anzahl Mitglieder 3936. Und ein Jahr später war mit 4015 Mitgliedern für die folgenden vier Jahrzehnte der zahlenmässige Höhepunkt erreicht. Allerdings sank der prozentuale Anteil an der Bevölkerung, weil diese im gleichen Zeitraum zunahm.

Die in den 1930er Jahren herrschende Wirtschaftskrise wirkte sich auch auf die GGG aus. Jahr für Jahr beklagte sie einen Mitgliederrückgang. Austritte wurden mit der Krisensituation begründet.<sup>36</sup> Manche Mitglieder gerieten in eine solche Notlage, dass sie den Beitrag nicht mehr bezahlen konnten, andere, die unter anderen Umständen von der Familientradition her der GGG beigetreten wären, unterliessen es, weil sie ein zu geringes Einkommen oder keine Stelle hatten. 1941 war der Tiefstand mit 2875 Mitgliedern erreicht, danach schwankte die Mitgliederzahl zwischen 2900 und 3200. Erst Mitte der 1960er Jahre wurde die Marke von 4000 wieder überschritten.

Um die Abnahme der Mitgliederzahlen zu bremsen, hatte die GGG beschlossen, die Öffentlichkeitsarbeit zu verstärken. So wurden etwa die Redaktionen der *National-Zeitung* und der *Basler Nachrichten* gebeten, vermehrt über die GGG-Versammlungen zu berichten. Dem Blaubuch wurde 1935 ein Informationsblatt über die GGG beigelegt mit der Aufforderung, Mitglieder zu gewinnen. Zwar konnte der Vorsteher Dr. Wilhelm Rütimeyer 1936 88 Neueintritte verzeichnen, aber gleichzeitig waren 153 Personen ausgetreten. Der Sinn für Gemeinnützigkeit unter der jüngeren Generation nehme ab, war sein Fazit.<sup>37</sup>

Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs traten die internen Sorgen wie Mitgliederrückgang und finanzielle Engpässe zunächst in den Hintergrund. Bald zeigte sich aber, dass etliche unter dem Patronat der GGG stehende Organisationen vermehrte finanzielle Unterstützung benötigten. So entschloss sich der Vorstand, zur Mitgliedergewinnung eine



grosse Werbeaktion durchzuführen. Auf dem Barfüsserplatz informierte die GGG die Bevölkerung mit einer Ausstellung über ihre verschiedenen Tätigkeitsbereiche. Die Kampagne war so erfolgreich, dass sie 566 ordentliche Mitglieder und 504 Mitglieder in der neuen Kategorie «Freunde der GGG» gewinnen konnte.<sup>38</sup> Diese Passivmitglieder bezahlten einen reduzierten Jahresbeitrag von vier Franken. 25 Jahre später, 1968, wurde diese Kategorie wieder abgeschafft, als die Zahl jährlich zurückging.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit schrieb die GGG 1943 auch einen Ideenwettbewerb aus mit der Preisfrage: «Welche gemeinnützigen Werke soll die GGG neu ins Leben rufen? oder: Was erwartet Basel heute von der GGG?»<sup>39</sup> Den ersten Preis erhielt Dr. W. Schultze-Wenk in Riehen für die Anregung, einen Verein für Familienpatenschaften zu gründen. Der zweite Preis ging an den Architekten E. Egeler für seine Idee, am Kleinbasler Rheinufer eine Badeanstalt zu errichten, und den dritten Preis erhielt ein Team um die Krankenschwester Marianne Gautschi, die das Problem der Zahnkrankheiten präventiv und therapeutisch angehen wollte. Ob die Ideen realisiert wurden, geht aus den Akten nicht hervor.

## Das Verhältnis von GGG und Staat

Die GGG war in zahlreichen gesellschaftlichen Bereichen tätig, die zunehmend der Staat übernahm. Auch wenn der Ausbau der kantonalen Verwaltung nur langsam voranschritt, musste sich die GGG in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit neuen sozialpolitischen Bedingungen auseinandersetzen. In welchen Bereichen hatte der Staat die Federführung, wo waren private Initiativen unverzichtbar? Die Thematik der Zuständigkeiten von Staat und gemeinnützigen Organisationen stellte sich im Verlauf der Geschichte der GGG immer wieder.

Im 19. Jahrhundert hatte die GGG viele Arbeiterfamilien, die durch die wiederkehrenden Wirtschaftskrisen arbeitslos wurden und in Not gerieten, mit verschiedenen Massnahmen unterstützt. Durch das Erstarken der Gewerkschaften seit den 1890er Jahren kämpften Arbeiter selbst für die grundlegende Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen. Sie forderten höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten und soziale Absicherungen, aber auch die Koalitions- und Versammlungsfreiheit. So gründete der Basler Arbeiterbund 1901 eine Arbeitslosenkasse, die jedoch dem Ansturm von Erwerbslosen nicht gewachsen war und nach einigen Jahren liquidiert werden musste. Kurz darauf trat die staatliche Arbeitslosenversicherung an ihren Platz.<sup>40</sup> Mit solchen sozialen Massnahmen versuchte der Staat, die Armut der Unterschichten zu verringern und die politisch polarisierte Situation zu entschärfen.

Die GGG war herausgefordert, mit diesem gesellschaftlichen Wandel Schritt zu halten und ihren Wirkungskreis zu überdenken und neu



zu definieren. Überlegungen dazu zeigen sich in den Schlussreden der Vorsteher. Einige konnten dem Sozialstaat Positives abgewinnen, während andere eher dem anti-etatistischen Flügel angehörten, die es bei den überlieferten privaten Wohlfahrtsformen belassen wollten. Zwischen diesen beiden Polen – staatliche Unterstützung versus freiwillige Hilfe – suchte die GGG ihren Weg in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu finden.

Christian Buchmann bemühte sich, beiden Seiten gerecht zu werden. Er war 1905 Vorsteher, in einem Jahr, als besonders viele heftige Arbeitskonflikte stattfanden. So streikten im Mai 1500 Bauarbeiter während 25 Tagen, und im Juli legten 2000 Maurer für 49 Tage die Arbeit nieder. Einschneidend war im gleichen Sommer auch der sechstägige Strassenbahnerstreik mit 300 Beteiligten. Nicht nur Männer wehrten sich, auch 50 Zettlerinnen stoppten im Dezember für einen Tag ihre Arbeit.<sup>41</sup>

In seinem Jahresrückblick hob Buchmann hervor, dass finanzielle Mittel allein nicht zu einem grösseren sozialen Ausgleich beitragen könnten. «Es fehlt etwas, was der Staat auch mit den besten Beamten nicht bieten kann, persönliche Anteilnahme und wohlwollende Gesinnung, die wir als Menschen einander schuldig sind, und durch welche die sozialen Gegensätze einigermassen versöhnt und ausgeglichen werden. Auf dem Boden der Gemeinnützigkeit sollten sich alle wieder zusammenfinden, die durch die Verschiedenheit ihrer politischen und religiösen Überzeugung, ihrer Bildung und ihrer Vermögensverhältnisse geschieden werden.»<sup>42</sup> Auch Vorsteher Dr. Paul Meyer-Lieb suchte 1919 nach dem Verbindenden und stellte fest, dass bei verschiedenen Projekten der Staat und die GGG «Hand in Hand» arbeiteten, die GGG zunächst Pionierdienste geleistet und die Richtung vorgegeben habe, und danach, wenn die Mittel nicht mehr ausreichten oder der Staat das Werk «um jeden Preis unter seine Fittiche nehmen» wollte, dieses übernommen habe.<sup>43</sup> Gegenüber diesem staatlichen Wirken hätten jedoch das persönliche Engagement von Freiwilligen und die individuelle Unterstützung Vorteile.

An diesem Punkt setzte die Kritik von Vorsteher Hans De Bary-Staehelin am Staat an. Er glaubte, dass «durch zu grosse Eingriffe des Staates und seine überspannten Steuerforderungen» viele nicht mehr bereit seien, «freiwillig etwas zum Gemeinwohl zu leisten».<sup>44</sup> Auch seine Nachfolger Dr. Wilhelm Rütimeyer 1936 und Dr. Hartmann Koechlin-Ryhiner 1937 beklagten, dass besonders der jüngeren Generation «neben Sport und Vergnügen» der Sinn für Gemeinnützigkeit fehle. Es sei eine «irrigte Auffassung», dass der Staat die Pflicht zur Unterstützung und das Individuum ein Recht darauf habe. Die Aufgaben des Staates müssten begrenzt sein, hielt Koechlin fest, es gehe vergessen, dass «das Gedeihen jeder Gemeinnützigkeit auf einer Übernahme von Rechten und Pflichten durch den einzelnen begründet ist, und dass auch der Staat bei den heute herrschenden Tendenzen Gefahr läuft, seine besten Kräfte im Keime abzutöten; denn je und je sind bleibende Werte nur erhalten und geschaffen worden durch persönliche Initiative und Pflichterfüllung, deren Grundlage letzten Endes nicht auf

materieller sondern auf ideeller Basis beruht».<sup>45</sup> Deshalb müsse sich die GGG neben dem Wirkungskreis des Staates weiterentwickeln.

Auch weitere Vorsteher versuchten die Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Staat und GGG herauszuschälen. «Sozial-Denken und Sozial-Wirken ist kein Monopol weder für den Staat noch für irgend einen Verein oder eine Person, sondern im Gegenteil die Grundlage für alle Bestrebungen, die mit dem öffentlichen Leben zu tun haben. Beim Staat ist das Gesetz und das Schema die Basis, während bei der GGG das Mitfühlen und die Freiwilligkeit ausschlaggebend sind», meinte etwa Vorsteher Fritz Hodel-Spoerri 1942.<sup>46</sup>

Nach dem Zweiten Weltkrieg, als verschiedene Sozialversicherungen eingerichtet waren und mit der AHV auch eine eidgenössische Altersversicherung in Kraft trat, arrangierte sich die GGG mit dem Sozialstaat. Die Losung der Zeit laute: «Keine Wohltaten mehr und keine Bevormundung, sondern berechnete Ansprüche und Rechte». Die private Tätigkeit, die sich «naturgemäss in patriarchalischer Form» äussere, passe nicht mehr in die Mitte des 20. Jahrhunderts, hielt Vorsteher Dr. Rudolf Heusler-Hoffmann fest.<sup>47</sup> Zwar habe der Staat Aufgaben übernommen, die die GGG früher erfüllt hatte, aber – fuhr er fort – könne dieser «sein Netz nicht überall ausbreiten, es gibt noch genug leere Maschen und Lücken, deren Ausfüllung der freien Initiative anheimfällt». Zudem gebe es Werke, die der Staat mit Absicht der privaten Sphäre überlasse, weil sie sich nicht «in ein gesetzliches Schema zwängen lassen», das heisst «nicht nach Reglement», sondern individuell gelöst werden müssten.<sup>48</sup> Und wenn verlangt werde, dass der Staat «nur das Unumgängliche allgemein regle, damit möglichst viel der Freiheit des Bürgers überlassen bleibe, dann müssen wir die Lücken, welche die staatliche Regelung lässt, von uns aus füllen, dann müssen wir vor allem das Wünschbare, das über die nackte Notwendigkeit hinausgeht, freiwillig an die Hand nehmen», mahnte Dr. Gustav Grossmann-Koechlin 1950 seine Organisation selbst an.<sup>49</sup>

Diese Aufforderung spann 1952 Vorsteher Peter Miescher-Schären weiter: Aufgabe und Ziel der GGG sei es immer gewesen «gemeinnützige Werke und Taten anzuregen, mitzugründen und nach Erlangen einer bestimmten Selbständigkeit Berufenen anzuvertrauen oder als flügge zu entlassen». Es brauche neue Pläne und Ziele, um das Interesse der Bevölkerung an der GGG zu wecken, um «aus der Erstarrung herauszukommen», um die GGG und das freiwillige Engagement neu zu definieren.<sup>50</sup> Dieser Spagat zwischen Ehrung der altehrwürdigen Gesellschaft und Aufbruch in die Moderne wurde in der Debatte um die Frage der Gemeinnützigkeit und das Selbstverständnis der GGG immer wieder sichtbar.

Und es gelte gemäss einer «Unternehmerposition» nicht nur Gutes zu tun, sondern auch dafür zu sorgen, dass die breite Masse davon erfahre, ergänzte Miescher. Sein Nachfolger blies ins selbe Horn: Selbst wenn der GGG «das Sensationelle» nicht liege, sie die Arbeit «in der Stille, unbemerkt, oft zu unbemerkt von einer breiten Öffentlichkeit»



ausübe, sei dies nicht mehr zeitgemäss und eher vergleichbar mit den «sagenhaften alten Basler Tanten aus puritanischer Vorzeit», meinte Vorsteher Martin Burckhardt-Henrici 1953 etwas maliziös.<sup>51</sup>

Um ihre Bedeutung in der städtischen Gesellschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht zu verlieren, war es für die GGG unabdingbar, wesentliche Neuerungen vorzunehmen. Dazu gehörten der Einbezug der Frauen in den Vorstand, die Öffentlichkeitsarbeit und Werbung, die Verbreiterung der Mitgliederbasis, die Überprüfung der Projekte und ihrer Kommissionen und Delegationen und insbesondere die Professionalisierung ihrer Strukturen.

## Die erste Frau im Vorstand

Frauen haben seit der Gründung der GGG im Hintergrund mitgewirkt. Einige Kommissionen bestanden fast nur aus Frauen, wenn es sich um Institutionen handelte, die in den ihnen zugeschriebenen Kompetenzbereich fielen, wie etwa Kinderhorte oder Nähschulen. Die Kommission der Frauenbadanstalt etwa war rein weiblich. Auch die Angestellten dieses Betriebs, die KassiererIn, die Badmeisterin und die Schwimmlehrerin, waren selbstredend Frauen.

Im Vorstand der GGG waren jedoch nur Männer aktiv. Neue Vorstandsmitglieder wurden im sozialen, beruflichen und politischen Umfeld der Aktiven und Bisherigen gesucht. An Frauen dachte man nicht. Vorsteher Fritz Hodel-Spoerri stellte 1942 in seinem Schlussvortrag, den der Vorsteher jeweils am Ende seiner Amtszeit in der Mitgliederversammlung hielt, die Frage, ob den Frauen aufgrund ihres grossen Einsatzes im Bereich der Fürsorge nicht eine Vertretung im Vorstand zustünde. Ob die Frage weiter erörtert wurde, ist nicht bekannt.<sup>52</sup>

Erst die Allgemeine Versammlung vom 20. Dezember 1956 wählte Valerie Gruner-Burckhardt als erste Frau in den Vorstand.<sup>53</sup> Es sei eigentlich erstaunlich, gab Vorsteher Dr. Hans Meier-Meyer in seinem Schlussvortrag zu, dass erst im 180. Jahr des Bestehens der GGG, einer Gesellschaft, «die fast ausschliesslich mit kulturellen und fürsorgerischen Arbeiten befasst [sei], also dem spezifischen Arbeitsgebiet der Frau», eine Frau gewählt werde. Unbedarfte meinte er, zu Ehren der bisherigen Vorstände feststellen zu können, dass man den Mangel an weiblichen Mitgliedern nicht unbedingt spüre, da sich die GGG in besonderer Masse für die Bedürfnisse der weiblichen Einwohner Basels eingesetzt habe, und er zählte die verschiedenen Frauenprojekte auf.<sup>54</sup>

Valerie Gruner berichtete in einem Gespräch, dass sie freundlich und zuvorkommend in diesem Gremium aufgenommen worden sei.<sup>55</sup> Im ersten Jahr habe sie als Beisitzerin vor allem zugehört, wie dies üblich gewesen sei. Dann wurde sie gemäss den Statuten zur Vorsteherin gewählt.



Weil der Vorstand eine Umstellung des Amtsjahres beschlossen hatte, dauerte ihre Amtszeit länger. Vorstandsmitglied Dr. Peter Burckhardt-Heusler sagte dazu, es wäre kaum verständlich gewesen, wenn gerade der ersten Vorsteherin nur eine verkürzte Amtsdauer zugestanden worden wäre, und fügte an: «Wir haben schon während ihrer bisherigen Tätigkeit feststellen dürfen, wie wohltuend sich ihr Einfluss in einer Männerkommission auswirkt, wenn zu den berechnenden Überlegungen ihrer Kollegen das Mitgefühl und Verständnis eines Frauenherzens in die Waagschale des Entscheides gelegt wird.» Sie sei «in jeder Beziehung die First Lady der Gesellschaft» und er wünsche ihr «vollen Erfolg».<sup>56</sup>

Valerie Gruner-Burckhardt war durch ihren Ehemann, einen Ingenieur und Firmeninhaber, vertraut mit solcher Gremienarbeit. Umso erstaunter war sie zu sehen, wie anachronistisch die GGG bis anhin funktioniert hatte. Als sie nach den Sitzungsprotokollen fragte, zeigte man ihr ein «grünes Büchlein, etwa im Format A-5», in das der Schreiber handschriftlich Notizen machte. Es gebe doch Schreibmaschinen, meinte sie überrascht. Als sie an die Spitze gewählt wurde, nutzte sie ihren Gestaltungsspielraum und trug massgeblich zur Professionalisierung der Vorstandsarbeit bei. Dabei erhielt sie Rückendeckung von den ebenfalls einer jüngeren Generation angehörenden Mitgliedern Dr. Alfred Bissegger und Dr. Hans Meier-Meyer. So wurden nun Sitzungsdaten zum Voraus festgelegt, die Protokolle mit Schreibmaschine verfasst, nummeriert und allen Vorstandsmitgliedern zugestellt.<sup>57</sup> Weiter wurde entschieden, eine Sekretärin anzustellen. Die erste Sekretärin Maya Mayor-Flury arbeitete halbtags. Dabei wurden kritische Stimmen laut, die sich fragten, was die denn zu tun habe für einen Lohn von 500 Franken! «Bei der heutigen beruflichen Belastung der meisten Vorstandsmitglieder war es kaum mehr möglich, die 80 Institutionen zu überblicken, geschweige denn die Berichte mit der nötigen Sorgfalt zu bearbeiten und Beitragsgesuche zu prüfen», begründete Valerie Gruner in ihrem Schlussvortrag diesen – für einige «befremdlichen» – Schritt.<sup>58</sup>

Ein sorgfältiger Umgang mit den vorhandenen Geldern war Valerie Gruner ein zentrales Anliegen. Als sie realisierte, dass an den Sitzungen die eingegangenen Finanzgesuche in der Regel ohne Nachfrage durchgewinkt wurden, begann sie zu dieser Art der Geldverteilung Fragen zu stellen. War es richtig, dass jeder Kirchenchor 100 Franken pro Jahr erhielt? Was nützte einem Kirchenchor, der viele Leute umfasste, diese Summe? War es nicht sinnvoller, statt nach dem Giesskannenprinzip vorzugehen einem Projekt einen grösseren Betrag («Bollen») zukommen zu lassen? Als weitere Änderung begann sie Institutionen, die von der GGG unterstützt wurden, zu besuchen, um zu erfahren, wo der Schuh drückte. Als ihr die Präsidentin der Mütterschule, die sich in einem ziemlich heruntergekommenen Haus an der St. Alban-Vorstadt befand, mitteilte, dass es durch das Dach regne, schaute sie sich mit der Sekretärin den Schaden an. Diese hielt das Resultat des Gesprächs in einer Aktennotiz fest. Valerie Gruner griff

nun auf ihr soziales Netz zurück. Es gelang ihr, bei einem Bekannten, der mehrere Stiftungen verwaltete, für die Dachreparatur und als Reserve je 15 000 Franken aufzutreiben.

DIE ERSTE FRAU IM VORSTAND: VALERIE GRUNER-BURCKHARDT (\*1921)

Die Mitgliederversammlung wählte Valerie Gruner-Burckhardt als erste Frau am 20. Dezember 1956 in den Vorstand der GGG. PD Dr. Gustav Grossmann-Koechlin, dessen Frau mit Valerie Gruner entfernt verwandt war, hatte sie angefragt. Sie werde die einzige Frau sein, warnte er sie. Ihr Ehemann, ein Ingenieur und Firmeninhaber, ermutigte sie zu dieser Aufgabe, so sagte sie nach einer Woche Bedenkzeit zu. Für die Betreuung ihrer fünf Kinder im Alter von 5 bis 15 Jahren erhielt sie Unterstützung von ihrer Mutter.

Valerie Gruner hatte die Töcherschule besucht. Danach verbrachte sie bis kurz vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs drei Monate in einer Pension in Paris, um Französisch zu lernen. Nach ihrer Rückkehr heiratete sie. Als die Mobilmachung ausgerufen wurde, meldete sie sich als Pfadfinderin und erhielt am 2. September 1939 das Aufgebot für die Militärsanitätsanstalt in Interlaken. Sie wurde bei der Entwicklung von Röntgenbildern eingesetzt wie andere, die noch keinen Beruf erlernt hatten. Infolge einer schweren Operation musste sie allerdings den Militärdienst aufgeben.

Nach der Geburt der Kinder widmete sie sich ihrer Familie und unterstützte ihren Mann in seiner Firma. Als die Anfrage der GGG kam, war sie 35-jährig und gehörte zur jungen Generation im Vorstand. In ihrer Amtszeit übernahm sie u. a. das Kommissionspräsidium des Blindenheims und war Delegierte der Musik-Akademie. Auch wenn sie keine «explizite Frauenrechtlerin» war, wie sie sagte, waren ihr Frauenanliegen wichtig. Nach dem siebenjährigen Einsatz im GGG-Vorstand engagierte sie sich ehrenamtlich für die Gemeindekrankenpflege in ihrem Wohnquartier.

Es ging ihr nicht nur darum, die vorhandenen Finanzen, die damals noch nicht üppig flossen, gezielt einzusetzen und für Notfälle zusätzliche Geldmittel zu organisieren, sondern es war ihr auch wichtig, dass angemessene und ausreichende Beträge ausbezahlt wurden. So erinnert sie sich noch heute mit Verblüffung daran, dass der Vorstand einer langjährigen, vor der Pensionierung stehenden Angestellten der Frauenbadanstalt ernsthaft eine monatliche Rente von 30 Franken ausbezahlen



wollte «30 Franken! Dass wir als GGG solches machen, dann lieber gar nichts zahlen!» So beschämend fand sie diesen kleinen Betrag. Ja, aber die Kassiererin habe nur im Sommer gearbeitet, im Winter sei sie bei Coop gewesen, wurde ihr erwidert. Valerie Gruner beschloss, die Frau zu besuchen. Sie wohnte mit ihrer Schwester in einem kleinen Häuschen recht bescheiden. Sie hatte eine kleine Ersparnis, «aber das ging uns ja nichts an, sie hatte für uns gearbeitet». Mit anderen Worten: sie hatte ein Recht auf eine Rente. So wurde schliesslich im Vorstand entschieden, den pensionierten Mitarbeiterinnen des Frauenbades eine jährliche Pension von je 3600 Franken auszubezahlen. Ein Legat einer verstorbenen Witwe machte dies möglich.<sup>59</sup>

Als erste Frau und als Nicht-Akademikerin benutzte Valerie Gruner ihre, wie sie verschmitzt meinte, angebliche Ahnungslosigkeit und ihren Charme dazu, neue Wege zu beschreiten und Vorgänge neu zu gestalten. Sie brachte neue Elemente in die Vorstandsarbeit ein, die zur notwendigen Erneuerung der GGG beitrugen. Als sie turnusgemäss den Vorstand nach sieben Amtsjahren verliess, dankte Vorsteher Roger Baumann-Zemp ihr für ihre Verdienste. Sie habe das ihr übertragene Mandat mit Auszeichnung erfüllt. «Wir bedauern, ihr überlegtes, echt frauliches Urteil in Zukunft missen zu müssen.»<sup>60</sup> Ihre Nachfolgerin wurde Beatrice Staub-Sarasin. Nun war die Zeit vorbei, als der Vorstand nur aus Männern bestand.

## Aufbruch in den 1960er Jahren

Der gesellschaftliche Aufbruch in den sechziger Jahren war auch in der GGG spürbar und führte zu inneren und äusseren Erneuerungen. Angestossen wurden diese durch jüngere Vorstandsmitglieder. Im Herbst 1964 hatte sich der Vorstand mit Professor Heinrich Popitz, der an der Basler Universität Soziologie lehrte, in Verbindung gesetzt und angefragt, ob «die innere Problematik der GGG» nicht soziologisch untersucht werden könne. Die Frage, wie sich die GGG im Verhältnis zum modernen Sozialstaat situieren solle, welche sozialen Aufgaben sie beibehalten, welche aufgeben oder neu aufnehmen und fördern solle, beschäftigte die Vorstandsmitglieder intensiv. Popitz konnte wegen seiner Berufung an die Universität Freiburg in Breisgau, wo er das Institut für Soziologie aufbauen sollte, nicht mehr auf die Anfrage eingehen. An seiner Stelle war sein Schüler, der promovierte Soziologe Franz Hess, bereit, sich ohne Entschädigung mit den Strukturfragen der GGG auseinanderzusetzen.<sup>61</sup>

Franz Hess ging in seiner Strukturanalyse zunächst auf die GGG in Abgrenzung zur sozialstaatlichen Tätigkeit ein. Durch die gesetzlichen Regelungen und den Rechtsanspruch der Individuen habe sich für den Staat das soziale Feld erweitert. Doch private Interventionen seien dort notwendig, wo die öffentliche Hand nicht eingreife, sei es, weil nur wenige

betroffen sind, sei es, weil die finanziellen Folgen zu weit gingen, sei es aus anderen Gründen. An diesem Punkt habe eine Organisation wie die GGG eine wichtige Funktion: Durch ihren nur minimal institutionalisierten Rahmen könne sie pragmatisch, flexibel und unkonventionell handeln. Weil die Entscheidungswege kurz seien, könne sie rasch Lösungen anbieten und dabei auch ungewöhnliche Experimente wagen. Sollten solche Aktionen auch das angestrebte Ziel nicht erreichen, werde das Ansehen der GGG wenig beeinträchtigt, weil sie von der guten Sache getragen sei und in Basel ein hohes Ansehen geniesse. Ihre Unterstützungen seien für die Gestaltung des sozialen Lebens wertvoll und unverzichtbar. Nach diesen grundsätzlichen Überlegungen brachte Hess konkrete Vorschläge vor. Drei Gebiete könne die GGG ausbauen: «1. Beihilfe für Alte und Invalide, 2. Bereitstellung von weiteren Freizeit-Betätigungs- und Bildungs-Möglichkeiten für Jugendliche und 3. Förderung des kulturellen Lebens in Basel».<sup>62</sup>

Hess machte zu den Organisationen, die die GGG gemäss dem Umfang ihrer Unterstützung und Förderung in A-, B-, C- und D-Organisationen gliederte, folgende Empfehlungen. Bei den A-Organisationen GGG-Abendkurse, Allgemeine Bibliotheken, Patronage-Kommission Basel-Stadt, Bläsistift, Blindenheim und Betreuung ausländischer Arbeitskräfte sei ein Ausbau sinnvoll. Im bisherigen Rahmen weitergeführt werden sollten die Stipendien-Kommission für Gewerbelehrlinge, das Neujahrsblatt, die Kommission zur Versorgung von Kindern, die Schülergärten und die Walderholungsstätte Egliseeholz. Hingegen sei die Aufrechterhaltung der beiden Badanstalten im Rhein, der Speisehütte und des Krankenmobilenmagazins fragwürdig.

Bei den B-, C- und D-Organisationen hob er die Vielfalt hervor und unterschied zwischen «unterstützungswürdig» und «unterstützungsbedürftig». Dort, wo die GGG wenig Mitsprache habe, müsse sie prüfen, ob eine weitere Unterstützung mit den eigenen Zielsetzungen zu vereinbaren sei. Grundsätzlich müsse sie überlegen, wie relevant die Beiträge für die jeweilige Organisation seien. Statt kleiner Beträge in der Höhe etwa von 50 Franken, die eher den «Charakter von Verlegenheitslösungen» hätten, sei zu prüfen, ob man diese Organisationen eindeutig oder gar nicht mehr unterstütze. Diese grundlegende Frage müsse sich die GGG bei den Kirchenchören, der Basler Orchester-Gesellschaft, dem Verein Horeba, der Zentralkommission für soziale Fürsorge und dem Taubstummen-Bund Basel stellen.

Zum Finanzhaushalt stellte Hess fest, dass die GGG bedeutende Mittel aus Legaten, Stiftungen und anderen Quellen zur Verfügung habe, die zumeist in Obligationen «mündelsicher» angelegt seien. Wegen der Geldentwertung sei dies allerdings nicht sehr wirtschaftlich. Er schlug vor, statt regelmässige Beiträge aus den Erträgen der Obligationen zu zahlen, zinslose Darlehen auszuhändigen. Das Blaubuch streifte er nur kurz und empfahl, die Berichte der C- und D-Organisationen wegzulassen und bei den B-Organisationen auf deren eigene Jahresberichte zu verweisen.



Einen hohen Stellenwert räumte Hess der Öffentlichkeitsarbeit ein. Um genügend freiwillige Mitarbeitende für künftige Aufgaben zur Verfügung zu haben, sei es wichtig, neue Mitglieder zu gewinnen. Diese müssten mit zielgerichteten Aktionen gewonnen werden. Hess hielt abschliessend fest, dass die GGG durchaus und weiterhin Aufgaben zu erfüllen habe, die vom Staat nicht oder nur ungenügend bewältigt werden könnten, die aber für Basel und seine Bevölkerung von zunehmender Bedeutung seien. Die GGG hatte also weiterhin eine Existenzberechtigung.

Auf der Grundlage dieser Studie teilte Dr. Bernhard Gelzer die Aktivitäten der GGG in fünf Bereiche ein: «Erwachsenenbildung, Freizeitgestaltung für Jugendliche, persönliche Betreuung kranker, invalider und alter Leute, Hilfe für gestrauchelte Menschen und das private kulturelle Schaffen».<sup>63</sup> Im Wohlfahrtsstaat konzentrierte sich die private Gemeinnützigkeit immer mehr auf kulturelle Aufgaben, folgerte Gelzer zum Schluss.

An der Vorstandssitzung vom 9. November 1965 diskutierten die Mitglieder während rund drei Stunden diese Grundlagenpapiere und protokollierten folgende Themen und offenen Fragen:

*«1. Straffung des Tätigkeitsgebietes der GGG/Dezimierung der Aufgaben/Ausscheidung der entbehrlichen Patronate. 2. Anpassung der Geschäftsführung/Vollamtlicher Verwalter? 3. Aufmerksamkeit vermehrt auf das Personelle, die Wahl der verantwortlichen Kommissionsmitglieder lenken. 4. Ressortaufteilung auf die Vorstandsmitglieder oder 5. Wahl von Ressort-Vertretern, die dem Vorstand nicht angehören würden, diesen jedoch ständig auf dem Laufenden halten über Tätigkeit der ihnen zugeteilten Institution. 6. Vorsteher/in auf 2 Jahre wählen (voraussichtlich nicht möglich wegen zu grosser zeitlicher Belastung).»<sup>64</sup>*

Eine Überprüfung der Aufgaben war wegen der beruflichen Beanspruchung der Vorstandsmitglieder unabdingbar. Sie beschlossen einstimmig «auf Zusehen», die Projekte der GGG in die folgenden Ressorts zu bündeln: «Alter und Wohnungsbau/Diverses; Betreuung a. Kinder und Frauen, b. andere; Erziehung und Freizeit; Gesundheit; Kultur; Verwaltung».<sup>65</sup> Jeweils ein Vorstandsmitglied erhielt ein Ressort zugeteilt. Bis heute wurde dieses System beibehalten, nur die Einteilung und die Ressortnamen wurden hier und da modifiziert. Die Ressorts, die heute Geschäftsfelder genannt werden, bestehen mittlerweile aus Bildung, Familie, Kultur I, Kultur II, Gesundheit, Soziales I und Soziales II. Neben Delegierter, Kassier, Schreiber ist überdies der Bauherr, zuständig für die Liegenschaften, mit einer längeren Amtszeit im Vorstand vertreten.<sup>66</sup>

Um den GGG-eigenen Betrieben in der Zeit der Hochkonjunktur genügend Arbeitskräfte zu sichern, wurden die Arbeitsbedingungen verbessert. Ein «Dienstvertrag» legte die «einheitliche, aber elastische Regelung der Anstellungsverhältnisse» fest. Zur sozialen Absicherung der Mitarbeitenden gründete die GGG eine Personalfürsorgestiftung und führte die Unfallversicherung ein.

Alle diese Erneuerungen machten eine Anpassung der Statuten notwendig. Dabei wollte der Vorstand «mit grosser Vorsicht» vorgehen, um die «Verantwortung vor dem angestammten Ideengut» zu berücksichtigen.<sup>67</sup> Auf diese Gratwanderung zwischen Tradition und Moderne, die Vorsteherin Beatrix Staub-Sarasin hier ansprach, begab sich die GGG immer wieder.

Die neuen Statuten genehmigte die Mitgliederversammlung am 31. Mai 1967. Einerseits wurde der Gesellschaftsnamen verkürzt und das seit vielen Jahren gebräuchliche Kürzel GGG statutarisch festgeschrieben: GGG, Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel. Die antiquierte Formulierung «zur Beförderung des ...» wurde weggelassen. Doch beim Zweckartikel Paragraph 2 hielt man sich als Würdigung der Gründergeneration an den Wortlaut aus den allerersten Satzungen und ergänzte den poetischen mit einem erläuternden Satz: «Der Verein ist bestrebt, diesen der Sache nach aktuell gebliebenen Zweck unter Anpassung an die dauernden Veränderungen unterliegenden Verhältnisse durch eigene GGG-Organisationen (A-Organisationen) und durch Förderung, Unterstützung und Koordination von Organisationen, die unter das Patronat des Vereins gestellt werden, zu erfüllen. Soweit die GGG unter ihrem Patronat stehende Organisationen finanziell unterstützt (B-Organisationen), hat sie sich das Recht auszubedingen, in die geschäftsleitenden Organe dieser Institutionen einen oder mehrere Delegierte abzuordnen.» Die Kürzel A-, B-, C- und D-Organisationen, die seit einigen Jahren verwendet wurden, fanden nun Eingang in die Statuten.

UNTERSTÜTZTE ORGANISATIONEN IN VIER HAUPTGRUPPEN GEGLIEDERT <sup>68</sup>			
1. eigene, d. h. unselbständige Unternehmen der GGG, mit Einschluss der unselbständigen von der ZEK verwalteten «Stiftungen» oder Fonds	2. selbständige Stiftungen unter Patronat der GGG, Delegierte der GGG im Stiftungsrat	3. selbständige Vereine, Genossenschaften und Aktiengesellschaften unter Patronat der GGG	4. subventionierte Staatsanstalten

Die 1943 eingeführte Mitgliederkategorie «Freunde der Gesellschaft», Gönner und Passivmitglieder, wurde ersatzlos gestrichen. Gehörten 1943 508 Personen dazu, nahm die Anzahl jährlich ab und betrug 1968 mit 58 Personen noch zehn Prozent. Somit konnte diese Form der Treue zur GGG ohne grossen Verlust aufgehoben werden.

Die Organe des Vereins waren nun die Mitgliederversammlung (vormals allgemeine Versammlung), der Vorstand und die Rechnungsrevisoren. Der Vorstand musste mindestens einmal pro Jahr eine Mitgliederversammlung (MV) einberufen. Auch drei Vorstandsmitglieder oder auf schriftlichen Antrag fünfzig Mitglieder (vormals dreissig) konnten eine MV verlangen. Neu entschied die Mitgliederversammlung über die Höhe des Mitgliederbeitrags. In den Statuten wurde kein fester Betrag mehr genannt, um bei Anpassungen nicht aufwendige Statutenänderungen vornehmen zu müssen. Mit einer zusätzlichen Hürde wurde die Auflösung der GGG erschwert: «Sollte an der ersten Versammlung, an der über die Auflösung der Gesellschaft



Beschluss gefasst wird, nicht die Hälfte der Mitglieder anwesend sein, so hat der Vorstand über dieses Traktandum zu einer zweiten Sitzung zu laden, an der dann unabhängig von der Anzahl der Anwesenden mit Zwei-Drittel-Mehrheit die Auflösung des Vereins beschlossen werden kann (§ 9).»

Die Amtsdauer der Funktionärinnen und Funktionäre wurde nach wie vor unterschiedlich gestaltet: Der Kassier (vormals Seckelmeister) war weiterhin unbeschränkt wählbar. Der Schreiber wurde für drei Jahre gewählt, ebenso die Kommissionsmitglieder und Delegierten. Alle waren wiederwählbar.

Bei der Überarbeitung der Statuten war es dem Vorstand wichtig, die jüngere Generation einzubeziehen und ihr Interesse für die GGG und ihre gemeinnützigen Anliegen zu wecken. Man befürchtete nämlich eine Überalterung der Kommissionen und diskutierte deshalb die Einführung einer Altersgrenze. Allerdings warnten einige, dass die Auswahl an ehrenamtlich Tätigen nicht allzu gross sei und auch ältere Menschen noch lange geistig beweglich bleiben könnten. Zudem helfe Freiwilligenarbeit gegen die «Alters-Vereinsamung», die oft auch «tüchtige Menschen, die plötzlich zwangsweise mit 65 Jahren pensioniert worden» seien, treffen könne. Hingegen sei eine Amtsdauerbeschränkung angezeigt, da bei zu langer Mitarbeit ein «Absinken der Stosskraft und der Ideenerneuerung» drohe.<sup>69</sup>

In den Statuten wurden schliesslich weder eine Altersbeschränkung noch eine Amtszeitbefristung der Kommissionsmitglieder eingeführt. Hingegen wählte nicht mehr die Mitgliederversammlung, sondern der Vorstand die Kommissionsmitglieder.

Mit diesen internen Neuerungen und Umgestaltungen – wozu auch ein Sekretariat gehören wird – war auch die Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit und Werbung verbunden. Es war nicht mehr zeitgemäss, im Stillen zu wirken, denn nun gab es viele andere soziale Organisationen, die ebenfalls die Aufmerksamkeit der Bevölkerung suchten.

## Öffentlichkeitsarbeit

Zu ersten Bemühungen, das Erscheinungsbild der GGG zu modernisieren, kam es Ende der 1950er Jahre. Das allen Mitgliedern zugestellte Blaubuch wurde grafisch aufgefrischt: schönere Farbe, solideres Papier und ein vom Basler Grafiker Kurt Pauletto neu gestaltetes Deckblatt. Ein Werbeprospekt wurde für die gezielte Verbreitung in Arzt- und Zahnarztpraxen, Advokaturbüros und der Buchhandlung Helbing und Lichtenhahn hergestellt. Mit 44 neuen Mitgliedern in den fünf Monaten nach der Werbeaktion 1959 war der Vorstand recht zufrieden.<sup>70</sup>

Ein neues Signet stammte vom Typografen und Buchhersteller Jan Tschichold. Alle A-Organisationen wurden angewiesen, das neue Logo auf Briefköpfen, in Drucksachen und Inseraten zu verwenden und wenn

möglich an ihren Gebäuden anzubringen. Regelmässig wurden die Tages- und Wochenzeitungen mit Informationen beliefert. So druckte die Basler Woche seit November 1959 jede Woche einen kurzen Artikel unter dem Titel «Was tut die GGG» ab.

Noch waren es einzelne Werbemassnahmen, die zur Mitgliederwerbung gemacht wurden. Die Mehrheit im Vorstand wollte keinen Budgetposten für Werbung einsetzen. Man zählte auf die Unterstützung von Privaten und Firmen. So stellten wohlwollend gesinnte Unternehmen Platz für Informationen in ihren Hauszeitungen zur Verfügung oder finanzierten Inserate für einzelne Projekte und Institutionen der GGG, etwa die Abendkurse oder die Allgemeine Bibliothek. Der Schweizerische Bankverein war bereit, seine neun Schaukästen an der Aeschenvorstadt 1 für eine Ausstellung über die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunftspläne der GGG zur Verfügung zu stellen.<sup>71</sup>

Der ehemalige Werbefachmann der CIBA, Dr. Karl Hoffmann, verpflichtete sich unentgeltlich zur Mitarbeit und übernahm die Neugestaltung der für die Öffentlichkeit bestimmten Unterlagen. Wegen der steigenden Druckkosten und der bekannten Tatsache, dass das Blaubuch von den Mitgliedern kaum noch gelesen wurde, prüfte der Vorstand neue Varianten der Verbreitung des Jahresberichts. Man wollte in den bewegten sechziger Jahren dem Lebensstil der jüngeren Generation Rechnung tragen. Hoffmann konzipierte einen schlanken Tätigkeitsbericht, der statt des Blaubuchs erstmals 1966 als Broschüre im A5-Format und mit 20 bis 50 Seiten Umfang erschien. Eine weitere Massnahme zur Information und zum Austausch über vorgenommene und geplante Erneuerungen war die Einführung einer Konferenz für alle Kommissionspräsidenten und Delegierten. Die erste solche Konferenz wurde für den 22. November 1966 anberaumt. Um alle Aktivitäten öffentlich bekannt zu machen, hielt die GGG im Mai 1967 die erste Pressekonferenz ab. Auf Veranlassung Hoffmanns wurde die gesamte Pressedokumentation durch den Publizitätsdienst der CIBA redigiert und bereitgestellt.<sup>72</sup>

In jenen Jahren brachten alle grossen chemischen Firmen in Basel der GGG viel Wohlwollen entgegen. Solange die Verwaltungsräte grossmehrheitlich aus hiesigen Einwohnern bestanden, engagierten sie sich ehrenamtlich in GGG-Organisationen, in kirchlichen oder in sozialen Institutionen. So habe das schweizerische Milizsystem funktioniert, erklärte das damalige Vorstandsmitglied Daniel Heusler in einem Gespräch.<sup>73</sup> Heute sei es durch einen grossen Mentalitätswandel in Gefahr. Die globalisierte Industrie ziehe sich aus dem lokalen Geschehen zurück, was Heusler als ein Problem erachte, das auch die GGG betreffe.

Die Publizitätsanstrengungen der GGG lohnten sich. Es gelang ihr, sich in der Öffentlichkeit neu zu positionieren und ihren Stellenwert im städtischen Alltag zu vergrössern. Die Folge war nicht nur eine Zunahme von Mitgliedern – nun waren es wieder mehr als 4000 Mitglieder – und Freiwilligen, sondern auch eine Zunahme von Spenden und Vergabungen,



[Abb. 1]  
[Abb. 2]  
[Abb. 3]



[1-3] Vom 19. bis 27. Juni 1943 organisierte die GGG auf dem Barfüsserplatz eine Ausstellung mit Ständen, Karussell und weiteren Attraktionen, um ihr Engagement vorzustellen und neue Mitglieder zu gewinnen.

die in den Vorstandsprotokollen regelmässig aufgelistet wurden. Es waren Beträge von einigen Tausend bis zu mehreren Hunderttausend Franken, die gestiftet wurden. Dieser Vermögenszuwachs stellte die GGG auf ein Fundament, das ihr die Absicherung der bestehenden Projekte und die Initiierung neuer Aktivitäten erleichterte.

## Sekretariat

Wie konnten die Vorstandsmitglieder entlastet werden? Das war seit Beginn des 20. Jahrhunderts die wiederkehrende Frage im GGG-Vorstand. Die naheliegende Lösung eines Sekretariats wurde lange abgelehnt. Zu gross war die Befürchtung, der Vorstand werde Macht und Einfluss einbüßen. Bereits 1905 hatte nämlich der weitblickende Vorsteher Christian Buchmann mit seiner Idee einer Zeitschrift auch die Einrichtung eines «ständigen Sekretariats» vorgeschlagen. Ein «ständiger Sekretär» als Geschäftsführer hätte den Kontakt zwischen Vorstand und Kommissionen vertieft, Gruppen beraten, interessierte Kreise informieren und die Gesellschaftsunterlagen regelmässig archivieren können. Paul Speiser-Sarasin entwarf damals eine «Amtsordnung für den ständigen Sekretär der GGG», in der er die möglichen Aufgaben skizzierte.<sup>74</sup> Nach der Schlussitzung 1907, als die Frage erneut auf der Traktandenliste gestanden hatte, trafen sogar Bewerbungen für die Stelle ein. So interessierte sich der 38-jährige Journalführer des Polizeidepartements, der auch Mitglied der GGG-Patronagekommission war, für die Stelle und fragte an, ob sie für einen Familienvater, der von seinem Lohn leben müsse, geeignet sei.<sup>75</sup> Doch die ganze Angelegenheit eines Sekretariats versandete, Buchmanns Ideen wurden damals nicht weiterverfolgt.

Als Valerie Gruner 1957/58 Vorsteherin wurde, setzte sie durch, dass eine Sekretärin als administrative Kraft halbtags angestellt wurde.<sup>76</sup> Doch diese Anstellung ging nicht unkommentiert vonstatten. Die Sekretärin musste zuerst beweisen, dass ihre Arbeit sinnvoll war und schliesslich zur Entlastung der Vorstandsmitglieder unverzichtbar wurde.<sup>77</sup>

Mit den Reformen und dem Ausbau der GGG wurde 1966 im Schmiedenhof ein Sekretariat eingerichtet, das jeden Vormittag besetzt war. Eine Sekretärin wurde nun ganztags angestellt.<sup>78</sup> Jeanne Loeliger-Butscher, die bis 1991 für die GGG arbeitete, erledigte die zunehmend anfallenden administrativen Arbeiten. Loeliger war in diesen 25 Jahren nach übereinstimmender Meinung zum «unerschöpflichen Gedächtnis» geworden.<sup>79</sup>

Im Rahmen der Strukturanalyse in den 1960er Jahren tauchte erneut die Frage nach einem «ganztägig amtierenden GGG-Verwalter» auf. Der Vorstand plante, diesen «Fragenkomplex» mit dem ehemaligen Vorstandsmitglied Hans Meier-Meyer, seines Zeichens Verwalter der Christoph Merian Stiftung, zu besprechen.<sup>80</sup>



Auf der einen Seite erkannten die Vorstandsmitglieder den Vorteil der Arbeitsentlastung, auf der anderen Seite äusserten sie grosse Vorbehalte, was etwa die finanzielle Belastung, die Entfremdung von den Kommissionen, den drohenden Kontrollverlust und grundsätzlich den Bruch mit der Tradition betraf. Noch einmal wurde die Entscheidung vertagt, und der Vorstand diskutierte, ob allenfalls «Beauftragte» ehrenamtlich oder bezahlt für einzelne Aufträge eingesetzt werden könnten.

DER ERSTE KOORDINATOR: CHRISTIAN-ADAM MEZ (1906–2003)

Christian-Adam Mez wuchs in Basel auf, wo sein Vater Adam Mez von 1894 bis zu seinem Tod 1917 an der Universität orientalische Philologie lehrte. Nach dem Studium der Jurisprudenz stieg Christian-Adam Mez 1932 in die Leitung des Familienunternehmens der Mez AG in Freiburg im Breisgau ein. Der Betrieb, der Seidenbänder produzierte, war 1785 in Kandern gegründet und knapp vierzig Jahre später nach Freiburg verlegt worden. Bis 1969 war Mez Generaldirektor, danach Vorsitzender des Aufsichtsrats. Für sein Engagement zugunsten der Stadt Freiburg und des Münsters unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg erhielt er 1976 das Verdienstkreuz I. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Als nach der Bombardierung das Dach des Münsters einzustürzen drohte, verhandelte er von seinem Wohnort Riehen aus in Zusammenarbeit mit dem Basler Denkmalpfleger Rudolf Riggenschach mit den französischen Besatzungstruppen und den schweizerischen Behörden und erreichte, dass 80 000 Ziegel, 800 Quadratmeter Fensterglas und 400 Kilo Kitt aus der Schweiz für die Instandstellung der Kathedrale freigegeben wurden.

1968 beschloss Mez, sich als Vorsitzender aus seiner Firma mit einer Belegschaft von 2000 Personen in Freiburg im Breisgau zurückzuziehen, und stellte sich der GGG ehrenamtlich zur Verfügung. Zur Entlastung des Vorstands baute er das Koordinationsbüro auf. Um Ratsuchenden die Auswahl unter den etwa 900 sozialen Institutionen in Basel zu erleichtern, erarbeitete Mez das Konzept für eine zentrale Informationsstelle der GGG. Den GGG-Wägwyser, heute GGG Wegweiser, leitete er ab 1978 bis 1988.

Um nicht aus Überlastung dringende Projekte aufschieben und verzögern zu müssen, wurde der Schritt schliesslich unumgänglich und ein «Koordinationsbüro» eingerichtet. Dies hatte sich durch den Kontakt zu Dr. Christian-Adam Mez ergeben. Als der 62-jährige Unternehmer

Mez in den Ruhestand trat, wollte er sich in einer sozialen Organisation ehrenamtlich engagieren und stellte sich der GGG zur Verfügung. Der Vorstand wollte Mez als Berater und Koordinator einsetzen, der Probleme erkannte und zur Lösung Konzepte entwickelte. Wenn er sich nach einigen Jahren zurückziehen würde, wäre der Weg zu einem vollamtlichen Geschäftsführer geebnet.<sup>81</sup>

Nach fünf Jahren, 1973, bilanzierte Vorsteher Dr. René Joray, das Koordinationsbüro der GGG habe massgeblich dazu beigetragen, dass die Nachfrage nach sozialer Unterstützung abgedeckt werden konnte. «In unserem Aufgabenbereich liegt es nicht, Politik zu betreiben. Aber die Bereitschaft, soziale Verantwortung zu übernehmen, von der unsere Organisationen getragen sind, geben unserem Werk einen Rang, der in unserem Basler Staatswesen diese tätige Mitverantwortung des Bürgers sichtbar werden lässt.»<sup>82</sup>

Mit dem neu beauftragten Koordinator gelang es der GGG, ihre sozialen Aufgaben speditiver und effizienter zu erfüllen und sich den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Welche Vorteile ein zentral geführtes Sekretariat hatte, zeigte sich bei ihren täglichen Arbeiten und bald bei der Planung des 200-Jahr-Jubiläums, das mit Anlässen während des ganzen Jahres 1977 gewürdigt wurde.

## 200 Jahre GGG

Das runde Jubiläum 1977 nutzte die GGG auf vielfältige Weise, um ihr Fundament für die Zukunft zu festigen. Unter dem Jubiläumsmotto «Schön wärs, wenn au Du derby wärsch» wurde ein «GGG-Festival» konzipiert, das mit rund sechzig Veranstaltungen verschiedene Bevölkerungsgruppen ansprach und den GGG-Institutionen ermöglichte, sich mit eigenen Aktivitäten zu präsentieren.

«Wir wollen keine Sammlung zur Stärkung unserer finanziellen Mittel in den Vordergrund stellen, sondern den Versuch machen, den Bekanntheitsgrad der GGG in Basel entscheidend zu verstärken und die Mitgliederzahl – wenn möglich – zu verdreifachen», schrieb der Vorstand an die Präsidenten und Delegierten der GGG-Institutionen zu Beginn der Vorbereitungen.<sup>83</sup>

Um es vorwegzunehmen, dieses ambitiöse Ziel einer Mitgliederzunahme von 4000 auf 12 000 Personen wurde nicht erreicht. Am Ende musste man sich mit 1300 neu geworbenen Mitgliedern zufriedengeben, was immerhin einer Zunahme von dreissig Prozent entsprach. Doch insgesamt gelang es, mit den zahlreichen Jubiläumsaktivitäten «die Notwendigkeit der privaten gemeinnützigen Tätigkeit darzulegen, der Bevölkerung die GGG und ihre Institutionen vorzustellen und den GGG-Gedanken noch mehr in ihr zu verankern».<sup>84</sup>



Anlässlich ihres 200jährigen Bestehens möchte Ihnen die Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel einiges über sich und ihre Arbeit erzählen. Hier erfahren Sie, wie sich aus gemeinnützigen Ideen sogar gewinnbringende Unternehmen entwickeln konnten.

*Sparkasse  
Basler Woche  
17.6.1977  
Nr. 24 / S*



spartes zinstragend anlegen möchte sagen: Tut uns leid, aber wir nehmen nur wohlhabende Kunden und angesehenen Bürger, mit solchen lächerlichen Kleinsparbeiträgen können wir uns nicht abgeben. Bei der nächsten Bank würde dem selben Sparer eröffnet: Wir nehmen nur Einlagen von Minderbemittelten an, zahlbar in geraden Summen von 50 Pfund (damals 50 Franken), 100, 150, 200 Pfund usw., allerdings nur bis zum Höchstbetrag von 500 Pfund. Diesen Ton mussten sich die sogenannten «kleinen Leute» noch um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert auch in Basel gefallen lassen, bevor 1809 unter dem damaligen Namen «Zinstragende Ersparniß-Casse» die heutige Sparkasse Basel durch die Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige gegründet wurde.

Spar- und Hypothekenbank entwickelt sie sich, den Bedürfnissen entsprechend, zur modernen Universalbank mit weiteren Dienstleistungen. Sie ist übrigens eine der zwei einzigen Banken in der Schweiz, die als Rechtsform die Stiftung beibehalten haben. Selbstverständlich ist die Sparkasse Basel auch ein geschäftsorientiertes Unternehmen, das gewinnbringend arbeitet und auf grosse Sicherheitsreserven bedacht ist. Dennoch, der gemeinnützige Gedanke ist nicht verloren gegangen; bestimmungsgemäss fliesst die Hälfte des ausgewiesenen Reingewinns (1975 waren es gegen ¼ Million Franken) in die Zentralkasse der GGG und hilft viele der gemeinnützigen Einrichtungen Basels finanzieren. Auch bei den GGG-Jubiläumsfeierlichkeiten ist die Sparkasse Basel mit von der Partie: Jedes neue und bisherige GGG-Mitglied erhält im Jubiläumsjahr 1977 von der Sparkasse Basel bei der Neueröffnung eines Sparheftes als Geschenk eine Jubiläumseinlage von 20 Franken. Die heutige Sparkasse Basel ist nicht die einzige GGG-Gründung, die sich zu einem finanziell selbständigen und respektablen Unternehmen entwickelt hat. Wussten Sie zum Beispiel, dass die heutige Adressen- und Werbezentrale (AWZ) aus der von der GGG gegründeten Schreibstube für Stellenlose hervorgegangen ist? Dass auch die Patria-Lebensversicherung und das Heimatwerk Basel auf GGG-Gründungen zurückzuführen sind? Von der Tätigkeit und Entwicklung der insgesamt über 80 GGG-Institutionen hört man normalerweise wenig. Wir denken aber, dass es nach 200 Jahren wieder einmal Zeit ist, darüber zu reden und zu zeigen, dass der Gedanke des Guten und Gemeinnützigen heute so aktuell wie eh und je und auch Ihre Unterstützung wert ist.

**„Eine solche Stiftung würde besonders für Dienstboten und Tagelöhner äusserst wohlthätig seyn.“**

Stellen Sie sich vor, eine Bank würde heutzutage einem Kunden, der sein Er-

als eine gemeinnützige Institution verstand. Doch wenn man weiss, dass die «Zinstragende Ersparniß-Casse» in den ersten Jahren die Sparkonten ihrer Anleger absolut ehrenamtlich führte; dass sie kein Bankgebäude besass, sondern die Anleger ihr Geld jeweils am Montagvormittag zwischen 11 und 12 Uhr in die Wohnungen der unentgeltlich arbeitenden Administratoren brachten; dann ist der Begriff «gemeinnützige Bank» nicht so abwegig. Heute ist die Sparkasse Basel eine angesehenere Regionalbank mit einer jährlichen Bilanzsumme von über 400 Millionen Franken, mit Hauptsitz an der Ecke Steinenberg/Elisabethenstrasse und mehreren Stadtfilialen. Von der ursprünglich reinen

Überlegen Sie sich, ob Sie nicht Mitglied der GGG werden wollen. Der Jahresbeitrag beträgt 15 Franken, die Beitrittsklärung schickt Ihnen unser GGG-Sekretariat, Rümelinplatz 6, 4051 Basel (Telefon 25 09 32 von 9-12 h). Und falls Sie gerne den offiziellen GGG-Jubiläumstaler hätten: Sie erhalten ihn in Gold oder Silber bei der Sparkasse Basel und an weiteren Verkaufsstellen.



**Schön wärs, wenn au Du derby wärsch.**

Verlangen Sie die kostenlose Jubiläumsbroschüre und das Veranstaltungsprogramm beim GGG-Sekretariat.

Breman/Orlander

[4] Im Rahmen des Jubiläumsjahres 1977 erschienen in der Basler Woche Inserate über verschiedene GGG-Institutionen. Am 17. Juni 1977 wurde die Stiftung für Dienstboten und Tagelöhner vorgestellt.



Der Vorstand delegierte die Planung und Durchführung des Jubiläums aus zeitlichen, aber auch aus finanziellen Gründen, um als gemeinnützige Organisation solche Kosten zu vermeiden, an eine ehrenamtliche Kommission. Für das Präsidium sagte der Advokat und Notar Dr. Felix Emmanuel Iselin-Mylius, ein entfernter Nachfahre des Gründers Isaak Iselin, zu. Franz Bäuml amtierte als Generalsekretär und richtete das Sekretariat an seinem Arbeitsort, der Bâloise am Aeschengraben 25, ein.

Weil die GGG Anfang Juni 1777 gegründet worden war, legte man den offiziellen Festakt auf den 4. Juni 1977. Im Anschluss an die Mitgliederversammlung nahmen 500 Besuchende im Musiksaal des Stadtcasinos an einem vielfältigen kulturellen Programm teil. Mit musikalischen Einlagen präsentierten sich die Knabenkantorei unter der Leitung von Markus Ulbrich und ein von Hans Martin Linde geleitetes Streicherensemble mit Bläusersolisten der Schola Cantorum Basiliensis. Zu einer Geburtstags-Kantate hatte der in Basel wohnhafte Schriftsteller Frank Geerk einen passenden Text geschrieben. Regierungsrat Arnold Schneider überbrachte Grussworte der Basler Regierung, und Vorsteher Prof. Dr. Thierry A. Freyvogel hielt eine Rede zum Thema «Eigene Initiative, eigene Verantwortung». Mit Schnitzelbankversen von Dr. Hans Georg Oeri wurde die Feier abgerundet. Anschliessend trafen sich 188 geladene Gäste zum Empfang im Kleinen Klingental. Das Menu des Nachtessens, das im Refektorium eingenommen wurde, bestand aus Brotschinken mit diversen Salaten und einer Glacé-Torte zum Dessert.

Am gleichen Wochenende fand vom 3. bis 5. Juni 1977 auf dem Münsterplatz ein grosses Stadtfest statt, das Ruedi Reisdorf, Gründer und Direktor der Fracht AG, unabhängig vom GGG-Jubiläumsanlass organisierte. Da er sich mit der GGG verbunden fühlte, lud er sie ein, im Stadtfestkomitee mitzuwirken, und vereinbarte, die Hälfte des Gewinns einer GGG-Institution zukommen zu lassen.<sup>85</sup> Den Reinerlös des Festes von 410 000 Franken teilten sich schliesslich das damals noch von der GGG geführte Blindenheim und die von Reisdorf gegründete Aktion «Sportler helfen hungernden Kindern», die regelmässig das Pestalozzidorf in Trogen unterstützte.<sup>86</sup>

## Der Reischacherhof

Der Münsterplatz als Festort war für die GGG auch wegen des Jubiläumsgeschenks der Basler Regierung interessant. Diese überreichte der GGG nämlich den Reischacherhof am Münsterplatz 16, den ehemaligen Wohnsitz des Ratschreibers Isaak Iselin. Der Präsident des Organisationskomitees hatte bei der Regierung diesen Wunsch geäussert, der in Erfüllung ging, nachdem auch der Grosse Rat dem Ratschlag zugestimmt hatte.<sup>87</sup> Die GGG übernahm für die geplanten Wohnungen und



das Restaurant die Umbaukosten. Es sei ein Danaergeschenk, meinte ein Vorstandsmitglied, weil sie sehr hoch ausfielen. Ein anonym bleiben wollender Spender finanzierte jedoch die Renovation, so dass die Kosten nicht auf die Wohnungsmieten oder den Pachtzins abgewälzt werden mussten.

Für die Archäologische Bodenforschung boten die Grabungen im Reischacherhof anlässlich des Umbaus «einen einmaligen Querschnitt durch anderthalb Jahrtausende Stadtgeschichte». Dank etlichen Kleinfunden konnte eine fast lückenlose Besiedelung von den keltischen Anfängen bis ins späte Mittelalter nachgewiesen werden.<sup>88</sup> Sogar Fresken und eine Hauskapelle kamen zum Vorschein.

Die GGG erachtete dieses Projekt als eine Gelegenheit zu «Pionierdiensten für die Altstadtanierung und die Belebung der Innenstadt, von denen der Staat und andere Organisationen profitieren konnten».<sup>89</sup>

Zu Ehren des GGG-Gründers erhielt das Restaurant den Namen Kaffihus Zum Isaak. Die Eröffnung wurde Anfang Dezember 1978 gefeiert. Zur Einweihung reiste Dietrich Graf von Reischach an und übergab das Hauswappen seiner Familie.<sup>90</sup> Es wurde am Haupteingang angebracht neben dem vom Schlossermeister Peter Weiland angefertigten Wirtshauschild mit Isaak Iselin. Pächter waren von 1978 bis 2002 Beth und Ernst Stocker, die einen kulturellen Treffpunkt einrichten wollten, ähnlich wie das Café zum Teufel am Andreasplatz. Mit einem abwechslungsreichen Kulturprogramm, das sie im Kleintheater im Gewölbekeller anboten, begeisterten sie zahllose Besuchende.

Anfängliche Bedenken gegen das Restaurant gab es hingegen von Seiten des Rektorats des Humanistischen Gymnasiums auf Burg sowie der Kirchenratsverwaltung. Der Rektor befürchtete Geruchs- und Geräuschimmissionen des Restaurants auf den angrenzenden Pausenhof. Der Basler Abstinenterverband und der Grossrat und Metallarbeitersekretär Paul Neidhart wiederum reichten Beschwerde gegen den Alkoholausschank ein. Der Regierungsrat hatte sich dafür ausgesprochen, doch das Polizeidepartement hatte das Gesuch um ein Alkoholpatent abgelehnt, ebenso das Appellationsgericht mit Urteil vom 25. Oktober 1977.<sup>91</sup> In den folgenden fünfzehn Jahren reichte das Wirtepaar mehrmals ein Gesuch um Alkoholausschank ein, bis es Ende 1992 bewilligt wurde.<sup>92</sup> Das gerichtliche Seilziehen um den Alkoholausschank fand denn auch Eingang in die Basler Fasnacht und wurde von der Schnitzelbankformation D'Schellete aufs Korn genommen:

*«Was duet au unsri GGG bewege,  
E Baiz in sälle Schuelhof iine z due.  
Dr Neidhart isch do seer drGeGeGeege,  
doch d Schieler sin vor Fraid scho halber zue.  
Worum die Baiz zem Isaak baisst, das mergge si denn glyy:  
Dr Wirt dä rybt sich d Händ und sait: Iir zaalet – y sagg y.»<sup>93</sup>*

## Weitere Jubiläumsaktivitäten

Etliche A-Organisationen nutzten das Jubiläum, um sich mit eigenen Veranstaltungen in der Öffentlichkeit zu präsentieren. So fand am 20. August von 8 bis 20 Uhr im Sommercasino das Jugendfest unter dem Titel «Ein Sommertagstraum» statt. Eine Woche später wurde am selben Ort von 17 bis 22 Uhr ein Kostümball für «Junggebliebene» mit Musik und Tanz im Walzertakt durchgeführt. Erfolgreich bei schönem Wetter verlief vom 2. bis 4. September das Rümelinsplatzfest, an dem sich etwa 25 000 Besucherinnen und Besucher, vor allem Familien, vergnügten. An einem anderen Wochenende führte das Heimatwerk auf dem Barfüsserplatz ein farbiges Fest durch. Das Tagesheim Egliseholz organisierte eine ganze Woche der Begegnung. Aktiv war die Diabetes-Organisation der Region Basel. Sie zeigte im Schmiedenhof eine Ausstellung zur verbreiteten Krankheit Diabetes, bot gemeinsam mit dem Merian-Iselin-Spital eine unentgeltliche Diabetesuntersuchung an und servierte in Zusammenarbeit mit dem Blindenheim ein Diätmenü.

Auch an der Herbstmesse war die GGG präsent. Täglich von 14 bis 20 Uhr war ihr Stand mit dem Slogan «Die GGG dankt der Basler Bevölkerung für die Unterstützung während und der Teilnahme an den Anlässen ihres 200jährigen Jubiläums» in der Halle 2 am Eingang Riehenring geöffnet.

### DAS VERHÄLTNISS DER GGG ZUR SGG

Aus Anlass des 200-Jahr-Jubiläums lud die GGG die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft (SGG) für die Abhaltung der Jahresversammlung nach Basel ein. Man beschloss, die Bande enger zu knüpfen. Schon anlässlich der Zentenerfeier 1877 kamen beide Organisationen überein, ihre Beziehungen zu intensivieren. Die GGG entschloss sich aber erst 1893 zu einer Kollektivmitgliedschaft und einer direkten Vertretung in der SGG, als ihr lokaler Charakter und ihre Unabhängigkeit gewährleistet waren.<sup>94</sup> Von da an wählte die Mitgliederversammlung der GGG einen Delegierten, der die Jahresversammlungen der SGG besuchte und über die behandelten Themen Bericht erstattete.

Die GGG Basel war immer wieder Gastgeberin für die Jahresversammlungen der SGG, so 1911, 1926, 1943, 1977, 1995 und 2009.

Im Unterschied zur SGG, die zu sozialpolitischen Themen und Volksabstimmungen Stellung bezog und Abstimmungsempfehlungen herausgab, enthielt sich die GGG jeder direkten politischen Meinungsäusserung. Als etwa 1931 das Gesetz betreffend der AHV, das nach der Annahme des Verfassungsartikels von 1925 ausgearbeitet worden war, zur Abstimmung gelangte, lud die SGG die kantonalen Sektionen ein,



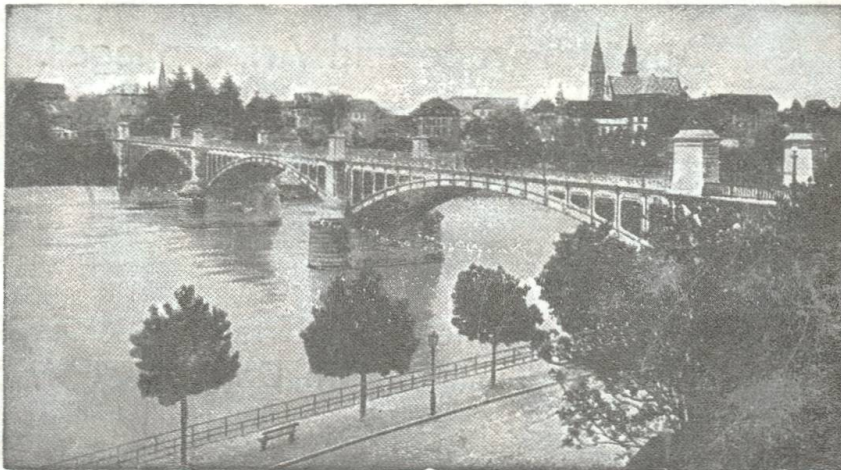
:: Schweizerische ::  
Gemeinnützige Gesellschaft

Jahresversammlung

in

BASEL

den 4. und 5. September 1911



BUCHL. DRUCKEREI FRÄNZ WITTMER - BASEL.

[5] Die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft hielt immer wieder ihre Jahresversammlungen in Basel ab, so auch am 4./5. September 1911.

sich aktiv für die Annahme der Vorlage einzusetzen. Sie begründete dies damit, dass die finanzielle Absicherung im Alter ein zentrales Thema der SGG sei, die ja 1917 die Gründung der Pro Senectute mitgetragen hatte.

Doch der GGG-Vorstand entschied, «am bisherigen Prinzip unserer Gesellschaft festzuhalten und uns neben unserer speziellen gemeinnützigen Tätigkeit nur an öffentlichen Hilfsaktionen zu beteiligen und der Politik und deshalb den für die Annahme oder Verwerfung von Gesetzen geführten Abstimmungskämpfen fernzubleiben».<sup>95</sup> Die Vorlage, die u. a. das Umlageverfahren, öffentliche Kassen, das allgemeine Obligatorium, Einheitsprämien und äusserst bescheidene Einheitsrenten ab dem Jahr, in dem das 66. Altersjahr zurückgelegt wurde, vorsah, scheiterte in der Volksabstimmung vom 6. Dezember 1931 deutlich.<sup>96</sup> Erst nach dem Zweiten Weltkrieg, 1947, konnte die AHV in Kraft gesetzt werden.

Bis heute engagiert sich die GGG für soziale Themen, die auch von der SGG angeregt werden, enthält sich aber als Gesamtorganisation einer politischen Stellungnahme, während einzelne Exponenten und Exponentinnen der GGG durchaus politisch tätig sind, wie das Beispiel einzelner Porträtierten zeigt.

An allen Veranstaltungen wurden Jubiläumstaler angeboten. Während die 100 Goldtaler alle verkauft wurden, mussten von den 1500 Silbertalern 450 unverkaufte Stücke wieder eingeschmolzen werden. Die Sparkasse führte eine Sparheft-Aktion durch und überreichte der GGG als Jubiläumsgeschenk einen Check über 100 000 Franken. Damit wurde ein Jubiläumsfonds geüffnet.<sup>97</sup>

Mit gut besuchten Pressekonferenzen konnte das Jubiläum medienwirksam abgedeckt werden. Das Schweizer Fernsehen porträtierte mehrere GGG-Institutionen in der Regionalsendung BLICKPUNKT.

Dank der zahlreichen, teilweise sehr gut besuchten Anlässe, die für alle Bevölkerungsgruppen eine Attraktion bereithielten, gelang es der GGG, sich bekannter zu machen und ihre Anliegen wieder vermehrt ins Bewusstsein zu bringen. Mit der Jubiläumstiftung und dem Talerverkauf war das Jubiläumsjahr auch finanziell ein Erfolg.

Einziger Wermutstropfen war der wenig erfolgreiche Verkauf des Neujahrsblattes, wie in der Auswertung vermerkt wurde.<sup>98</sup> Die Neujahrsblattkommission hatte den Journalisten und Redaktor Dr. iur. Walter Staehelin mit der Jubiläumsschrift beauftragt. Das 155. Neujahrsblatt zur Geschichte der GGG erschien rechtzeitig unter dem Titel «Der Zeit voraus, dem Staat voraus. Zur Zweihundertjahrfeier der Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel», den später die abtretenden Vorsteher und Vorsteherinnen in ihren Schlussreden oft zitierten – manchmal zustimmend, manchmal auch kritisch hinterfragend.





- [6] Im Jubiläumsjahr fand die Generalversammlung am 4. Juni 1977, von 16.30 bis 17.15 Uhr im Hans Huber-Saal (Stadtcasino) statt. Anwesend waren etwa 110 Mitglieder, Gäste und Pressevertreter. Von links nach rechts sitzen auf der Bühne: Dr. Emil Wamister, Beisitzer; Sekretärin und Protokollführerin Jeanne Loeliger-Butscher; Schreiber Dr. Dieter Moor; Kassier Dr. Urs Rohde; Vorsteher Nico Bischoff; Statthalter Dr. Paul Wyss; Dr. Marlies Fahrländer-Lüssy, Beisitzerin; Dr. René Joray, Beisitzer; Prof. Dr. Thierry Freyvogel, Beisitzer; Dr. Alfred Zeugin, Beisitzer.

## Gemeinnützigkeit im modernen Sozialstaat

Die GGG nutzte das Jubiläum nicht nur zum Feiern und Festen, sondern auch zum Reflektieren und Diskutieren. An verschiedenen Anlässen wurde die Frage des Verhältnisses von privatem sozialem Engagement und dem Auftrag des Sozialstaates erörtert. «Private Gemeinnützigkeit im modernen Sozialstaat – Möglichkeiten und Grenzen» lautete der Titel einer Fachtagung, die Daniel Heusler am 3. und 4. Juni 1977 im Rathaus organisierte. Eingeladen waren rund hundert Exponenten und Vertreterinnen von gemeinnützigen Organisationen, staatlichen und kirchlichen Behörden, Parlamenten, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften aus der Schweiz, der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich. Nach Kurzreferaten im Plenum diskutierten die Teilnehmenden in gemischten Arbeitsgruppen zu zehn Personen Fragen rund um das Thema der Gemeinnützigkeit. Liessen sich Freiräume für private gemeinnützige Tätigkeiten im modernen Sozialstaat noch rechtfertigen? Wie konnte eine sinnvolle Zusammenarbeit zwischen staatlichen und privaten Trägern sowie zwischen Freiwilligen und Professionellen aussehen? Auf welchen Ebenen konnte die Bevölkerung für die Notwendigkeit von Prophylaxe sensibilisiert werden? Der Meinungs- und Erfahrungsaustausch über diese und andere Themen wurde geschätzt, und die Erkenntnisse daraus und die Konsequenzen für die GGG wurden in einer kleinen Broschüre veröffentlicht. An einer späteren Abendveranstaltung im Bernoullianum setzten GGG-Vorsteher Thierry A. Freyvogel, Statthalter Nico Bischoff, Dr. Peter Schai, Chef des staatlichen Büros für Planungskoordination, sowie Pfarrer Alfred Kunz unter der Leitung des Präsidenten der Kommission für öffentliche populäre Vorträge die Diskussion fort.<sup>99</sup>

### GEMEINNÜTZIGKEIT UND FORTSCHRITT ODER DIE ABWERTUNG EINES BEGRIFFS

Ausschnitte aus dem Referat des Historikers Martin Schaffner an der Fachtagung vom 3. / 4. Juni 1977:

«Dass der Begriff der Gemeinnützigkeit einen umfassenden Auftrag umschrieb, zeigt sich nirgends deutlicher als in den Jahresberichten der jungen GGG. [...] In den 1780er Jahren unternahm sie Anstrengungen zur Bekämpfung der Armut, zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Hinter diesen zwei Unternehmungen steckte die Einsicht, dass Arbeitslosigkeit (wie auch die damals verbreitete Massenarmut) wirtschaftlich bedingt sei, konjunkturelle und strukturelle Ursachen habe. Solche Vorstellungen schlugen allen Anschauungen der Zeit ins Gesicht, welche Arbeitslosigkeit als individuelles Versagen deuteten und in deren statischem Gesellschaftsbild Armut als feststehende Grösse und unabänderliche Tatsache verankert war. [...]



Nach unserem viel zu schnellen Gang von den vorrevolutionären Tagen, als Isaak Iselin seine private Initiative der Unbeweglichkeit des Staates entgegensetzte, bis in die siebziger Jahre dieses [20.] Jahrhunderts, da der Staat mit beträchtlichen Mitteln die Sozialarbeit privater Institutionen unterstützt, aus der Vogelperspektive dieses kurzen Fluges über zwei Jahrhunderte hinweg muss uns ein doppelter Verlust nachdenklich stimmen: die Verengung dessen, was einst zukunftsbewusst mit Gemeinnützigkeit umschrieben wurde, zur therapeutisch gefärbten, reaktiven Sozialarbeit und die Verkürzung des avantgardistischen Vorsprungs privater gemeinnütziger und sozialer Arbeit gegenüber öffentlicher Meinung und Staat. [...] Private soziale Arbeit erschöpft sich (und dieser Ausdruck ist wörtlich zu nehmen) heute im Bemühen, mit einer steigenden Flut verwirrter Situationen und hilfsbedürftiger Menschen zu Rande zu kommen. Sie kann es sich nicht leisten, grundsätzliche Fragen zu durchdenken, hat es längst aufgegeben, vorbeugend zu wirken. [...] überträgt man die Weitsicht der Gründergeneration auf heute, so müsste die GGG von 1977 wissen, was für die Bevölkerung der Region Basel im Jahre 2017 gut sein, sich noch im Jahre 2027 bewähren wird. [...]

Wer sonst wäre imstande, über die Schranken hinweg, die staatlicher Intervention gesetzt sind, Lösungen anzuregen für die prophylaktischen Aufgaben, die sich überall abzeichnen; wie anders könnte dies geleistet werden als durch private gemeinnützige Tätigkeit? Wer sonst wäre dazu fähig, gegen die Vorurteile unserer eigenen Zeit schöpferische Initiative zu ergreifen, Experimente zu fördern, deren Erfolg nicht zum vornherein feststeht, wer sonst als private gemeinnützige Organisationen, welche die Furchtlosigkeit ihrer Gründer nicht vergessen haben? Ist es ausgeschlossen, dass private soziale Arbeit die Statur der Gemeinnützigkeit zurückgewinnt, gesamtgesellschaftliche Perspektiven entwickelt und sich so den langen Atem verschafft, dem schon der Ratsschreiber von 1777 und seine Freunde ihre fruchtbare Energie verdankten?»

Dieselbe Thematik stand auch im Zentrum der Jahresversammlung der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft, die auf Einladung der GGG am 20. September 1977 in Basel tagte. Statthalter Nico Bischoff referierte ausführlich über die oben erwähnte Fachtagung.<sup>100</sup> Er skizzierte vier thematische Bereiche: Begriff und Standort privater gemeinnütziger Tätigkeit, das Verhältnis zwischen staatlicher und privater gemeinnütziger Tätigkeit, die Anforderungen an private Institutionen und neue Ziele privater gemeinnütziger Tätigkeit.

In Abwandlung der drei Potenzen Staat, Religion und Kultur, die der Basler Historiker Jacob Burckhardt in seinen «Weltgeschichtlichen Betrachtungen» als Wechselspiel erörtert hatte, sprach Bischoff von Staat,

Wirtschaft und Kultur. In diesem Krätedreieck repräsentiere die Kultur das Prinzip des Werdenden, der Staat dasjenige des Ordnenen und die Wirtschaft dasjenige des Verwertenden. Der Ansatz zu Veränderungen im gesellschaftlichen Leben gehe vom kulturellen Bereich aus, das heisse «in einem Raum, der weder die Zustimmung der grossen Mehrheit findet noch ein ökonomisches Rendement [Rendite] verspricht». «Wenn also gemeinnützige Tätigkeit als das Bestreben aufgefasst wird, die Lebensbedingungen der Allgemeinheit zu verbessern, so muss sie grundsätzlich dem kulturellen Bereich zugeordnet werden.» In der gegenwärtigen Zeit würde man sich Verbesserungen von Staat und Wirtschaft erhoffen, weshalb die kulturelle Kraft bedeutungslos geworden sei. Dies sei – Bischoff zufolge – der Grund, dass «wir trotz allem materiellen Aufwand dem sogenannten Glück nicht näherzukommen vermögen, ja im Gegenteil immer mehr von therapeutischer Symptombekämpfung gefesselt werden». Gemeinnützige Tätigkeit verlange eine «Gesamtschau, Voraussicht und Kreativität». «Wenn wir den Mut verlieren zum Experiment und die Fähigkeit, die grossen Linien vorauszuahnen. Wenn wir die aufmerksame Beweglichkeit verlieren und bürokratisch das Überkommene verwalten, dann werden wir in kurzer Zeit durch die öffentliche Hand überholt.» An der Fachtagung sei es immer wieder um diese Frage der Abgrenzung zwischen Staat und Privaten gegangen, fasste Bischoff zusammen. Seit der Aufklärung wurden häufig neue Dienstleistungen von privaten Organisationen gegründet und so lange ausgeübt, bis es nahelag, dass der Staat sie übernahm oder unterstützte. «Die private Initiative war dem Staatswesen in der Erfassung kommender Bedürfnisse um Jahrzehnte voraus», wie die Geschichte der GGG an vielen Beispielen zeige. Seit dem Ersten Weltkrieg hätten allerdings private Institutionen – wie Bischoff eingestand – viel von ihrer Weitsicht und Initiative verloren. Ein «zeitlicher Erkenntnis-Vorsprung» sei auf wenige Jahre zusammengeschmolzen. In der staatlichen Verwaltung arbeiteten Fachleute, die «mitunter beachtliche Fantasie und Eigeninitiative» zeigten. «In dieser gegenläufigen Entwicklung: reaktiver Qualitätsverlust in der privaten – und technischer Qualitätsgewinn in der staatlichen Gemeinwesenarbeit liegt meines Erachtens das Grundproblem privater gemeinnütziger Tätigkeit.» Die «schwindende Gemeinschafts-Verantwortlichkeit gerade derjenigen Schichten, die bisher die Gemeinnützigkeit getragen» hätten, verschärfe diesen Graben. Der Wegzug vieler Basler Familien aus der Stadt in die Agglomeration und die hohen Steuern vermittelten das Gefühl, die Pflicht sei getan, und «führten zu einer Delegation der sozialen Verantwortung an den Staat, zu einem Rückzug auf persönliche Interessen und damit zu einer folgenschweren Lockerung des sozialen Geflechtes unserer Städte».

Gegen diese Tendenz seien an der Fachtagung folgende Lösungsansätze vorgeschlagen worden: Die Steuerbelastung dürfe nicht derart hoch sein, dass die Spendefreudigkeit für gemeinnützige Zwecke verlorengelange.



[Abb.7]  
[Abb.8]



[7] Anlässlich des GGG-Jubiläums wurde am 3. und 4. Juni 1977 im Grossratssaal eine Fachtagung zur privaten Gemeinnützigkeit im modernen Sozialstaat durchgeführt. Rund hundert Interessierte aus politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kirchlichen Kreisen folgten den Kurzreferaten.

[8] Nach dem Plenum wurden in mehreren Arbeitsgruppen Fragen rund um das Tagungsthema der Gemeinnützigkeit diskutiert. Hier eine Gruppe im Vorgesetzensaal des Schmiedenhofs.



Funktionierende private Institutionen müsste der Staat finanzieren, aber ihnen die Entscheidungs- und Führungskompetenz überlassen, und neue zusätzliche Dienstleistungen sollten Bürger mit Arbeit und Spenden unterstützen. Hierauf erläuterte Bischoff die an der Tagung diskutierten Anforderungen an private Organisationen, nämlich «Innovation, Koordination, Information und Professionalismus». Mit dem letzten Punkt berührte er das Dilemma von Ehrenamtlichen versus Professionellen. Spezialisten seien so sparsam wie möglich einzusetzen, in erster Linie als Berater und Ausbilderinnen von «Laien Helfern». Zuletzt streifte Bischoff die künftige private, gemeinnützige Tätigkeit. Es gehe weniger um die Bekämpfung von physischen und materiellen Problemen als um das Aufhalten des «sozialen Zerfalls im modernen Sozialstaat», was sich in der Vereinsamung und Isolierung zeige. «Quartierarbeit, allgemeine Lebenshilfe, Sinnfindung und Stadtentwicklung» seien einige wichtige Stichworte. So wie viele in einem Bereich «hilfebedürftig» seien, so könnten sie auf einem anderen Gebiet «Hilfe anbieten». Es sei für die Vitalität der Menschen verheerend, wenn sie sich nur als Nutzniesser erfahren würden.<sup>101</sup> In der Nachbarschaft, im Quartier, in der Stadt müsse das Netz der Gesellschaft wieder neu geknüpft werden, in dem jeder «Bergender und Geborgener zugleich» sei.

Verschiedene Quartiervereine befassten sich seit langem damit, den Zusammenhalt in einem Viertel durch die Verbesserung der Wohnqualität zu fördern.<sup>102</sup> 1997 entstand der von der GGG später mitunterstützte Verein NachbarNet Basel, der noch gezielter mit gegenseitiger Nachbarschaftshilfe neue soziale Möglichkeiten jenseits von Sozialstaat und Familie auslotet.<sup>103</sup> Die GGG hat diese «wirklichkeitsferne Schöngestei» wie Bischoff seine auf der Fachtagung basierenden Überlegungen 1977 abschliessend nannte, ohne die jedoch «die Wirklichkeit immer armseliger» würde, indirekt aufgenommen und unterstützt die Arbeit des NachbarNet regelmässig.

## Strukturelle und inhaltliche Änderungen

Nach den erfolgreichen Aktivitäten des Jubiläumsjahres und der Aufbruchsstimmung galt es, die neuen Ideen und verabschiedeten Beschlüsse umzusetzen. Bereits im Herbst 1977 hatte sich der GGG-Vorstand in Bad Ramsach zu einer Retraite getroffen, um eine Standortbestimmung vorzunehmen und die Themen Koordination, Information und Innovation zu behandeln. Um den Bekanntheitsgrad, den die GGG mit dem Jubiläum erreicht hatte, aufrechtzuerhalten, seien eine «konstante Öffentlichkeitsarbeit» und «dauernde Mitgliederwerbung» erforderlich, resümierte der Vorsteher.<sup>104</sup> Am ehesten seien neue Mitglieder im persönlichen Gespräch in Vereinen, Zünften, Rotary- und anderen Service-Clubs und in grossen Firmen der Chemie, des Banken-, Handels- und Versicherungswesens zu finden.



Der vom Vorstand eingesetzte Reorganisationsausschuss befasste sich als erstes mit der Organisationsstruktur. Es wurde entschieden, dass weiterhin ehrenamtliche Mitglieder die Schlüsselpositionen in der GGG besetzen sollten. Doch wie sollte der Vorstand arbeitsmässig entlastet werden? Konnten administrative Aufgaben delegiert werden? Und schon stand die altbekannte Frage eines Zentralsekretärs wieder im Raum.<sup>105</sup>

Franz Bäumli, der sich als Generalsekretär beim Jubiläum mit der GGG vertraut gemacht hatte, war bereit, diese Funktion – unentgeltlich – zu übernehmen. Damit war der Vorstand die grosse Sorge los, wie die Lohnkosten eines Geschäftsführers gedeckt werden konnten. Dem neuen Zentralsekretär, der nicht dem Vorstand angehörte, unterstand die Leitung des Zentralsekretariats mit den administrativen Funktionen, der Mitgliederbetreuung und den allgemeinen Personalfragen.

#### DER ERSTE ZENTRALSEKRETÄR: FRANZ BÄUMLI (1911–2008)

Als Franz Bäumli 1978 ehrenamtlicher Zentralsekretär der GGG wurde, hatte er ein 50-jähriges Berufsleben hinter sich. 1927 begann er eine kaufmännische Berufslehre bei der Basler Transport-Versicherungsgesellschaft BATRA. Hier erklimmte er in den folgenden Jahrzehnten Stufe um Stufe und wirkte an wichtigen Stellen mit, die zum heutigen Unternehmen der Basler Versicherungen, der Bâloise, führten: Leitung der Übersee-Abteilung, des Sektors der Rückversicherungen, der Abteilung Ausland-Transport, des Technischen Sekretariats. 1962 wurde er Mitglied der Kommission für den Zusammenschluss der Bâloise-Gesellschaften, und ab 1965 gehörte er als Chef des Ressorts Rückversicherungen dem Direktorium an. In der Freizeit war er in der Zunft zu Safran und im Rotary-Club engagiert. Daneben widmete er sich der Musik und spielte selbst Cembalo. Nach seiner Pensionierung 1976 wurde er von der GGG angefragt, ob er als Generalsekretär in der Kommission für das 200-Jahr-Jubiläum Einsitz nehmen wolle. Nach den erfolgreichen Jubiläumsaktivitäten richtete die GGG ein Zentralsekretariat ein, das Bäumli bis 1990, als der erste vollamtliche GGG-Zentralsekretär angestellt wurde, leitete.

Eine weitere wesentliche Erneuerung, die der Reorganisationsausschuss und der Vorstand planten, war die Einführung eines Delegierten. Diese Funktion war bisher in den Statuten nicht verankert. Der Delegierte sollte dem Vorstand angehören und Koordinationsaufgaben zwischen Vorstand, Sekretariat und GGG-Organisationen übernehmen. Diese

vorgesehene Erhöhung des Vorstands auf zehn Mitglieder machte eine Statutenrevision notwendig. 1981 stimmte die Mitgliederversammlung dem neuen Paragraphen zu: «Der Delegierte wird auf 3 Jahre gewählt; er ist wieder wählbar. Er wirkt massgeblich mit bei der Vorbereitung und Durchführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung und des Vorstands. (§ 18).»<sup>106</sup>

Um für dieses neue arbeitsintensive Amt eine geeignete Person zu finden, fragte der Vorsteher bei den Verwaltungsratspräsidenten grosser Basler Firmen an, ob es im oberen Management ihrer Unternehmen Persönlichkeiten gebe, die sich für einen solchen ehrenamtlichen Posten interessieren könnten und eigneten.<sup>107</sup> Die Umfrage war erfolgreich. J. Peter Christen stand kurz vor der Pensionierung und zeigte Interesse an dieser Aufgabe. Sein Arbeitgeber war bereit, ihn bis 1981 während einiger Stunden pro Woche für die Einarbeitung freizustellen.<sup>108</sup>

Noch einmal konnte die GGG mit ehrenamtlichen Mitgliedern wichtige Ämter in der Organisation besetzen. Löhne mussten nur den Sekretärinnen bezahlt werden. Dennoch veränderten die beiden neuen Funktionen des Zentralsekretärs und des Delegierten die Rolle des Vorstands und der einzelnen Vorstandsmitglieder. Während die Vorstandsmitglieder weiterhin für ihre Ressorts zuständig waren und einmal in ihrer siebenjährigen Amtszeit zum Vorsteher gewählt wurden, arbeitete der Delegierte eng mit dem Zentralsekretär zusammen, besprach mit ihm die anfallenden Geschäfte und entwickelte neue Ideen. Er hatte die Übersicht, Kontakt zu allen Organisationen, Kenntnisse über alle wichtigen Bereiche und gewährleistete die Kontinuität. Sein Informationsvorsprung war gross. Es sei «die faszinierendste Aufgabe» gewesen, die er innerhalb der GGG ausgefüllt habe, meinte der ehemalige Delegierte Daniel Heusler im Gespräch. Die GGG habe bei der Regierung ein hohes Ansehen gehabt. Zu Behörden und Verwaltung habe ein einfacher und direkter Zugang bestanden. Es sei wichtig gewesen, sich als Delegierter von der Rolle des Vorstehers zu unterscheiden. Während er sozusagen als CEO die Geschäfte organisierte, erfüllte der Vorsteher Präsentationsaufgaben nach aussen, erläuterte Heusler die Arbeitsteilung.

Die Aufgabe des Delegierten J. Peter Christen war es, die A-Organisationen zu «durchleuchten», wie ihm an der Vorstandssitzung vom 30. Januar 1979 erklärt wurde. Die GGG strebte damit eine Überprüfung ihrer Tätigkeitsfelder und Zuwendungen an. Der Begriff der Gemeinnützigkeit sei extensiv auszulegen. Gemeinnützig sei nicht nur, «materielle Not und offensichtliche Missstände zu lindern», sondern auch das zu unterstützen, «was in geistiger Hinsicht zu einer ausgeglicheneren Lebensführung» beitrage, hatte der Vorsteher Thierry A. Freyvogel im Jubiläumsjahr betont.<sup>109</sup> Die Prioritäten teilte der Vorstand in «a. sofort und dringlich, b. leicht realisierbar, c. sorgfältig zu studieren und d. zurückstellen» ein.<sup>110</sup>

Ein Projekt, das bis heute Bestand hat, wurde im Jubiläumsjahr initiiert. Aufgrund seiner Erfahrungen als Koordinator hatte Christian-Adam



Mez erkennt, dass eine zentrale Informationsstelle der GGG notwendig sei. Um die Zuweisung von Hilfesuchenden an die über 800 sozialen Institutionen im Raum Basel zu erleichtern, sei die Einrichtung einer solchen Informationsstelle sinnvoll. Zwar wollte Mez auf Ende 1978 als Koordinator zurücktreten, er war aber bereit, die von ihm konzipierte Stelle aufzubauen und zu leiten. Der GGG-Wägwyser, der heute als GGG Wegweiser im Schmiedenhof am Rümelinsplatz zu finden ist, wurde 1979 an der Rittergasse 31 eröffnet und stieg drei Jahre später zur GGG-A-Organisation auf. 1988 zog sich Mez altershalber zurück. Als die Beratungsstelle in ein teureres Büro umziehen sollte, beschloss der Vorstand aus finanziellen Gründen den Wägwyser zu schliessen. In der Zwischenzeit waren weitere Beratungsstellen dieser Art in der Stadt eröffnet worden. Doch nun erschienen Ratsuchende im Zentralsekretariat der GGG. Statt des Wägwyasers musste notgedrungen die Geschäftsstelle Vermittlungsaufgaben übernehmen. Nach kurzer Zeit zeigte sich, dass der Bedarf für eine eigenständige Informationsstelle nach wie vor vorhanden war. So wurde Sigrid Feld, die bei der GGG als Sekretärin angestellt war, 1996 mit dem Wiederaufbau des Wägwyasers in der Passage des Schmiedenhofs betraut.

DER ERSTE DELEGIERTE: J. PETER CHRISTEN (1916–1996)

Zum ersten Delegierten des Vorstands wählte die Mitgliederversammlung J. Peter Christen, Direktor der Sandoz AG und Präsident der Basler Handelskammer. Er hatte sich kurz vor seiner Pensionierung 1981 für dieses Amt zur Verfügung gestellt.

Christen hatte früh seine Eltern verloren und eine entbehrungsreiche Jugend erlebt, sein Vater war Milchfuhrmann gewesen. Nach einem Welschlandaufenthalt und einer kaufmännischen Lehre arbeitete er in der Halffschen Chemikalienhandlung. 1937 trat er in die Sandoz AG ein und erwarb fünf Jahre später das eidgenössische Buchhalterdiplom. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde er ins englische Leeds zur Tochtergesellschaft Sandoz Products Ltd. delegiert. Dort stieg er zum Joint Managing Director auf und war u. a. verantwortlich für die pharmazeutische Abteilung. Nach seiner Rückkehr 1967 übernahm er die Leitung der Abteilung Finanzen und Dokumentation im Basler Stammhaus und wurde 1971 Mitglied des Direktionskomitees. Er war Mitglied zahlreicher Verwaltungsräte wie der Schweizer Mustermesse (als Vizepräsident), der Bell AG, der CF Schweizerhall, der Freilager AG, der Kühlhaus AG und der ARA. Beim Basler Volkswirtschaftsbund war er stellvertretender Vorsitzender.

Bereits in England hatte er sich ehrenamtlich für Auslandschweizer und für ein schweizerisches Wohlfahrtsheim für Mädchen eingesetzt. In seiner Freizeit spielte er Tennis und Fussball – er hatte 1977 den FC

Stradivari mitbegründet. Er war aktiver Fasnächtler und trommelte bei den CCB. Ein weiterer Ausgleich waren die Mitgliedschaft im Lions Club und die Arbeit auf seinem Hof Rübel in Bretzwil.

Die Überprüfung der Tätigkeitsbereiche der GGG thematisierten die Vorsteher und Vorsteherinnen regelmässig. «Was unter Gutem und Gemeinnützigem zu verstehen sei, ist im Verlauf der Zeit verschieden beantwortet worden. Was als unerhörte Pioniertat gegolten hatte, wird heute als selbstverständlich oder gar als verstaubt empfunden», schrieb der Geschichtspräsident und Vorsteher Werner Meyer einleitend zu seiner Schlussrede 1984.<sup>111</sup> Neue Probleme und Aufgaben bestimmten die Agenda. Die GGG müsse sich fragen, ob ihre Schwerpunkte richtig gesetzt seien, den wirklich zeitgemässen Themen entsprechen oder ob sich der Verein neu orientieren müsse. Sei ein zusätzliches Engagement etwa im Umweltschutz, in der Seniorenbildung oder in der sportlichen Freizeitbeschäftigung angezeigt? Meyer verneinte die Notwendigkeit der Ausweitung auf unbestrittenermassen «gute und gemeinnützige» Aufgaben, weil neben der GGG weitere leistungsfähige Institutionen entstanden seien, die diese Bereiche abdeckten, wie Sportvereine oder Seniorenuniversitäten. Träger-schaften – ergänzte er – müssten an der Basis der GGG gebildet werden, denn mehrmals habe es sich gezeigt, dass innovative Impulse des Vorstands «einen fast deprimierend schwachen Widerhall gefunden» hätten. Überdies seien «den innovativen und kreativen Möglichkeiten des Vorstandes durch die finanziellen Rahmenbedingungen von vornherein enge Grenzen gesetzt».

Zwei Jahre später erwähnte Vorsteher Dr. Alex Fischer die zwei grossen «ungelösten Probleme oder «Geisseln»», mit denen die Gesellschaft konfrontiert sei: «Drogensucht und AIDS».<sup>112</sup> In diesen Feldern wurde die GGG aktiv, wie zu zeigen sein wird.

Auch Vorsteherin Jacqueline Schmid-Chastang stellte 1988 grundsätzliche Fragen zu den Handlungsfeldern der GGG: «Kann die GGG noch ihrer Devise «Der Zeit voraus, dem Staat voraus» treu bleiben? Kann sie Verwalterin ihrer Institutionen sein und gleichzeitig dort, wo der Staat noch nicht handeln kann, neue Wege zeigen?»<sup>113</sup> Im Unterschied zum Staat könne die GGG «durch gezielte Massnahmen von der Gesellschaft isolierte und benachteiligte Gruppen unterstützen, die Eingliederung der sozialen Randgruppen ermöglichen, weil sie schneller und einfacher handeln» könne. «Ihre Struktur, ihre breitgefächerten Beziehungen, ihr Bekanntheitsgrad unter den aktiven Gremien Basels, ihr Know-how bilden die Voraussetzung für eine künftige, bleibende Fähigkeit, nicht nur konsolidierend zu wirken, sondern auch innovativ tätig zu sein.»<sup>114</sup> Schmid-Chastang war zuversichtlich, dass der GGG diese Gratwanderung gelingen würde.



Weil Vorstandsmitglieder jeweils nur für ein Jahr das Amt des Vorstehers, der Vorsteherin ausfüllten, war es ihr Bestreben, sich neben den Alltagsgeschäften auch grundsätzliche Überlegungen zur Weiterentwicklung der GGG zu machen und die Augen für aktuelle und kommende Problemfelder offenzuhalten, um innovative Projekte anstossen zu können. Doch diese Zielsetzung war unter den gegebenen Rahmenbedingungen nicht mehr aufrechtzuerhalten, wie ein Jahr später die Studie eines Experten des Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrums der Universität Basel darlegte.

## Professionelle Geschäftsstelle

Als sich Ende der 1980er Jahre Franz Bäumli und J. Peter Christen mit ihrer Nachfolge befassten und auch Jeanne Loeliger auf Ende 1991 nach 25 Dienstjahren ihren Rücktritt plante, zeichnete sich eine Neuorganisation des Sekretariats ab. Der Organisationsberater und Geschäftsleiter des WWZ, Michael Braune-Krickau, stellte Entscheidungsunterlagen für ein neues Sekretariatskonzept zur Verfügung.<sup>115</sup> In Gesprächen mit den Präsidenten und Leiterinnen einiger A-Organisationen hatte er Vorschläge entwickelt, die den Ist-Zustand, die Arbeitsweise und die Arbeitsinhalte auf der Ebene des Sekretariats dokumentierten.<sup>116</sup> Der Vorstand hiess das Gesamtprojekt gut, klärte die finanzielle Situation ab und entschied, einen vollamtlichen Zentralsekretär anzustellen.

Als neuen Delegierten fragte man das ehemalige Vorstandsmitglied Daniel Heusler an, dessen Pensionierung auf Mai 1990 vorgesehen war. Er sagte zu und wurde an der Mitgliederversammlung 1989 zum zweiten Mal in den Vorstand und ein Jahr später zum Delegierten gewählt. Gemeinsam mit Bäumli sollte er dessen Nachfolger suchen.<sup>117</sup> Weil Zentralsekretär und Delegierter eng zusammenarbeiteten, war ein gutes Einvernehmen wichtig.

VORSTANDSMITGLIED UND DELEGIERTER: DANIEL HEUSLER (\*1925)

Der Jurist Daniel Heusler engagierte sich für die GGG als Vorstandsmitglied von 1963 bis 1970 und als Delegierter von 1990 bis 1997. Als Jugendlicher war er bei den Pfadfindern aktiv und während seines Studiums trat er der Studentenverbindung Zofingia bei. Seine Doktorarbeit schrieb er zu einem arbeitsrechtlichen Thema. Beruflich war er von Beginn an im Personalwesen tätig, vorerst als Personalchef bei der Bell AG und ab 1970 in gleicher Funktion bei der Ciba-Geigy AG. Zudem befasste er sich intensiv mit der Weiterbildung der Personalverantwortlichen auf eidgenössischer Ebene. Ehrenamtlich präsierte er während seiner Berufszeit

verschiedene gesamtkirchliche Institutionen, wie etwa das ökumenische Pfarramt für Industrie und Wirtschaft. In seiner Freizeit betätigte er sich als Sportler und widmete sich dem Studium neuerer Geschichte. Im Mai 1990 wurde Heusler pensioniert. Am 1. Juli desselben Jahres trat er gemeinsam mit dem neu gewählten Geschäftsführer Niklaus Merz sein Amt als Vorstandsdelegierter an. Sie waren ein ideales Team. Heuslers Schwerpunkt lag v. a. auf der Organisationsentwicklung der GGG. So führte er ein Organisationsreglement ein, das zur Professionalisierung der GGG beitrug. Als Höhepunkt erlebte er die Gründung der Stiftung SKB 1809, die aus der ehemaligen Sparkasse Basel entstand und finanziell für die GGG einen Quantensprung bedeutete.

Als Heusler Niklaus Merz einmal zufällig begegnete, fragte er ihn, ob er Interesse an der geplanten Stelle eines vollamtlichen Geschäftsführers der GGG habe. Merz, der selbst an einem beruflichen Wendepunkt stand, zeigte sich interessiert. Heusler hätte ihn gleich angestellt. Doch der Vorstand wollte die Stelle ausschreiben und die eingegangenen Bewerbungen prüfen. Schliesslich wurde Merz als bestqualifizierter Bewerber vom Vorstand gewählt. Beide, Merz und Heusler, traten ihre neuen Ämter auf den 1. Juli 1990 an.

Die Platzverhältnisse im Sekretariat waren zunächst sehr beengt. Am grossen Tisch im Sitzungszimmer des Schmiedenhofs erhielt Merz einen Arbeitsplatz mit einer Schreibmaschine. Mit anderen Worten, er musste sich sein Büro erst einrichten.

#### ERSTER GESCHÄFTSFÜHRER: NIKLAUS MERZ (\*1944)

Niggi Merz, wie er von allen genannt wird, war der erste vollamtliche Geschäftsführer bei der GGG. Nach seiner Lehre als kaufmännischer Angestellter und dem Studium der Theologie war er im kantonalen Stipendienamt tätig und von 1978 bis 1990 dessen Leiter. In dieser Funktion war er Präsident der Schweizerischen Stipendienkonferenz. Nach 13 Jahren war er daran, sich neu zu orientieren, als er von Daniel Heusler erfuhr, dass die GGG erstmals einen bezahlten Geschäftsführer suchte. Merz bewarb sich auf die öffentliche Ausschreibung und wurde schliesslich vom Vorstand gewählt. Am 1. Juli 1990 trat er 46-jährig die Stelle an. Obwohl SP-Mitglied hatte er keine Berührungängste, bei der GGG zu arbeiten, deren Exponenten eher in bürgerlichen Parteien politisierten. Er arbeitete sehr gut und konstruktiv mit Daniel Heusler zusammen, der am gleichen Tag das Amt des Delegierten antrat. Unter Merz erlebte die



GGG einen entscheidenden Professionalisierungsschritt und einen qualitativ wichtigen Ausbau. Die Geschäftsstelle wurde personell verstärkt.

Im Jahr 2009 wurde Merz pensioniert. Er zog sich weitgehend zurück, um seinem Nachfolger Dieter Erb freie Hand zu lassen, und nahm lediglich Einsitz in der Kommission Atelierhaus Froburgstrasse. Nach wie vor ist er an der Entwicklung der GGG interessiert. Daneben engagiert er sich heute im Vorstand pro Klingentalmuseum und in der gleichnamigen Stiftung. Von 1987 bis 2015 war er Präsident der Stiftung Franco-Suisse Rippas, die begabten, aber mittellosen jungen Personen in der Schweiz und in Frankreich ein Hochschulstudium finanziert. Wichtig ist Merz die Integration von Flüchtlingen. So war er 1980 Mitgründer des KFZ, heute K5 Basler Kurszentrum, das er acht Jahre präsidierte.

Als Ausgleich zu seinen vielfältigen ehrenamtlichen Aufgaben sang er zuerst im Basler Gesangverein, dann im Chor 50 und zuletzt in der Basler Liedertafel im Bass.

Im Jahr 1905 hatte der damalige Vorsteher Christian Buchmann die Anregung eines festangestellten Sekretärs gemacht. Die Vorstandsmitglieder hatten immer wieder gegen eine solche Professionalisierung mit den hohen Kosten sowie dem schwindenden Einfluss auf die A-, B- und C-Organisationen argumentiert. Sie befürchteten einen Machtverlust. Gleichzeitig wurde die Arbeitsbelastung der einzelnen ehrenamtlich tätigen Vorstände so gross, dass eine Änderung unumgänglich wurde. Schliesslich sollten nicht nur Pensionierte, die über Zeit verfügten, im Vorstand sitzen. Nun, fast am Ende des 20. Jahrhunderts, hatte die GGG den Schritt gewagt, die Umstrukturierung vorgenommen und einen vollamtlichen Geschäftsführer angestellt.

Dieser Wendepunkt fiel in eine Zeit, in der überall – in der Erwerbsarbeit, in der Verwaltung, in sozialen, Bildungs- und Gesundheitsinstitutionen sowie in privaten Unternehmen – die Dokumentation an Bedeutung gewann. Mit den neuen Kommunikationsmitteln und -formen explodierte die administrative Arbeit. Es wurde unvermeidlich, dass die GGG eine bezahlte Geschäftsstelle einrichtete, um den Anforderungen an eine moderne finanzkräftige Organisation zu genügen.

## Statutenrevisionen 1992 und 1996

Um die neue Organisationsstruktur statutarisch festzuhalten, beantragte der Vorstand eine Statutenrevision, die an der Mitgliederversammlung 1992 angenommen wurde.<sup>118</sup>

Einerseits wurden die Statuten sprachlich leicht modernisiert, andererseits wurden einige inhaltliche Änderungen vorgenommen. So wurde etwa die Amtsdauer der Vorstandsmitglieder angepasst. Während die Ressortverantwortlichen weiterhin für sieben Jahre gewählt wurden, dauerte die Amtszeit für Kassier, Schreiber und Delegierter statt drei nun vier Jahre. Sie waren alle wiederwählbar. Neu ausgerichtet und erweitert wurde die Funktion des Delegierten: «§ 15b: Der Delegierte des Vorstands befasst sich mit der Vorbereitung und der Realisierung richtungsweisender Vorstandsbeschlüsse. Er überwacht die Tätigkeit des Zentralsekretariates und trägt die Verantwortung für die Personalpolitik und die Öffentlichkeitsarbeit der GGG.»

Paragraf 19 beinhaltete die Aufgabe des Zentralsekretariats: «§ 19: Das Zentralsekretariat steht unter der Leitung des Zentralsekretärs. Das Zentralsekretariat ist das ausführende Organ des Vorstands. Es stellt die zentralen Dienste sicher und gewährleistet die Kontakte zu den Vertretern in den Organisationen sowie zu den Mitgliedern der Gesellschaft.» Für Sonderaufgaben im Rahmen der Vorstandstätigkeit konnte der Vorstand mit Paragraf 20 spezifische Ausschüsse einsetzen. Die Paragraphen 21 bis 23 definierten die A-, B- und C-Organisationen: «§ 21: A-Organisationen sind unselbständige, GGG-eigene Institutionen. Sie werden von Kommissionen geleitet, die durch den Vorstand gewählt werden. Diese unterbreiten dem Vorstand die Jahresrechnung, den Jahresbericht und das Budget zur Genehmigung. Der Vorstand kann für die Arbeit der Kommissionen Richtlinien erlassen. § 22: B-Organisationen sind selbständige, der GGG zugehörige Institutionen, deren oberste Organe vollständig oder mehrheitlich durch den Vorstand der GGG gewählt werden. Diese unterbreiten dem Vorstand die Jahresrechnung und den Jahresbericht zur Kenntnis. § 23: C-Organisationen sind selbständige, unter dem Patronat der GGG stehende Institutionen, in deren leitenden Organen die GGG durch mindestens einen vom Vorstand ernannten Delegierten vertreten ist.» Paragraf 24 regelte die Ressorts. Organisationen mit ähnlichen Zielsetzungen wurden in Bereiche zusammengefasst, für die jeweils ein Vorstandsmitglied zuständig war. Finanzgesuche von GGG-fernen Organisationen wurden vom Vorstandsmitglied, das dem entsprechenden Bereich vorstand, geprüft und den Vorstandsmitgliedern zur Annahme oder Ablehnung empfohlen. Um die Beurteilung der Gesuche zu vereinheitlichen und zu erleichtern, wurden Richtlinien aufgestellt.

In den Schlussbestimmungen wurde ein Paragraf hinzugefügt, der den Gleichstellungsanliegen entgegenkam. «§ 26: Aus Gründen der Lesbarkeit sind in diesen Statuten alle Funktionen männlich bezeichnet. Wird eine Funktion von einer Frau wahrgenommen, gilt die entsprechende weibliche Bezeichnung.» Dies war ein Kompromiss, der in vielen Dokumenten jener Zeit zu finden ist.

Die mit Männern besetzte Arbeitsgruppe, die sich mit der Endredaktion der revidierten Statuten befasst hatte, teilte dem Vorstand mit,





- [9] Die GGG stellte 1990 den ersten bezahlten Geschäftsführer an.  
Das Team der Geschäftsstelle 1997 von links nach rechts:  
Sekretärin Carola Arndt, Delegierter Dr. Daniel Heusler,  
Sekretärin Lorena Pohl, Zentralsekretär Niklaus Merz, Sekretärin  
und Leiterin des GGG-Wägwyser Sigrid Feld.

dass noch eine Differenz in der «Frauenfrage» ausgeräumt werden müsse.<sup>119</sup> Sollten die Funktionen «doppelgeschlechtlich», «geschlechtsneutral» oder «wie gewohnt männlich» aufgeführt oder die «Generalklausel», dass «alle männlichen Funktionsbezeichnungen sinngemäss auch für Frauen gelten», eingefügt werden? Die Arbeitsgruppe bestehend aus Juristen war der Meinung, dass wie bisher alle Formulierungen männlich geschrieben werden sollten, denn niemand würde sich daran stossen, in der GGG gebe es seit langem in allen Funktionen auch Frauen. Mit einer anderen Lösung würde das Thema geradezu problematisiert. Als – allerdings unerwünschte – Alternative schlage man eine geschlechtsspezifisch neutrale Formulierung vor oder als «ultima ratio» einen neuen Abschnitt VI mit Schlussbestimmungen, die darauf verweisen, dass sämtliche Bestimmungen für Frauen und Männer gelten.

Der Delegierte, der das Thema im Vorstand einbrachte, leitete es mit der spitzen Bemerkung ein: «Die Effizienz menschlicher Arbeit leidet unter nichts so sehr als unter Nebensächlichkeiten.» Er ergänzte, dass der Zentralsekretär mit der herkömmlichen Formulierung nicht glücklich sei.<sup>120</sup> Auch der Vorsteher meinte, dass sich die GGG die «rein männlichen Funktionsbezeichnungen nicht mehr leisten» könne. Die geschlechtsneutrale Formulierung mit «/innen» sei jedoch «schwerfällig und ungeniessbar». So entschied sich der Vorstand für die Variante mit dem zusätzlichen Abschnitt VI Schlussbestimmungen und dem neuen Paragraphen 26.

Die Schweizerische Bundeskanzlei hatte im Juni 1991 eine umfangreiche Broschüre zur sprachlichen Gleichbehandlung von Frau und Mann in der Gesetzes- und Verwaltungssprache herausgegeben, die mit Karikaturen der Baslerin Anna Regula Hartmann-Allgöwer illustriert war und die der Arbeitsgruppe vorlag.<sup>121</sup> Am 14. Juni 1991 fand der schweizweit höchst erfolgreich durchgeführte Frauenstreik statt, der auf zahlreiche geschlechtsspezifische Ungleichbehandlungen und Missstände aufmerksam machte, worunter das Fehlen einer geschlechtergerechten Sprache nur ein Thema war. Wollte sich die GGG als aufgeschlossene Organisation erweisen, musste sie auch sprachlich ihre weiblichen Mitglieder berücksichtigen.

Nur vier Jahre später informierte der Vorstand die Mitglieder über wünschbare Änderungen in den Statuten.<sup>122</sup> Aus praktischen Gründen schlug er vor, Paragraph 7d fallenzulassen. Nicht mehr die Mitgliederversammlung sollte die Budgets für Beiträge an die A-Organisationen genehmigen, sondern neu der Vorstand. Er begründete dies mit der fehlenden Planungssicherheit der A-Organisationen, wenn sie bis zur MV warten mussten, ob der Budgetbetrag bewilligt werde. Zudem beantragte der Vorstand die Vergabungskompetenz von derzeit 25 000 auf 50 000 Franken zu verdoppeln.

Gegen diese Vorschläge stellte ein GGG-Mitglied zwei Anträge. Zum einen wandte sich der Votant prinzipiell gegen eine Statutenänderung zum momentanen Zeitpunkt. Statuten seien dazu da, in Krisenzeiten



ungute Entwicklungen zu bremsen oder zu verunmöglichen. Der jetzige Vorstand arbeite sehr gut, doch sei das nicht immer so gewesen und könne auch wieder einmal anders sein. Er halte es darum für falsch, «unter dem Einfluss der jetzigen Schönwetterlage durch die vorgesehenen Statutenänderungen Rechtsbruchmöglichkeiten einzubauen». Konkret plädierte er dafür, an der geltenden Fassung des Paragraphen 7d festzuhalten und im Paragraph 7e die Vergabungskompetenz des Vorstandes nur auf 30 000 Franken zu erhöhen.

Da der Jurist keinen Nichteintretensantrag gestellt hatte, konnten seine Kritikpunkte und impliziten Befürchtungen besprochen werden. Der Vorstand begründete seine Änderungsanträge damit, dass die A-Organisationen Teil des Vereins GGG seien, der verpflichtet sei, diese mit den benötigten Betriebsmitteln auszustatten. So sei sichergestellt, dass die A-Organisationen ihre vorgegebenen Aufgaben erfüllen könnten. Die Budgetgenehmigung durch die Mitgliederversammlung habe sich deshalb nicht bewährt, weil den A-Organisationen zum Zeitpunkt der MV Mitte Jahr noch keine definitiven Zahlen zur Verfügung stünden, um für das Folgejahr bereits ein Budget aufzustellen. Aufgrund dieser fehlenden Grundlage müsse dann die darauffolgende MV Nachtragskredite bewilligen. Diesem Argument entgegnete das aufmerksame und kritische GGG-Mitglied, dass der MV so «die prospektive Kontrollmöglichkeit» entzogen werde. Daraufhin erwiderte der Vorstand, dass die MV über die Genehmigung oder Ablehnung der Jahresrechnung nach wie vor ein Kontrollinstrument zur Verfügung habe und letztlich sogar dem Vorstand die Déchargeerteilung verweigern könne. Die Beiträge an die A-Organisationen machten jedoch lediglich etwa zwölf Prozent aus. Nach weiteren Voten wurde abgestimmt.

Die anwesenden Mitglieder folgten dem Vorstand und nahmen beide revidierten Paragraphen mit wenigen Gegenstimmen und zwei Enthaltungen an. Die weiteren Änderungsvorschläge wurden ohne Gegenanträge und Diskussion mit einer Enthaltung gutgeheissen. Die Statuten traten per 1. August 1996 in Kraft.

Eine wichtige Erneuerung, die erstmals in die Statuten aufgenommen wurde, war die Möglichkeit der Urabstimmung. Wenn bisher gemäss Paragraph 11 mindestens fünfzig Mitglieder innerhalb von dreissig Tagen schriftlich das Referendum gegen einen an der Mitgliederversammlung gefassten Beschluss ergriffen, dann musste der Vorstand den Beschluss einer ausserordentlichen MV nochmals vorlegen. Diese Abstimmung war dann endgültig. Neu musste der Vorstand einen umstrittenen Beschluss nicht mehr einer ausserordentlichen MV unterbreiten, sondern innerhalb von sechzig Tagen schriftlich eine Urabstimmung durchführen. Für die Annahme der Vorlage war die Mehrheit der gültigen Stimmen erforderlich. Leere Stimmzettel zählten nicht. Überdies wurde eine Urabstimmung gemäss Paragraph 12 unabdingbar, wenn die MV die Auflösung der GGG beschliessen sollte.

## Die erste Urabstimmung

Bis heute gab es nur eine einzige Urabstimmung in der langen Geschichte der GGG. Am 21. Oktober 1970 konnten die GGG-Mitglieder zum Abriss des Schmiedenhofs Stellung beziehen. An der Urabstimmung nahmen 51 Prozent teil, und mit 58 Prozent lehnten die Mitglieder das vom Vorstand geplante Neubauprojekt deutlich ab.

Seit zwei Jahren hatte sich der Vorstand baulich mit dem Schmiedenhof befasst. In der Sitzung vom 4. März 1969 entschied er sich für die Variante III (Abbruch und Neubau). Der Delegierte hatte daneben als Variante I den Umbau des Bibliothektrakts und als Variante II einen Um- und Neubau vorgeschlagen.<sup>123</sup> Doch der Vorstand war angesteckt von den Vorstellungen einer gesellschaftlichen Modernisierung, die von einer radikalen Altstadtanierung und -erneuerung sowie ganzer Strassenzüge wie etwa der Aeschenvorstadt ausgingen. Dazu gehörte auch der Plan einer Stadtautobahn, der «Talentlastungsstrasse», die Basels Innenstadt extrem verändert hätte. Realisiert wurde er nur teilweise. Der heutige Spiegelhof, dem der Abbruch der Häuser am Petersberg vorangegangen war, zeugt noch von dieser Idee.

Gegen die Entscheidung des Vorstands regte sich Widerstand unter den GGG-Mitgliedern. Das Thema gelangte auch in die Lokalzeitungen, die sich mit Artikeln und kontroversen Leserbriefen an der öffentlichen Diskussion beteiligten. Mit 1421 gesammelten Unterschriften setzten sich die GGG-Mitglieder für den Erhalt des Schmiedenhofs ein.

Die GGG-Mitgliederversammlung vom 10. Juni 1970 war äusserst gut besucht. Um die Atmosphäre zu entspannen, gab der Vorsteher schon einleitend bekannt, dass der Vorstand beschlossen hatte, eine Urabstimmung über diese umstrittene Frage durchzuführen und deren Ergebnis als verbindlich zu betrachten.<sup>124</sup> In der Abstimmungsbroschüre argumentierte er mit den folgenden Fragen für den Abbruch. «Ist es gut und gemeinnützig, mit vorläufig frei vermietbaren Flächen bewusst Raumreserven für weitere GGG-Anliegen zu schaffen? Oder ist es gut und gemeinnützig, wertvollsten Grundbesitz ein für alle Mal zu unternutzen, weil der GGG mit erster Priorität die Aufgabe zugeschoben wird, den historischen Teilbestand eines Gebäudes – so klein er auch sei – zu bewahren?»<sup>125</sup> Die Gegner führten dagegen ins Feld: «Viele Basler befürchten den drohenden neuen Schritt zur Zerstörung ihrer Altstadt, und es scheint ihnen unverständlich, dass ausgerechnet der Vorstand der GGG diesen Abbruch vorgesehen hat, die Vertreter einer Institution, die selber für die Tradition lebt und für den gemeinen Nutzen einsteht.»<sup>126</sup>

Hier stiessen zwei unterschiedliche Auffassungen aufeinander, bei denen es darum ging, welche Schwerpunkte die GGG setzen sollte. «Gut und gemeinnützig» bedeutete für den Vorstand vorausschauend einen grosszügig ausgestatteten Neubau zu konzipieren, der Raum für die Umsetzung künftiger Ideen bot. Den historischen Zunftsaal hätte man in





[10] Nachdem die Urabstimmung den Abbruch des Schmiedenhofs verhindert hatte, wurde das Gebäude renoviert und erhielt zweimal eine Auszeichnung für gute Bauten. Noch heute steht die Statue von Isak Iselin im Innenhof.



den sechsten Stock des neuen Gebäudes integriert. Die Mehrheit unter den GGG-Mitgliedern wollte hingegen den Schmiedenhof in Würdigung seiner Geschichte erhalten. Zu solchen Auseinandersetzungen war es in der Basler Stadtentwicklung schon wiederholt gekommen. Bereits hundert Jahre früher kämpfte man um den Erhalt oder den Abbruch von historisch bedeutsamen Bauten. So waren etwa dem Abbruch des Bläsiors 1867 jahrelange Auseinandersetzungen zwischen dem Kleinen Rat und dem Baucollegium vorangegangen.<sup>127</sup>

Es war ein kluger Schritt des Vorstands, auf seine Entscheidungskompetenz zu verzichten und mit einer Urabstimmung, die in den Statuten bislang nicht vorgesehen war, diese gewichtige Entscheidung allen Mitgliedern zu überantworten. Wie er angekündigt hatte, hielt er sich an das Resultat, und einige Jahre später wurden alle Gebäudeteile sanft und vorbildhaft renoviert. Dafür erhielt die GGG zweimal eine Auszeichnung für gute Bauten.<sup>128</sup>

## GGG 2000

Mit der Einrichtung eines professionellen Zentralsekretariats modernisierte sich die GGG in den 1990er Jahren markant. Diese Entwicklung lief parallel mit der informationstechnologischen Umwälzung. Auch der GGG-Vorstand diskutierte im Hinblick auf die Anstellung des vollamtlichen Zentralsekretärs eine administrative Neuorganisation «auf Computerbasis».<sup>129</sup> Die Einführung des PC, des Personal Computer, ins Büro erleichterte die Schreibearbeit und vervielfältigte die Papierproduktion enorm. Die Zunahme der Unterlagen wird im GGG-Archiv sichtbar.

Gemäss Paragraf 13 der Statuten von 1996 hatte der Delegierte ein detailliertes Organisationsreglement ausgearbeitet.<sup>130</sup> Minutiös wurden die Aufgaben des Vorstands, der Vorstandsmitglieder, der Ausschüsse, des Zentralsekretariats sowie der GGG-Organisationen erläutert.

Nicht nur die GGG bereitete sich auf das neue Jahrtausend vor. Auch andere Organisationen setzten Arbeitsgruppen ein, die sich mit der Wende zum Jahr 2000 befassten und Konzepte für künftige Entwicklungen im 21. Jahrhundert entwarfen. Etwa die SBB mit ihrem Grossprojekt Bahn 2000. Der GGG-Vorstand hatte 1993 die Idee, eine Arbeitsgruppe aus jüngeren Personen zu bilden, die sich mit der Zukunft der GGG auseinandersetzen und «prospektive Ideen für das Wirken der GGG entwickeln» sollte.<sup>131</sup> Ziel sei es, Entscheidungsgrundlagen für die Zukunft zu erarbeiten. Mühelos konnten elf interessierte Leute, die zwischen 32 und 38 Jahre alt waren, aus verschiedenen Berufen stammten und zum grössten Teil nicht Mitglied der GGG waren, für dieses Projekt gefunden werden.

1994 begann das Arbeitsteam GGG 2000 mit der Analyse der GGG und ihrer Tätigkeitsfelder. Der Zwischenbericht dokumentiert, wie



umfassend sich die Beteiligten zunächst mit allen gesellschaftlichen Bereichen beschäftigten, um danach einige wichtige Fragen zu formulieren: «Wie wird gegen Aussen kommuniziert? Werden Betroffene einbezogen? Ist die geografische Begrenzung der Gesellschaft auf Basel noch richtig? Sollen Erscheinungsbild und Eigendarstellung der GGG so diskret sein?»

Die GGG, die als «eine traditionelle, elitäre Gesellschaft» beurteilt wurde, habe eine «problematische Altersstruktur der Mitglieder», müsse die «Ehrenamtlichkeit der Exekutivorgane» sowie das Verhältnis zu den «C-Organisationen», die «Subventionsmechanismen» und die «Vergabepolitik» prüfen. Dem Vorstand waren einige der angesprochenen Probleme bekannt, andere eher neu und bedenkenswert, etwa die Frage, ob die Kräfte bei den C-Organisationen nicht zu verzettelt seien.<sup>132</sup>

Ein Jahr später präsentierte das Arbeitsteam den Schlussbericht. Aus dem Begleitschreiben geht hervor, dass die Zusammenarbeit in der heterogenen Gruppe nicht einfach gewesen war – «einerseits sehr spannend und für die Vielfalt der Diskussionsbeiträge gewinnbringend, andererseits aber oft hemmend bezüglich Arbeitstempo und Konsensbereitschaft». Nicht alle blieben bis zum Schluss dabei. Es war den Beteiligten im Schlussbericht ein Anliegen, «klar und sachlich zu argumentieren, aber auch deutlich Positionen zu beziehen und die Dinge beim Namen zu nennen». «Dennoch gab es immer wieder Diskussionen bei den Formulierungen; den einen waren sie zu direkt, fast schon stossend, den anderen waren sie zu brav, zu ausgewogen und zu sehr auf Kompromisse hinzielend», hiess es im Bericht aufrichtig.<sup>133</sup>

Insgesamt wurde die Arbeit der GGG als gut beurteilt. Die wirtschaftlichen Veränderungen, die Deregulierung im staatlichen Bereich und die damit einhergehenden Leistungskürzungen stellten die GGG aber vor neue Aufgaben. Vier Hauptströmungen wurden für die folgenden Jahre skizziert: der Kultur- und Sozialbereich, die Förderung der Integration der ausländischen Bevölkerung, die Information und die Hilfe zur Selbsthilfe.

Welche Ausrichtung die GGG aufgrund der staatlichen Sparmassnahmen bei den Sozial- und Kulturaufgaben nehmen sollte, war im Arbeitsteam umstritten. Befürworter einer Stärkung des Sozialbereichs schlugen der GGG konkret ein Engagement im Bereich «Jugend und Beruf» vor, weil Letzterer «für ein friedliches und integriertes Basel eine Schlüsselfunktion» habe. Andere plädierten für einen Schwerpunkt im Bereich Kultur, insbesondere der experimentellen Kultur, da diese in Krisenzeiten als Luxus weggekürzt werde. Gegen die Gefahr neuer Ausgrenzungssituationen solle die GGG die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung, vor allem der zweiten und dritten Generation, fördern und ihre bestehenden Aktivitäten ausbauen.

Das Arbeitsteam war der Überzeugung, dass «Informiertsein gerade durch die Fülle der Angebote und möglichen Dienstleistungen zum Problem für viele Bürgerinnen und Bürger» geworden sei. Deshalb sprach es sich mehrheitlich für ein Konzept «GGG-Haus oder Häuser!» aus. Auf der Grundlage eines professionell geplanten und umgesetzten

Informationskonzepts sei ein einfacher Informationszugang sicherzustellen, und die Zielgruppen müssten mit Informationen direkt angesprochen werden.

DELEGIERTER: URS BURCKHARDT (\*1934)

Im GGG-Vorstand engagierte sich Urs Burckhardt von 1988 bis 1996 und hatte das Ressort der Kultur inne. Kurz nach seiner Pensionierung 1997 wurde er zum zweiten Mal in den Vorstand gewählt und übernahm das Amt des Delegierten bis 2004. Nach seinem Studium an der Universität Basel arbeitete er als Forschungschemiker in der Geigy AG und überlebte schadlos das Zusammengehen mit der Ciba AG. 1996 erlebte er als Vize-direktor kurz vor seiner Pensionierung die Fusion der Ciba-Geigy AG mit der Sandoz AG zur Novartis.

Neben seinem jahrelangen Einsatz für die GGG war er auch anderweitig ausserberuflich tätig und präsierte etliche Organisationen für kürzere oder längere Zeit, so die Sektion Basel und den Schweizerischen Zofingerverein, die Sektion Basel der Schweizerischen Vereinigung Junger Wissenschaftler, die Basler Naturforschende Gesellschaft, von 1976 bis 2004 die Euler Kommission der Schweizerischen Akademie der Naturwissenschaften, vormals Schweizerische Naturforschende Gesellschaft, von 1980 bis 2008 die Stiftung für Kranke Kinder in Basel, vormals Stiftung Kinderspital, in deren Vorstand er seit 1968 Einsitz hatte. Viele Jahre war er auch Vorstandsmitglied der Freiwilligen Akademischen Gesellschaft (FAG). Von 1982 bis 2014 war er überdies Präsident der Burckhardt'schen Familienstiftung. In seiner Freizeit war er aktiver Fasnächtler und trommelte seit 1946 in der «Alti Richtig». Auch war er ein begeisterter Touren- und Pisten-Skifahrer und spielte gerne Tennis. Als Mitglied der Liberal-demokratischen Partei war er von 1976 bis 1987 Präsident der Inspektion Kleinklassen (vormals Sonderklassen) des Kantons Basel-Stadt.

Die vierte Thematik betraf die Individualisierung. Immer weniger Menschen seien bereit, sich für andere einzusetzen. Die GGG müsse dieser Passivität aktiv entgegenwirken, Menschen und Gruppen zusammenführen und «das gesellschaftspolitische Leben fördern, damit mehr soziale Verantwortung von der Basis und von den Betroffenen selber übernommen» werde.

Für die künftige Arbeit der GGG wurden folgende Konsequenzen genannt: Die GGG solle mit mehr Selbstbewusstsein nach aussen und



verstärkt als Koordinatorin auftreten; als treibende Kraft brauche sie mehr Offenheit und Flexibilität; notwendig seien nicht Schnellschüsse, sondern langfristige Planung. «Agieren statt Reagieren» laute das Motto angesichts der Zunahme der Arbeitslosigkeit, des Sozialabbaus und der absehbaren Veränderungsprozesse. Um weiter innovativ zu sein und zu wirken, müsse die GGG «von der Spitze aus analysieren».

Lösungsansätze sah das Arbeitsteam u. a. in der Verkleinerung des Vorstands, der Straffung der Organisationsstruktur, der Zusammenfassung der Ressorts und in der Anstellung von bezahlten Assistenten für die Vorstandsmitglieder. Zu den A- und B-Organisationen machte es nur geringfügige Veränderungsvorschläge. Mit den C-Organisationen hingegen drohe «die Gefahr zu einem «sozialen Gemischtwarenladen» zu verkommen». Von «uralten Gäulen», die sich im GGG-Stall befänden, müsse sie sich trennen, sobald die Vergabungskriterien nicht mehr erfüllt seien. Konkrete Massnahmen betrafen die Bereiche «Betreuung», «Sozialbenachteiligte», «Beratung», «Verbesserung der Lebensqualität in Basel» sowie «Schule und Familie». Schliesslich empfahl das Arbeitsteam die Ausarbeitung eines Leitbildes, weil dies zur Stellungnahme bei wichtigen Fragen zwingt.

Die Mitglieder des Arbeitsteams hatten sich intensiv und umfassend, konstruktiv und kritisch mit der grossen Organisation GGG auseinandergesetzt. Die kontroversen Diskussionen zeigen, dass sie es sich nicht einfach gemacht haben, dass sie als jüngere Generation aufzeigen wollten, in welche Richtung die GGG unter den veränderten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Vorzeichen gehen sollte, um weiterhin erfolgreich und ihrem Zweck entsprechend handeln zu können.

Nachdem sich der Vorstand gründlich mit dem Arbeitspapier auseinandergesetzt hatte, fand im November 1996 ein gemeinsames Treffen von Arbeitsteam und Vorstand statt, an dem die Anregungen genau und sorgfältig besprochen wurden. Der Vorstand stellte einen Bericht in Aussicht, wie er die Anstösse, Forderungen und Wünsche angepackt hatte. Drei Jahre später legte er dieses Dokument vor.<sup>134</sup> In einigen Punkten hatte er zustimmend reagiert. So hatte er ein Leitbild ausgearbeitet und genehmigt, aber nicht veröffentlicht. Das «Ausmisten bei den GGG-Organisationen» prüfte er immer wieder und hatte eben die Prämienstiftung für Hausgehilfinnen liquidiert. Die Integration der Ausländer, insbesondere der zweiten Generation, war ein Schwerpunkt der GGG, neuestens wurde das Projekt info.mobil gefördert. Die experimentelle Kultur wurde seit 1987 regelmässig unterstützt, allerdings «nicht mit der grossen Kelle». Hingegen wurde geplant, die Vermittlungs- und Beratungsstelle für Freiwilligenarbeit, Benevol, mit mehr Stellenprozenten auszubauen. Ein Ressort Ökologie wurde eingeführt, aber nicht schwergewichtig. Generell gehörte die Förderung der Lebensqualität zu den GGG-Aufgaben. Auch mit der Unterstützung von Quartier- und Familienzentren wurden Freiräume geschaffen.

Andere Vorschläge wie die Verkleinerung des Vorstandes oder die Ausweitung über die Stadtgrenzen hinaus lehnte der Vorstand ab und

entschied sich beim Bisherigen zu bleiben. Der bestechende Vorschlag eines GGG-Hauses wurde im Vorstand mehrmals diskutiert, schliesslich doch verworfen. Zwar hätte man die Aktivitäten an einem Ort konzentrieren und Schwerpunkte setzen können, aber die hohen Kosten und die Gefahr, «protzig aufzutreten», sprachen seines Erachtens dagegen.

Um den Vorwurf, die GGG reagiere nur, zu entkräften, wurde auf die «Visionen» im Leitbild verwiesen. Allerdings lege die GGG das Gewicht auf pragmatisches Handeln, das oft reaktiv sei, schrieb der Vorstand. Weiter betonte er, dass die GGG keine Lobbyorganisation, kein Sprachrohr der Benachteiligten sei, sondern versuche, ihnen «so zu helfen, dass sie sich selber helfen können».

Einige Mitglieder des Arbeitsteams GGG 2000 blieben über dieses Engagement hinaus der GGG treu und übernahmen in späteren Jahren Funktionen in verschiedenen Gremien.

## Freiwilligenarbeit

Die GGG als Verein funktioniert seit der Gründung nur dank dem Engagement von Menschen, die bereit sind und die Ressourcen haben, sich freiwillig für das Wohl anderer einzusetzen. Wenn Personen für die Mitarbeit im GGG-Vorstand oder in einem anderen Gremium angefragt wurden, fühlten sie sich geehrt und bedauerten, wenn sie das Ehrenamt aus beruflichen, zeitlichen oder familiären Gründen nicht annehmen konnten. Im Sozial- und Kulturbereich waren viele Projekte nur realisierbar, weil freiwillig Tätige mitwirkten, denen kein Lohn ausbezahlt werden musste. Wie die GGG sind zahlreiche Organisationen und Institutionen darauf angewiesen, dass sie ihre Aktivitäten mit Unterstützung von Ehrenamtlichen oder Freiwilligen durchführen können.

Zu Beginn der 1990er Jahre erhielt die Frage der freiwilligen Tätigkeit aus mehreren Gründen ein neues Gewicht. Zum einen erlebte die Schweiz einen schmerzhaften Strukturwandel. Die zunehmende Globalisierung des Wirtschaftsgeschehens führte zur Restrukturierung zahlreicher Unternehmen und zur Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland. Die markante Frankenstärke bei gleichzeitig hohen Inflationsraten bewirkte zahlreiche Entlassungen und liess die Arbeitslosigkeit stark ansteigen. Verschärft wurde diese Entwicklung durch die Ablehnung des EWR-Beitritts 1992. Aufgrund dieser wirtschaftlichen Umbrüche führten die kantonalen Verwaltungen auch in Basel Umstrukturierungen durch und schnürten Sparpakete, um die gesunkenen staatlichen Einnahmen zu kompensieren. Diese Prozesse waren mit hohen volkswirtschaftlichen Kosten verbunden. Zum anderen fand in vielen gesellschaftlichen Bereichen eine Professionalisierung statt. Auch an Mitarbeitende von sozialen und kulturellen Organisationen stiegen die Anforderungen in Bezug auf ihr professionelles



Handeln. Neue Aus- und Weiterbildungen trieben diese Entwicklung voran. Zahlreiche Institutionen gerieten in finanzielle Engpässe, weil staatliche Subventionen gekürzt wurden und die Ausgaben etwa durch höhere Personalkosten anstiegen. So waren sie zunehmend auf Freiwillige angewiesen, und gleichzeitig waren rüstige Rentner und Rentnerinnen sowie Frühpensionierte daran interessiert, sich im Gemeinwesen zu engagieren und etwas Sinnvolles und Soziales zu leisten.

Dieses Spannungsfeld zwischen notwendiger Freiwilligenarbeit und geforderter Professionalität wurde auch Thema in der GGG. Intensiv wurde an verschiedenen Orten, auch an einer Retraite des Vorstandes, über Vor- und Nachteile von Laien gegenüber ausgebildeten Kräften debattiert. Am 10. März 1994 fand ein Podiumsgespräch von GGG-Exponenten mit dem Soziologen Isidor Wallimann, der an der Höheren Fachschule im Sozialbereich HFS Basel lehrte, zum Thema der Ehrenamtlichkeit statt. Wallimann hatte in einem Thesenpapier postuliert, dass «die Freiwilligenarbeit als Mittel der etablierten oberen Mittelschicht zur Machterhaltung» diene. Diese These hatte im GGG-Vorstand Unmut ausgelöst und war höchst umstritten. Bei der Auswertung des Anlasses meinte ein Vorstandsmitglied, es sei bedenklich, «dass eine massgebliche Dozentenschaft der extremen Linken den Unterricht bestimmt», notabene an einer Ausbildungsinstitution, die der GGG als C-Organisation angehörte.<sup>135</sup>

Weil das ehrenamtliche Engagement in den Hintergrund gedrängt wurde und ein eher altmodisches Image hatte, beabsichtigten der Basler Frauenverein am Heuberg, die CMS und die GGG, die Freiwilligenarbeit sozial aufzuwerten, das grosse Potential ehrenamtlicher Arbeit auszuschöpfen und gezielt einzusetzen. Vergleichbar der Vermittlungsstelle in Bern, die seit fünfzehn Jahren erfolgreich mit sozialen Institutionen zusammenarbeitete, planten die drei grossen Basler Institutionen nach verschiedenen Abklärungen und Umfragen, eine professionelle Beratungs- und Vermittlungsstelle für Freiwillige / Ehrenamtliche zunächst für eine Dauer von drei Jahren einzurichten. Folgende praktischen und gesellschaftspolitischen Ziele standen im Vordergrund:

*«1. Erreichung, Mobilisierung, Motivierung und Beratung von potentiellen Freiwilligen. Entlastung der Organisationen von der oft mühsamen Suche nach geeigneten Freiwilligen.*

*2. Vermehrte Anerkennung und Verbesserung der Akzeptanz von freiwilliger Tätigkeit in der Gesellschaft, Förderung der Solidarität mit den Mitmenschen, auch finanzielle Entlastung der mit Personalkosten belasteten Organisationen im sozialen und kulturellen Bereich.»<sup>136</sup>*

Neben der Suche nach Freiwilligen, ihrer Einführung, Weiterbildung und Begleitung und der Vermittlung an Institutionen gehörte zu den Aufgaben der Koordinationsstelle auch die Öffentlichkeitsarbeit, um das Ansehen und die Anerkennung von freiwilliger Arbeit zu fördern. Für das

Pilotprojekt wurde im Januar 1992 der Verein für Freiwilligenarbeit konstituiert. Er bildete die Trägerschaft der Koordinationsstelle. Die Finanzierung sicherten die drei Gründungsorganisationen zu je einem Viertel. Der restliche Viertel musste durch Spenden und Beiträge aufgebracht werden. Nachdem der Name Benevol gefunden worden war, gestaltete ein Grafiker das Logo.

Die Projektleiterin Rosmarie Schneider startete mit einem Arbeitspensum von fünfzig Prozent. Die 46-jährige Erwachsenenbildnerin hatte ihre Diplomarbeit 1987 zur ehrenamtlichen Frauen- und Männerarbeit geschrieben und arbeitete als selbständige Kursleiterin und Körpertherapeutin. Sie hatte selbst Erfahrung in freiwilliger Tätigkeit gesammelt, als sie sich in der HEKS-Flüchtlingsbetreuung, in einer katholischen Jugendkommission und als Delegierte für ein Tagesheim beim Basler Frauenverein engagiert hatte.

In den ersten Monaten des Projekts baute sie die Infrastruktur auf, schrieb Zielformulierungen und Arbeitspläne, erstellte ein Leitbild, legte eine Abnehmerkartei an, organisierte Informationsveranstaltungen, kontaktierte interessierte Organisationen, klärte die Anzahl der benötigten Freiwilligen, Tätigkeitsfelder, Anforderungen und Rahmenbedingungen sowie Anerkennungsformen ab und führte zahlreiche persönliche Gespräche mit potentiellen Freiwilligen.<sup>137</sup> Im ersten Jahr meldeten sich 91 Frauen und 53 Männer im Alter von 17 bis 75 Jahren für einen Einsatz, von denen die meisten an die fast achtzig interessierten Institutionen vermittelt werden konnten.<sup>138</sup>

Um die Freiwilligenarbeit aufzuwerten, wurde eine Arbeitsgruppe mit Delegierten von zehn Organisationen eingesetzt. Unter anderen nahmen die Basler Stiftung für Ferienkolonien, Caritas, Pro Senectute, der Samariterverein Alban-Breite, das SRK Basel, die Tele-Hilfe Basel und der Verein Gegenseitige Hilfe Riehen Bettingen teil.

Nach der dreijährigen Versuchsphase und einer Verlängerung um zwei Jahre zeigte eine Umfrage, dass die Koordinations- und Vermittlungsstelle einem wachsenden Bedürfnis entsprach. Die Auswertung der Fragebögen ergab ein positives Bild. Viele Institutionen äusserten sich zufrieden, dankten und empfahlen die Weiterführung von Benevol. Anregungen und Wünsche betrafen etwa die vermehrte Öffentlichkeitsarbeit, den Ausbau von Weiterbildungsangeboten für Institutionen, die geografische Erweiterung in den Kanton Baselland und bessere Informationen über Kinderbetreuungsangebote. Nur ganz vereinzelt gab es kritische Voten zu Falschplatzierungen von Freiwilligen.<sup>139</sup>

Für die Freiwilligen wurde ein Ausweis entwickelt, der einem Arbeitszeugnis entsprechend bei Bewerbungen die erworbenen Fähigkeiten und Kompetenzen belegen konnte. Institutionen konnten bei Benevol einen solchen Ausweis beziehen und ihren Freiwilligen abgeben. Und Unternehmen und die kantonale Verwaltung wurden aufgefordert, diesen Sozialzeitausweis, der auf schweizerischer Ebene 2001 eingeführt wurde, in den Bewerbungsunterlagen zu berücksichtigen.<sup>140</sup>



In den vergangenen zwanzig Jahren hat die Freiwilligenarbeit enorm an Bedeutung gewonnen. Die Wirtschafts- und Finanzkrisen, die in immer kürzeren Intervallen auftraten, hinterliessen jedes Mal einen höheren Prozentsatz von erwerbslosen und ausgesteuerten Menschen, die im ersten Arbeitsmarkt nicht oder kaum mehr Fuss fassen konnten. Die Globalisierung und die gesellschaftliche Durchdringung des neoliberalen Gedankenguts führten zu Deregulierung, Auslagerung und Privatisierung öffentlicher Unternehmen, zum Umbau des Steuersystems und aufgrund der gekürzten und fehlenden Steuereinnahmen zu rigorosen Sparmassnahmen vorwiegend im Sozial- und Kulturbereich. Um die sozialen Netzwerke und Absicherungen aufrechtzuerhalten, wurde die Freiwilligenarbeit unverzichtbar. Ohne ehrenamtliches Engagement hätten zahlreiche Initiativen zur Unterstützung von sozial benachteiligten Menschen weder entstehen noch bestehen können. Zur Würdigung richtete die GGG zwischen 1998 und 2009 alle zwei bis drei Jahre einen GGG-Preis an Persönlichkeiten aus, die sich auf ehrenamtlicher Basis in verschiedenen Bereichen für eine lebenswerte Stadt einsetzten. So ging etwa der sechste Preis an das Ehepaar Johanna und Treumund E. Itin für ihr verdienstvolles Bestreben, das Stadt- und Münstermuseum im ehemaligen Klingentalkloster zu retten. Seit vielen Jahren zeigt nun das Klingentalmuseum attraktive Ausstellungen zu historischen und aktuellen städtischen Themen, wie etwa 2015 zum St. Johannis-Bahnhof, dem ersten Bahnhof auf Schweizergebiet, der sich 1845 neben dem heutigen Kinderspital an der Spitalstrasse befand. Im internationalen Jahr der Freiwilligenarbeit 2001 ehrte die GGG 763 Freiwillige, die ihr genannt worden waren, namentlich in einem Zeitungsinserat.<sup>141</sup> Indirekt wurde der GGG-Preis vom Prix schappo abgelöst, den der Kanton Basel-Stadt seit 2004 zweimal jährlich an Gruppen und Vereine verleiht, die sich freiwillig für andere engagieren.<sup>142</sup>

GGG-PREISE			
Jahr		Preisträger und Preisträgerinnen	Ausgezeichnete Aktivitäten
1998	1. Preis	Jakob Tschopp	Kulturelle Umnutzung des Schlotterbeckareals und des Sudhauses Warteck
1999	2. Preis	Beni Pfister, Barbara Schreier, Olivier Wyss	Jugendarbeit
2000	3. Preis	Vally Vogel	Wohnstrasse Bärenfelsenstrasse
2003	4. Preis	Paul Schöni-Häfeli	Behindertensport und Behindertenselbsthilfe Basel
2005	5. Preis	Paul Dilitz	Quartierzentrum in der Breite
2008	6. Preis	Johanna und Treumund E. Itin	Rettung des ehemaligen Stadt- und Münstermuseums und Gründung des Klingentalmuseums
2009	7. Preis	Ruedi und Judith Bachmann-Kundert	Ökologie und Quartierarbeit: Davidseck, Bärenfelsenstrasse, Erlenmatten etc.

Die gestiegene Bedeutung der Freiwilligenarbeit belegen das UNO-Jahr der Freiwilligen 2001 und das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit, das der Europarat im Jahr 2011 ausgerufen hat. Auf schweizerischer Ebene fördert die SGG die Sensibilisierung neuer Freiwilligengruppen, die Begünstigung neuer Formen, die Unterstützung und die Stärkung der Freiwilligenarbeit in Politik, Gemeinden und Unternehmen. In der Reihe «Freiwilligkeit» verlegt der Zürcher Seismo Verlag auf Initiative des Geschäftsleiters der SGG regelmässig Studien und Tagungsbände, die sich mit der Analyse der lokalen kulturellen, strukturellen und politischen Rahmenbedingungen von Freiwilligkeit befassen und diese Erkenntnisse einem interessierten Leserkreis zur Diskussion stellen.<sup>143</sup>

Zur theoretischen Vertiefung der Thematik fanden verbreitet Veranstaltungen statt, etwa ein Internet-Symposium in Genf und eine Tagung im Gottlieb Duttweiler-Institut in Rüschlikon. Auch neue Weiterbildungen wurden konzipiert. Die Fachhochschule beider Basel (FHBB) plante, einen Lehrgang in NPO-Management einzuführen, wie der GGG-Ressortverantwortliche für Ausbildung und Kultur berichtete. Mitarbeitende von Non-Profit-Organisationen, wie gemeinnützige Organisationen nun auch genannt wurden, sollten sich in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Fundraising, Statistik und Rechnungswesen gezielt weiterbilden können. Dieses Angebot sei auch für die Ehrenamtlichen der GGG interessant. Auf Antrag des Vorstandes bewilligte die Mitgliederversammlung zum Aufbau eines solchen Zentrums für NPO-Management einstimmig den substantiellen Startbeitrag von 100 000 Franken. Die Planung sah vor, dass das Zentrum nach drei Jahren selbsttragend funktionieren sollte.<sup>144</sup>

Mit einem weiteren bedeutenden Engagement beteiligte sich die GGG an der Gründung des heutigen Centre for Philanthropy Studies oder Centrum für Philanthropie und Stiftungswesen (CEPS) an der Universität Basel. Der Vorsteher begründete dieses Engagement mit dem Wunsch, das soziale Handeln der GGG als Ausdruck einer Vernunftphilosophie wissenschaftlich zu untersuchen. Das CEPS wurde von SwissFoundations, dem Verband der Schweizer Förderstiftungen, initiiert, dem neben der GGG etwa die Christoph Merian Stiftung und die Sophie und Karl Binding Stiftung angehören.

Weil bisher Studien über das Stiftungswesen, die Freiwilligenarbeit oder andere Bereiche der Philanthropie isoliert nebeneinander standen, beabsichtigt das CEPS als interdisziplinäres Forschungs- und Weiterbildungsinstitut, einen Überblick über die Philanthropie zu erhalten, die in den vergangenen Jahren an gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Bedeutung gewonnen hat. Philanthropie, definiert als jede private freiwillige Handlung für einen gemeinnützigen Zweck, soll in ihrem Umfang und ihrer Bedeutung sichtbar gemacht werden. Mit den Weiterbildungs- und Beratungsangeboten will das CEPS einen direkten Nutzen für Stiftungen und andere Non-Profit-Organisationen bieten.<sup>145</sup>



Dass die Philanthropie ein wichtiges Anliegen der GGG darstellt, ist nicht zuletzt ein Zeichen ihrer Verbundenheit mit dem Denken und Wirken Isaak Iselins – sie versteht sich weiterhin als «Iselins GGG». Deshalb unterstützte sie auch die Iselin-Tagung, die im Dezember 2008 in Basel stattfand, mit einem finanziellen Beitrag: Während dreier Tage beleuchteten Spezialisten des 18. Jahrhunderts aus Deutschland und der Schweiz Iselins Geschichtsphilosophie aus unterschiedlicher Perspektive und eröffneten so neue Zugänge zu seinem Werk.<sup>146</sup>

Auch Vorsteher Peter Felber bezog sich in seiner Schlussrede 2008 auf den Gründer Isaak Iselin: «Das Gute liegt in der Zukunft, gegenwärtige Missstände sind nie ein Grund zur Resignation. Sie sind vielmehr Herausforderung zu ihrer Überwindung! In der GGG Iselins können bis heute engagierte Menschen diese Überzeugung leben, dass der Mensch ein «soziales Wesen» ist, dass in der Geschichte eine unsichtbare Hand waltet, welche die Menschheit zu immer grösserer sozialer Komplexität führt. Dabei entsteht immer mehr Glückseligkeit, geistiger und materieller Wohlstand – Gemeinnutz für alle.»<sup>147</sup>

DELEGIERTER: GERHARD METZ (\*1943)

An der Mitgliederversammlung 2003 wurde Gerhard Metz als Delegierter zum Nachfolger von Urs Burckhardt gewählt. Das Amt hatte er bis Juni 2010 inne. Er engagierte sich besonders für transparente Finanzen und für eine Modernisierung des Liegenschaftsbestandes durch Verkäufe von kleineren Liegenschaften und Investitionen in neue Immobilien. Er kannte die GGG nur vom Hörensagen. Sein Vorgänger Daniel Heusler machte ihn auf das Amt des Delegierten aufmerksam. Gerhard Metz schätzte besonders den vertieften Einblick in das soziale und kulturelle Basel, das mit der Vorstandstätigkeit verbunden war.

Gerhard Metz hatte nach dem Wirtschaftsstudium an der HSG St. Gallen sein Doktorat an der Universität Basel 1971 abgeschlossen. Bereits 1968 trat er – in einem Teilzeitpensum – bei Coop Basel, damals noch ACV (Allgemeiner Consumverein), ein. 1977 wurde er zum Direktor von Coop Basel gewählt und elf Jahre später zum Direktor von Coop Schweiz. Von 1997 bis 2000 war er Verwaltungsratspräsident von Coop Schweiz. Seit seinem Rücktritt arbeitet er als selbständiger Unternehmensberater.

Heute engagiert er sich noch in folgenden ehrenamtlichen Tätigkeiten: Er ist Mitglied des Vorstandes der FDP Sektion Binningen und Präsident des Stiftungsrates einer Siedlung mit Alterswohnungen in Binningen (Schlossacker).

Zu seinen Hobbies gehören das Sammeln von Kleinantiquitäten und als sportliche Aktivitäten das Wandern, Rudern und Skifahren.

## Die GGG im 21. Jahrhundert

Mit dem Amtsantritt des zweiten Geschäftsführers Dieter Erb wurden einige Erneuerungen eingeführt. Der Vorstand überarbeitete die Grundlagenpapiere wie das Leitbild und das Organisationsreglement. Die A-, B- und C-Organisationen gliedern sich heute in die drei GGG-Säulen «Eigene Betriebe», «Netzwerk» und «Förderinstitution». Dabei haben die A-Organisationen als GGG-eigene Betriebe ein deutlich grösseres Gewicht erhalten.

Erstmals wurde ein umfangreiches Kommunikationskonzept verabschiedet. Von 2009 bis 2015 war Patrick Tschan als erster Kommunikationsbeauftragter der GGG mit einem 50-Prozent-Pensum angestellt, um den Vorstand und die Geschäftsstelle zu unterstützen, die Anliegen der GGG verstärkt an die Öffentlichkeit zu tragen und die interne Information und Kooperation unter den GGG-Organisationen zu intensivieren. Die Kernpunkte hiessen: Stärkere Positionierung der GGG in der Stadt Basel, Auffrischung des GGG-Images und Bekanntmachen der GGG und ihrer Dienstleistungen als «Ganzes». Es sind Themen, die die GGG im 20. Jahrhundert immer wieder umgetrieben haben.

Mit der rasanten Entwicklung im digitalen Bereich wurde der Aufbau einer modernen Kommunikation mit einem einheitlichen und gemeinsamen Auftreten aller A-Organisationen der GGG für die Geschäftsstelle zentral. Neben dem neu gestalteten Jahresbericht wurde für die Mitglieder der neue Mitgliederbrief «Einblick» kreiert, der dreimal jährlich erscheint, über aktuelle Aktivitäten berichtet, neue Projekte vorstellt und den GGG-Alltag fotografisch festhält. Auf die Mitgliederversammlung 2010 hin wurde die überarbeitete Webseite aufgeschaltet, ein Forum, ohne das heute keine Organisation mehr auskommt. Alle diese Mittel sollen dazu beitragen, die Transparenz innerhalb und ausserhalb der GGG zu erhöhen.

Dieter Erb ist es «ein Anliegen, dass die GGG im sozialen und kulturellen Basel aufbauend auf ihrer reichhaltigen Tradition eine innovative Rolle einnimmt und ein Gefäss ist, welches Menschen aus allen Bevölkerungskreisen und jeglicher Herkunft die Möglichkeit zu sozialem und kulturellem Engagement bietet».<sup>148</sup> Während die Öffentlichkeitsarbeit und die Mitgliederwerbung den professionellen Ansprüchen angepasst werden, bleibt die Prüfung der Finanzgesuche in ehrenamtlicher Hand. Weiterhin befassen sich die Ressortverantwortlichen im Vorstand ehrenamtlich mit den eingereichten Projekten auf der Basis der regelmässig revidierten Vergabungsrichtlinien. Anlässlich der Standortbestimmung beim 200-Jahr-Jubiläum waren 1978 erstmals Vergabungsrichtlinien formalisiert und verabschiedet worden.<sup>149</sup> In den vergangenen Jahren wurde die Vergabestrategie überarbeitet. Der Vorstand verpflichtet sich heute, Vergabungen nach Fördergrundsätzen auszurichten, die auf der Webseite der GGG veröffentlicht sind. Damit hat sich die Transparenz in der Fördertätigkeit der GGG erhöht.



Nach dem Medizinstudium an der Universität Basel arbeitete Ruth Ludwig-Hagemann ab 1975 auf verschiedenen Abteilungen des Kantonsspitals und zuletzt an der Universitätsfrauenklinik. Im Jahr 1993 erfolgte ihr Berufswechsel zur hauptberuflichen Verwaltungsrätin im Familienbetrieb der *National Zeitung* und der *Basler Nachrichten AG* und als Verlegerin des *Baslerstab*. Zur Vorbereitung auf dieses Amt hat sie an der Universität Zürich eine Management-Weiterbildung absolviert, beim Schweizerischen Medieninstitut die Ausbildung zur Verlagskauffrau abgeschlossen und bei der ATAG Ernst & Young Bern im Bereich Corporate Finance gearbeitet. Nach dem Verkauf der Basler Zeitung 2010 wurde sie im selben Jahr als Nachfolgerin von Gerhard Metz zur Delegierten des Vorstands gewählt. Sie ist die erste Frau, die diese Funktion in der GGG innehat.

In ihrer freien Zeit besucht sie mit ihrem Ehemann zusammen gerne das Theater und Konzerte und unternimmt Reisen nach Italien, England (Wohnort der älteren Tochter mit Familie) und der Schweiz. Ihr Hobby ist die Fasnacht. Sie ist Pfeiferin in einer Pfeifer- und Tambourengruppe und war Mitglied des Fasnachts-Comités von 2002 bis 2015. Sie ist Mitglied des Vorstands von Basel Tourismus, Verwaltungsrätin der Rehab Basel AG und der Radio Basilisk AG, Stiftungsrätin der Kunststiftung Im Obersteg und der Thomi-Hopf-Stiftung, Vizepräsidentin des Vereins Stiftungsstadt Basel und Mitglied des Rotary-Clubs Basel-Spalen.

Fast zeitgleich mit den personellen Neuerungen in der Geschäftsstelle wählte die Mitgliederversammlung 2010 mit Ruth Ludwig-Hagemann die erste Frau zur neuen Delegierten.<sup>150</sup> In einem Interview, das im «Geschäftsführer» erschien, erläuterte sie, wie sie ihre Funktion in der GGG versteht: «Als Delegierte des Vorstands befasse ich mich mit den strategischen Fragen der GGG, der Ausrichtung der Aktivitäten, den Einnahmen und der Zuteilung der Mittel sowie den Kontakten nach innen und aussen. Auch bin ich Ansprechpartnerin für die Geschäftsstelle in Bezug auf die Personalpolitik und die Öffentlichkeitsarbeit der GGG.»<sup>151</sup> Aufgrund der wirtschaftlichen Krisenzeiten lege sie Wert auf den haushälterischen Umgang mit den Mitteln und die Sicherung der langfristigen Erträge. Sie will das Ansehen und die Leistungen der GGG als zentrale Basler gemeinnützige Institution in der Öffentlichkeit stärken, die Qualität der GGG hochhalten und sie als attraktive Arbeitgeberin positionieren. Neben den Freiwilligen sind heute 170 Personen bei der GGG oder einer ihrer A-Organisationen angestellt. Mit dem Personaltag, der 2015 erstmals durchgeführt wurde, wird die Bedeutung der GGG als Arbeitgeberin sichtbar.

Seit 2009 ist Dieter Erb Geschäftsführer der GGG. Er absolvierte Ausbildungen als Sozialarbeiter und als Jurist. Er bringt Erfahrungen aus verschiedenen Tätigkeiten in Non-Profit-Organisationen, in der Privatwirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung mit. Er war im Schweizerischen Arbeiterhilfswerk SAH und später im Bildungsdepartement des Kantons Aargau in leitenden Funktionen tätig. Danach war er Amtsvormund in Basel. Die GGG kannte er u. a. von seiner früheren ehrenamtlichen Tätigkeit als Präsident von Neustart, einer C-Organisation der GGG. Viele Jahre engagierte er sich ehrenamtlich in der Quartierarbeit im Basler Breitequartier und im Verein Friedensbrugg, der in Konfliktgebieten – in den 1990er Jahren insbesondere im ehemaligen Jugoslawien – Vermittlungsarbeit leistet. Dieter Erb ist Mitglied der SP, er sieht sich als Sozialliberalen.

Dieter Erbs Passion in der Freizeit ist die Musik, hauptsächlich Jazz und Klassik. Er wirkte in Basel im Contrapunkt Chor sowie im Kammerchor Vox Varia mit und spielt als Saxofonist und Flötist im Basler Werkstatorchester WSO, das sich einem vielfältigen multikulturellen Repertoire von Soul bis Balkangrooves verschrieben hat. Zusammen mit seiner Frau reist er gerne und besucht regelmässig die Studiokinos von kult.kino und Stadtkino.

In der Zeit des schnellen Wandels sei die GGG gefordert, «vorausblickend Probleme zu erkennen und Lösungen zu suchen», hielt Vorsteher Dr. Philipp Weiss nach der Jahrtausendwende fest. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sei es dringend notwendig, für «die Solidarität in unserer Gesellschaft zu motivieren». Dies beginne «im Kleinen, im Lokalen, in einer Strasse, in einer Stadt» und habe «viele Formen und Gebiete», sei «unabhängig von Pass, Farbe, Religion». «Solidarität zwischen Jung und Alt und Ungeboren, Gesund und Krank, zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und aus dem Arbeitsprozess ausgeschiedenen Menschen, zwischen Leistungsträgern und Menschen mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit, mit einer lebendigen Kulturszene, auch wenn deren Wert nicht im Performance Index eines Fonds messbar wird», führte Weiss im Jahresbericht aus. Gemeinsames, aufeinander abgestimmtes Handeln und Zusammenarbeit führten zum gemeinsamen Nutzen, gemeinsamen Gewinn; dies sei die Formel der Gemeinnützigkeit.<sup>152</sup>







[Abb.12]



[12] Das bis 2008 gültige Logo der GGG hatte der Typograf Jan Tschichold entworfen.



## Anmerkungen Vorwort:

- [1] Vgl. dazu Janner, Sara: GGG 1777–1914. Basler Stadtgeschichte im Spiegel der «Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige», Basel 2015 (193. und 194. Neujahrsblatt der GGG), S. 17–26.
- [2] Wenn das Staatsarchiv in einigen Jahren in den Neubau beim Bahnhof St. Johann umzieht, wird es sinnvoll sein, den neueren Bestand aus den letzten Jahrzehnten dem älteren Bestand im Staatsarchiv einzufügen. Es ist zu hoffen, dass derzeit vermisste Unterlagen dann wieder zum Vorschein kommen.

[Anm.  
S. 10–  
S. 11 ]



# Anmerkungen Teil I:

[Anm.]  
S. 14–  
S. 38

- [1] Vgl. Hürzeler, Cornelia: vitamin B – fit für den Verein, in: BBE-Newsletter 22, 2012, S. 1.
- [2] Alle Informationen aus StABS: PA 146 J 8 Landesausstellung in Bern 1914, 1914–1915.
- [3] StABS: PA 146 J 8, Landesausstellung in Bern 1914, Schreiben von S.L.A.B.14, 46. Gruppe Sektion C Wohlfahrtspflege, Pfr. A. Wild an Aussteller vom 18.3.1914.
- [4] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1914, S. XXIX.
- [5] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1910, S. V.
- [6] StABS: PA 146, A 2 Statuten und Ordnungen, Kommission zur Regelung der rechtlichen Verhältnisse der Gesellschaft im Hinblick auf das Inkrafttreten des schweizerischen Zivilgesetzbuches, 16.10.1911. Anwesend waren E. A. Koechlin, R. Kündig, R. Miescher, P. Ronus.
- [7] StABS: PA 146, A 2 Statuten und Ordnungen, Brief mit Statutenentwurf an Schreiber und Vorsteher vom 26.4.1916.
- [8] StABS: PA 146, A 2 Statuten und Ordnungen, Brief von R. Kündig an Vorsteher Theodor Stachelin vom 27.4.1916.
- [9] StABS: PA 146, A 2 Statuten und Ordnungen, Statuten von 1916, Zweckartikel. Der ursprüngliche Wortlaut wurde auch in den neuesten Statuten beibehalten.
- [10] Vgl. Janner, GGG 1777–1914, S. 148–158.
- [11] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1915, S. XXX.
- [12] Siegfried, Paul: Geschichte der Gemeinnützigen Gesellschaft in Basel von 1777–1926. Festschrift zur 150. Stiftungsfeier, Basel 1927, S. 215.
- [13] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1915, S. XXXVIII.
- [14] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1912, S. VI. Alle Zitate aus diesem Bericht.
- [15] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1913, S. VI.
- [16] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1915, S. XXXIV.
- [17] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1916, Statuten von 1916, § 12, S. 243.
- [18] StABS: PA 146 A 2 Statuten und Ordnungen, Schreiben von Dr. W. Vischer-Iselin an den Schreiber der GGG vom 19.5.1916.
- [19] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1918, S. II.
- [20] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1919, S. IV.
- [21] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1915, S. XXXV.
- [22] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1915, S. XXXIX.
- [23] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1915, S. XXXVI.
- [24] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1941, S. X.
- [25] StABS: PA 146 A 3, Statuten und Ordnungen.
- [26] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1933, S. X.
- [27] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1905, S. VIII. Buchmann verband seinen Vorschlag mit der Idee, das Amt eines «ständigen Sekretärs» einzuführen, doch seine Idee kam zu früh, vgl. Kapitel Professionelle Geschäftsstelle, S. 57ff.
- [28] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1908, S. IV.
- [29] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1915, S. XXVII.
- [30] StABS: PA 146, A 2, Brief von Hans Brenner-Eglinger an den Vorstand der GGG vom 15. Mai 1933 (Hervorhebungen im Original).
- [31] StABS: PA 146, A 9, Protokoll vom 1.12.1933 und Einlage zum Protokoll (Hervorhebungen im Original).
- [32] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1933, für das Folgende S. IXff.
- [33] Vgl. StABS: PA 146b A 1 (1), 2 Bände.
- [34] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1925, S. VII.
- [35] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1928, S. V.
- [36] Vgl. z. B. StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1931, S. VI.
- [37] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1936, S. VI.
- [38] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1944, S. IX.
- [39] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1944, S. XXIXf.
- [40] Vgl. Degen, Bernard: Das Basel der andern. Geschichte der Basler Gewerkschaftsbewegung, Basel 1986, S. 56.
- [41] Vgl. Degen, Das Basel der andern, S. 99f. Zettlerinnen arbeiten in der Seidenbandindustrie; sie zogen die Längsfäden, die sogenannten Zettel, im Webstuhl ein.
- [42] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1905, S. V.
- [43] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1919, S. VI.
- [44] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1935, S. VI.
- [45] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1937, S. VII.
- [46] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1942, S. VI.
- [47] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1949, S. 8.
- [48] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1949, S. 8.
- [49] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1950, S. 5f.
- [50] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1952, S. 6.
- [51] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1953, S. 5.
- [52] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1942, S. XXII.
- [53] GGG-Archiv: 00 Führung 01 Protokoll der Mitgliederversammlung, 20.12.1956.
- [54] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1955/56, S. 16.
- [55] Interview mit Valerie Gruner vom 5.1.2015.
- [56] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1956/57, S. 19.
- [57] GGG-Archiv: 00 Führung 02 Vorstandsprotokoll, 11.12.1958.
- [58] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1957/58, S. 5.
- [59] GGG-Archiv: 00 Führung 02 Vorstandsprotokoll, 27.4.1961 und mündliche Mitteilung vom 5.1.2015.
- [60] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1963, S. 12.
- [61] GGG-Archiv: 00 Führung 02 Vorstandsprotokoll, 17.9.1964.
- [62] GGG-Archiv: 90, Struktur und Arbeit der GGG 1964–1966: Hess, Franz: Betrachtungen zur Stellung und zu den Aufgaben der GGG 1965, Basel, 31.5.1965.
- [63] GGG-Archiv: 90, Struktur und Arbeit der GGG 1964–1966: Gelzer, Bernhard: Stichwortartige Zusammenstellung der Gedanken über den zukünftigen Tätigkeitsbereich der GGG, Basel 29.9.1965.
- [64] GGG-Archiv: 00 Führung 02 Vorstandsprotokoll, 9.11.1965.
- [65] GGG-Archiv: 00 Führung 02 Vorstandsprotokoll, 23.8.1966.
- [66] Vgl. GGG-Archiv: 238. Jahresbericht der GGG von 2015, S. 6.
- [67] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1965, S. 6.
- [68] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1933, S. XII. In den Statuten von 1967 als A-, B-, C-, D-Organisationen aufgeführt.
- [69] GGG-Archiv: 00 Führung 02 Vorstandsprotokoll, 23.8.1966.
- [70] GGG-Archiv: 00 Führung 02 Vorstandsprotokoll, 26.11.1959.
- [71] GGG-Archiv: 00 Führung 02 Vorstandsprotokoll, 22.4.1965 und StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1965, S. 7.
- [72] GGG-Archiv: 00 Führung 01 Protokoll der Mitgliederversammlung, 21.5.1967.
- [73] Interview mit Daniel Heusler vom 8.5.2015.
- [74] StABS: PA 146 A 4, Schreiber, Sekretär: Amtsordnung für den ständigen Sekretär der GGG vom 30.5.1906.
- [75] StABS: PA 146 A 4, Schreiber, Sekretär: Bewerbungsschreiben von Emil Häberli-Meyer vom 24.5.1907.
- [76] StABS: PA 146, Kompetenzbuch, Bd. 2, Büro GGG: Allg. Vers. 19.12.1957, S. 21.



- [77] Interview mit Valerie Gruner vom 5.1.2015.
- [78] GGG-Archiv: 00 Führung 02 Vorstandsprotokoll, 21.6.1966.
- [79] Interview mit Daniel Heusler vom 8.5.2015.
- [80] GGG-Archiv: 00 Führung 02 Vorstandsprotokoll, 21.6.1966.
- [81] GGG-Archiv: 00 Führung 02 Vorstandsprotokoll, 25.6. und 13.8.1968.
- [82] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1973, S. 3.
- [83] StABS: PA 146 C 11,2, Dokumentensammlung: Schreiben des Vorstands an die Präsidenten und Delegierten vom 16.12.1974.
- [84] StABS: PA 146 C 11,1, Bericht der Jubiläums-Kommission über das Jubiläum «200 Jahre GGG».
- [85] GGG-Archiv: 00 Führung 02 Vorstandsprotokoll vom 15.9.1976.
- [86] Vgl. SWA: Soziale Institutionen 237, Jahresberichte des Pestalozzidorfs in Trogen.
- [87] Am 18.3.1976 stimmte der Grosse Rat mit 61 gegen 25 Stimmen bei 12 Enthaltungen dem Ratschlag zu, vgl. Basler Chronik <http://www.baslerchronik.ch/> (22.9.2015).
- [88] Vgl. d'Aujourd'hui, Rolf, Helmig, Guido: Der Reischacherhof – eine archäologische Fundgrube. Erste Grabungsergebnisse und deren Bedeutung für die Frühgeschichte Basels, in: Basler Stadtbuch, 1977, S. 119–132.
- [89] StABS: PA 146 C 11,1, Bericht der Jubiläums-Kommission über das Jubiläum «200 Jahre GGG» 1977 an den Vorstand.
- [90] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1978, S. 3.
- [91] GGG-Archiv: 00 Führung 02 Vorstandsprotokoll vom 7.12.1977.
- [92] GGG-Archiv: 00 Führung 02 Vorstandsprotokoll vom 7.2.1983, 20.4.1988, 18.11.1992.
- [93] Den Hinweis verdanke ich dem Historiker und Stadtführer Peter Habicht, der den Vers noch heute aus dem Gedächtnis abrufen kann.
- [94] Vgl. Janner, GGG 1777–1914, S. 353.
- [95] StABS: PA 146, Jahresbericht der GGG von 1931, S. VI.
- [96] Vgl. Degen, Bernard: Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV), in: HLS, <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D16611.php> (23.9.2015).
- [97] GGG-Archiv: 00 Führung 02 Vorstandsprotokoll vom 7.12.1977.
- [98] StABS: PA 146 C 11,1, Bericht der Jubiläums-Kommission über das Jubiläum «200 Jahre GGG» 1977 an den Vorstand.
- [99] StABS: Anstösse zur Nacharbeit. Private gemeinnützige Tätigkeit im modernen Sozialstaat. Ein nicht fürs Archiv bestimmter Bericht über die Jubiläumstagung der GGG vom 3./4. Juni 1977 in Basel.
- [100] StABS: PA 146 Z 1: Nico Bischoff: Private gemeinnützige Tätigkeit im modernen Sozialstaat, im Jahresbericht der GGG von 1978, S. 13–21. Alle Zitate aus diesem Text.
- [101] Der Psychiater und Historiker Klaus Dörner sagt dazu: «Jeder Mensch will notwendig sein.» Vgl. Dörner, Klaus (Hg.): Ende der Veranstaltung. Anfänge der Chronisch-Kranken-Psychiatrie, Gütersloh 1998.
- [102] Vgl. etwa Degen, Bernard; Maeder, Pascal (Hg.): Breite-Lehenmatt. Historischer Rundgang durch ein junges Basler Quartier, Basel 2011 (im Auftrag des Neutralen Quartiervereins Breite-Lehenmatt, Basel).
- [103] Vgl. NachbarNet: <http://www.nachbarnet.net/about/hintergrund/vereinsgeschichte> (13.6.2016).
- [104] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1978, S. 1.
- [105] GGG-Archiv: 00 Führung 02 Vorstandsprotokoll vom 15.9.1978.
- [106] GGG-Archiv: 00 Führung 01 Protokoll der Mitgliederversammlung vom 17.6.1981.
- [107] GGG-Archiv: 00 Führung 02 Vorstandsprotokoll vom 15.9.1978.
- [108] GGG-Archiv: 00 Führung 02 Vorstandsprotokoll vom 19.12.1978.
- [109] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1977, S. 3.
- [110] GGG-Archiv: Beschlüsse der Retraite vom 24.9.1977 und Vorstandsprotokoll vom 7.12.1977.
- [111] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1984, S. 1.
- [112] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1986, S. 1.
- [113] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1988, S. 1.
- [114] Ebenda.
- [115] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1989, S. 1.
- [116] GGG-Archiv: 00 Führung 02 Vorstandsprotokoll vom 17.5.1989.
- [117] GGG-Archiv: 00 Führung 01 Protokoll der Mitgliederversammlung vom 14.6.1989 und 13.6.1990.
- [118] GGG-Archiv: 00 Führung 01 Protokoll der Mitgliederversammlung vom 16.6.1992.
- [119] GGG-Archiv: 00 Statuten, Statutenrevision 1992, Beilage vom 12.2.1992 zur Vorstandssitzung vom 18.2.1992.
- [120] GGG-Archiv: 00 Führung 02 Vorstandsprotokoll vom 18.2.1992.
- [121] Sprachliche Gleichbehandlung von Frau und Mann in der Gesetzes- und Verwaltungssprache, hg. von der Schweizerischen Bundeskanzlei, Bern 1991. Der Bericht empfiehlt, in allen drei Amtssprachen die sogenannte kreative Lösung anzuwenden, das heisst, die verfügbaren sprachlichen Mittel (wie Paarformen, geschlechtsneutrale und geschlechtsabstrakte Ausdrücke) zu kombinieren.
- [122] Vgl. für das Folgende: GGG-Archiv: 00 Führung 01 Protokoll der Mitgliederversammlung vom 12.6.1996.
- [123] GGG-Archiv: 00 Führung 02 Vorstandsprotokoll vom 4.3.1969.
- [124] GGG-Archiv: 00 Führung 01 Protokoll der Mitgliederversammlung vom 10.6.1970.
- [125] Zitiert aus: Tschan, Patrick: Im Spiegel der einfachen Seelen, in: Einblick 15, April 2015, S. 4–7.
- [126] Ebenda.
- [127] Vgl. Braunschweig, Sabine; Meier, Martin: Der Aufbruch ins Industriezeitalter, in: Leben in Kleinbasel 1392 / 1892 / 1992, Basel 1992, S. 52–130, hier S. 56f.
- [128] Vgl. Tschan, Im Spiegel.
- [129] GGG-Archiv: 00 Führung 02 Vorstandsprotokoll vom 23.11.1988.
- [130] GGG-Archiv: Organisationsreglement, Ausgabe 1997, resp. 2002.
- [131] GGG-Archiv: 00 Führung 02 Vorstandsprotokoll vom 16.6.1993.
- [132] GGG-Archiv: 07 Strategie: Arbeitsteam GGG 2000: Notizen aus dem Zwischenbericht vom 18.10.1995 von Niklaus Merz, 2.11.1995.
- [133] GGG-Archiv: 07 Strategie: Arbeitsteam GGG 2000: Gedanken über unsere Arbeit – ein Feedback, Basel im Juni 1996.
- [134] GGG-Archiv: 07 Strategie: Arbeitsteam 2000: Stellungnahme 1999 zum Schlussbericht.
- [135] GGG-Archiv: Vorstandsprotokolle vom 30.3.1994 und 24.8.1994.
- [136] GGG-Archiv: 51 Benevol Basel, Allgemeine Akten: Projekt «F» (Konzept und Beitrag CMS) vom 26.9.1991.
- [137] StABS: PA 146 Z 1 Jahresbericht der GGG von 1992, S. 9ff.
- [138] Schneider, Rosmarie: Keine Zeit, freie Zeit, gespendete Zeit. BENEVOL, in: Basler Stadtbuch 1993, Basel 1994, S. 76–78.
- [139] GGG-Archiv: 51 Benevol Basel, Allgemeine Akten: Papier zur Zukunft von Benevol, 1996.
- [140] GGG-Archiv: 51 Benevol Basel, Allgemeine Akten: BZ, 13.7.2001: Lachenmeier, Dominik: Nicht mit Geld aufzuwiegen, Interview mit Rosmarie Schneider, S. 21.
- [141] GGG-Archiv: 00 Führung 01 Protokoll der Mitgliederversammlung vom 20.6.2001.
- [142] Vgl. Prix schappo, <http://www.schappo.bs.ch/> (4.12.2015).
- [143] Vgl. Wicki, Monika T.; Meier, Simon: Anders begabt und freiwillig engagiert! Empfehlungen zur Unterstützung des freiwilligen Engagements von Erwachsenen mit intellektuellen Beeinträchtigungen, Zürich 2014; Schlesinger, Torsten; Klenk, Christoffer; Nagel, Siegfried: Freiwillige Mitarbeit im Sportverein. Analyse individueller Faktoren und organisationaler Entscheidungen; von Schnurbein, Georg; Wiederkehr, Daniel; Ammann, Herbert (Hg.): Freiwilligenarbeit zwischen Freiheit und Professionalisierung. Tagungsband der 6. Europäischen Freiwilligenuniversität vom 31. August bis 3. September 2011 in Basel, Zürich 2013; Traunmüller, Richard; Stadelmann-Steffen, Isabelle; Ackermann, Kathrin; Freitag, Markus: Zivilgesellschaft in der Schweiz. Analysen zum Vereinsengagement auf lokaler Ebene, Zürich 2012; Ammann, Herbert (Hg.): Grenzen-Los! Fokus Gemeinde.



- Freiwilliges Engagement in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Referate der 2. Internationalen Vernetzungskonferenz 2010 in Rüslikon, Zürich 2011; Ammann, Herbert; Hasse, Raimund; Jakobs, Monika; Riemer-Kafka, Gabriela (Hg.): *Freiwilligkeit. Ursprünge, Erscheinungsformen, Perspektiven*, Zürich 2008; Farago, Peter (Hg.): *Freiwilliges Engagement in der Schweiz*, Zürich 2008; Farago, Peter; Ammann, Herbert (Hg.): *Monetarisierung der Freiwilligkeit. Referate und Zusammenfassungen der 5. Tagung der Europäischen Freiwilligenuniversität vom 30. bis 31.5.2005 in Luzern*, Zürich 2006; Ammann, Herbert (Hg.): *Freiwilligkeit zwischen liberaler und sozialer Demokratie*, Zürich 2004; Ammann, Herbert; Bachmann, Ruth; Schaller, Riccarda: *Unternehmen unterstützen Freiwilligkeit*, Zürich 2004.
- [144] GGG-Archiv: Protokoll der Mitgliederversammlung vom 20.6.2001.
- [145] Informationen von CEPS, <https://ceps.unibas.ch/ueber-das-ceps/> (25.11.2015).
- [146] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 2008, S. 12. Die Tagungsbeiträge wurden publiziert in Gisi, Lucas Marco; Rother, Wolfgang: *Isaak Iselin und die Geschichtsphilosophie der europäischen Aufklärung*, Basel 2011.
- [147] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 2008, S. 11.
- [148] Information von Dieter Erb vom 9.11.2015.
- [149] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1978, S. 1.
- [150] GGG-Archiv: Protokoll der Mitgliederversammlung vom 17.6.2010.
- [151] Freundlieb, Niggi: Die Ärztin und Verlegerin Ruth Ludwig-Hagemann ist neue GGG-Delegierte, Interview, in: *Geschäftsführer* 4 (2010), S. 44–46.
- [152] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1999 / 2000, S. 6f.



Teil II:  
Finanzentwicklung



# Einleitung

Die GGG entwickelte sich im 20. Jahrhundert zu einer der grossen und massgebenden Finanzierungsinstitutionen für soziale und kulturelle Organisationen und Projekte in Basel. Sie trägt dazu bei, dass viele unkonventionelle, gemeinnützige und besondere Vorhaben realisiert werden können, die der Staat nicht oder nur teilweise mitfinanzieren kann oder will. Für viele, die Geld suchen, ist die GGG eine der ersten Anlaufstellen für Unterstützungsgesuche.

Wie im ersten Teil geschildert, ist die GGG als Verein organisiert, also keine Stiftung, aber sie ist ein Dach, unter dem sich zahlreiche Stiftungen befinden. Auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten konnte die GGG ihre Organisationen in der Regel weiterhin fördern, wenn sie auch hie und da nicht alle Wünsche erfüllen konnte und Abstriche vornehmen musste. Es gelang ihr, das Vertrauen bei dem vermögenden Basler Bürgertum aufrechtzuerhalten, so dass ihr immer wieder grosszügige Spenden, Legate und Stiftungskapital zuflossen. Eine nicht unerhebliche Rolle spielten zunehmend die staatlichen Beiträge an GGG-Institutionen. Im Folgenden werden verschiedene Aspekte der Finanzentwicklung der GGG genauer beleuchtet.



# Finanzierung

## Schwankende Einnahmen

Finanzierung und Vergabungspolitik der GGG sind eng mit der jeweiligen wirtschaftlichen Konjunktur verknüpft. In der Schweiz gelten die 1920er, 1930er, 1970er und 1990er Jahre als Krisenjahre, die sozialpolitische Massnahmen erforderten. Die GGG wurde in mehrfacher Weise von diesen wirtschaftlichen Einbrüchen getroffen. Einerseits waren die Einnahmen durch Mitglieder- und Gönnerbeiträge, Spenden und Legate wie auch durch Zinsen der Vermögensanlagen beträchtlichen Schwankungen ausgesetzt. Andererseits trafen in Krisenzeiten mehr Finanzgesuche ein, weil Organisationen selbst weniger Einnahmen generierten und der Staat aufgrund seiner Sparpolitik ihre Subventionen kürzte.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sah sich die GGG immer wieder genötigt, ihre Organisationen bei ihren Budgetwünschen zur Zurückhaltung zu mahnen. So beauftragte der Vorstand den neuen, kaum ins Amt gewählten Säckelmeister Robert La Roche 1919, ein entsprechendes Rundschreiben zu entwerfen.<sup>1</sup> Die Beiträge an die vier angeschlossenen Gesangsvereine hatte er bereits auf die Hälfte reduziert. Auch wenn das Rechnungsjahr gut abgeschlossen hatte, handelte die GGG und insbesondere ihr Kassier vorsichtig, zeigte keine Genugtuung, sondern dämpfte im Gegenteil allfällige Erwartungen.

DER LANGJÄHRIGE KASSIER: ROBERT LA ROCHE-FREIVOGEL (1877–1946)

Robert La Roche stammte aus einer Familie, die seit dem 16. Jahrhundert in Basel ansässig ist. Er trat früh in das 1787 gegründete Familienunternehmen, die Bank La Roche & Co AG, ein und amtierte zuletzt als Seniorchef. 1919 wurde er als Kassier in den Vorstand der GGG gewählt, dem er bis zu seinem Tod angehörte. Schon drei Jahre zuvor wurde er Delegierter der Zinstragenden Ersparniskasse. Er war in verschiedenen Subkommissionen der GGG tätig, so im Kuratorium für die Stiftungsvermögen, in der Kommission zur Verwaltung des Schmiedenhofes und als Präsident der Mägdestiftung.

Daneben war er in lokalen und schweizerischen Organisationen aktiv, so im Vorstand der statistisch-volkswirtschaftlichen Gesellschaft

Basel, die er mehrere Jahre präsidierte. Er war Präsident der Basellandschaftlichen Hypothekenbank, wo er sich für die wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Halbkantone einsetzte. Er diente als Meister E. E. Zunft zum Schlüssel, war Präsident der Sektion Basel des Schweizerischen Roten Kreuzes und hatte den Vorsitz der Kaffeehallen Basels inne. Durch sein Präsidium der Schweizerischen Bankiervereinigung von 1927 bis 1946 gelangte er in die eidgenössische Führungsschicht.

Als die GGG 1921 aussergewöhnlich hohe Zuwendungen in der Höhe von 144 000 Franken erhalten hatte, was viermal mehr war als im Jahr zuvor, und die Totalerinnahmen sich fast verdoppelt hatten, kommentierte der Vorsteher im typischen Basler Understatement, dass die finanzielle Lage der GGG «befriedigend» sei, aber dass man angesichts der wirtschaftlichen Notsituation in der Schweiz «wieder lernen [müsse], sich nach der Decke zu strecken», um «mit den verfügbaren Mitteln ein Maximum zu leisten».<sup>2</sup>

Nach punktuellen Einbussen Mitte der 1920er Jahre schlug das 150-Jahr-Jubiläum der GGG wieder positiv zu Buche. Die durch den Börsenkrach von 1929 ausgelöste weltweite Wirtschaftskrise spürte die GGG zunächst noch nicht. Es möge «befremdlich» erscheinen, doch könne 1931 noch von einem «normalen Jahr» gesprochen werden, schrieb der Vorsteher. Angesichts der grossen Not sei ihr Wirken vielleicht «Kleinarbeit», aber es seien «gute und segensreiche Früchte zum Besten unserer Mitbürger», meinte er pathetisch.<sup>3</sup> Doch 1933 lautete auch für die GGG der Kassabericht «ganz ungünstig». Da Legate und Geschenke bedeutend zurückgegangen waren und die regulären Einnahmen für ein ausgeglichenes Budget bei weitem nicht ausreichten, müssten «eben die Ausgaben möglichst beschränkt werden».<sup>4</sup> Und der Kassier La Roche fuhr anklagend fort, «dass bei den fast confiskatorischen Ansprüchen des modernen socialen Staates an alle Kapitalisten immer weniger Bürger Lust haben, die Hilfe an die so wie so vom Staat überreich dotierten Unterstützungsinstitute noch indirekt durch Gaben an die Gemeinnützigke – die dann dem Staat zum Teil seine Aufgaben abnimmt – zu vermehren». Den Kommissionen und Delegationen wurde mitgeteilt, ihre «Beitragsgesuche auf die allernotwendigsten Beträge zu beschränken» und jedenfalls mit Beitragskürzungen zu rechnen.<sup>5</sup> Auch ein Jahr später vermerkte der Kassier kritisch den Verlust von 119 Mitgliedern, die trotz Werbeanstrengungen «schwer durch neue, besonders junge zu ersetzen» seien. Es sei «erstaunlich, wie gut situierte Leute gerade die gemeinnützigen Unterstützungen zu vernachlässigen» begännen.<sup>6</sup> Im gleichen Ton ging es 1935 weiter. Bedingt durch das «ständige langsame Abbröckeln» der Mitglieder sowie die «abnehmende Zahlungsfähigkeit unserer Bevölkerung durch Lohnabbau und zu hohe Besteuerung» würden sich in



**OLYMPIA**  
o Junge Garde o

Fastnacht 1923 Pastnacht 1923

ERW.G./Bank Wirtschaftsbank Basel

**Der Sparkassensturm.**

Nummer drei, am Dalbengraben  
Ist's wo zinsbringend haben  
Ihre Büchlein, grün und blau,  
Jüngling, Jungfer, Mann und Frau!  
Denn für Tüchtling und Matrone  
Ist ein Sparheft gar nicht ohne,  
Schafft es doch die Unterlage  
Zur Bestreitung alter Tage!  
Sparen, diese Bürgerzier,  
Tun gar viele mit Begier,  
Tret'n in des Raumes Mitte,  
Wo nach alter Vätersitte  
Vornehm, Mittel und Gering  
Hin trägt seinen Silberling!  
Zopfig, feierlich, pomadig  
Geht vor sich die „Gips“-Abtadig.  
Nur der Türe auf und zu  
Stört des Milieus ernste Ruh.  
Bis mit würdigen Gesicht  
Im Bewusstsein seiner Pflicht,  
— Die da ehrenamtlich gern  
Leisten bessere Basler Herr'n —  
Der Herr Administrator  
Hinterm Gitter ruft hervor:  
„Meier-Müller, Anna Lisa,  
Do sin d'Eschli mit de Visa!“  
Also geht in diesem Haus  
Das Geschäft jährein, jähraus  
Ehrenfest und durchaus löblich;  
Doch den Frieden störte grübelich  
Honey soit ein Zeitungswurm!  
Folge war der Kassasturm!  
Hin und Kunz hing an zu munkeln  
Von Finanzgeschichten d'ankeln;  
Niemand wusste wie und wo,  
Einmal hinterm Ohr den Floh  
Sah gar mancher, futsch, ohn' Spassen,  
Die solideste der Kassen,  
Elle, dass er retten könn'  
Und so gab's den schönsten „Run“!  
Daten rauf und oben oben  
Stauten sich am Dalbengraben  
Männ- und Weiblein voller Kummer!  
Gücklich, wer dann mittelst Nummer  
In das Heiligtum gelangte  
(Wo es um sein Geld ihm bange) ...  
Allen aber, Männern, Wibern,  
— Teils in Noten, teils Pfänflibern —  
Gab man anstandslos zurücke  
Ihr verlorn' geglaubtes Glücke,  
Doch in fürchterlicher Enge  
Wuchs von Stund zu Stund die Menge  
Und es wuchs mit der Bewegung  
Selbstverständlich die Erregung!  
Aldieweil und sinteralten  
Höhneraugen litten Qualen,  
Burgets dicke Köchin aber  
Stach beim Warten nur der Haber  
Und sie schwäbelte: „Welch oin Graiz,  
S'Glück z'verierte in der Schwatz!“  
Bis ein kalter Polizist  
— Der zu dem vorhanden ist —  
Sagte: „Haltet euri Chlappe,  
Dir chömmet scho zue eure Rappel!“  
Puff' und Schimpfwort regnets jetzo  
Und manch niedlich Intermezzo  
Sah'n als nette Abwechslung  
Tippmässell und Börschwung  
Von dem „Bankverein“ von hüben  
Und der „Handwerker“ von drüben ...  
Eine würdevolle Haltung  
Wahrt die Z. E. K.-Verwaltung;  
Denn sie weiss sich, trotz Spottakel,  
Reines Herzens, ohne Makel!  
Auf das unverdächtige Zetern  
Mahnt zur Ruh' sie in den Blättern,  
Dass es strädlisch sei, ohn' Gründe,  
Sie zu nennen auf dem Hunde!  
Die Regierung half in Trenen  
Die Besorgnis auch zerstreuen,  
Jedermann war schliesslich froh  
Als zurück der status quo.  
Und in Büchlein, grün und blauen,  
Wuchs das „Haben“ voll Vertrauen,  
Und geheilt von seiner Dumm-  
heit ist's Basler Publikum!

Librophil - W. Molliet - Erbschnecker

**Besuchen Sie die Laternen-  
Ausstellung am Dienstag  
im Steinschulhaus.**

ERW.G./Bank Wirtschaftsbank Basel

**OLYMPIA**  
o Junge Garde o

Fastnacht 1923 Pastnacht 1923

ERW.G./Bank Wirtschaftsbank Basel

**Der Sparkassensturm.**

Nummer drei, am Dalbengraben  
Ist's wo zinsbringend haben  
Ihre Büchlein, grün und blau,  
Jüngling, Jungfer, Mann und Frau!  
Denn für Tüchtling und Matrone  
Ist ein Sparheft gar nicht ohne,  
Schafft es doch die Unterlage  
Zur Bestreitung alter Tage!  
Sparen, diese Bürgerzier,  
Tun gar viele mit Begier,  
Tret'n in des Raumes Mitte,  
Wo nach alter Vätersitte  
Vornehm, Mittel und Gering  
Hin trägt seinen Silberling!  
Zopfig, feierlich, pomadig  
Geht vor sich die „Gips“-Abtadig.  
Nur der Türe auf und zu  
Stört des Milieus ernste Ruh.  
Bis mit würdigen Gesicht  
Im Bewusstsein seiner Pflicht,  
— Die da ehrenamtlich gern  
Leisten bessere Basler Herr'n —  
Der Herr Administrator  
Hinterm Gitter ruft hervor:  
„Meier-Müller, Anna Lisa,  
Do sin d'Eschli mit de Visa!“  
Also geht in diesem Haus  
Das Geschäft jährein, jähraus  
Ehrenfest und durchaus löblich;  
Doch den Frieden störte grübelich  
Honey soit ein Zeitungswurm!  
Folge war der Kassasturm!  
Hin und Kunz hing an zu munkeln  
Von Finanzgeschichten d'ankeln;  
Niemand wusste wie und wo,  
Einmal hinterm Ohr den Floh  
Sah gar mancher, futsch, ohn' Spassen,  
Die solideste der Kassen,  
Elle, dass er retten könn'  
Und so gab's den schönsten „Run“!  
Daten rauf und oben oben  
Stauten sich am Dalbengraben  
Männ- und Weiblein voller Kummer!  
Gücklich, wer dann mittelst Nummer  
In das Heiligtum gelangte  
(Wo es um sein Geld ihm bange) ...  
Allen aber, Männern, Wibern,  
— Teils in Noten, teils Pfänflibern —  
Gab man anstandslos zurücke  
Ihr verlorn' geglaubtes Glücke,  
Doch in fürchterlicher Enge  
Wuchs von Stund zu Stund die Menge  
Und es wuchs mit der Bewegung  
Selbstverständlich die Erregung!  
Aldieweil und sinteralten  
Höhneraugen litten Qualen,  
Burgets dicke Köchin aber  
Stach beim Warten nur der Haber  
Und sie schwäbelte: „Welch oin Graiz,  
S'Glück z'verierte in der Schwatz!“  
Bis ein kalter Polizist  
— Der zu dem vorhanden ist —  
Sagte: „Haltet euri Chlappe,  
Dir chömmet scho zue eure Rappel!“  
Puff' und Schimpfwort regnets jetzo  
Und manch niedlich Intermezzo  
Sah'n als nette Abwechslung  
Tippmässell und Börschwung  
Von dem „Bankverein“ von hüben  
Und der „Handwerker“ von drüben ...  
Eine würdevolle Haltung  
Wahrt die Z. E. K.-Verwaltung;  
Denn sie weiss sich, trotz Spottakel,  
Reines Herzens, ohne Makel!  
Auf das unverdächtige Zetern  
Mahnt zur Ruh' sie in den Blättern,  
Dass es strädlisch sei, ohn' Gründe,  
Sie zu nennen auf dem Hunde!  
Die Regierung half in Trenen  
Die Besorgnis auch zerstreuen,  
Jedermann war schliesslich froh  
Als zurück der status quo.  
Und in Büchlein, grün und blauen,  
Wuchs das „Haben“ voll Vertrauen,  
Und geheilt von seiner Dumm-  
heit ist's Basler Publikum!

Librophil - W. Molliet - Erbschnecker

**Besuchen Sie die Laternen-  
Ausstellung am Dienstag**

ERW.G./Bank Wirtschaftsbank Basel

**Basler Mittwoch-Gesellschaft**  
Fastnacht 1923

**Sujet: Vermögensabgabe  
und Sparkassenrummel**

**Vermögensabgabe**

Manchem gilt die Politik  
Als des Lebens höchstes Glück.  
Recht Betrieb hinein zu bringen,  
Strebt er drum vor allen Dingen,  
Denn ein rechter Bolschewik  
Rastet keinen Augenblick.  
Und misamt den andern Roten,  
(Um den Geist des etwas toten  
Klassenkampfes neu zu schützen  
Und auch sonst zu profitieren),  
Gründet er ein Komitee,  
Auf dass etwas doch geschieh',  
Dieses fasste gleich Beschlüsse,  
Dass der Reiche zahlen müsse.  
Schleunigst dann und voller Tücke,  
Mit mehr Eifer als Geschicke,  
Formten die I-ti-tia-tive  
Sie und setzten die Tasse  
Listig fest, wieviel und wie  
Jeden wollten schröpfen sie.  
Unbestimmt zwar war der Zweck,  
Doch das kümmert sie ein Dreck;  
Wenn man's Geld nur hätte bloss,  
Wär' man bald es wieder los!

Doch mit diesem Manifest  
Stach man in ein Wespennest!  
Nun kam übers Land der Schrecken,  
Tat den ält'sten Rentner wecken!  
In die Knie manch Frommer sank,  
Andre eilten auf die Bank,  
Holten dorten ihre Batzen,  
Sie im Innern von Matratzen,  
In des Gartens brauner Scholle  
Oder auch im Strumpf von Wolle  
Unsichtbarlich zu versenken,  
Um dem Staate nichts zu schenken.  
And're, die Ge-o-graphie  
Besser kannten, sandten sie  
(Ihre vielen Batzen nämlich),  
Denn sie waren nicht so dämlich,  
Nach dem Land Amerika,  
Wo man sie nicht ungera sah.  
Denn manch' einer ist, o Gott,  
Nur solange Patriot,  
Als sein Geld in Ruhe bleibt,  
Sonst ist ihm die Freud' verkauft,  
Und er haut es in den Kübel,  
Und das Geld, den ganzen Schübel,  
Nimmt er mit ins Ausland fort  
Und versteuert es dann dort.  
Kleinen Schieberrn, wie den grossen,  
Fiel das Herze in die Hos'n.  
Wacherer und Rappenspalter  
Schüttelte ein eisekalter  
Schlotter. Und dem Protzen gar  
Sträubte sich vor Schreck das Haar  
Ob den bösen Traumgestalten,  
Die mit roten Fingern krallten  
Nach dem Geldsack im Versteck  
Reichsein ist wahrhaft kein Schickel!

Anderseits, da gab Leute,  
Die sich freuten auf die Beute,  
Und nicht warten konnten bis  
Innen auch ihr teil gewiss.  
Einundvierzigtausend Franken  
Wurd' der Staat dann jedem schenken,  
Sodass jede Putzerin  
Kriegt' ein Auto mit Benzin.  
Oit macht es den Schweizern Quaten,  
Dass sie müssen Steuern zahlen,  
Denn es ist ihr höchstes Ziel:  
„Steu're wenig, b'halte viel!“  
Drum sie eine Lex nicht lockt,  
Die da brücht den Stempelvogt.  
Und so fuhren Doktor Lauer,  
Pfarrer, Bürger, Seim und Bauer,  
Von der Kanzel und Katheder,  
Mit Kanon' und Zung' und Feder,  
Und mit tausenfachem Nein  
Auf das arm Gesetzlein ein.  
Halbrot war's schon End' November,  
Doch am dritten des Dezember  
Drehte ihm das Publikum  
Endlich ganz den Kragen um.

**Sparkassenrummel**

[13] Die GGG geriet mit dem «Sparkassensturm» bei ihrer Zinsbringenden Ersparniskasse (ZEK) 1923 ins Visier der Fasnächtler. Mehrere Fasnachtszedel wurden diesem Thema gewidmet.



der GGG die Einnahmen von Jahr zu Jahr verringern, gleichzeitig stiegen etwa die Ausgaben für Pensionsgelder von Angestellten bei GGG-Institutionen, beschrieb der Säckelmeister das Dilemma.<sup>7</sup> Als Kassier sah er seine Aufgabe auch in den Jahren, in denen die GGG einen – wenn auch unterschiedlich grossen – Gewinn erwirtschaftete, darin, auf die düstere Zukunft zu verweisen, etwa 1941: «Leider stirbt die alte Generation, von der die Legate und Geschenke stammen, langsam aus, und da auch die Unterstützungen von Industrie und Privaten bei den gegenwärtigen Zeiten nicht sicher zu erwarten sind, können wir für die Zukunft kaum mehr auf ähnliche günstige Resultate zählen.»<sup>8</sup> Mit einer Werbeaktion konnten im gleichen Jahr zwar siebzig neue Mitglieder gewonnen werden, aber die würden «wohl wieder durch Austritte kompensiert werden», meinte La Roche defätistisch. Seine mahnenden Worte bedeuteten, dass auf alle Fälle die Hände nicht in den Schoss gelegt werden durften. Bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts musste die GGG in der Tat gut haushalten, um ein Gleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben zu erreichen.

## Einzugstätigkeit

Bis in die 1960er Jahre waren die Einzüger und Einzügerinnen für das Einholen der Mitgliederbeiträge zuständig. Sie gingen bei den Mitgliedern zu Hause vorbei, um den jährlichen Beitrag einzuziehen. Gleichzeitig überbrachten sie das Blaubuch, den Jahresbericht, begrüßten Neumitglieder und verbanden ihren Besuch mit Werbung neuer Mitglieder. Mit dieser damals üblichen persönlichen Kontaktnahme war etwa der Einzüger Hans Müller sehr erfolgreich. Es war ihm offenbar gelungen, in seinen acht Dienstjahren in den 1920er Jahren die Mitgliedschaft beinahe zu verdoppeln. Als er im Vorfeld des 150-Jahr-Jubiläums der GGG hörte, dass ein Vorstandsmitglied eine «riesengrosse Werbung neuer Mitglieder auf ganz breiter Basis» vorgeschlagen hatte, musste er zunächst «einen tiefen Athemzug thun» und schrieb dann dem Kassier seine Bedenken. Nach seinen erfolgreichen Anstrengungen sei heute «das Werben fast erschöpft», man müsse froh sein, wenn auf die jährlichen Austritte von 150 bis 200 Mitgliedern wenigstens 50 neue eintreten würden. Wenn jemand «ohne gründliche Durchsicht des jetzigen Mitgliederverzeichnisses und genauer Prüfung der in dieser Angelegenheit geleisteten Arbeit» eine solche Aktion vorschlage, so sei «das eine Beleidigung für meinen Herrn Säckelmeister in seinem leitenden Ehrenamte und für mich ein Faustschlag ins Gesicht».<sup>9</sup>

La Roche schickte den Brief an den GGG-Vorsteher mit Erläuterungen zu Müllers Arbeit als Einzüger: «Er geht oft mehrere Male zu demselben Herrn, oder derselben Dame, bis er den definitiven Entscheid erhält. So sind ca. 20 000 Einwohner Basels begrüßt worden, seit Aufnahme seiner



Tätigkeit nach dem Tode von Herrn Oberst Iselin [dem vorherigen Kassier]. Es scheint mir, dass er alle Kantonsblätter, Geschäftsannoncen etc. verfolgt, um neue Ankömmlinge sofort zu erfassen; auch die jungen Leute, welche ins beitragsfähige Alter oder in eine gewisse Position kommen, entgehen ihm nicht.» Müller habe wirklich das «Menschenmögliche» getan, um neue Mitglieder zu gewinnen. Dass die Schreibstube, die Arbeitslose beschäftigte und im Auftrag Versände organisierte, effizienter sei, bezweifelte La Roche. Das letzte Mal habe sie mit einem «Circular» 12 000 Personen angeschrieben, von denen nur 6 definitiv der GGG beigetreten seien. Darunter waren bereits GGG-Mitglieder, die sich beschwerten und eine Nachlässigkeit der Mitgliederkontrolle vermuteten. Eine grössere Mitgliederwerbung sei mit Kosten verbunden und würde kaum mehr ergeben, «als was unser treuer Einzüger zu Stande bringt».<sup>10</sup>

Die Einzugstätigkeit war sehr anspruchsvoll und zeitaufwendig. So beschreibt es im Jahresbericht 1968 Elsa Hafen-Isler, die zunächst ihrem Vater geholfen hatte, als er älter wurde. «Er besorgte den Einzug sämtlicher rund 3000 Beiträge der Mitglieder. Ganz Basel, Riehen und die verschiedenen Vororte gehörten zu seinem Einzugsgebiet. Man kann sich heute kaum mehr vorstellen, was das für eine Fussarbeit war. [...] Die Korrespondenz wurde ausschliesslich von Hand geschrieben.» Danach übernahm sie die Arbeit für die folgenden 33 Jahre und klapperte mit dem Velo die Haushaltungen ab, um die 10 Franken Mitgliederbeitrag in Empfang zu nehmen. Im Herbst verteilte sie die Jahresberichte und ersuchte um die ausstehenden Beiträge.<sup>11</sup> Dabei erinnerte sie sich an eine Episode, als sie zum dritten Mal bei einer wohlhabenden Dame vorbei kam, die soeben zum Frühstück «frische Gipfeli, Angge und Honig» ass. Sie könne die zehn Franken nicht geben, weil alles schon so teuer geworden sei, und drückte Elsa Hafen zwei Franken in die Hand. Diese antwortete schlagfertig: «I dank sheen, aber d'GGG brucht keini Almose.» Worauf sie jedes Jahr den ganzen Mitgliederbeitrag erhielt.

## Spenden, Legate und Stiftungen

Neben den Mitgliederbeiträgen erhielt die GGG Spenden und Legate, deren Summe sich in einer grossen Bandbreite bewegte. Im Unterschied zu den eher berechenbaren Mitgliederbeiträgen konnten Gönnerbeiträge und Nachlässe nur ungefähr budgetiert werden. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts schwankten sie zwischen einem Viertel und dem Doppelten der Mitgliederbeiträge. Ab den 1960er Jahren nahmen sie exponentiell zu, während die finanzielle Bedeutung der Mitgliederbeiträge im Gesamtbudget zurückging. Mitglieder spielten zunehmend auf einer anderen Ebene eine Rolle.

In den Blaubüchern und Jahresberichten wurden Geschenke und Legate jeweils mit Namen und Betrag aufgeführt.

## GESCHENKE UND LEGATE 1935

W. Kreis	5.–
Basel Loge	50.–
Frau Prof. Miescher	200.–
Frl. Stingelin	500.–
Patria	500.–
Henri Rieber	1'000.–
Ciba	1'000.–
Sandoz	1'000.–
Geigy	1'000.–
F. Hoffmann-La Roche & Co.	2'000.–
J. G. Chemie	4'000.–
X [ZEK]	10'000.–
Total	21'255.–

Ende 20. Jahrhundert umfasste die Liste der spendablen Personen und Firmen mehrere Seiten. Die Veröffentlichung im Jahresbericht zeigt, wer mit der GGG verbunden ist, und dient der Motivierung von Aussenstehenden, ebenfalls die GGG und ihre Organisationen finanziell zu unterstützen.

Die GGG wurde oft in letzten Verfügungen berücksichtigt. Bei einem Todesfall schickte das Erbschaftsamt allen Erben eine Abschrift des Testaments des Verstorbenen. Die Begünstigten hatten die Möglichkeit, das Erbe auszuschlagen, wenn das Erbe womöglich aus Schulden bestand. Im Fall des Herrschaftskutschers Johann Jakob Oettli empfahl der Notar der GGG, das Erbe anzutreten, da es «unter öffentlichem Inventar» stand und damit ohne Risiko war. Allerdings ging aus dem Protokollauszug der Steuerverwaltung hervor, dass erhebliche Nach- und Strafsteuern auf den Nachlass offen waren. Die GGG könne dem Notar zufolge höchstens beim Finanzdirektor daraufhinwirken, dass im Hinblick auf den gemeinnützigen Zweck, für den der Erblasser sein Vermögen bestimmte, die Strafsteuer erlassen werde.<sup>12</sup> 1913 wurde die J.J. Oettli-Stiftung mit einem Kapital von rund 26 500 Franken geüfnet. Oettli hatte die GGG mit der folgenden Bedingung als Haupterin eingesetzt: Wenn sein 1848 geborener, seit 1891 verschollener Bruder Heinrich, der Schneider gewesen war und zuletzt in Marburg gewohnt hatte, wieder zum Vorschein kommen und sich bei seiner Heimatgemeinde Ober-Oppikon TG melden sollte, dann müsse die GGG ihm bis zum Tod «eine unpfändbare monatliche Rente von 100.–» ausrichten. 1934 schlug der Kassier vor, bei der Heimatgemeinde nachzufragen, ob der inzwischen 86-jährige Genussberechtigte dort bekannt sei. Wenn nicht, wäre der Zweck der Stiftung hinfällig und das Vermögen, das inzwischen auf 58 000 Franken angewachsen war, könnte anderweitig verwendet werden. Falls der Bruder doch noch auftauchen würde, wäre es leicht, von der Zentralkasse den monatlichen Betrag von 100 Franken abzuzweigen.<sup>13</sup> Auch der 1880 in Basel verstorbene Herr Bornhauser, der aus dem deutschen Waldshut stammte, übergab der GGG ein Legat zur Verwaltung.



Er hatte das Geld für die gewerbliche Ausbildung seiner Nachkommen bestimmt. Diese mussten bei der GGG ein Gesuch um Unterstützung aus dem Bornhauser-Legat stellen. Bevor die GGG das Gesuch bewilligte, verlangte sie eine amtliche Bestätigung der Verwandtschaft. Erst dann zahlte sie einen einmaligen Betrag aus, so beispielsweise 50 Franken an den Nachkommen Rudolf Bornhauser für die Erziehungskosten seiner Tochter Josefine.<sup>14</sup>

Hie und da brachte sich die GGG bei vermögenden Erben selbst ins Gespräch. Als ihr zu Ohren kam, dass Hans Wagners Vater, Direktor einer chemischen Fabrik, in seiner letztwilligen Verfügung «eine grössere Summe zur Ausweisung an wohltätige Institutionen» bestimmt habe, schrieb sie an den Sohn, dass die GGG ausserordentlich dankbar wäre, wenn sie berücksichtigt würde. Sie führte auf, was sie leistete, und dass Gelder «sicher in gewissenhaftester Weise verwaltet und zu wohltätigen Zwecken verwendet würden».<sup>15</sup> Die gleichlautende Bitte ging auch an den Geschäftsführer des von Wagner geführten Unternehmens, Friedrich Reinhardt-Strahm. Ob das Werben erfolgreich war, geht aus den vorhandenen Unterlagen nicht hervor.

Hingegen ist bekannt, dass der 1935 verstorbene Emil Hummel-Leiber, Mitinhaber einer Uhren-Engrosfirma und Sportler, in seinem Testament verfügt hatte, der GGG den namhaften Betrag von 300 000 Franken zu überweisen. Sie solle eine Stiftung gründen und Beiträge «irgend einem sozialen Werk» zukommen lassen – ausgenommen «für Missionszwecke oder für Bestrebungen im Kampf gegen den Alkohol».<sup>16</sup>

Sophie Herlan-Mansbendel vermachte ihre Villa mit Garten an der Wenkenstrasse 33 in Riehen der GGG und bestimmte, dass nach dem Tod ihrer Adoptivtochter der Peterhof in «ein Heim für ältere Frauen und Jungfrauen vom Mittelstand» umgenutzt werde. Es bestehe auch die Möglichkeit, die Liegenschaft zu verkaufen und ein neues Haus zu erwerben. Die GGG war daran interessiert, noch zu Lebzeiten der Adoptivtochter einen Vergleich anzustreben, und beriet sich mit ihrem Notar. Ein Jahr später konnte im Juni 1928 die Peter Herlan-Stiftung mit dem gewünschten Stiftungszweck errichtet werden.<sup>17</sup>

Die GGG fasste die von ihr verwalteten Stiftungen in der Kategorie B-Organisationen zusammen. Vermögende Basler und Baslerinnen vermachten Gelder, Land oder Liegenschaften der GGG und verlangten, dass sie eine Stiftung mit einem klaren Stiftungszweck bilde. Selten konnte die GGG über die Verwendung des erhaltenen Vermögens frei verfügen. 1910 setzte sie eine Verwaltungskommission bestehend aus dem Kassier und zwei weiteren Personen ein und erliess ein Reglement für die Verwaltung der Stiftungsvermögen. Damit sollte die Zentralkasse buchhalterisch und verwaltungstechnisch entlastet werden. Die GGG bestimmte, dass die Stiftungskapitalien als offenes Depositum der Handwerkerbank übergeben werden sollten und dass die Verwaltungskommission Änderungen im Titelbestand nur einstimmig vornehmen könne. Die Stiftungsvermögen mussten

«so sicher als tunlich und höchstmöglich zinstragend» angelegt und die Zinsen vierteljährlich an die Zentralkasse der GGG abgeführt werden. Die auf 31. Dezember erstellte Jahresrechnung der Stiftungskapitalien wurde zugleich mit der GGG-Jahresrechnung von den Rechnungsrevisoren geprüft.

Ende 1911 beschloss der Vorstand im Hinblick auf die Einführung des Zivilgesetzbuches (ZGB) sieben «Anstalten» in Stiftungen umzuwandeln. Dazu gehörten die Zinstragende Ersparniskasse (ZEK), die Basler Heilstätte für Brustkranke in Davos-Dorf, die Lukasstiftung, die Kommission für das Altersasyl Niedergelassener, die Kommission zum Landwaisenhaus, die Bernhard Riggenbach-Stiftung sowie die Gregor Stächelin-Allgeier-Stiftung.

Um 1975 verwaltete die GGG 32 Stiftungen, Fonds und Legate. In der Regel waren die Kapitalien unantastbar, nur die Zinsen wurden für Projekte eingesetzt.<sup>18</sup>

Die Stiftungen unterstehen der Stiftungsaufsicht Basel-Stadt. Heute gehört Basel zu den Orten in der Schweiz, die die grösste Dichte an Stiftungen ausweisen. In seinem Überblick über die Basler Stiftungslandschaft ging der Journalist Jörg Becher in der *TagesWoche* auch auf die GGG ein und hielt fest, dass sich die GGG unter dem Motto «Hilfe zur Selbsthilfe» mit der Gründung von Ausbildungsinstitutionen hervortat, was sie als wirksamstes Mittel zur Linderung der im 19. Jahrhundert weitverbreiteten Armut sah. 2010 schüttete sie 8,35 Millionen Franken aus, hatte 120 Festangestellte und konnte für ihre Aktivitäten weit über 1000 Freiwillige und Helferinnen und Helfer mobilisieren. Neben kleineren und grösseren Stiftungen hat die GGG eine kapitalkräftige Stiftung im Rücken: die SKB 1809, deren Kürzel sich von der Sparkasse Basel ableitet, während die Jahreszahl auf die Gründung der ZEK verweist.<sup>19</sup> Bevor die Entstehung dieser Stiftung ausführlich dargestellt wird, kommt ein weiterer Akteur zur Sprache, der finanzielle Ressourcen bereitstellt. Es ist der Staat.

## Staatliche Subventionen

Die GGG hatte immer wieder als Pionierin Projekte initiiert und realisiert, die später vom Staat übernommen wurden, wie etwa die Frauenarbeitschule.<sup>20</sup> Andere Institutionen, wie das Blindenheim, führte die GGG dank substantieller staatlicher Beteiligung viele Jahre weiter.<sup>21</sup> Wie hoch diese Staatsbeiträge waren, wurde in der Jahresrechnung im Blaubuch nicht ausgewiesen. Erst 1981 druckte die GGG erstmals eine «konsolidierte Bilanz» und eine «konsolidierte Erfolgsrechnung» der Zentralkasse ab.<sup>22</sup> Bis zu diesem Zeitpunkt konnte eine detaillierte Jahresrechnung beim Kassier oder später im Sekretariat eingesehen werden. Nun war es allen Mitgliedern auf einfachem Weg möglich, die finanzielle Situation der GGG zu studieren. Dabei wurde auch ersichtlich, in welchem Umfang der Staat die GGG und ihre Institutionen unterstützte. Zwischen 1981



und 2002 lag der Mittelwert der Staatsbeiträge bei knapp 4,5 Millionen Franken. Für die Revision war die Schweizerische Treuhandgesellschaft, die später in der PricewaterhouseCoopers AG aufging, zuständig.<sup>23</sup>

Während etliche GGG-Exponenten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Mühe damit bekundeten, dass der sich konsolidierende Sozialstaat die (Mit-)Finanzierung von sozialen Aufgaben übernahm, zeichnete sich in der zweiten Jahrhunderthälfte ein Wandel ab. Die GGG erkannte, dass zahlreiche GGG-Institutionen auf Staatsbeiträge angewiesen waren.

Die Offenlegung in der konsolidierten Jahresrechnung zeigte nun, dass Staat und Private sich Hand in Hand für gemeinnützige Anliegen stark machen konnten. Zugleich wurde deutlich, dass öffentliche Aufgaben wie etwa Bibliotheken im Bereich Bildung mit staatlicher Unterstützung privat geführt werden konnten. Dabei musste allerdings die Höhe der Subventionsbeiträge an die verschiedenen GGG-Institutionen regelmässig im Grossen Rat ausgehandelt werden. Diese politischen Auseinandersetzungen um die Höhe der Gelder widerspiegeln die politischen Kräfteverhältnisse in der Stadt: Während die Ratsrechte eher für den «schlanken Staat» votierte und öffentliche Aufgaben der Privatinitiative überliess, vertrat die Ratslinke einen «starken Staat», der Verantwortung für das Gemeinwohl übernehmen sollte. Insofern zeigen Subventionserhöhungen oder Subventionskürzungen an, welche Doktrin sich in der jeweiligen politischen Konstellation durchsetzen kann.

## Von der ZEK zur Sparkasse Basel

Um gering verdienende Dienstbotinnen und Tagelöhner zum Sparen anzuhalten, gründete die GGG 1809 die Zinstragende Ersparniskasse (ZEK).<sup>24</sup> Als in den 1880er Jahren die Überschüsse der ZEK stark zunahmen, entschied die Verwaltung, diese nicht mehr vollumfänglich dem Reservefonds zuzuweisen.<sup>25</sup> Die ZEK-Verantwortlichen und die GGG vereinbarten 1890, dass der jährliche Gewinn zwischen den beiden Institutionen hälftig geteilt werde. In den folgenden Jahren erhielt die GGG teilweise substantielle Beiträge, die zwischen 7000 und 26 000 Franken schwankten. Auf Vorschlag der ZEK wurde 1909 der Verteilmodus geändert. Die GGG stimmte zu, dass sie statt der Hälfte ein Drittel des Gewinns erhalte, während die ZEK den Rest zu Dreiviertel dem Reservefonds überweise und ein Viertel zur Äufnung eines Spezialfonds für gemeinnützige Projekte und für die Pensionskassengelder der Angestellten einsetze. Trotz dieser neuen Bestimmungen erhielt die GGG zwischen 1908 und 1912 weiterhin jährlich 16 000 Franken. Auch nach der Gründung der Basler Kantonalbank 1899, die sich mit ihren Angeboten ebenfalls an Kleinsparer richtete, erlitt die ZEK keine Einbusse.

Um die ZEK den Bestimmungen des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB) anzupassen und als Stiftung ins Handelsregister einzutragen,

wurde ein Stiftungserrichtungsakt aufgestellt.<sup>26</sup> Zweck der Stiftung mit dem Namen «Zinstragende Ersparniskasse» war es, «den Sparsinn durch Annahme von Ersparnissen» zu fördern und diese Gelder sicher anzulegen. Ferner sollte die Stiftung ähnliche Institutionen wie Hilfs- und Fabriksparkassen gründen oder unterstützen. Die Verwaltung der Stiftung bestand aus mindestens zwölf Administratoren, die der GGG angehörten. Aus ihrer Mitte bildeten fünf gemeinsam mit Präsident und Kassier den Geschäftsausschuss. Die Verwaltung hatte die Aufsicht über die Geschäftsführung, stellte die Mitarbeiter (Direktor, Kassenführer, Buchhalter und Gehilfe) an und regelte ihre Arbeitsbedingungen. Im Gegenzug hatten die Angestellten gemäss Geschäftsordnung «sich pünktlich zur festgesetzten Zeit auf dem Bureau einzufinden, ihre Arbeiten mit Fleiss zu verrichten und den Verwaltungsmitgliedern sowohl als dem Publikum zuvorkommend zu begegnen» (§ 14).

Die GGG druckte im Blaubuch Jahresbericht und Jahresrechnung der ZEK ab. Als kantonale Aufsichtsbehörde amtete der Regierungsrat, der über wesentliche Änderungen informiert werden musste. An den GGG-Mitgliederversammlungen in den Jahren 1911 und 1912 hiessen die Anwesenden die verschiedenen Reglemente der Neuordnung gut. Im Jahresbericht 1912 verwahrte sich der Vorsteher Ludwig Treu-Neukomm gegen die Idee eines der GGG nahestehenden Leserbriefschreibers, dass die ZEK aufgrund ähnlicher Banken «als zwecklos entbehrt» werden könne. Der Wegfall der ZEK, nun «ein hoch angesehenes Glied des Handels», eingetragen im Handelsregister und unter Aufsicht der Regierung, wäre für viele «kleine Leute» nicht verständlich. Die ZEK solle «in bisheriger und unantastbarer Weise den Sparsinn unserer Bevölkerung pflegen und fördern».<sup>27</sup>

Als der Erste Weltkrieg seine Schatten vorauswarf, halbierte die ZEK aus Vorsicht den Betrag an die GGG, um Reserven für Kursdifferenzen zurückzulegen. So erhielt die GGG 1913 und 1914 nur je 8000 Franken. Danach versiegte diese Quelle für viele Jahre. Mit dem Kriegsausbruch Anfang August 1914 wurde der Geschäftsgang der ZEK jäh unterbrochen; sie erlebte einige stürmische Tage, denn zahlreiche Einleger verlangten ihr Geld zurück.<sup>28</sup> Die Rückzahlungen nahmen derartige Dimensionen an, dass die Schweizerische Nationalbank einspringen musste. Sie nahm zuerst «einen grösseren Posten Diskontopapier» ab und gewährte «gegen die Verpfändung von Wertpapieren einen namhaften Vorschuss». Anfang Oktober konnte dieser, für den ein hoher Zinssatz hatte bewilligt werden müssen, bereits wieder getilgt werden.<sup>29</sup> Die ZEK hatte zahlreiche Gelder in Deutschland angelegt. Bei dem schlechten Kurs der deutschen Valuta wäre eine Übertragung in Schweizerfranken sehr verlustreich gewesen, weshalb die eingegangenen Hypothekenzinsen in deutsche «Staats-Renten» platziert wurden. Als sich die Verhältnisse weiter verschlechterten, mussten der jährliche Gewinnüberschuss dem Reservefonds für Kursdifferenzen zugewiesen und grosse Abschreibungen auf deutschen Anlagen vorgenommen werden. So blieb für Zuwendungen an die GGG nichts übrig.



Überdies wurde die ZEK aufgefordert, die Eidgenössische Kriegssteuer zu entrichten. Sie war davon ausgegangen, dass sie wie im Kanton Basel-Stadt steuerfrei sei. Dies begründete sie mit Artikel 9 des Stiftungsstatuts, demzufolge bei einer Liquidation ihr Vermögen der GGG und damit einem gemeinnützigen Zweck zufallen würde. Ihr Rekurs an die Eidgenössische Kriegssteuer-Verwaltung wurde jedoch abgelehnt und der Steuerbetrag auf 21 000 Franken angesetzt.<sup>30</sup>

Auch nach dem Waffenstillstand vom November 1918 mussten weitere Abschreibungen vorgenommen werden, weil sich der Rückgang der deutschen Valuta «in ganz unerwarteter Weise» fortsetzte, wie der Präsident im Bericht der ZEK 1919 festhielt. Mit diesen Verlusten hatte ein frappanter Zwischenfall im Sommer 1922 zu tun. Am 7. Juli 1922 kommentierte die *National-Zeitung* den Geschäftsbericht der ZEK, der «noch etwas altväterisch» daherkomme, mit den einleitenden Worten: «Auch diese altehrwürdige Institution der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen in Basel ist von den Kriegsfolgen nicht verschont geblieben», weil sie verhältnismässig grosse Anlagen sowohl in Hypotheken als auch in Effekten im benachbarten Ausland gemacht habe.<sup>31</sup> Über den Bilanzierungsmodus der ausländischen Engagements würde im Geschäftsbericht nichts verlauten. «Wenn, wie es den Anschein macht, die Aufwärtsbewegung der Obligationenkurse anhalten wird, so kann sich dadurch die Situation dieses Institutes, das im Notfalle wohl ähnlich wie in Neuenburg von der Kantonalbank übernommen würde, noch ordentlich verbessern.» Ob diese angedeutete Gefahr – wie die *Basler Nachrichten* später schrieb – ausschlaggebend für den Run auf die ZEK war und zahlreiche Spareinleger zum Rückzug ihrer Gelder bewog, bestritt die *National-Zeitung* später.<sup>32</sup> Der Auflauf der Menschen vor dem Eingang der ZEK, der sogar die Polizei auf den Plan rief, sei erst einige Tage nach Erscheinen ihrer Kritik am «sehr summarisch gehaltenen Geschäftsbericht» der ZEK aufgetreten. Ungeschickt reagierte die ZEK-Verwaltung, weil sie erst sehr spät öffentlich Stellung nahm und die Gerüchte über «übermässige Markguthaben» und «missglückte Spekulationen» als unbegründet zurückwies.<sup>33</sup> Viele der abgezogenen Gelder wurden in den folgenden Wochen und Monaten nach diesem Medienhype wieder einbezahlt. Dass mehrere Fasnachtscliquen dieses Ereignis zum Sujet der Fasnacht von 1923 wählten, ist nicht wirklich überraschend.<sup>34</sup>

In den folgenden Jahren erfuhr die ZEK keine weiteren Unruhen, doch das Geschäftsergebnis verunmöglichte es offenbar weiterhin, der GGG einen Geldbetrag zu überweisen. Erst als das 150-Jahr-Jubiläum der GGG heranrückte, schrieb der Präsident der ZEK im Jahresbericht 1926 etwas pathetisch: «Ein gewisses Gefühl der Freude sei uns als Ihrer 118jährigen Tochter vergönnt im Hinblick auf das, was Sie uns durch alle Zeiten gewesen sind, namentlich aber auch im Hinblick auf die Wandlungen, denen Staaten und Verfassungen in den Wirren der Zeit unterworfen waren, Wandlungen, die der gemeinnützige Ideenkreis so kräftig überdauert hat.»<sup>35</sup> Doch für die GGG hatte diese Erkenntnis zunächst keine Auswirkung finanzieller Art.

Erst ab 1929 erhielt sie wieder jährlich einen Beitrag, nun in der Höhe von 10 000 Franken, der in der Rubrik «Geschenke und Legate» von «X», also anonym, ausgewiesen wurde. Durch indirekte Hinweise lässt sich der Betrag auf die ZEK zurückführen. Als die ZEK ihr 125-jähriges Bestehen feierte und am 4. Januar 1935 im Zunfthaus zum Schlüssel ein Festessen veranstaltete, überreichte sie der GGG ein Jubiläumsgeschenk von 20 000 Franken.<sup>36</sup>

Ab 1937 wurde der jährliche Beitrag der ZEK an die GGG auf 20 000, ab 1941 auf 30 000 und ab 1945 auf 50 000 Franken erhöht.

Die Auswirkungen der weltweiten Wirtschafts- und Bankenkrise infolge des Börsenkrachs von 1929 erfassten auch Bankinstitute in Basel.<sup>37</sup> Es kam zu Stützungsaktionen und Liquidierungen, so dass der Ruf nach einer grösseren behördlichen Kontrolle der Banken laut wurde. Das Parlament erliess ein eidgenössisches Bankengesetz. Am 8. November 1934 trat das Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen in Kraft, dem die Zinstragende Ersparniskasse am 1. März 1938 unterstellt wurde. Die veränderte Rechtslage machte die Überarbeitung der Statuten und Stiftungsreglemente der ZEK notwendig. In der revidierten Geschäftsordnung wurden die Bedingungen für die blauen Sparhefte und die grünen Einlage-Büchlein festgehalten. Die GGG-Mitgliederversammlung vom 12. Dezember 1938 genehmigte alle Dokumente.

Auch im Zweiten Weltkrieg blieb die ZEK von Kriegsmassnahmen nicht verschont. Sie rekurrierte wiederum erfolglos gegen die Unterstellung unter eine Wehrsteuer und musste Beträge für die Steuerperioden 1941/42 und 1943/44 abliefern. Auf 1. Januar 1944 wurde die eidgenössische Verrechnungssteuer eingeführt, die auf Kapitalerträge, Lotteriegewinne und Versicherungsleistungen erhoben wurde. Sie ist nach ihrem Zweck ein Mittel zur Förderung der Steuerehrlichkeit, da sie denjenigen, die der Pflicht zur Deklaration aller Einkünfte nachkommen, zurückerstattet wird.<sup>38</sup>

Mit der Hochkonjunktur erfuhr die ZEK neue Herausforderungen, die sie der GGG in einem Schreiben im November 1950 darlegte.<sup>39</sup> Sie verwies auf die Schwierigkeiten, die anvertrauten Spargelder in «gesunden Anlagen» anzulegen, denn «Hypothekaranlagen, die dem Charakter unseres Institutes am besten entsprechen», seien zu den bei der Kantonalbank geltenden Bedingungen fast nicht aufzutreiben. «Mündelsichere Wertpapiere» seien im Kurs so gestiegen, dass sie, wenn überhaupt erhältlich, zum vornherein ein Verlustgeschäft bedeuteten. Man könne sich weder entschliessen, weniger Gelder anzunehmen, noch den Zinsfuss zu senken, weil die ZEK als «gemeinnützige Institution» den Anlegern und Anlegerinnen angemessene Zinserträge ermöglichen wolle, während die Rendite der Kasse zweitrangig sei. Erste Hypotheken seien fast nur noch im Zusammenhang mit der Bewilligung von Baukrediten möglich, die nach Fertigstellung eines Hauses in feste Hypotheken umgewandelt werden könnten. Um das Risiko zu verringern, müssten folgende Richtlinien eingehalten werden: «a. Darlehensgewährung nur für normale Wohnbauten, b. nur an solvente Bauherren, c. Auftragserteilung durch diese nur an uns zuverlässig bekannte





[14] Blick in die Schalterhalle des Eckhauses Steinberg 1/  
Elisabethenstrasse, das die ZEK 1956 von der Patria erwarb.

Unternehmerfirmen». Zwar würde die Geschäftsordnung Baukredite nicht speziell als Anlagemöglichkeit erwähnen, diese wären also nicht reglementswidrig, aber die ZEK wolle doch die GGG als obere Stiftungsinstanz über die Absicht informieren, «vorsichtige Baukreditgewährung in unsern Geschäftskreis aufzunehmen». Weiterhin wurde der GGG ein jährlicher Beitrag von 50 000 Franken zugesichert.

DIREKTOR DER ZEK / SPARKASSE BASEL: WERNER KIM (1917–2010)

Werner Kim stammte aus einer Ferger-Familie in Kleinhüningen, die im Zwischenhandel in der Seidenbandproduktion tätig war. Nach seiner Tätigkeit als Prokurist auf der Handwerkerbank Basel wurde er als Direktor in die ZEK berufen. Während seiner 22-jährigen Amtszeit entwickelte er die spätere Sparkasse Basel von einem reinen Sparinstitut zum vielseitig tätigen Bankhaus. Nach seiner Pensionierung 1982 wurde er Vizepräsident des Verwaltungsrats.

Als Mitglied der Freisinnigen Partei war er in der Schulinspektion tätig, sass im Bürgergemeinderat, ab 1968 zwölf Jahre im Grossen Rat, wo er die Finanzkommission präsiidierte. 1976 war er Grossratspräsident. Seine militärische Karriere beendete er als Basler Stadtkommandant im Rang eines Obersts.

In der Freizeit schlug sein Herz für das Turnen. 17-jährig trat er in den Turnverein Kaufleute ein und leitete diese Sektion acht Jahre als Oberturner. Seit 1954 gehörte er auch dem Turnverein Kleinhüningen an. Von 1959 bis 1967 war er Mitglied der Spielkommission des Kantonalturnverbands Basel-Stadt, wovon sechs Jahre als Chef für Faustball. Danach bekleidete er den Posten eines Auslandchefs des Schweizerischen Handballausschusses. Aufgrund seines Einsatzes wurde er 1970 zum Ehrenmitglied des Eidgenössischen Turnvereins ernannt.

Als Präsident des Erlen-Vereins engagierte er sich 1971 insbesondere bei der 100-Jahr-Feier des Tierparks Lange Erlen. Auf seine Initiative gelangen damals die schwierige Finanzierung des Restaurant-Neubaus und die Erweiterung der Tieranlagen um die Hirschgehege. Kim diente während Jahrzehnten in verschiedenen Funktionen der Zunft zum Schlüssel und der Christkatholischen Kirche.

Kurz vor ihrem 150-Jahr-Jubiläum wechselte die Zinstragende Ersparniskasse ihren Geschäftssitz. Mit der Absicht, einen Neubau zu erstellen, begann die Schweizerische Kreditanstalt (SKA) im Sommer 1955 Verhandlungen mit der ZEK, um ihr Gebäude an der Ecke St. Albangraben / Luftgässlein



zu erwerben. Für den ZEK-Vizepräsidenten hätte es das bisherige Haus in der Form einer «halben Dreieck-Käsleinportion», so das Basler Volksblatt, «noch lange getan». <sup>40</sup> Doch die ZEK war einverstanden, als ihr der ehemalige Firmensitz der Patria an der Ecke Steinenberg / Elisabethenstrasse angeboten wurde.

Mit der Eröffnung der ZEK am neuen Standort Ende November 1957 begann eine neue Ära. Die Zinstragende Ersparniskasse führte nun formell das Kürzel ZEK ein – analog zu den vertrauten Abkürzungen BVB (Basler Verkehrsbetriebe), SBB (Schweizerische Bundesbahnen) und PTT (Post Telegraph Telephon). <sup>41</sup> Einschneidender war die Professionalisierung der Banktätigkeit. Hatten die Administratoren bisher ehrenamtlich, ohne Entgelt, beim Abheben und Einzahlen auf die Sparbüchlein mit ihrer Unterschrift das korrekte Vorgehen kontrolliert, so fiel nun dieses Ehrenamt weg. Erstmals wurden nun ausgebildete Fachpersonen angestellt – und erstmals war eine Frau darunter. Deren Einstellung sei nötig, um bei einer künftigen Mobilmachung gewappnet zu sein und genügend Personal zur Verfügung zu haben, wenn die Männer einrücken müssten. <sup>42</sup>

Als «ein gediegenes Familienfest» feierte die ZEK ihr 150-Jahr-Jubiläum. <sup>43</sup> Im Stadtcasino trafen sich im Juni 1959 die Verwaltung und die Mitarbeitenden der ZEK, der GGG-Vorstand, Vertreter der Behörden, der Berufsvereinigungen und der Presse. Felix Burckhardt alias Blasius begrüßte in Mundartversen die Gäste. In mehreren Reden würdigten Politiker und Bankiers die Entwicklung der ZEK. Alt-Direktor Rudolf Haering-Häring hob die für ihn ungewohnte Anrede «Meine Damen und Herren» besonders hervor, weil in der ZEK erst seit zwei Jahren Frauen angestellt seien. Zum Jubiläum lag die Festschrift von Staatsarchivar Paul Roth vor. Die Vorsteherin der GGG Valerie Gruner nahm eine «Enveloppe mit 50 000.– Franken» zusätzlich zum hälftigen Gewinnanteil des Geschäftsjahrs 1958/59 von 75 000 Franken entgegen.

Dass die ZEK ihren Anteil ab 1961 auf 125 000 Franken substantiell erhöhte, ist Valerie Gruner zugutezuhalten. Sie hatte sich dafür stark gemacht – gegen die Befürchtungen ihrer Vorstandskollegen. Unterstützt hatte ihr Anliegen womöglich auch der neue Direktor. Werner Kim brachte 1960 frischen Wind. Zum Erscheinen des Geschäftsberichts in neuer, modernisierter Gestaltung lud er die Tagespresse ein und erläuterte die neuen Geschäftszweige wie die Gewährung von Baukrediten und Nachhypotheken. Dennoch bleibe die Sicherheit das oberste Prinzip. <sup>44</sup>

Kritischer war die Berichterstattung in den Tageszeitungen vier Jahre später. Die ZEK gewann laufend neue Spareinleger. Inzwischen belief sich die Bilanzsumme auf 199 Millionen Franken. Da scheine der angegebene Reingewinn von lediglich 250 000 Franken, wovon die Hälfte der GGG zu überweisen war, als «recht bescheidenes Ergebnis», monierte die *National-Zeitung*. Natürlich sei der effektive Gewinn beträchtlich höher, aber weil die Bank als Stiftung konstituiert war, konnte sie ihren Eigenmittelbedarf nicht durch eine Kapitalerhöhung decken, sondern musste die offenen

Reserven anders sicherstellen. Dies war Kim zufolge notwendig, um das etwas magere Deckungsverhältnis zu verbessern. Die Klausel mit der GGG betrachte die ZEK gemäss *National-Zeitung* mit gemischten Gefühlen, sie werde wohl künftig «noch einiges zu reden geben». «Gut baslerisch gibt man sich denn vorläufig lieber bescheiden», lautete deren Fazit.<sup>45</sup> Deutlicher interpretierte dieses Ergebnis das Zürcher Blatt *Finanz und Wirtschaft*: «Es wurde ein wahrscheinlich beträchtlich nach unten manipulierter Reingewinn von 0,25 Mio. gezeigt, der zur Hälfte der Gründerin, der Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige, abgeliefert und zur andern Hälfte dem Reservefonds gutgebracht wurde.»<sup>46</sup>

Die Sparkasse liess sich nicht beirren und entwickelte sich weiter zwischen Tradition und Moderne, zwischen Konstanz und Wandel. Sie eröffnete weitere Filialen, renovierte ältere Gebäude und änderte 1966 den Namen zu Sparkasse Basel (SKB). Damit habe die «Zinstragende» mit Bezug auf ein Werbeinserat ihren «Zopf» verloren und sich einen zeitgemässen Begriff gegeben, schrieb Werner Meyer in der *National-Zeitung*.<sup>47</sup>

## Verkauf der Sparkasse Basel an die RegioBank Baselland

Den wirtschaftlichen Einbruch Mitte der 1970er Jahre spürte auch die Sparkasse. Doch sie erholte sich schnell wieder, und bereits 1977 schrieb die Basler Zeitung von einem «Spitzenergebnis».<sup>48</sup> Im folgenden Jahrzehnt blieb der Geschäftsgang zufriedenstellend, die Beiträge an die GGG konnten alle paar Jahre erhöht werden. 1984 feierte das «Unikum in der Bankenwelt» sein 175-jähriges Bestehen und lieferte der GGG zusätzlich einen Jubiläumscheck von 100 000 Franken ab. Ein weiteres Jubiläumsprojekt der Sparkasse war der Bau einer Siedlung mit zwölf Einfamilienhäusern in Riehen. In Zusammenarbeit mit der GGG und unter besonderer Beachtung des Umweltschutzes wurden preisgünstige Häuser mit Pflanzland erstellt, die durch Rückkaufsrecht gegen «Spekulation» gesichert waren.

Belief sich die Bilanzsumme 1810 auf 6000 Franken, so waren es nun 6 000 000 Franken.<sup>49</sup> Die Sparkasse Basel war ein modernes Unternehmen geworden, eine Universalbank, die fast alle Dienstleistungen einer modernen Bank wie Gehaltskonti, Kassenobligationen, Bancomat, Währungs- und Wertschriftenhandel, Baukredite, Vermögensverwaltung anbot – eingebettet in den gemeinnützigen Gründungsauftrag.

Anfang der 1990er Jahre kam der Umbruch. Erstmals fehlten zwei Millionen Franken.<sup>50</sup> Unter der beschönigenden Überschrift «Eine vielseitige und kerngesunde Regionalbank» deutete der Direktor im Jahresbericht an, dass sich die Sparkasse «für die Herausforderungen der Zukunft» wappne, was «ein harmonisches Zusammenspiel zwischen Erfahrung und



**Basler Nachrichten**

Nr. 404 vom 23. Sep. 1966

Würden Sie heute  
einen solchen Zopf noch tragen?  
..... nein  
so wenig wie wir  
von der «Zinstragenden»



Genau gleich erging es uns mit unserem bisherigen Namen «Zinstragende Ersparniskasse». Diese Bezeichnung aus dem Gründerjahr 1809 ist tatsächlich etwas umständlich und altmodisch geworden. Aus diesem Grund haben wir als älteste Sparkasse Basels uns einen neuen, kürzeren Namen gegeben: «Sparkasse Basel». Das passt besser zu uns, besser zur modernen Form unserer Bank mit ihren vielseitigen Dienstleistungen und Annehmlichkeiten, besser zu unserer zukunftsgerichteten Denkart und besser zu den fortschrittlichen Zielen, die wir für Sie anstreben. Ein neuer Beweis: wir erhöhen ab 1. Januar 1967 den Zinssatz für Sparguthaben auf 3%.

**3 3/4 % Zins ab 1.1.1967**

- Spareinlagen spesenfrei per Post-Einzahlungsschein
- Kontokorrente, Mietzinskonti
- Gewährung von Baukrediten und Hypotheken
- Ankauf, Verkauf und Aufbewahrung von Wertschriften
- Streng sachliche, diskrete Beratung
- Coupons - Inkasso
- Schrankfächer für Ihre Dokumente und Wertsachen
- Tag- und Nachttresore für ausserhalb der Schalteröffnungszeiten in unseren Filialen
- Geldwechsel
- Vergütung ins In- und Ausland etc.



Und trotzdem - etwas aus der guten alten Zeit wird bleiben: unsere seriöse Grundeinstellung zum Vorteil und zum Schutz des Sparerers und dessen sicherer Vermögensbildung sowie unsere bewährten Geschäftsprinzipien im Sinne unserer Gründer, der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen (GGG).

**SPARKASSE BASEL**

Spar- und Hypothekenbank

Hauptsitz: Steinenberg 1, Telefon 25 00 60 - Filiale Kleinbasel: Claragraben 162 - Filiale Spalenring: Spalenring 12

[15] Mit Inseraten in verschiedenen Tageszeitungen machte die ZEK auf den Namenswechsel zu Sparkasse Basel aufmerksam. Im Schweizerischen Wirtschaftsarchiv werden die Unterlagen bis heute archiviert.



Experimentierfreudigkeit, bewährten Methoden und neuen Technologien, Gelassenheit und Dynamik» erfordere, ohne den Auftrag aus den Augen zu verlieren, «die sichere und persönliche Bank für Sparer wie für Schuldner, für den Hausbesitzer wie für den Mieter, für das Gewerbe wie für den Handel, für die Stadt wie für die Region und vor allem für Sie, liebe Mitglieder der GGG, zu bleiben».<sup>51</sup>

Da wusste er allerdings schon, dass das Ende der ältesten öffentlichen Bank in Basel nahe war. Denn die minutiösen und geheim gehaltenen Vorbereitungen für die Fusion mit der ältesten Bank des Kantons Basel, der RegioBank beider Basel, hatten schon begonnen. Das geplante Zusammengehen wurde am 28. Oktober 1992 in den Tageszeitungen publik gemacht.<sup>52</sup>

Der Delegierte berichtete an der eilends einberufenen ausserordentlichen Vorstandssitzung der GGG vom 4. November 1992 von der überraschenden Einladung an eine Sitzung der Sparkasse, die er «ohne Voravis» erhalten habe.<sup>53</sup> Auf Rückfrage habe der Direktor nur gesagt, es sei dringlich, habe aber nichts mit dem Geschäftsgang zu tun. Der GGG-Vorstand erfuhr also erst aus der Zeitung von den geplanten Änderungen, was der Vorsteher bedauerte. Weder er noch andere kompetente Vorstandsmitglieder waren vorgängig informiert und nach ihrer Meinung gefragt worden. Die Geheimhaltung sei zwar verständlich, aber man bedaure, dass der Verwaltungsrat der Sparkasse «seine Pflicht gegenüber der GGG als Stifterin nicht erfüllt habe». Doch man wollte keine «Prestigeangelegenheit» daraus machen und stellte sich in einer Eventualabstimmung nicht gegen die Fusion. In mehreren Vorstandssitzungen wurden nun die Aktionärsvereinbarungen und das neue Stiftungsstatut diskutiert, Gegenvorschläge ausgearbeitet, die Wahlen für den Ausschuss des Stiftungsrates vorbereitet und sorgfältig die Informationen an die GGG-Mitglieder formuliert.

Um der historischen Bedeutung des Zusammenschlusses von Sparkasse Basel und RegioBank beider Basel gerecht zu werden und die Tragweite der Entscheidungen deutlich zu machen, erhielt der Zentralsekretär die Aufgabe, die Protokolle detailliert und ausführlich zu halten.<sup>54</sup> Am 16. November 1992 fand die heikle Sitzung zwischen Sparkasse und GGG-Vorstand statt, die der Vorsteher souverän leitete. «Seitens der GGG wurde kein Hehl daraus gemacht, dass es ein Fehler war, unter dem Vorwand der Geheimhaltung nicht ein oder zwei Vorstandsmitglieder der GGG in die Vernehmlassung einzubeziehen, damit die Interessen der GGG hätten eingebracht werden können.»<sup>55</sup>

Schliesslich fanden am 18. November 1992 im Hotel Engel in Liestal vormittags die Delegiertenversammlung der Sparkasse und abends die a. o. Generalversammlung der Aktionäre und Aktionärinnen der RegioBank statt. Die Übernahme des Bankbetriebs der Sparkasse durch die RegioBank beider Basel und die neuen Statuten der «Stiftung SKB 1809, vormals Sparkasse Basel» wurden genehmigt. Der Verkauf der Sparkasse sei «ein vernünftiger Entscheid» gewesen, bilanzierte der damalige Delegierte



Daniel Heusler in einem Gespräch.<sup>56</sup> Sie wurde verkauft, als für die GGG am meisten herauszuholen war, ein «Glücksfall», denn die Sparkasse hätte keine Zukunft gehabt.

Noch 1991 hatte der Verwaltungsratspräsident der RegioBank beider Basel, Dieter B. Füglistaller, im Geschäftsbericht bestritten, dass nach dem Zusammenbruch der Spar- und Leihkasse in Thun «das Sterben der Regionalbanken begonnen» habe, und 1992 erneut betont, dass er «trotz rauheren, frostigeren wirtschaftlichen Bedingungen, trotz dem Verschwinden einiger kleinerer Institute» nicht an der prinzipiellen Überlebenschance mittlerer und kleinerer Banken zweifle.<sup>57</sup> Doch bereits im Geschäftsbericht 1993 schrieb er, dass der Verwaltungsrat ein Angebot der Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG) zur Übernahme sämtlicher Aktien der RegioBank unterstütze. War Bankdirektor Martin Wegmann 1993 im Geschäftsalltag noch damit beschäftigt, die unterschiedlichen Philosophien von Sparkasse und RegioBank auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen und die beiden EDV-Systeme zu integrieren, damit das «Synergiepotential» Früchte tragen konnte, wurde bereits der nächste Schritt im Konzentrationsprozess der Banken beschlossen.<sup>58</sup>

Die Integration der RegioBank beider Basel in die SBG war für Ende 1995 geplant. Der Verwaltungsratspräsident zeigte sich in seinem letzten Geschäftsbericht von dieser Entwicklung überzeugt, auch wenn er bedauerte, dass damit die traditionsreiche RegioBank zu ihrem Ende kam.<sup>59</sup> Seine Vermutung, dass nur noch «Grossorganisationen, staatlich geschützte oder auf ein weniger kapitalintensives Spezialgebiet wie Vermögensverwaltung spezialisierte Institutionen» bestehen könnten, habe sich «schneller als voraussehbar bewahrheitet». Zu dieser Einschätzung passt, dass sich nur wenige Jahre später, 1998, die zwei Grossbanken Schweizerische Bankgesellschaft und Schweizerischer Bankverein aufgrund der Globalisierung und der Deregulierung der internationalen Finanzmärkte zur UBS zusammenschlossen.

*Ein Nachtessen der Zinstragenden  
Ersparniskasse, heute Sparkasse Basel*

*Unseri Bangg*

*Vom Werner Kim*

*Laufsch dr Steinebärg deruff  
Gobsch dört obe um dr Rangg  
Mach denn, bitte, d'Auge-n-uff...  
Dört stobt unsri alti Bangg.*

*Gang bi där dur d'Türe-n-ine  
Zell Dy zue de guete Kunde*

*D'Sunne gsesch dört inne schyne  
Find'sch vor allem frobi Stunde!*

*Stimmt's? ... , das frog i s'Personal,  
Gälled doch, es isch eso ...  
S'wär für my suscht rächt fatal  
Wenn me's nit könnt gälte lo!*

*Also ... schänggsch uns voll's Vertraue  
Legsch bi uns Di Spargäld a  
Sottsch emol e Hüslu baue  
Kasch au d'Hyotheke ba.*

*Bruchsch emol e bitz Kredit  
Sag's, und due Di nit geniere  
Kumm zue uns, und spring nit wyt,  
Muesch zwor ebbis deponire.*

*Kenntsch di schöni Safeanlag  
Wo dr Schmugg kasch drin versorge  
Mängge Meter under Tag  
Isch Dy Sach gschützt und verborge.*

*Mir düen Dir au Titel kaufe  
Wänn si gärn Dir au verwalte  
Muesch jetzt nümm zum Nochber laufe  
Kasch Dy ganz an uns jetzt halte. –*

*Wottsch vo mir e guete Typ  
Also, los, was i verzell  
D'Sicherheit isch's erscht Prinzip,  
Alles sauber und reell.*

*Dä gueti Ruef düen mir bewahre  
Wo me als Grundstock uns het gäb  
Mr wänn uf däm Wäg wyters fabre  
Die Tradition uns nit lo näh.*

*Und doch, mr düen nit öppe schloofe  
Mr hän die neuu Zyt ganz gärn  
Mr kömme füb're bint'rem Ofe  
Und wärde, sicher, au modärn.*

*Do gsebsch, dr Wäg wo d'machs isch richtig  
De bisch by uns am guete-n-Ort*



*Dass's gspürsch, das schynt mir jetze wichtig  
Du ghörsch zue uns ... isch's Loosigswort.*

*Uf Wiederluege, liebe Kund  
S'isch schön, dass i s' Vertraue ha  
De bisch willkomme jedi Stund  
Uf unsrer Bangg, dr Z E K.<sup>60</sup>*

## Finanzierungsstiftung SKB 1809

Die Integration der Sparkasse Basel in die RegioBank beider Basel war für die GGG das «unerwartete und bedeutungsvollste Ereignis» im Jahr 1992. Vorsteher Rudolf Ritz beurteilte dies im Jahresbericht der GGG einerseits als «Entlastung von der Verantwortung für eine Bank», andererseits sei die Gründung der «Stiftung SKB 1809, vormals Sparkasse Basel» von grosser Bedeutung und eine Chance für die GGG. So sei «der Schmerz über die Veränderung unserer Sparkasse verkraftbar».<sup>61</sup>

Durch Anlage und Verwaltung des Vermögens der früheren Sparkasse Basel stand der GGG mit dieser Finanzierungsstiftung ein vielfach grösseres Finanzvolumen zur Verfügung. «Wir sind um eine reiche Firma ärmer und um Geld reicher geworden», kreierte der Delegierte ein passendes Bonmot.<sup>62</sup>

Ab 1995 konnte die GGG eine Million Franken in Projekte investieren. Allerdings entschied über die Vergabungspolitik nicht der GGG-Vorstand, sondern der Stiftungsrat, der jedoch mehrheitlich aus GGG-Mitgliedern oder ihr zugewandten Personen bestand. Aufgrund der statutarischen Zweckbestimmung musste jedoch zwischen GGG und Stiftung ein Konsens gefunden werden. Nach anfänglichen Spannungen entschied man sich, Vergabungen von Geldern folgendermassen vorzunehmen: Der GGG-Vorstand werde als federführende Instanz die Beitragsgesuche bearbeiten und vor Beschlussfassung die Zustimmung des Stiftungsausschusses einholen. Bei grossen Projekten werde der Ausschuss von Beginn weg in die Evaluation einbezogen. Der Schreiber brachte es so auf den Punkt: «Wenn der GGG-Vorstand nein sagt, hat der Stiftungsrat es schwer, etwas zu machen, wenn hingegen die GGG ja sagt, kann der Stiftungsrat nein sagen.»<sup>63</sup>

Im ersten Jahr des Bestehens der umgewandelten Stiftung zeigte sich, dass etliche Projekte für eine substantielle Unterstützung noch nicht spruchreif waren. Dies hatte steuerliche Forderungen zur Folge. Kurz wurde im GGG-Vorstand angedacht, ob eine weitere Stiftung, zum Beispiel mit dem Namen «Isaak Iselin-Stiftung», gegründet werden solle, um die fälligen Steuern einsparen zu können. Doch man beschloss, dass der Stiftungspräsident, Alt-Regierungsrat Kurt Jenny, mit der Steuerverwaltung verhandeln solle, um die Bewertung der realisierten Reserven

zu reduzieren und so den Steuerbetrag zu verringern. Namhafte Beträge erhielten in den ersten Vergabungsrunden die Stiftung Beschäftigungs- und Wohnheim für cerebral Gelähmte, der Tagesmütterverein Basel, das Obdachlosenheim Wallstrasse, das Europainstitut und die G.A.W., Gesellschaft für Arbeit und Wohnen.<sup>64</sup>

Zu spät realisierte die GGG, dass ihr Name in der Stiftung nicht genannt wurde. Eine Änderung lehnte der Stiftungsrat ab, war aber bereit, bei den Antwortbriefen an Gesuchstellende zu betonen, dass der Stiftungsrat die Gelder der GGG im Einvernehmen mit dem GGG-Vorstand bewilligt habe.<sup>65</sup>

Dass die GGG-Mitgliederversammlung über die Vergabungen nicht befinden konnte, störte einen Juristen, der seit vielen Jahren GGG-Mitglied war. Er kritisierte, dass der Erlös durch den Verkauf der Sparkasse nicht in die Zentralkasse der GGG geflossen sei, sondern in einem Stiftungsvermögen gebunden war. Aus vereinsdemokratischen Gründen fand er es nicht korrekt, dass die Mitglieder keinen Einblick mehr hatten. Während sie an den Jahresversammlungen die GGG-eigenen Projekte ab einem gewissen Betrag gutheissen oder ablehnen konnten, war ihnen nun die Mitbestimmung bei den ganz grossen Vorhaben entzogen.<sup>66</sup> Die Diskussion um den abnehmenden Einfluss der GGG-Mitglieder auf die Verteilung von Geldern wurde bei der Umwandlung anderer Organisationen in Stiftungen erneut Thema.

Heute fliessen vom Ertrag, den die Stiftung SKB 1809 auf ihrem Kapitalstock von über 100 Millionen Franken erwirtschaftet, im Schnitt rund zwei Millionen Franken in Form ordentlicher Betriebszuschüsse direkt in die Kasse der GGG. Darüber hinaus werden grössere Investitionsvorhaben und Projekte mitgetragen. «Wir stehen ganz im Dienst der GGG und federn deren eigene Erträge ab», bestätigte Stiftungsratspräsident Werner M. Schumacher der *TagesWoche*. Insofern könne man die SKB 1809 durchaus als «eiserne Reserve der GGG» bezeichnen.<sup>67</sup>

Die GGG verfügt seither über eine Geldquelle, die in allen Jahrzehnten zuvor nicht in dieser Grössenordnung gesprudelt ist. Sie rückte in die Nähe der Christoph Merian Stiftung, die zu den ganz grossen Geldgebern in Basel gehört, und wird heute meist in einem Atemzug mit der CMS genannt.

## Verhältnis von GGG und CMS

Die GGG und die CMS gelten heute in Basel als wichtige Geldgeber für soziale und kulturelle Projekte. Dass und wie sie sich unterscheiden, ist vielen nicht bekannt. Doch die Unterschiede seien gross, auch wenn beide in ähnlichen Gebieten tätig sind, meint der ehemalige Geschäftsführer der GGG Niklaus Merz im Gespräch.<sup>68</sup> Die Christoph Merian Stiftung (CMS) konnte und kann durch das Vermächtnis des Stifterehepaars Christoph und





[16] Vorstand und Team der Geschäftsstelle 1997, von links nach rechts:  
Sekretärin Carola Arndt, neu gewählter Delegierter Dr. Urs Burckhardt,  
Sekretärin Lorena Pohl, Kassier Raymond Bingert, Beisitzer  
Tom Koechlin, Statthalterin Verena Stalder-Bachmann, Beisitzer  
Prof. Dr. Rudolf Ritz, abtretender Delegierter Dr. Daniel Heusler,  
Vorsteherin Bernadette Schmid-Stürm, Beisitzer Werner Hornstein,  
Beisitzerin Dr. Marie-Louise Stamm, Beisitzer Dr. Philipp Weiss,  
Schreiber Dr. Ernst Stachelin, Beisitzer Markus Pirovino, Sekretärin  
und Leiterin des GGG-Wägwyser Sigrid Feld, Zentralsekretär Niklaus Merz.  
Anlässlich der Verabschiedung des Delegierten Daniel Heusler fand  
im Atelier des Fotografen Urs Preisig ein Apéro statt.

Margaretha Merian-Burckhardt seit ihrer Gründung 1886 auf ein grosses Stiftungskapital zurückgreifen. Das Stiftungsvermögen wird heute mit einem Wert von rund 300 Millionen Franken beziffert, davon sind mehr als drei Viertel in Land- und Immobilienbesitz gebunden.<sup>69</sup> Sie kann jährlich über einen Reingewinn von elf Millionen Franken verfügen. Seit 1976 ist die Verteilung des Reinertrags so geregelt, dass je 45 Prozent davon der Bürger- und der Einwohnergemeinde zustehen, das heisst, Bürgergemeinderat und Regierungsrat müssen der Verwendung der Fördermittel aus den jeweiligen Ertragsanteilen zustimmen. Neben stiftungseigenen Vorhaben finanziert die CMS auch lokal ausgerichtete Projekte Dritter.

Im Unterschied zur CMS, die zunächst Felder absteckt und Projekte entwickelt, in die sie Geld investieren will, baut die GGG als eingetragener Verein auf das Engagement der freiwilligen und ehrenamtlichen Mitglieder. Wenn diese ein Projekt ausarbeiten, wird danach die Finanzierung organisiert. «Es ist eine ganz andere Unternehmenskultur, auch wenn man dies schliesslich den Projekten nicht ansieht», erklärt Merz. Die CMS sei «durch-professionalisiert». Etwa 120 Mitarbeitende teilen sich 100 Vollzeitstellen. Ausser dem Stiftungsrat gebe es keine Ehrenamtlichen, auch wenn die CMS dies manchmal sinnvoll gefunden hätte. Sieht man von den Angestellten in den einzelnen Institutionen ab, wurden bei der GGG hingegen bis zur Einrichtung der Liegenschaftsverwaltung 1968 und der Geschäftsstelle 1990 alle Funktionen und Aufgaben ehrenamtlich ausgeübt.

Die Gründung der CMS und weiterer wohltätiger Organisationen im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bedeuteten gemäss Sara Janner eine Konkurrenz für die GGG.<sup>70</sup> In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind kaum Berührungspunkte zwischen der GGG und der CMS bekannt. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg werden solche sichtbar. So wurde Ende 1954 der Verwalter der CMS Dr. Hans Meier-Meyer in den Vorstand der GGG gewählt.<sup>71</sup> Turnusgemäss übernahm er 1955/56 das Amt des Vorstehers. Diese personelle Verbundenheit stärkte die Zusammenarbeit der beiden Organisationen. Gemeinsam erwarben sie etwa die Liegenschaft an der Kohlenberggasse 22 für eine allfällige spätere Erweiterung des Blindenheims.<sup>72</sup> Jahre später setzten sich beide für die Realisierung des Quartierzentrums Brückenkopf Kleinhüningen ein.<sup>73</sup>

Als die GGG Mitte der 1960er Jahre Strukturreformen durchführte, diskutierte sie Vor- und Nachteile einer professionellen Geschäftsstelle mit Meier-Meyer. Als Kenner beider Organisationen konnte er am besten die offenen Fragen bezüglich eines angestellten Zentralsekretärs beantworten.

Nachdem die GGG 1990 schliesslich einen Geschäftsführer angestellt hatte, intensivierten sich die Kontakte und die gemeinsamen Absprachen zwischen der GGG und der CMS. Einmal pro Jahr trafen sich die Exponenten der obersten Ebene: Delegierter, Vorsteher und Geschäftsführer auf Seiten der GGG und der Direktor mit den Abteilungsleiterinnen und -leitern von der CMS. Auf operativer Ebene traf man sich alle zwei bis drei Monate zu einem Mittagessen und informierte sich gegenseitig



über die geplanten Projekte. Beispielsweise war klar, dass sich die GGG weiterhin für die Ausländerberatung einsetzte, während sich die CMS im Bereich Literatur engagierte und das Literaturhaus Basel finanzierte.<sup>74</sup> Das Begegnungszentrum Kaffi Rhyacker im Hirzbrunnenquartier erhielt dagegen Beiträge von GGG und CMS, weil beide Institutionen diesem Quartiertreffpunkt in einer wenig privilegierten Gegend der Stadt eine grosse Bedeutung zumassen. Auch die Vermittlungsstelle für Freiwillige Benevol, heute eine A-Organisation der GGG, wurde 1991 von der GGG, der CMS und überdies dem Basler Frauenverein am Heuberg sowie den Zünften gemeinsam initiiert. Im kulturellen Bereich unterstützten GGG und CMS die Einrichtung der Werkräume Warteck pp gemeinsam mit der Warteck Invest AG und dem Lotteriefonds Basel-Stadt.<sup>75</sup> Solche gemeinschaftlichen Unternehmen und Absprachen sind inzwischen üblich.

Beide Institutionen schärften ihr Profil, diskutierten, wo sie gemeinsam ein Projekt unterstützen, wo sie getrennte Wege gehen. Mit den beiden grossen privaten Geldgebern CMS und GGG befinden sich engagierte Soziantätige und Kulturschaffende in Basel in einer vergleichsweise vorteilhaften Situation, was die Finanzierung ihrer Projekte anbelangt.<sup>76</sup>

## Ausblick

Aufgrund der rasanten Veränderungen gegen Ende des 20. Jahrhunderts war die GGG immer schneller gefordert, sich um weitere marginalisierte Bevölkerungsgruppen zu kümmern. Anfang des neuen Jahrhunderts diskutierte der Vorstand Thesen und Szenarien, die sich auf «Probleme, Nöte und Bedürftigkeit in einer Stadt wie Basel in zehn Jahren» bezogen. Wie konnte die GGG weiterhin sicherstellen, dass das zur Verfügung stehende Geld optimal eingesetzt wird? Sollte die GGG nicht nur Finanzen, sondern auch «Managementzeit» zur Verfügung stellen? Soll sie Qualitätsbestrebungen fördern und Anreize für Qualitätsentwicklung und Qualitätsüberprüfung in den angeschlossenen Organisationen schaffen? Denn es zeigte sich vermehrt, dass Organisationen, die die Qualität ihrer Leistungen nachweisen konnten, bessere Chancen hatten, auf dem «Spendenmarkt» zu bestehen und Mitglieder und Freiwillige zu gewinnen. Unprofessionalität und Qualitätsmängel in der Leistungserbringung schaden nicht nur dem Ansehen der entsprechenden Organisation, sondern auch der GGG als Dach-Organisation – und das gelte es zu vermeiden, war der Vorsteher 2001 überzeugt. Die GGG sei selbst eine gemeinnützige Organisation, die für ihre Tätigkeit auf Zuwendungen von Privatpersonen, Firmen und Stiftungen in Form von Mitgliederbeiträgen, Spenden und Legaten sowie auf den Einsatz Freiwilliger angewiesen sei. Auch sie müsse «den Nachweis für einen gezielten und effektiven Einsatz der Mittel» erbringen. Dann könne die «Verbundenheit der Baslerinnen und Basler mit der GGG» aufrechterhalten werden.<sup>77</sup>

[Abb. 17]



[17] Basel von St. Margrethen aus gesehen. Die GGG war in der ganzen Stadt verwurzelt.



## Anmerkungen Teil II:

- [1] StABS: PA 146 A 13: Rechnungswesen [Zentralkasse]: Schreiben des Säckelmeisters an den Vorsteher vom 17.10.1919.
- [2] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1921, S. VIII.
- [3] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1931, S. V.
- [4] StABS: PA 146 A 13: Rechnungswesen [Zentralkasse]: Kassabericht des Säckelmeisters von 1933.
- [5] GGG-Archiv: 90, Struktur und Arbeit der GGG, Schreiben des Vorstehers und Schreibers an die Kommissionen und Delegationen [1933].
- [6] StABS: PA 146 A 13: Rechnungswesen [Zentralkasse]: Kassabericht des Säckelmeisters von 1934.
- [7] StABS: PA 146 A 13: Rechnungswesen [Zentralkasse]: Kassabericht des Säckelmeisters von 1935.
- [8] StABS: PA 146 A 13: Rechnungswesen [Zentralkasse]: Kassabericht des Säckelmeisters von 1941.
- [9] StABS: PA 146 A 7 Mitglieder: Brief von Einzüger Hans Müller an Kassier Robert La Roche vom 20.1.1927.
- [10] StABS: PA 146 A 7 Mitglieder: Brief von Kassier an Vorsteher vom 25.1.1927.
- [11] StABS: PA 146: Hafen-Isler, Elsa: Kleiner Rückblick einer Einzügerin, in: Jahresbericht der GGG von 1968, S. 18f.
- [12] StABS: PA 146 A 16 Legate u. Geschenke Stiftungen: Schreiben des Vorstehers an den Seckelmeister Oberstl. Dr. Rudolf Iselin vom 1.10.1913.
- [13] StABS: PA 146 A 16 Legate u. Geschenke Stiftungen: GGG-Kassier an Vorsteher vom 17.3.1934.
- [14] StABS: PA 146 A 16 Legate u. Geschenke Stiftungen: GGG-Schreiber an Kassier vom 20.11.1924.
- [15] StABS: PA 146 A 16 Legate u. Geschenke Stiftungen: Schreiben der GGG an Dr. Hans Wagner in Basel vom 15.3.1933.
- [16] StABS: PA 146 A 16 Legate u. Geschenke Stiftungen: Testamentsöffnung vom 23.4.1935.
- [17] StABS: PA 146 A 16 Legate u. Geschenke Stiftungen: Briefe und Urkunden zwischen 5.5.1927 und 8.6.1928.
- [18] Staehelin, Walter: Der Zeit voraus, dem Staat voraus. Zur Zweihundertjahrfeier der Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel, Basel 1977 (155. Neujahrsblatt der GGG), S. 116.
- [19] Vgl. Becher, Jörg: Stiftungen. Von Christoph Merian bis zu den Zolli-Gönnern, in: TagesWoche, 3.2.2012.
- [20] Vgl. Hungerbühler, Oliver: Eine Schule macht Schule. In 130 Jahren von der Frauenarbeitsschule zur Berufsfachschule Basel, Basel 2012 (191. Neujahrsblatt der GGG).
- [21] Ende 1985 wurde das Blindenheim in eine selbständige Stiftung überführt, vgl. StABS: PA 146 Z 1: Jahresbericht der GGG von 1985, S. 2. Heute wird es in Form einer AG betrieben.
- [22] StABS: PA 146 Z 1: Jahresbericht der GGG von 1981, S. 14–21.
- [23] Vgl. die Berichte der Revisionsstelle in den GGG-Jahresberichten.
- [24] Vgl. dazu Janner, GGG 1777–1914, S. 186–199.
- [25] Vgl. für das Folgende Siegfried, Geschichte der Gemeinnützigen Gesellschaft, S. 129f. Die Abkürzung «ZEK» kam erst 1957 in Gebrauch, wird aber hier der Einfachheit halber auch für den früheren Zeitraum verwendet.
- [26] Vgl. StABS: PA 146 S 1,1 ZEK: Aktenstücke: Errichtungsakt der Stiftung, Reglement, Verordnung, Geschäfts-Ordnung, Basel o.J. Allgemeine Sitzungen vom 22.12.1911, 5.1.1912 und 23.10.1912.
- [27] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1912, S. VIII.
- [28] SWA: Banken 54, ZEK, Bericht des Präsidenten R. La Roche-Ryhiner über den Geschäftsgang der Zinstragenden Ersparniskasse beim Ausbruch des Krieges Anfang August 1914, o.J.
- [29] StABS: PA 146 Z 1 Jahresbericht der GGG von 1915: Bericht der ZEK, S. 16.
- [30] StABS: PA 146 Z 1 Jahresbericht der GGG von 1917: Bericht der ZEK, S. 18, und Jahresbericht der GGG von 1918: Bericht der ZEK, S. 15.
- [31] Geldmarkt, Banken und Börsen, Bankbilanzen, Zinstragende Ersparniskasse in Basel, in: National-Zeitung, 7.7.1922.
- [32] Artikel zur ZEK, in: Basler Nachrichten, 16.7.1922, National-Zeitung, 16.7.1922, Neue Zürcher Zeitung, 16.7.1922.
- [33] Inserat der Verwaltung der Zinstragenden Ersparniskasse, 14.7.1922.
- [34] SWA: Banken 54, ZEK, vgl. Zecdel «Der Sparkassensturm» der Olympia, Junge Garde, «Vermögensabgabe und Sparkassenrummel» der Basler Mittwoch-Gesellschaft und «Basler Banggbluff», Fastnacht 1923.
- [35] StABS: Jahresbericht der GGG von 1926: Bericht der ZEK, S. 15.
- [36] Dieser Betrag wurde allerdings in der GGG-Jahresrechnung nicht ausgewiesen. Erst ab 1937 erhielt die GGG von der ZEK 20 000 Franken.
- [37] Vgl. für das Folgende: Roth, Paul: 150 Jahre Zinstragende Ersparniskasse in Basel, 1809–1959. Denkschrift im Auftrag der Verwaltungskommission, Basel 1959, S. 45.
- [38] Vgl. Stockar, Conrad: Verrechnungssteuer, in: HLS, <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D26202.php> (11.2.2016).
- [39] SWA: Banken 54, ZEK, Schreiben der ZEK an die GGG, 3.11.1950.
- [40] ko.: Die Alte hätte es noch lange getan!, in: Basler Volksblatt, 26.11.1957.
- [41] Als die Buchhaltung noch zu Hause geführt wurde, in: National-Zeitung, 26.11.1957.
- [42] Ein seltenes Jubiläum, 150 Jahre Zinstragende Ersparniskasse, in: National-Zeitung, 24.6.1959.
- [43] Yz.: 150 Jahre ZEK – ein gediegenes Familienfest, in: Basler Nachrichten, 24.6.1959.
- [44] Fl. [Fritz Latscha]: Tradition braucht Fortschritt nicht zu hemmen, in: National-Zeitung, 30.6.1961.
- [45] Latscha, Fritz: Zu wenig für das Gute und Gemeinnützige, in: National-Zeitung, 24.6.1965.
- [46] na.: Der Tradition verbunden. ZEK will Sparkasse bleiben, in: Finanz und Wirtschaft, 17.7.1965.
- [47] Werner Meyer: Sparkasse Basel präsentiert sich frisch frisiert, in: National-Zeitung, 15.3.1967. Werbeinserat: Würden Sie heute einen solchen Zopf noch tragen?, in: Basler Nachrichten, 23.9.1966.
- [48] Erzielte ein Spitzenergebnis, in: Basler Zeitung, 26.3.1977.
- [49] Unikum in der Bankenwelt, in: Baslerbieter Zeitung, 27.2.1984, und 175 Jahre Sparkasse Basel, in: Basler Zeitung, 25.2.1984.
- [50] 673 Mio. Bilanzsumme, in: Basler Zeitung, 23.1.1992.
- [51] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1990, S. 5–9, hier S. 9.
- [52] Pfister, Thomas: Regiobank und Sparkasse gehen Hand in Hand, in: Basler Zeitung, 28.10.1922, und sc.: Fusion der Sparkasse Basel und der Regiobank, in: Neue Zürcher Zeitung, 28.10.1992.
- [53] Vgl. für das Folgende: GGG-Archiv: Protokoll der a.o. Vorstandssitzung vom 4.11.1992.

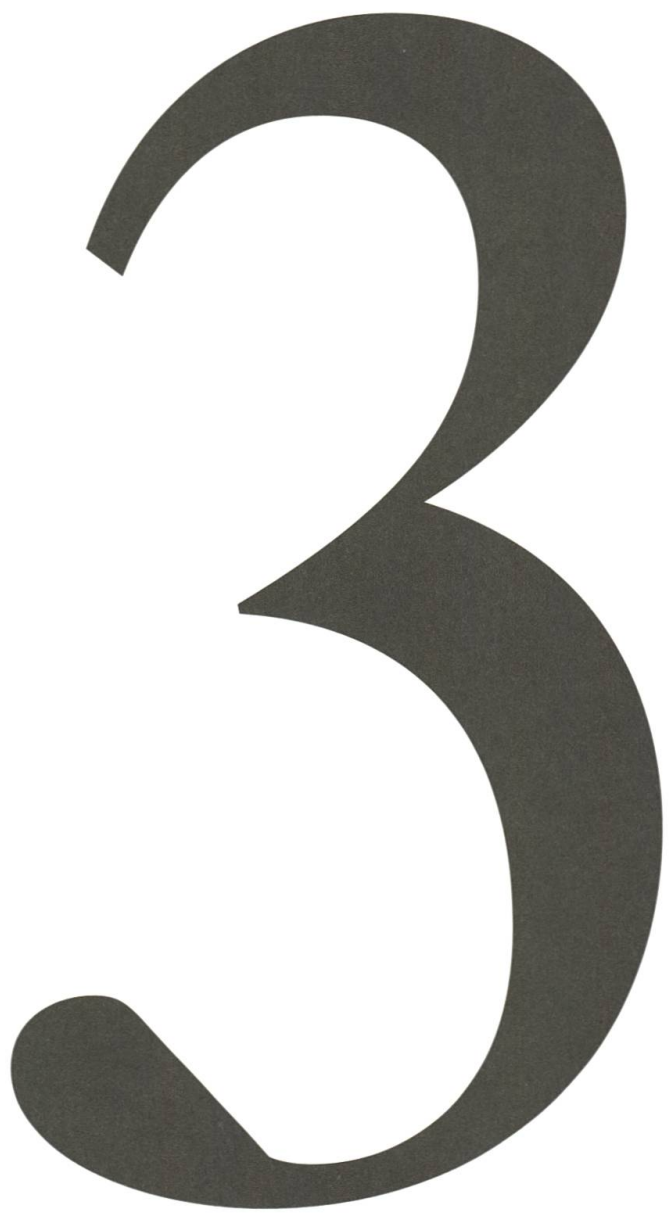
[Anm.  
S. 87–  
S. 104



- [54] GGG-Archiv: Protokoll der a. o. Vorstandssitzung vom 12.11.1992.
- [55] Vgl. für das Folgende: GGG-Archiv: Protokoll der a. o. Vorstandssitzung vom 18.11.1992.
- [56] Interview mit Daniel Heusler vom 8.5.2015.
- [57] SWA: Banken 2014: Füglistaller, Dieter B.: Vorwort, in: Banken Geschäftsberichte der RegioBank beider Basel von 1991 und 1992, S. 2.
- [58] SWA: Banken 214: RegioBank beider Basel, Wegmann, Martin: Geschäftsjahr, in: Geschäftsbericht 1993, S. 6.
- [59] SWA: Banken 214: Füglistaller, Dieter B.: Vorwort, in: Geschäftsbericht der RegioBank beider Basel von 1994, S. 2.
- [60] Aus: Kim, Werner: I due als Basler dichte ..., Basel 1967, S. 17f.
- [61] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG 1992, S. 6.
- [62] GGG-Archiv: Protokoll der a. o. Vorstandssitzung vom 18.11.1992.
- [63] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 16.12.1992.
- [64] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 28.4.1993.
- [65] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 17.3.1993 und Jahresbericht von 1993, S. 5.
- [66] GGG-Archiv: Protokoll der Mitgliederversammlung von 12.6.1996.
- [67] Becher, Jörg: Stiftungen. Von Christoph Merian zu den Zolli-Gönnern, in: Tageswoche, 3.2.2012.
- [68] Interview mit Niklaus Merz vom 21.4.2015.
- [69] Vgl. für das Folgende: 125 Jahre Christoph Merian Stiftung, Basel 2011, S. 16.
- [70] Vgl. Janner, GGG 1777–1914, S. 169–186.
- [71] GGG-Archiv: Schluss-Sitzung vom 30. November 1954.
- [72] GGG-Archiv: Vorstandssitzung vom 2.2.1961.
- [73] StABS: PA 146 Z 1: Jahresbericht der GGG von 1985, S. 2.
- [74] Interview mit Niklaus Merz vom 21.4.2015.
- [75] StABS: PA 146 Z 1: Jahresbericht der GGG von 1995, S. 5.
- [76] Trotz dieser finanziell guten Ausgangslage erhöht sich der zeitliche Aufwand für die Geldsuche zunehmend, weil immer mehr Personen und Organisationen um die beschränkten Mittel konkurrieren. Um die zunehmende Anzahl von Finanzgesuchen zu prüfen, sind auch Stiftungen zeitlich, personell und letztlich finanziell mehr gefordert. Es fragt sich, wie lange diese etwas absurd anmutende Situation weiter andauern kann oder ob nicht eine weniger aufwendige Lösung der Geldsuche und Geldvergaben gefunden werden kann und muss.
- [77] StABS: PA 146 Z 1: Jahresbericht der GGG von 2001, S. 10f.



Teil III:  
Unter dem Patronat der GGG



# Einleitung

Zwar veränderten sich die Schwerpunkte der GGG im Verlauf ihrer Entwicklung, doch sie unterstützt nach wie vor A-, B- und C-Organisationen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Kultur und Soziales. 1984 fragte Vorsteher Werner Meyer in seiner Schlussrede, ob angesichts von «Umweltschutz, Drogensucht, Zukunftsangst, Orientierungslosigkeit, Überalterung und Freizeitbeschäftigung» die Tätigkeitsfelder angepasst werden müssten.<sup>1</sup> Doch keine der Aktivitäten der GGG würde «völlig neben den Bedürfnissen unserer Zeit» liegen. Einige Organisationen seien eingegangen wie der 1878 gegründete Kirchenchor St. Theodor, der formell aufgelöst wurde. «Man mag das bedauern, aber so wenig wir aus unserer Altstadt ein denkmalgepflegtes Freilichtmuseum machen dürfen, so wenig können wir Vereinigungen, die in Form und Zweck überholt sind, als kosmetisch hergerichtete Mumien der Nachwelt überliefern.»

Im Folgenden werden einige Institutionen und Projekte vorgestellt, die im Verlauf des letzten Jahrhunderts von der GGG ins Patronat aufgenommen, aus dem Patronat wieder entlassen, in eine Stiftung umgewandelt oder beendet und abgeschlossen wurden. Die Auswahl fiel auf Einrichtungen, von denen heute kaum oder gar nicht mehr bekannt ist, dass sie zum Netzwerk der GGG gehörten wie etwa das Merian-Iselin-Spital oder der Verein der Jugendherbergen, auf Institutionen, die als Antworten auf brennende politische Fragen gegründet wurden wie die GGG Migration oder das Projekt educomm, und auf Projekte, die während einer gewissen Zeit wichtig waren, aber dann aus verschiedenen Gründen zum Erliegen kamen, wie die Schülergärten, und heute in neuer Form mit anderer Trägerschaft unter modernem Namen wiederaufleben. Schliesslich wird auf die GGG Kurse und die GGG Stadtbibliothek eingegangen, zwei der ältesten heute noch bestehenden Gründungen. Die Auswahl gibt einen Einblick in die Vielfalt der GGG und zeigt, welchen Stellenwert sie in der städtischen Gesellschaft und der Finanzierung von gesellschaftlich notwendigen Bereichen hat. Es wird sichtbar, wie stark die GGG in Basel verwurzelt ist und welchen Einfluss sie auf zahlreiche relevante Themen hat.

Im Zentrum stehen Fragen nach der Beziehung dieser Organisationen zur GGG, nach besonderen, unerwarteten Wendepunkten, nach Erfolg und Misserfolg. Nicht die Entwicklung der jeweiligen Institution an und für sich steht im Fokus, sondern Schlüsselmomente, die illustrieren, wie die GGG «arbeitet», wie sie Initiativen ergreift oder aufnimmt, wie sie Entscheidungen trifft, wie sie funktioniert. Dabei zeigte sich Meyer zufolge,



dass Ideen und Impulse des Vorstandes oft auf wenig Echo stiessen und im Sand verliefen. «Den innovativen und kreativen Möglichkeiten des Vorstandes sind durch die finanziellen Rahmenbedingungen von vornherein enge Grenzen gesetzt», weshalb die GGG für zusätzliche Aktivitäten auf externe Trägerschaften angewiesen sei.<sup>2</sup>

Ein Projekt wird vorgestellt, das Schiffbruch erlitten hat. Doch insgesamt ist die GGG eine Erfolgsgeschichte, wie die zahlreichen, weit über hundert unterstützten Projekte und Organisationen belegen.

# Bilden und Fördern

## GGG Kurse

Die GGG Kurse, die zu den ältesten noch bestehenden Institutionen der GGG gehören und mit dem Gründungsjahr 1784 nur wenig jünger sind als die GGG selbst, konnten sich in ihrer Entwicklung stets den neuen gesellschaftlichen Erfordernissen anpassen. Sie wurden weder jemals grundsätzlich in Frage gestellt noch wurden ihre Auflösung oder ihre Übernahme durch den Staat diskutiert. Sie waren als Papiererschule entstanden in einer Zeit, als es noch keine allgemeine Schulpflicht gab. An ihr wurden Kinder, die in den Papiermühlen im St. Albantal beschäftigt waren, täglich zwei Stunden in Lesen und Schreiben unterrichtet.<sup>3</sup> Später wurde die Fabrik- schule auch für junge Arbeiter anderer Industrie- und Manufakturbetriebe geöffnet. Als 1838 die Schulpflicht eingeführt wurde, wandelte sie sich in eine Repetierschule für männliche Jugendliche ab dem 13. Altersjahr, die ihr Schulwissen vertiefen wollten. Solche Repetierschulen gab es schon im 18. Jahrhundert in vielen Kantonen.

1879 nahm die Repetierschule in Basel erstmals wieder junge Frauen auf, die allerdings getrennt von den Männern unterrichtet wurden. Es zeigte sich, dass «Mädchen im Ganzen den gewissenhafteren und fleissigeren Teil der Jugend bilden» und die Mehrzahl der Teilnehmenden ausmachten, während männliche Jugendliche, denen ein grösseres und vielfältigeres Freizeitangebot zur Verfügung stand, sich eher sportlich betätigten oder andere Fortbildungen besuchten.<sup>4</sup> Bis weit ins 20. Jahrhundert wurden weibliche und männliche Jugendliche getrennt unterrichtet, Erstere im Steinenschulhaus oder in der Töchterschule, Letztere im Schulhaus zur Mücke. Diese Geschlechtertrennung entsprach auch der Regelung in der Volksschule.

Schon früh standen Fremdsprachen im Zentrum des Programms. Weil die öffentliche Schule «nur sprachbegabte Schüler» so förderte, dass sie bei Schulaustritt eine zweite Landessprache schriftlich und mündlich beherrschten, war es das Ziel der Repetierschule, Erwachsenen Französisch, Englisch und Italienisch zu lehren. Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen nach Bedarf weitere Sprachen hinzu, wie etwa Alt- und Neugriechisch, Arabisch, Ivrít (modernes Hebräisch), Latein, Russisch, Schwedisch, Spanisch und Portugiesisch. 1950 wurden 53 Sprachkurse angeboten. Im Sommer waren 425 und im Winter 410 Interessierte eingeschrieben.<sup>5</sup> 2010 waren es rund 1600 Studierende in über 200 Kursen, die in 16 Fremdsprachen sowie in Baseldeutsch und Deutsch für Fremdsprachige unterrichtet wurden.



In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war neben der seit 1919 an der Universität Basel eröffneten Volkshochschule noch weitere Konkurrenz zur Repetierschule entstanden. Seit 1944 vermittelte die Migros mit den Klubschulen preisgünstige «Bildung für alle», und auch die Gewerkschaften führten eigene Sprachkurse ein.

Um nicht ins Hintertreffen zu geraten, modernisierte sich die Institution, nannte sich ab 1954 GGG-Abendkurse und bot neben den Sprachkursen für Einzelpersonen und Firmen auch kulturelle Kurse an. So führte etwa Edibert Herzog einen Musikkurs über Instrumente des Barock durch.<sup>6</sup> Überdies wurden Stadt- und Museumsführungen ins Programm aufgenommen, nachdem die 1904 gegründete Kommission für Führungen durch die Museen und Sammlungen aufgehoben worden war.<sup>7</sup> Auch der stadtbekannt Historiker und Lehrer Markus Fürstenberger gab in Stadtrundgängen vielen Gruppen seine detaillierten Kenntnisse über die Stadtgeschichte weiter. Die künstlerischen und kulturellen Themen stiessen Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre auf Anklang und entsprachen der Haltung der GGG, angesichts der Arbeitszeitverkürzung «Wege für eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung zu weisen». Das «Freizeitproblem der Erwachsenen» wertete sie als typische Folge der Hochkonjunktur.<sup>8</sup>

Die Kulturkurse entwickelten sich aber nicht zu einem tragenden Standbein. Zwar wurde 1994 nochmals ein Versuch gemacht, indem man etwa ein Seminar zur Lektüre von historischen Quellen sowie Kochkurse anbot, aber das Interesse blieb gering, und die Kosten waren hoch. So entschied die Kommission der GGG-Abendkurse, sich auf die Sprachkurse zu konzentrieren.

Im Hinblick auf das neue Jahrtausend wurde der Name in GGG Kurse geändert. Seit 1994 finden nämlich erneut Tageskurse statt. Nach einem früheren Versuch, der wegen eines ungünstig gelegenen Kurslokals abgebrochen worden war, hatte man diese nun wieder aufgenommen. Man stellte fest, dass gerade ältere und pensionierte Menschen lieber tagsüber Kurse besuchen, während die Jungen vor allem abends Zeit haben. Das Segment zwischen 30- und 50-Jährigen ist eher untervertreten.

Die Abendveranstaltungen finden seit je in Schulhäusern statt, früher in der Mücke, im Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Gymnasium (MNG) und im Realgymnasium (RG) und heute im De Wette-Schulhaus, dem ehemaligen MNG. Für die Tageskurse mussten anderweitig Räume gesucht werden. Das Gemeindezentrum Winkelriedplatz / Lukaskirche der Evangelisch-reformierten Kirche Basel-Stadt erwies sich schnell als ungünstig, weil der Raum mit einer Fahrschule geteilt werden musste. Vor Stundenbeginn hatten die Kursteilnehmenden jeweils den Unterrichtsraum einzurichten und etwa die Markierungspfosten und andere Gegenstände des Fahrunterrichts wegzuräumen.

Auf der Suche nach geeigneten Räumen wurde man schliesslich an der Eisengasse 5 fündig, als sich die Buchhandlung Wepf verkleinerte und

nicht länger benötigte Stockwerke zu vermieten begann. Heute stehen dort elf Unterrichtsräume und Büros für die Administration zur Verfügung. Die räumliche Erweiterung war auch nötig geworden, als die «Coop Freizeitkurse» aufgelöst wurden und die GGG Kurse 1996 zahlreiche Sprachkurse mit Teilnehmenden und Lehrpersonal integral übernehmen konnten.

Der GGG war es immer ein Anliegen, auf gesellschaftliche Bedürfnisse einzugehen und Kurse niederschwellig anzubieten. So waren die Kurse «Deutsch für Fremdsprachige» in den 1960er Jahren explizit an ausländische Arbeitskräfte gerichtet, die wegen des enormen Personal mangels in der Hochkonjunktur in die Schweiz geholt wurden. «Eines ist jedoch sicher, dass wir uns dieser eminent wichtigen Aufgabe, die ausländischen Arbeitskräfte an unsere Gesellschaft anzupassen, nicht verschliessen dürfen. Wer sonst könnte sich dieses Problems annehmen, wenn nicht die GGG?», fragte Kommissionspräsident Andreas Meier 1968.<sup>9</sup>

Die Kurse sind günstig und ermöglichen auch sozial wenig bemittelten Schichten den Besuch. In einzelnen Fällen werden Kursgelder für Erwerbslose, Asylsuchende oder Auszubildende auch ermässigt oder ganz erlassen – dank dem Zuschuss aus der GGG-Zentralkasse.

Um staatliche Subventionen haben die GGG Kurse nie ersucht, wie Leiter Anatol Schenker mitteilt. «Wir wollen unabhängig bleiben, damit wir kurzfristig auf aktuelle Fragen reagieren können.»<sup>10</sup> Weil keine Prüfungen durchgeführt werden, müssen die Kurse weder fachliche Auflagen erfüllen noch bestimmte Standards erreichen. Viele der Kursbesucherinnen und -besucher wollen ihre Sprachkenntnisse für Ferien und Auslandsaufenthalte verbessern, andere schätzen die sozialen Kontakte, etwa die Au-pair-Mädchen, die dort Kolleginnen treffen, mit denen sie nachher in den Ausgang gehen. In den letzten Jahren besuchen vermehrt auch hochgebildete Arbeitskräfte aus südlichen Ländern wie Italien, Portugal und Spanien die Deutschkurse in der Hoffnung, dass sie mit besseren Deutschkenntnissen eine adäquate Stelle finden. Die Lehrkräfte sind fachlich sehr gut ausgebildet, wobei kein Lehrdiplom verlangt wird. Es sind entweder Studierende im Masterstudium oder (früh-)pensionierte Sprachlehrerinnen und -lehrer, die gerne mit einem reduzierten Pensum weiterarbeiten wollen.

Mit den Sprachkursen fördert die GGG die Integration der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in der Stadt. Im Leitbild der GGG Kurse heisst es denn auch: «Sprachen sprechen und verstehen erleichtert persönliche Kontakte im Alltag, fördert den Durchblick im Studium, ermöglicht die Weiterentwicklung im beruflichen Umfeld, schafft Vertrauen im Umgang mit Arbeitsstellen und führt beim Reisen zu bereichernden Erlebnissen.»<sup>11</sup>

Während sich die GGG Kurse als die älteste Institution mit dem Sprachenangebot an Erwachsene richten, nimmt sich eine der jüngsten A-Organisationen, die educomm, mit Französisch-Unterricht der Schulkinder an.



## GGG Stadtbibliothek Basel

Die GGG Stadtbibliothek Basel hat die grösste Reichweite und ist wohl die bekannteste aller GGG-Institutionen in Basel.<sup>12</sup> Das reicht bis zum Ausspruch «I gang in d'GGG», wenn man deren Bibliothek besucht. Das Bibliotheksnetz mit den neun Filialen, davon sieben in Basel-Stadt und zwei in Baselland, gehört zu den ältesten Bildungsprojekten der GGG.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts übernahm die GGG die 13 Filialen der 1884 gegründeten Basler Volksbibliotheken und fusionierte sie mit ihren eigenen Institutionen der Jugend-, Bürger- und Arbeiterbibliothek.<sup>13</sup> Die Kommission der Allgemeinen Bibliotheken der Gesellschaft des Guten und Gemeinnützigen (ABG) lud in einem Flugblatt 1903 ein zur Benützung der Freien Städtischen Bibliothek im Schmiedenhof, die nur Erwachsenen zugänglich war, und der Quartierbibliotheken, die allen Altersgruppen offenstanden. Die Ausleihe war unentgeltlich, es musste nur beim ersten ausgeliehenen Buch ein Depot von einem Franken hinterlegt werden.<sup>14</sup> Den Benutzenden stand neben den Büchern auch ein grosses Angebot von Tageszeitungen, Wochen- und Monatszeitschriften zur Verfügung.

Der pädagogische und moralische Impetus war in Reden und Werbeprospekten unverkennbar: «Die Freie Städtische Bibliothek soll ohne Einseitigkeit dem gesamten berechtigten Bildungs- und Unterhaltungsbedürfnis der hiesigen Bevölkerung dienen und es sollen daher von ihr principiell nur solche Werke ausgeschlossen sein, welche entweder streng wissenschaftlich oder ästhetisch minderwertig, unwahrhaft oder sittlich direkt anstössig sind.»<sup>15</sup> Zum reinen Lesevergnügen durften die Nutzerinnen und Nutzer *ein* Buch pro Monat ausleihen, bei den bildungsrelevanten Publikationen bestand keine Beschränkung. Die Sorge um die «Sittlichkeit der Jugend» war nicht nur in der Bibliothek, sondern in allen GGG-Werken, die sich der Jugend annahmen, präsent. Der «Kampf gegen den die Jugend gefährdenden Schund und Kitsch» prägte in der ersten Jahrhunderthälfte die Debatten um die Leseförderung.

Erst mit dem gesellschaftlichen Aufbruch in den 1960er Jahren, mit dem eine Demokratisierung der Bildung verbunden war, modernisierten sich die ABG. Mit der «Freihandaufstellung», die die traditionelle «Thekenbibliothek» ablöste, wurde die Ausleihe attraktiver gestaltet. Sie war den 1948 von der Migros eingeführten Selbstbedienungsläden nachempfunden und setzte sich überall durch, Jahrzehnte später auch an der Universitätsbibliothek Basel (UB). Gleichzeitig wurden die sehr kleinen Filialen zusammengeführt und in grösseren und helleren Räumen untergebracht. Man wollte «aus den düsteren, unterirdischen Lokalen in Schulhäusern herauskommen», wie die Kommunikationsverantwortliche Anne-Lise Hilty schildert.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nahm die Bedeutung von Bildung und Wissensvermittlung enorm zu. Diese Entwicklung spiegelte sich im grossen Aufschwung der Bibliotheken, aber auch anderer

Bildungsinstitutionen wie der GGG Kurse und der Volkshochschulen. Neue Erkenntnisse wurden nicht mehr nur durch Bücher verbreitet, sondern auch durch «Nonbooks», wie heute der Sammelbegriff für alle neuen Medien lautet. Als die Hauptstelle Schmiedenhof nach dem verhinderten Abbruch 1976 total renoviert wieder eröffnet wurde, bot sie neu auch Spiele, Kassetten, Landkarten und Diaserien an. Ab Mitte der 1980er Jahre folgten in immer kürzeren Zeitabständen die Anschaffung von CDs, Videos, DVDs und Playstations. «Jede Einführung neuer Medien führte zu Kritik und Diskussion, galten sie doch als Gefahr fürs Bücherlesen», hält Anne-Lise Hilty fest. Doch trotz der Befürchtungen nahm die Ausleihe von Büchern nicht ab.

Eine grosse Umstellung bedeutete die Einführung der EDV ab 1990. Nicht mehr sperrige Zettelkästen, sondern Bildschirme und später das Internet ermöglichten nun die einfache und schnelle Suche nach Autorinnen und Autoren, Titeln oder Sachgebieten. Innerhalb von zwei Jahren wurden rund 240 000 Titel neu katalogisiert. Die Ausleihe wurde automatisiert und vereinfacht, so auch das Mahnwesen. (Allerdings blieben die Mahngebühren im Unterschied etwa zu jenen der Universitätsbibliothek Basel niedrig.)

Während in der Westschweiz Bibliotheken schon im 19. Jahrhundert staatlich geführt wurden, wie die Bibliothèque circulante in Genf oder später die Bibliothèque municipale in Lausanne, blieb die Allgemeine Bibliothek der GGG in privater Hand. Eine Übernahme durch den Staat, eine Verstaatlichung, wie sie bei der Musik-Akademie diskutiert wurde, war bei der GGG Stadtbibliothek nie ein Thema – weder von Seiten der GGG noch von staatlicher Seite.

Doch um eine flächendeckende Versorgung mit Leihbüchern sicherzustellen, war eine staatliche Unterstützung ab den 1930er Jahren unumgänglich. In der Wirtschaftskrise Anfang der 1920er Jahre war die ABG gezwungen, Lesesäle und einzelne Filialen zu schliessen. Um einen solchen Abbau nicht wiederholen zu müssen, erhält die GGG Stadtbibliothek seit 1931 jährliche Staatsbeiträge, die in regelmässigen Abständen im Grossen Rat verhandelt werden. In Zeiten allgemeiner Sparmassnahmen geht das nicht ohne Zwischentöne.

Ein schwerwiegender Einschnitt war das Jahr 2005, als die Filiale in Kleinhüningen geschlossen werden musste. Als Ersatz hat die GGG Stadtbibliothek die «Leseförderung Kleinhüningen» eingeführt. Im Quartiertreffpunkt finden nun rund ums Lesen Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche statt mit dem Ziel, ihre Lesemotivation und Lesekompetenz zu fördern. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit der Bibliothek Bläsi und verschiedenen anderen Basler Bildungs- und Integrationsstellen.

Als weitere negative Auswirkung der Sparmassnahmen ist die GGG Stadtbibliothek seitdem verpflichtet, Betriebsbeiträge auch über Spenden zu finanzieren, was für eine städtische Bibliothek dieser Grösse in der Schweiz einmalig ist. Trotz dieser finanziellen Erschwernisse hat sie sich neu ausgerichtet: vom reinen Buchverleih zu einem Treffpunkt für Klein und Gross. Mit Kinderanimationsprogrammen wie «LeseSpas»,





[Abb. 18]  
[Abb. 19]



[18, 19] Bis Anfang der 1960er Jahre liehen die Lesenden die Bibliotheksbücher an der Theke aus. Dann stellten die GGG-Bibliotheken auf eine Freihandaufstellung um.



Erstklässlerkarten, der Bücherbande und einem Kinderliteratur-Bus ist es ihr ein zentrales Anliegen, die Lesefreude schon bei den Kindern zu wecken und zu fördern. Dazu hat sie die Publikumsflächen im Schmiedenhof wie auch in mehreren Filialen deutlich vergrössert und das Angebot insbesondere an elektronischen Arbeitsplätzen erweitert.

## Musik-Akademie Basel

Die Anfänge der heutigen Musik-Akademie Basel gehen auf den Wunsch zurück, das Orgelspiel und den Gemeindegesang in den Kirchen zu verbessern. Als die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft 1864 ihre Jahresversammlung in Basel abhielt, referierte der Präsident der 1809 in Basel ins Leben gerufenen GGG-Kommission für Gesang- und Orgelunterricht zum Zusammenhang von Bildung und Musik. Die engagierte Rede wurde gedruckt und verbreitet.<sup>16</sup> Wie in anderen Städten, in denen bereits Musikschulen aufgebaut worden waren, etwa in Genf, Bern oder Lausanne, initiierte die GGG angeregt durch diesen Vortrag 1867 auch in Basel eine «Allgemeine Musikschule». Die bisherige Kommission nahm sich ihr neu als «Commission zur Musikschule» an.

Als ab 1892 die Musikschule auch Fortbildungskurse für Klavierlehrerinnen und -lehrer anbot, verschärfte sich die seit längerem bestehende Raumnot. Mit der Erwerbung der Liegenschaft zum Rosengarten an der Leonhardsstrasse 6 löste die GGG das Problem. 1903 konnte ein geräumiges Schulhaus mit einem eigenen Konzertsaal bezogen werden. Vorerst konnten nun die Elementar- und die Fortbildungskurse erweitert werden, doch die Frage des Platzbedarfs war im 20. Jahrhundert ein wiederkehrendes Thema.

Die Ausbildung von Berufsmusikerinnen und -musikern erhielt mit dem Konservatorium, dem ersten in der deutschsprachigen Schweiz, 1905 eine wichtige Förderung. Mit der Revision der Schulordnung und dem Namenswechsel wurde dem Ausbau des Musikunterrichts in Basel der Weg geebnet.<sup>17</sup> Die GGG begrüßte die neue Institution «Musikschule und Conservatorium in Basel» mit ihrer doppelten Aufgabe: «einerseits die Hebung der musikalischen Kunst im Hause, andererseits die berufliche Ausbildung in allen theoretischen und praktischen Zweigen der Tonkunst».<sup>18</sup> Die Musik bildete für sie einen wichtigen Pfeiler ihrer kulturellen Unterstützung. Denn es waren zahlreiche GGG-Mitglieder, die regelmässig im Musiksaal des Stadtcasinos Konzerte besuchten oder sich im Theater an Opern- und Ballettinszenierungen erfreuten. So ist es nicht erstaunlich, dass sie Wert auf qualitativ gut ausgebildete Orchestermusiker und hochkarätige Solistinnen legten.

Als sich gegen Ende des Ersten Weltkriegs die wirtschaftliche Lage für die Mehrheit der Bevölkerung verschlechterte – verschärft durch die Spanische Grippe, die Teuerung sowie die Lebensmittel- und Brennstoff-



engpässe –, waren auch die Lehrpersonen an der Musikschule und dem Konservatorium betroffen. Im Vergleich zu staatlichen Lehrkräften hatten sie sehr niedrige Löhne.

Die GGG war zwar bestrebt, den hauptberuflichen Lehrern «eine ausreichende und möglichst gesicherte finanzielle Stellung zu bieten», wobei allerdings Sorge getragen werden müsse, «der Anstalt und mittelbar der GGG nicht zu weittragende Verbindlichkeiten aufzuerlegen».<sup>19</sup> Dennoch wurden diese finanziellen Verpflichtungen für die GGG zum Problem.

Organisiert in einem Lehrerverband stellten die Lehrer 1917 ein Gesuch um Teuerungszulagen. Der Kommissionspräsident schrieb dem GGG-Vorstand, dass er zu seinem «Bedauern» die Forderung ablehnen müsse, weil er nicht glaube, von der GGG «eine höhere Subvention erbitten zu dürfen», zumal die GGG selbst weniger Einkünfte generiere und im Vorjahr gar von einer Mittelkürzung gesprochen habe. Er war allerdings der Ansicht, dass das Begehren wegen der bescheidenen Lohnansätze berechtigt sei.<sup>20</sup>

Als die Kommission erfuhr, dass die Lehrerschaft mit ihrem Anliegen direkt an die Regierung gelangen wollte, kam sie diesem Schritt zuvor. In einem Gespräch mit dem Regierungsrat schilderte sie ihre finanzielle Lage und drückte den Wunsch nach einer staatlichen Subventionierung aus.<sup>21</sup> Gleichzeitig begründete sie aber ihre Ablehnung einer «Verstaatlichung».

Im Auftrag des Regierungsrats erstellte das Erziehungsdepartement mit den Informationen der Kommission einen Bericht. Erziehungsrat Dr. W. Brenner-Reich teilte am 17. November 1919 mit, dass die Schulkommission der Freisinnig-Demokratischen Partei sich mit den Anstellungs- und Besoldungsverhältnissen der Lehrerschaft befasse und eine Eingabe für eine staatliche Subventionierung erwäge. Wenige Tage später machte der Lehrerverband bei der GGG-Kommission eine Eingabe mit den folgenden Postulaten: die Unterrichtsstunden müssten angemessen honoriert, eine Mindest- und Höchstzahl der Unterrichtsstunden festgesetzt sowie die Pensionsverhältnisse reguliert werden – auf der Vergleichsbasis der Gehälter der öffentlichen Schulen. Der Präsident der Kommission teilte mit, dass ihr die «materielle Besserstellung» ebenfalls am Herzen liege und dass sie sich deshalb bereits an die Regierung gewandt habe, um Subventionen zu erbitten. Gegenwärtig habe sie beschlossen, mit dem von der GGG gewährten Vorschuss die Teuerungszulagen für den Winter auf 20 Prozent zu erhöhen.<sup>22</sup> Allerdings war sie sich der «höchst peinlichen Unzulänglichkeit»<sup>23</sup> ihrer Massnahmen bewusst.

Am 12. Dezember 1918 reichte Grossrat Dr. Ferdinand Holzach (Radikale) einen Anzug zur Verstaatlichung der Allgemeinen Musikschule ein. Die freisinnige Fraktion wollte damit dem von sozialdemokratischer Seite geplanten Vorgehen zuvorkommen.

In einem Ratschlag an das Parlament diskutierte die Regierung zunächst die Berechtigung und Zulässigkeit einer Subvention an die Musikschule. Angesichts der Bedeutung des Instituts für die Stadt befürwortete sie eine solche, lehnte aber die Übernahme der Schule durch den Staat ab, da

dieser «mit einer Beitragsleistung immer noch billiger wegkomme». Zudem fand die Regierung es wichtiger, «auf diesem Gebiet auch der privaten Initiative etwas zu überlassen». Dazu bemerkte ein Zeitungskommentator süffisant, dass die Lehrerschaft «mit dieser privaten Initiative wenig erfreuliche Erfahrungen gemacht» habe, «um die geringsten Verbesserungen [...] hart kämpfen und eigentlich betteln» müsse.<sup>24</sup> Der Ratschlag verglich im weiteren die Gehälter der Lehrer an den mittleren und oberen Schulen mit denjenigen der Musikschule und war sich klar, dass die vorgeschlagene Subvention von 25 000 Franken den nötigen Finanzbedarf von 55 000 Franken nicht deckte. Es sei aber nicht notwendig, die Lehrer der Musikschule den staatlichen gleichzustellen, da sie zusätzlich mit Privatstunden und Konzerten weitere Einnahmen erzielen könnten. Der genannte Berichterstatter zerpfückte diese Vorschläge nach Strich und Faden: Es sei «ungerecht und unsittlich, eine zu niedrige Bewertung einer Arbeitsleistung mit dem Hinweis auf Nebenbeschäftigung zu beschönigen oder gar zu begründen».

Schliesslich wurde der Ratschlag im Grossen Rat debattiert. Ferdinand Holzach, der Befürworter einer staatlichen Übernahme, begründete seinen Anzug mit der prekären Situation der Musikschule. Wenn der Staat schon «helfend einspringen» müsse, warum solle er dann das Institut nicht gleich übernehmen? Sein Parteikollege Gustav Brändlin beantragte Nicht-eintreten, da «der Staat sich nicht auch noch in den Kunstbetrieb einmischen sollte, dem die Politik möglichst fernzuhalten» sei. Auch weitere Grossräte traten für eine Trennung von Staat und Kunst ein und wiesen auf die Gefahr hin, dass der Staat einmal angestellte Lehrer ohne Lehrerfolg behalten müsse. Es sei keine Staatsaufgabe, «Tausende von Kindern zu schlechtem Klavierspiel zu erziehen, um die Mitmenschen zu ärgern und ein musikalisches Proletariat heranzuzüchten», meinte der Liberale Dr. Wilhelm Vischer-Iselin, und ergänzte, dass auch unbemittelte musikbegabte Kinder Gelegenheit zu einer Ausbildung finden könnten. Regierungsrat Fritz Hauser äusserte «schwerwiegende, namentlich finanzielle Bedenken», erachtete etwa die Verstaatlichung des kaufmännischen Unterrichts «für unendlich viel dringender» und vermerkte mit einem Seitenhieb auf die GGG, dass sie sich ihrer Pflicht gegenüber der Musikschule wieder mehr bewusst werden müsse. Schliesslich wurde der Anzug zur Prüfung überwiesen.

In der weiteren Debatte ging es um die Höhe des Staatsbeitrags. Während die Regierung 25 000 Franken vorschlug, beantragte der Radikale Dr. Victor Emil Scherer angesichts der Notlage der Lehrerschaft 40 000 Franken. Regierungsrat Hauser kritisierte den Lehrerverband, der am Tag zuvor direkt an den Grossen Rat gelangt sei, anstatt das Gespräch mit der Regierung zu suchen.

Der Sozialist Walter Strub war zwar mit dem höheren Betrag einverstanden, verlangte aber eine stärkere staatliche Vertretung in der Musikschulkommission. Regierungsrat Max Wullschleger hielt fest: «Die allgemeine und die Berufsbildung ist ein Staatsinteresse, die Heranbildung musikalischer Dilettanten [Laien] nicht.» Der wunde Punkt der



Musikschule sei, dass sie von Musikern ohne Verwaltungskenntnisse geleitet werde, meinte Regierungsrat Hauser und verwies auf die Möglichkeit eines Nachtragskredits, wenn der Betrag von 25 000 Franken nicht ausreiche.

Abschliessend wurde die ganze Vorlage mit grosser Mehrheit angenommen. So erhielt die Musikschule mit dem Konservatorium ab 1919 jährliche Staatsbeiträge. Neu nahmen zwei staatliche Vertreter Einsitz in der Kommission. Die Einnahmen der Musikinstitution setzten sich nun aus Beiträgen des Staats und der GGG sowie aus Schulgeldern und Konzerteinnahmen zusammen und führten so zu einem finanziellen Gleichgewicht.<sup>25</sup>

Weitere Verbesserungen für die Musiklehrer und -lehrerinnen wurden mit der Einführung einer Pensionskasse erreicht, die nach dem Zweiten Weltkrieg in eine Personalfürsorgestiftung umgewandelt wurde, in die die GGG jährlich einen Beitrag überwies.

Von grosser Tragweite für Musikschule und Konservatorium war ihre Verselbständigung Anfang der 1950er Jahre. Im GGG-Vorstand waren grundsätzliche Überlegungen über die Zukunft der eigenen Werke zur Sprache gekommen. Das Alter der GGG sei ein Problem: Die Macht der Gewohnheit, die das Altbewährte erhält, könne auch zur Erstarrung führen. Das grosse Erbe bedeute nicht nur Reichtum, sondern auch Belastung, schrieb Vorsteher Dr. Gustav Grossmann-Koechlin im Jahresbericht 1950.<sup>26</sup> Von den über hundert Organisationen unterstützte die GGG mehr als sechzig mit regelmässigen Beiträgen. Doch diese Zersplitterung ihrer Mittel behagte ihr nicht mehr. So begann sie aus finanziellen Gründen, Anschlussgesuche ihrer Institutionen nur noch zurückhaltend zu bewilligen oder gar abzulehnen, und glaubte, dass durch eine gezielte und grosszügige Unterstützung einzelner Projekte eine grössere Wirkung erreicht werden könne.

Überdies waren gewisse Institutionen so gross und komplex geworden, dass sie den Rahmen der ehrenamtlichen Arbeitsweise der GGG zu sprengen begannen. Dies war bei Musikschule und Konservatorium eindeutig der Fall. Bisher besass dieses Bildungsinstitut keine eigene Rechtspersönlichkeit, weshalb der GGG-Vorstand die Idee einer Verselbständigung beriet, um die rechtliche Situation für beide Seiten zu vereinfachen.<sup>27</sup> Musikschule und Konservatorium zeigten grosses Interesse daran. Den Entwurf zur Stiftungsurkunde, der in den verschiedenen Gremien diskutiert wurde, verfasste das Justizdepartement.<sup>28</sup> Nach Verhandlungen wurde beschlossen, dass die GGG der neuen Stiftung das Vermögen widme, das durch die Musikschule repräsentiert wurde, ohne dass sich dadurch die Betriebsrechnungen der Musikschule und der GGG ändern sollten. Für den Fall einer Zweckentfremdung des Stiftungsvermögens oder eines Verkaufs der Liegenschaft liess sich die GGG einen grösseren Teil des Vermögens in Form einer zinslosen Hypothek sicherstellen. Am 5. Juli 1951 stimmte die Mitgliederversammlung der GGG als oberste Instanz dem Beschluss zu, «Musikschule und Konservatorium in eine Stiftung zu verselbständigen».<sup>29</sup> Mit dieser Umstrukturierung erhofften sich die Verantwortlichen mehr Handlungsspielraum für die Erfüllung ihrer Aufgaben gemäss dem

doppelten Zweck der Stiftung, «1. den weitesten Kreisen Musikunterricht durch qualifizierte Lehrkräfte zu ermöglichen (Musikschule), 2. die berufliche Ausbildung in allen praktischen und theoretischen Zweigen der Tonkunst zu vermitteln (Konservatorium)» (§ 2).

«Die GGG hatte das von ihr gehegte Lieblingskind weitgehend aus ihrer Obhut entlassen», folgerte Hans Oesch in der Festschrift 1967. Ihr standen noch zwei Delegierte im Stiftungsrat zu.

Durch die Errichtung einer Stiftung wurde verhindert, dass die immer stärker von öffentlichen Geldern gespeiste Institution an den Staat überging. Der Grosse Rat bewilligte indessen in seiner Sitzung vom 25. Mai 1952 eine massive Erhöhung der staatlichen Subvention.

Die rechtliche Verselbständigung ermöglichte und vereinfachte die inhaltliche und künstlerische Erweiterung der Institution. An einer zukunftssträchtigen Sitzung vom 27. Mai 1953 stimmten alle Verantwortlichen der Fusion von «Musikschule und Konservatorium Basel» mit der 1933 von Paul Sacher gegründeten «Schola Cantorum Basiliensis (SCB)» zu.

Mit dem neuen Namen «Musik-Akademie der Stadt Basel» war eine Musikinstitution entstanden, die «das ganze abendländische Musikschaffen in Lehre und Praxis umfasst und die weitherum ihresgleichen suchen dürfte», wie es im Ratschlag der Regierung an den Grossen Rat hiess. Damit die Vereinbarung rechtskräftig werden konnte, wurde sie vom Parlament am 10. Dezember 1953 angenommen. In den folgenden Jahrzehnten gewann das Institut internationale Bedeutung und führte viele talentierte Musikstudierende nach Basel.

Die GGG unterstützte die Musik-Akademie fortan mit einem Beitrag an den Schulbetrieb und einem Beitrag an die 1966 errichtete Personalfürsorgestiftung.<sup>30</sup> Punktuell hiess sie auch einzelne Finanzgesuche gut oder zeigte sich bei besonderen Aktivitäten grosszügig. So half sie bei notwendigen Umbauten mit Darlehen aus, stiftete etwa einen Brunnen zur abgeschlossenen Gebäuderenovation 1956, gab anlässlich ihres eigenen Jubiläums 1977 einen Musikführer durch die Stadt Basel heraus und übernahm eine Defizitgarantie für die «Woche der Alten Musik», die die Abteilung Schola Cantorum Basiliensis zu ihrem 50-Jahr-Jubiläum 1983 durchführte.<sup>31</sup> Gelegentlich unterstützte die GGG auch die Kammerkunst Basel als konzertierendes Forum der Musikschullehrkräfte.<sup>32</sup> Durch ihre zwei Delegierten nahm die GGG im Stiftungsrat weiterhin Anteil an der Entwicklung der Musik-Akademie.

## Stiftung Institut für Sozialpädagogik und Sozialfürsorge

Als die Eröffnung der Schule für Sozialarbeit Basel am 20. Oktober 1971 in der Waisenhauskirche gefeiert wurde, war eine langjährige Vorberei-



tungszeit zu einem erfolgreichen Ende gekommen. Dabei hatte die GGG in vielfältiger Weise Unterstützung geleistet. Während in Freiburg, Genf, Luzern und Zürich bereits Schulen für Sozialarbeit bestanden, die Fachleute für die offene Fürsorge ausbildeten, gab es in Basel noch keine Ausbildungsstätte. Hingegen war die Ausbildungssituation für die geschlossene Fürsorge, die stationäre Betreuung von Kindern, Jugendlichen und beeinträchtigten Erwachsenen in Heimen, in Basel recht gut.<sup>33</sup>

Die auf der Vormundschaftsbehörde angestellte promovierte Juristin Marguerite Gigon beklagte seit längerem den Mangel an fachlich gut ausgebildeten Sozialarbeitern und Fürsorgerinnen. Das fehlende qualifizierte Personal stellte in den sozialen und pflegerischen Bereichen in der Nachkriegszeit ein wachsendes Problem dar. Den Jahresberichten der Zürcher Schule für Sozialarbeit zufolge konnten zu Beginn der 1960er Jahre nicht einmal die Hälfte der Stellenausschreibungen mit ausgebildeten Kräften besetzt werden.<sup>34</sup> Als in Zürich die Arbeitsbedingungen von Sozialarbeitenden verbessert wurden, konnte Basel auch nicht mehr mit höheren Löhnen Schulabsolventinnen aus Zürich abwerben.

So wurde Gigon selbst aktiv. Ihr schwebte die Idee einer Aus- und Weiterbildungsinstitution vor, die nicht nur Sozialtätige für die unterschiedlichen Berufsfelder qualifizierte, sondern auch Forschung betrieb. Eine Umfrage bei verschiedenen Institutionen und Ämtern hatte den Bedarf deutlich ausgewiesen. Mit ihrem Privatvermögen von 25 000 Franken errichtete sie die «Stiftung Institut für Sozialpädagogik und Sozialfürsorge», die im April 1964 verkündet und im Handelsamtsblatt publiziert wurde.<sup>35</sup> Der Zweckartikel lautete «Förderung der Forschung und der Ausbildung in den Wissensgebieten, die zur sozialen Arbeit gehören». Schon im Oktober 1963 hatte sie mit Gleichgesinnten das Pilotprojekt eines dreijährigen «Berufsbegleitenden Ausbildungskurses für im Amte stehende Sozialarbeiter» gestartet. Auf diesen inhaltlichen, personellen und finanziellen Erfahrungen wurde in der Folge aufgebaut.

Um die Finanzierung abzusichern, reichte Gigon Ende Juni 1964 ein Unterstützungsgesuch bei der GGG ein, die in der Vergangenheit bereits Bildungsprojekte initiiert und begleitet hatte. Doch in den 1960er Jahren tauchten im GGG-Vorstand Zweifel auf, ob Ausbildungsfragen noch ins Feld von privaten Trägerschaften gehörten. Waren solche Berufsbildungsprojekte nicht vielmehr staatliche Aufgaben, die mit öffentlichen Geldern finanziert werden sollten?<sup>36</sup> Wenn sie privat organisiert würden, müssten sie dann nicht selbsttragend sein? Trotz der Skepsis übernahm der zuständige Ressortverantwortliche Daniel Heusler die Aufgabe, mit Marguerite Gigon weitere Details abzuklären.<sup>37</sup>

Es zeichnete sich schnell ab, dass ohne staatliche Subventionen ein solches Vorhaben nicht zu stemmen war. So gelangte Gigon auch an die Basler Regierung. Diese erkannte die Notwendigkeit einer «Tagesschule für Sozialarbeiter» und überwies die Eingabe den zuständigen Departementen zur Berichterstattung.

Inzwischen leisteten die Stiftungsräte des Instituts für Sozialpädagogik und Sozialfürsorge mit Unterstützung der GGG weitere Vernetzungs- und Organisationsarbeit. Einer der Meilensteine war die Informationsveranstaltung am 11. Juni 1965, zu der die GGG in Absprache mit der Stiftung einlud.<sup>38</sup> Anwesend waren zahlreiche Vertreter und Vertreterinnen von staatlichen und privaten Fürsorgeinstitutionen, von Fachverbänden und Behörden der Kantone Basel-Stadt und Baselland. In Referaten stellten die federführenden Stiftungsräte, Präsidentin Marguerite Gigon, der Psychologe Urs Maag und der stellvertretende Leiter der Vormundschaftsbehörde Friedrich Breitenstein, das Projekt zur Diskussion.

Zur selben Zeit plante der Vorsteher des Sozialamtes Dr. Alfred Zihlmann eine «Basler Abendschule für soziale Arbeit», die ihre Tätigkeit im Frühjahr 1966 aufnehmen sollte. Um Doppelspurigkeiten zu verhindern, wurde dieses Projekt sistiert und Zihlmann in die Stiftung eingebunden.

Der GGG-Vorstand, der die Schaffung einer Schule für Sozialarbeit und die Einrichtung einer Forschungsstelle inzwischen vollumfänglich unterstützte, stellte der Mitgliederversammlung den Antrag, die Stiftung Institut für Sozialpädagogik und Sozialfürsorge als B-Organisation ins Patronat aufzunehmen. Diese folgte dem Vorstand am 29. Juni 1966.

Bis zu diesem Moment waren die Vorarbeiten ehrenamtlich geleistet worden, etwa die Ausarbeitung des Lehrplans auf der Grundlage der zahlreichen Anregungen von Berufsschulen, Universitätsinstituten, Frauenorganisationen und weiteren Interessierten, die zu Aufnahmeverfahren, theoretischen und praktischen Fächern, Praktikumsplätzen und Prüfungsbedingungen Stellung genommen hatten.<sup>39</sup> Nun verzögerte sich der Start, weil die Regierung das eingereichte Subventionsgesuch noch nicht abschliessend behandelt hatte. Das Erziehungsdepartement prüfte nämlich die Frage, ob die neue Ausbildungsinstitution mit der bereits bestehenden Schule für Heimerziehung zusammengelegt werden könne, um die Kosten zu senken. Weil dies nicht durchführbar schien, regte das ED die Gründung eines gemeinsamen Trägervereins an, der die Koordination übernehmen sollte. Um diesen Wünschen nachzukommen, wurde der «Schulverein für soziale Berufe Basel» gegründet. Die Mitgliederversammlung der GGG war bereit, auch diese Organisation ins Patronat aufzunehmen.<sup>40</sup>

Eine weitere Frage, bei der sich die GGG mit einem Vorschlag einbrachte, betraf die Schulräume. Die GGG plante am Claragraben 123 anstelle des Autonomen Jugendzentrums einen Neubau.<sup>41</sup> Ein freies Stockwerk konnte sie anbieten. Auch die Schule für Heimerziehung zeigte Interesse, sich dort einzumieten. Durch die gemeinsame Nutzung von Bibliothek und Büromaschinen hätten Synergien entstehen können. Doch das Neubauprojekt wurde damals nicht realisiert. So mietete man kurzfristig dank der Vermittlung einer Stiftungsrätin das Haus an der Hebelstrasse 96 an.

Im Herbst 1970 stimmten schliesslich der Grosse Rat in Basel-Stadt und der Landrat in Baselland dem Subventionsgesuch des Schulvereins für soziale Berufe zu.<sup>42</sup> Beide Halbkantone übernahmen je die



Hälfte der Defizitdeckung. Der Schulverein erhielt demnach ab 1971 staatliche Subventionen und konnte den ersten Lehrgang der Basler Schule für Sozialarbeit starten. Damit war es Marguerite Gigon und ihren Mitstreitern gelungen, ihre Idee zu verwirklichen.

1980 bezogen die Schule für Heimerziehung und die Schule für Sozialarbeit das Theresienschulhaus an der Thiersteinallee 57, das die Kirchgemeinde Heilig Geist mit einem langen Mietvertrag zur Verfügung gestellt hatte. Diese räumliche Zusammenlegung der von Basel-Stadt und Baselland subventionierten Schulen bedeutete einen weiteren Schritt auf dem Weg zur einheitlichen Ausbildung in Sozialer Arbeit.

Als der Schulverein für soziale Berufe Basel 1988 in die Stiftung Höhere Fachschule im Sozialbereich umgewandelt wurde, nahm die GGG auch diese Nachfolgeorganisation in ihr Patronat auf und brachte 5000 Franken ins Stiftungskapital ein. 1995 beschlossen die beiden Trägerkantone, die Ausbildungen in Sozialarbeit und in Sozialpädagogik aus Spargründen zusammenzulegen. Dies geschah auch auf dem Hintergrund der «Verordnung über Minimalanforderungen für die Ausbildungen an Höheren Fachschulen im Sozialbereich», die das Eidgenössische Departement des Innern unter Bundesrätin Ruth Dreifuss am 18. Dezember 1995 erlassen hatte. Sie regelte auf nationaler Ebene die qualitativen und formalen Standards der Ausbildung in Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Soziokultureller Animation, lehnte sich strukturell an analoge Erlasse etwa für die Höheren Technischen Lehranstalten an und wertete damit die Ausbildungen und die Praxis der Sozialen Arbeit gesellschaftlich auf.<sup>43</sup> Die Regelung war Teil der neuen «Bildungssystematik», nach der das Schweizer Bildungswesen ab dem neuen Jahrtausend vereinheitlicht und flexibler gestaltet werden sollte.

Mit dieser Umgestaltung und Neuausrichtung der Schule verlor die GGG jeglichen Einfluss. So war es folgerichtig, dass 1997 die Stiftung Höhere Fachschule im Sozialbereich, der ehemalige Schulverein, aus dem GGG-Patronat entlassen wurde.<sup>44</sup> Nachdem das Ziel der «Schaffung einer Schule für Sozialarbeit in Basel erreicht und durch die kantonalen Subventionen finanziell gesichert» war, kündigte Marguerite Gigon, Gründerin und Präsidentin der nach wie vor bestehenden Stiftung Institution für Sozialpädagogik und Sozialfürsorge auf 1998 ihren Rücktritt an. Interimistisch übernahm Daniel Heusler das Präsidium, nachdem beschlossen worden war, die Stiftung weiterzuführen und sich dem zweiten Stiftungszweck, der «Förderung der Forschung und der Ausbildung in den Wissensgebieten, die zur sozialen Arbeit gehören», zuzuwenden.<sup>45</sup>

Gemäss Jahresberichten gewährte die Stiftung dem Verein Elternnotruf jährlich eine massgebliche Unterstützung. Dieser 1985 gegründete Verein stand seit kurzem unter dem Patronat der GGG. Er führte rund um die Uhr ein Beratungstelefon für Familien, die akut in Not waren, und setzte Betreuerinnen bei hilfeschuchenden Familien vorwiegend mit Kleinkindern prophylaktisch und in Krisensituationen ein. Ein zweiter Betrag wurde dem Verein Tagesmütter Basel-Stadt ausbezahlt.<sup>46</sup>

2010 beschloss die Stiftung Institution für Sozialpädagogik und Sozialfürsorge, ihr restliches Vermögen zu verteilen und die Stiftung zu liquidieren. Begünstigte Organisationen waren u. a. der Verein Elternhilfe beider Basel, das Projekt Mädonna der Basler Freizeitaktion, der Verein eifam und weitere, die im Bereich Eltern und Kinder arbeiteten. Überdies wurden eine Tagung zur Psychomotoriktherapie und eine Veranstaltung von Avenir Social, dem Berufsverband der in der Sozialen Arbeit tätigen Personen, unterstützt. Der Restbetrag wurde dem Forschungsprojekt «Wirkungsanalyse Heimerziehung» gewidmet. Nachdem keine Beschwerden gegen die Liquidation der Stiftung eingegangen waren, bestätigte die behördliche Aufsichtskommission die Auflösung der Stiftung.<sup>47</sup> Damit endete nach beinahe fünfzig Jahren gemeinsamen Engagements im Bildungs- und Sozialbereich auch das Patronat der GGG.

## GGG educomm

Eine der Bildungsfragen, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts virulent wurden, betraf den Fremdspracherwerb in der Primar- und Sekundarschule.<sup>48</sup> Die GGG nahm sich dieser grundlegenden Frage mit der A-Organisation educomm an.

Bis 1975 wurde in Schweizer Schulen die erste Fremdsprache, die selbstredend eine Landessprache war, auf Sekundarstufe unterrichtet. In der Deutschschweiz war dies Französisch. Viele Schulabgängerinnen und -abgänger verbrachten anschliessend ein Jahr in der Westschweiz, um die Französischkenntnisse zu vertiefen. Das «Welschlandjahr», das vielfach als Au-pair-Mädchen in einer Familie oder als Praktikant oder Praktikantin in einem Gewerbebetrieb verbracht wurde, war verbreitet und beliebt. 1975 beschloss die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) eine Reform, nach der die erste Fremdsprache (eine Landessprache) ab dem 4./5. Schuljahr und die zweite Fremdsprache (Englisch oder eine weitere Landessprache) ab dem 6./7. Schuljahr ins Curriculum aufgenommen wurden.

Aufgrund der veränderten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa befassten sich in den 1990er Jahren sowohl der Europarat als auch die Europäische Union verstärkt mit Fragen der Mehrsprachigkeit und der Interkulturalität. Auf Initiative der Schweiz fand im November 1991 im zürcherischen Rüslikon ein Symposium zum Sprachenerwerb in der Berufsausbildung statt. Daraus gingen der Gemeinsame Europäische Referenzrahmen für Sprachen (GER) und das Europäische Sprachenportfolio (ESP) hervor, deren vordringliches Anliegen es war, die mehrsprachigen und interkulturellen Kompetenzen zu fördern. Diese Ziele waren für die aktuelle Sprachenpolitik in Europa wegweisend.

1995 gab die EU das Weissbuch zur allgemeinen und beruflichen Bildung heraus. Dieses postulierte, dass jeder Bürger und jede Bürgerin in



Europa drei europäische Sprachen beherrschen sollte, was bedeutete, dass jeder und jede in der obligatorischen Schulzeit zwei Fremdsprachen zu lernen hatte. Überdies wurden das lebenslange Lernen und die Anwendung von innovativen Unterrichtstechniken gefordert.

Diese Massnahmen auf europäischer Ebene dienten als Grundlage des 1998 ausgearbeiteten nationalen Gesamtsprachenkonzepts in der Schweiz. 2004 beschloss die EDK, dass spätestens ab 2012/13 zwei Fremdsprachen in der Primarschule, wovon mindestens eine Landessprache, gelehrt werden sollten. In der Folge entbrannte über die Frage des Fremdspracherwerbs eine heftige Diskussion. Konnten Kindern, insbesondere jenen mit Migrationshintergrund, zwei Fremdsprachen in der Primarschule zugemutet werden und welches sollte die erste Fremdsprache sein? Englisch, das sich in der internationalen Kommunikation durchgesetzt hatte, oder eine Landessprache, die dem nationalen Zusammenhalt der Schweiz Rechnung trug? Während Ostschweizer Kantone Frühenglisch bevorzugten, konzentrierten sich Kantone, die an die Romandie grenzen, auf Frühfranzösisch: Neben Basel-Stadt gehören somit Baselland, Solothurn, Bern, Freiburg und das Wallis zu den sogenannten Passepartout-Kantonen, in denen Französisch ab der 3. und Englisch ab der 5. Primarklasse unterrichtet wird.

Zusammen mit dem damaligen Kantonalen Beauftragten für Schüleraustausch, Victor Saudan, initiierte die GGG 2001 das Projekt «educomm Schulpartnerschaften» zur Förderung des Sprachaustauschs im Sinne eines «échange de proximité»: Die Nähe zum Jura und zum Elsass sollte stärker genutzt werden, um die Schülerinnen und Schüler miteinander in Kontakt zu bringen. Der Name educomm bringt die Verbindung von Ausbildung (éducation) und Austausch (communication) zum Ausdruck. Als Projektleiterin konnte Brigitta Kaufmann gewonnen werden. Sie unterrichtete in Basel Französisch und übernahm später die Aufgabe einer Kantonalen Beauftragten für Schüleraustausch. Auch in der Begleitgruppe des Projekts educomm war von Anfang an eine Leitungsperson der Volksschule vertreten, so dass die enge Zusammenarbeit mit dem ED immer gesichert war.

Im Rahmen einer langfristigen Zusammenarbeit mit Schulen im Elsass und in der Westschweiz erhalten Basler Schulklassen bis heute die Möglichkeit, den Austausch mit anderssprachigen Klassen und einzelnen Schülerinnen und Schülern zu pflegen. GGG educomm unterstützt dabei organisatorisch und finanziell die Lehrpersonen, die Projektleiterin erstellt zweisprachige Unterrichtsmaterialien wie etwa Spiele, Postenläufe, Museumsaktivitäten, vermittelt Adressen und gewährt Unterstützung bei Fragen und Problemen.

Im Verlauf der Jahre hat die GGG educomm das Angebot ausgebaut. So organisierte die Verantwortliche mit der Hauptstelle und den Filialen der GGG Stadtbibliothek den Bereich «À petits pas», in dem Kinder französische Bücher und andere Medien ausleihen können. An alle Schulhäuser der Primarschule wurden zudem Kisten mit je fünfzig französischen Medien, die sogenannten «Bibambules» (Bibliothèques ambulantes) verteilt.

Seit August 2011 können Lehrpersonen aus 29 Ateliers auswählen, um mit ihren Klassen Aktivitäten auf Französisch ausserhalb des Curriculums durchzuführen. Da stehen etwa Vorstellungen des Figurentheaters Felucca oder das Kunos Circus Theater auf dem Programm. Es gibt zweisprachige Führungen in Kunst-, Geschichts- und Naturmuseen. Die K'Werk-Bildschule bis 16 der Schule für Gestaltung Basel bietet Tier- und Pflanzenbeobachtungen im Botanischen Garten an, und in der Jukibu, der interkulturellen Bibliothek für Kinder und Jugendliche, gibt es Kamishibai-Vorstellungen (japanisches Erzähltheater) auf Französisch.

Unter den Einzelaustauschprojekten sei das Sprachbad hervorgehoben: Während zwei Wochen besuchen Schülerinnen und Schüler aus Basel und Riehen ein Collège im grenznahen Elsass, und Kinder aus dem Elsass gehen in Basel in die Schule. Sie verbringen den ganzen Tag am anderen Ort, essen in der Kantine oder bei ihren Gastfamilien und kehren nach dem Nachmittagsunterricht nach Hause zurück. Die Collèges im Elsass sind so ausgewählt, dass sie ab Basel mit den öffentlichen Verkehrsmitteln (Tram oder Bus) erreichbar sind. Im Jahr 2015 nahmen 87 Schülerinnen und Schüler aus Basel / Riehen und 35 aus dem Elsass an diesem Programm teil.

Zur Unterstützung und Ermutigung der Lehrpersonen organisiert das ED Weiterbildungen zum Thema «Austausch und zweisprachiges Unterrichten» mit gegenseitigen Hospitationen.

Die von der GGG unterstützten Projekte im Rahmen der Förderung des französischen Spracherwerbs in der Orientierungs- und heute in der Primarschule erwiesen sich als erfolgreich und führten beim Erziehungsdepartement zur Bereitschaft, sich finanziell stärker zu beteiligen. So wurde im November 2012 zwischen der Volksschulleitung des ED und der GGG eine Leistungsvereinbarung unterzeichnet, in der die zukünftige höhere finanzielle Beteiligung des ED an GGG educomm geregelt wird.

Die Ziele von educomm gehen weit über die reine Sprachförderung hinaus, denn «Austausch fördert die Kinder in ihrer sozialen und interkulturellen Kompetenz: Sie überwinden ihre Scheu, gewinnen Selbstvertrauen und machen die Erfahrung, dass sie trotz ihren noch geringen sprachlichen Kompetenzen – mit Hilfe geeigneter Strategien – Kontakte knüpfen können. Und sie merken mit zunehmender Vertrautheit, dass vermeintlich «Komisches» oft einfach nur «anders», ja vielleicht sogar anregend ist», hält die Projektleiterin Brigitta Kaufmann fest.<sup>49</sup>

Die A-Organisation GGG educomm reiht sich ein in das Geschäftsfeld Familie der GGG. Spracherwerb und Sprachkompetenz sind seit der Gründung der GGG wichtige Bereiche. Kommunizieren – auch über die eigene Sprache hinaus – gehört zum bildungsbürgerlichen Ideal von aufgeklärten und mündigen Menschen. Sich verständigen, sich austauschen, unterschiedliche Meinungen diskutieren können sind wichtige Pfeiler in einem demokratischen mehrsprachigen Land wie der Schweiz. Damit nutzt GGG educomm die Chance der Grenzlage Basels zu Frankreich und zur Westschweiz und hat ein Projekt aufgebaut, dem Pioniercharakter zukommt.



# Heilen und Helfen

## Merian-Iselin-Spital, homöopathisches Spital

«Ich vermache der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen in Basel eine Summe von Achthunderttausend Franken (Fr. 800 000.–) unter folgender Bedingung: Die Gesellschaft ist verpflichtet, von dieser Summe einen Betrag von Siebenhunderttausend Franken (Fr. 700 000.–) zur Erstellung und Dotierung eines Homöopathischen Spitals von mindestens fünfzehn Betten im Stadtbezirk von Basel zu verwenden.»<sup>50</sup>

Drei Jahre vor ihrem Tod am 15. Dezember 1901 hatte Adèle (Adelheid) Merian-Iselin (1827–1901) ihr Testament, dem das obige Zitat entnommen ist, notariell hinterlegt. Sie vermachte der GGG ihr grosses Vermögen, die damit ein homöopathisch geführtes Spital mit fünfzehn Betten für unbemittelte Kranke in Basel errichten sollte. Einen Teil des Betrags erhielt die GGG zur freien Verfügung.

Eigentlich hätte sich die GGG über dieses grosszügige Legat freuen sollen, doch sie geriet in ein ungeahntes Dilemma. Im GGG-Vorstand waren Ärzte vertreten, die allopathisch, also schulmedizinisch praktizierten und die Homöopathie als «Scharlatanerie» ablehnten. Sie befürchteten, dass die GGG mit dem Projekt eines homöopathischen Spitals ihr Ansehen und ihre Akzeptanz als gemeinnützige Organisation aufs Spiel setze. Dagegen betonten andere GGG-Mitglieder, dass die Verstorbene mit dem Legat ihr Vertrauen in die GGG ausdrücke. Tatsächlich verweigerte die Mitgliederversammlung vom 20. Juni 1902 mit 36 zu 26 Stimmen die Annahme des Legats und stimmte einem Rückweisungsantrag zu.<sup>51</sup>

Wie konnte die GGG den Betrag von 100 000 Franken, der ihr zur freien Verfügung in Aussicht gestellt wurde, für sich retten, ohne den Hauptzweck – das homöopathische Spital – erfüllen zu müssen? Wie konnte sie verhindern, Jahresberichte des homöopathischen Spitals im Blaubuch abzdrukken und damit ihren Ruf zu schädigen? Diese Fragen trieben die GGG-Verantwortlichen um. Die kontroverse Debatte gelangte auch an die Öffentlichkeit.

Doch wie kam Adèle Merian-Iselin überhaupt auf die Idee eines homöopathischen Spitals in Basel? Dazu sind wir auf Vermutungen angewiesen. Die Homöopathie, die der aus Meissen stammende Samuel Hahnemann (1755–1843) begründet hatte, verbreitete sich auch in der Schweiz.<sup>52</sup> Möglicherweise war der in Basel wirkende Franz Josef Siegrist der erste Arzt, der in der Schweiz mit der Homöopathie in Berührung kam. Sein

Sohn Albert studierte ebenfalls Medizin und legte 1860 das Staatsexamen ab. Zur Zeit seiner Weiterbildung in Wien herrschte eine Typhusepidemie. Gemäss den Berichten aus den verschiedenen Spitälern stellte er fest, dass im homöopathischen Spital die Todesrate weitaus geringer war als in den anderen Krankenanstalten. Als er an Typhus erkrankte, erfuhr er die positive Wirkung der homöopathischen Mittel auch an sich selbst. Er kehrte als Anhänger dieser Heilmethode nach Basel zurück und eröffnete neben der seit einigen Jahren bestehenden homöopathischen Praxis von Theophil Bruckner seine eigene.<sup>53</sup> Albert Siegrist war zeitweilig auch als Leiter der homöopathischen Abteilung des Katholischen Spitals an der Hammerstrasse 45 tätig.<sup>54</sup> Und er war der Hausarzt von Adèle Merian-Iselin. Damit hatte er eine Vertrauensposition.

Als in Zeitungsartikeln der Zwiespalt der GGG bekannt wurde, erhielt sie etliche gute Ratschläge. Der Präsident des Vereins homöopathischer Ärzte der Schweiz bot aus St. Gallen seine Unterstützung an.<sup>55</sup> Der Präsident der Diakonissen-Anstalt in Riehen zeigte sich bereit, das Spital dort zu integrieren.

Ein vom GGG-Vorstand eingeholtes und in der Allgemeinen Homöopathischen Zeitschrift abgedrucktes Gutachten löste unter den Homöopathen Empörung aus. «Die Mehrzahl der Homöopathen sind keine Betrüger», schrieb der Vereinspräsident Albert Grubenmann an die GGG. Sie hätten Medizin studiert und seien erst durch die Praxis auf diese Heilmethode gestossen. Er zerpfückte das Gutachten Punkt für Punkt und widerlegte etwa die Behauptung, dass die avisierten unteren Schichten gar kein Bedürfnis nach homöopathischer Behandlung hätten. Aus Erfahrungen in Amerika und Europa sei bekannt, dass «die Armen sich gerne der homöopathischen Behandlung zuwenden, wo es ihnen möglich gemacht» werde.<sup>56</sup>

Der Ausweg aus dem Dilemma war die Gründung der Merian-Iselin-Stiftung, die der GGG als B-Organisation angehören würde.<sup>57</sup> Spitzfindig konnte nun gesagt werden, dass das homöopathische Spital nicht Eigentum der GGG, sondern der Merian-Iselin-Stiftung sei. Und der GGG stand der Betrag von 100 000 Franken zur freien Verwendung. Die ablehnenden Stimmen, die der Homöopathie «den Trieb nach Wahrheit und Wissenschaftlichkeit» absprachen und für die GGG einen Präzedenzfall fürchteten – so etwa Stadtarzt Theophil Lotz –, erinnerten an das Wort «für 100 000 Fr. verkauft man seine Seele nicht».<sup>58</sup> Doch sie wurden an der Mitgliederversammlung überstimmt.<sup>59</sup> Das Projekt konnte in die nächste Phase gehen.

Gemäss der Vereinbarung zwischen GGG und Testamentsvollstrecker übernahm eine dreiköpfige Delegation die Aufgabe, der GGG jährlich Bericht zu erstatten. In die Spitalkommission wählte der GGG-Vorstand neun Männer. Präsident wurde Prof. Dr. Wilhelm Bruckner, Sohn von Theophil Bruckner.<sup>60</sup> Der ehemalige Hausarzt der Verstorbenen verpflichtete sich nur für ein Jahr. Andere wie der Apotheker Engelmann sagten aus persönlichen Gründen ab.





[20] Adèle Merian-Iselin stiftete ihr Vermögen der GGG für den Bau eines homöopathischen Spitals mit fünfzehn Betten für unbemittelte Kranke in Basel. 1918 wurde das Merian-Iselin-Spital eröffnet. Hier der Blick von der Gotthelfstrasse aus um ca. 1930.

Als erstes klärte die Spitalkommission die finanzielle Situation, suchte ein geeignetes Grundstück und wählte einen Spitalleiter. Ein Gutachten ergab, dass zur Deckung der Betriebskosten jährlich 500 000 Franken nötig seien. Also blieben für die Baukosten 200 000 Franken, was als unzureichend erachtet wurde. So entschied sich die Kommission, mit dem Bau noch zuzuwarten, um das Kapital mit Zinsen zu vermehren.<sup>61</sup> Das war die erste zeitliche Verzögerung.

Im Februar 1904 teilte der Kommissionspräsident auf einem Blatt Papier mit Briefkopf «Homöopathisches Spital in Basel» der GGG mit, dass ein Bauplatz gefunden worden sei. Er liege zwischen Eichen-, Föhren-, Gotthelf- und Buchenstrasse, umfasse etwa 3900 Quadratmeter und gehöre dem Bürgerspital Basel. Das Pflegamt verkaufe das Land zu akzeptablen Bedingungen für 32 Franken pro Quadratmeter. Für die Bedürfnisse eines Spitals mit fünfzehn bis zwanzig Betten sei der Platz reichlich bemessen, doch gehe man davon aus, dass in nicht ferner Zeit eine Erweiterung nötig sei, etwa ein «kleines Absonderungshaus für infectiöse Krankheiten».<sup>62</sup> Wie voraussichtlich diese Bemerkung war, sollte sich bereits bei der Eröffnung zeigen.

Auch ein Spitalarzt war bereits gefunden. Es war Edwin Scheidegger sen. aus Aarau.<sup>63</sup> Er hatte in Bern Medizin studiert und nach dem Staatsexamen 1892 als Assistent im Pathologisch-anatomischen Institut gearbeitet. Ein Jahr später liess er sich als Hausarzt in Grindelwald nieder. Offenbar kam er bei den Bauernfamilien, die sich im Winter – abgeschnitten von schneller ärztlicher Hilfe – mit homöopathischen Heilmitteln selbst behandelten, in Kontakt mit der Homöopathie. Einige Jahre später übernahm er die Praxis eines homöopathischen Arztes in Aarau, der nach Basel gezogen war. Scheidegger wurde zunächst Mitglied und später auch Sekretär des Verbandes Schweizerischer Homöopathischer Ärzte (SVHA).

Als ihm 1904 die Leitung des geplanten homöopathischen Spitals übertragen wurde, zog er nach Basel, um beim Bau, bei der Konzeption und der Organisation mitzureden. Bis zur Spitaleröffnung führte er an der Schützenmattstrasse eine Praxis. Um sich umfassend zu informieren, besuchte er homöopathische Spitäler in Berlin, Leipzig und München sowie grössere und kleinere Spitäler in der Schweiz.

Nach fünf Jahren hatten Experten erkannt, dass ein Spital mit lediglich fünfzehn Betten unverhältnismässig teuer käme, wie der Kommissionspräsident der GGG 1909 mitteilte. Es werde nun die doppelte Bettenzahl angestrebt, um nach Eröffnung nicht sofort erweitern zu müssen.<sup>64</sup> Der GGG-Vorstand hiess die vorgelegten Baupläne gut.

Erneut vier Jahre später war mit dem Bau immer noch nicht begonnen worden. Womit diese weitere Verzögerung zu tun hatte, ist nicht bekannt. Als der Spitalverwalter Mayer 1913 die bereits genehmigten Pläne zur Beurteilung erhielt, kritisierte er wesentliche Mängel wie etwa fehlende Terrassen, zu wenige Nebenräume und weitere Unzulänglichkeiten. Weil Korrekturen nicht sinnvoll schienen, wurden die Pläne gleich ganz



aufgegeben. Der neu in die Kommission gewählte Kantonsbaumeister Carl Leisinger legte neue Skizzen und Pläne vor, die aber in der Ausführung zu teuer waren. Also entschied die Kommission, einen Gebäudeflügel wegzulassen. Der Baubeginn wurde auf das folgende Jahr angesetzt.<sup>65</sup>

Aber auch 1914 wurde mit dem Bau nicht begonnen. Die Kommission wollte zuwarten, bis der Grosse Rat den «Ratschlag und Gesetzesentwurf betreffend die Errichtung einer öffentlichen Krankenkasse des Kantons Basel-Stadt» beraten hatte. Weil Adèle Merian-Iselin die Aufnahme von wenig bemittelten Kranken bestimmt hatte, war für die Kommission massgebend, wie die Organisation der Krankenkasse ausgestaltet wurde. Sie wollte sichergehen, dass das homöopathische Spital als Vertragspartner anerkannt wurde.<sup>66</sup>

Es war nicht etwa der Ausbruch des Ersten Weltkriegs, der dazu führte, dass die Baupläne erneut aufs Eis gelegt wurden. Vielmehr wollte der Kommissionspräsident im Februar 1915 vor Baubeginn noch die folgenden zwei Punkte mit der GGG klären: «Ist die Kommission befugt, im Falle sie es für wünschbar halten sollte, Teile des Spitals auch ändern als homöopathischen Ärzten zur Verfügung zu stellen? Muss die ausdrückliche Bezeichnung «homöopathisches Spital» unbedingt beibehalten werden, oder darf die offizielle Bezeichnung auch etwa «Spital Merian-Iselin» lauten?»<sup>67</sup>

Bruckner begründete die Fragen damit, dass sie das Spital mit dreissig Betten doppelt so gross planten, um rentabel zu sein, und dass sie mit der Einrichtung eines «Röntgenkabinetts» nicht auf «die Errungenschaften der modernen Medizin» verzichten wollten. Vielleicht sei es einmal wirtschaftlich notwendig, einzelne Räume anderen Ärzten zu vermieten. Ohne den Begriff «homöopathisch» in der Bezeichnung des Spitals sei es wohl einfacher, solche Ärzte zu finden. Es betreffe ja nur den Namen und nicht die Sache selbst, ergänzte er. Bruckner wollte sich vergewissern, dass damit die Erfüllung des Testaments nicht angefochten würde.

Der Vorstand lehnte das Gesuch der Kommission einstimmig ab.<sup>68</sup> Denn es sei gewiss, dass die Testatorin der Homöopathie ein Spital zur Verfügung stellen wollte und irgendeine andere Verwendung des Legatbetrags nicht gewünscht habe. Deshalb könne die Kommission das Spital nicht anderen als homöopathischen Ärzten zur Verfügung stellen und deshalb dürfe auch der Name nicht geändert werden. Der Testamentsvollstrecker gab überdies zu bedenken, dass die Erben die Aufhebung des gesamten Legats verlangen könnten, wenn sie den Eindruck erhielten, dass das Testament nicht korrekt vollzogen werde. Die Kommission war über diese Mitteilung nicht erfreut.

Nach letzten planerischen Anpassungen, vertraglichen Regelungen mit der Öffentlichen Krankenkasse und privaten Anbietern war es im Frühling 1916 endlich soweit, und der Bau wurde begonnen. Am 8. Dezember 1916 wurde die Stiftungsurkunde der Merian-Iselin-Stiftung unterzeichnet und ins Handelsregister eingetragen.

Aufgrund der kriegsbedingten wirtschaftlichen Schwierigkeiten «in der Lebensmittelbeschaffung und der ungemein verteuerten Heizung» wurde die Spitaleröffnung erst auf Frühling 1919 vorgesehen. Doch wegen der Grippeepidemie, die seit dem Sommer 1918 auch in Basel wütete und alle Spitäler und Noteinrichtungen an die Kapazitätsgrenzen brachte, fragte das Sanitätsdepartement die Merian-Iselin-Stiftung an, ob nicht früher eröffnet werden könne. Die Stiftung war dazu bereit unter der Voraussetzung, dass ihr die «erforderlichen Mengen an rationierten Lebensmitteln sowie an Brennmaterial und Gas zugeteilt» und dass ihr vom Bürgerspital die «Privatpatienten» zugewiesen würden.<sup>69</sup> Alle diese Forderungen wurden schnellstmöglich erfüllt, damit noch im Winter 1918/19 ein weiteres Spital mit Grippekranken belegt werden konnte.

Vom Tod Adèle Merian-Iselins bis zur Erfüllung ihres Testaments und Traums waren siebzehn Jahre vergangen. Deutlich weniger lang dauerte es, bis der Stiftungszweck unterminiert wurde. Zwei Jahre nach Inbetriebnahme zeigte sich, dass das Defizit zwar kleiner als budgetiert war, aber die Kapitalzinsen auch bei einer sparsamen Betriebsführung nicht ausreichten. Eine Ärztegruppe war interessiert, im noch unbenutzten Dachstock eine Privatklinik für Chirurgiepatienten einzurichten, und war bereit, die für den Aus- und Umbau anfallenden Kosten zu übernehmen. Der Kommissionspräsident schilderte der GGG die finanziellen Vorteile und betonte, dass Mittel der Stiftung nicht für die Privatklinik aufgewendet würden, dass hingegen Drittklasspatienten, für die das Spital in erster Linie bestimmt sei, günstiger aufgenommen werden könnten. Das Abkommen würde für fünf Jahre gelten, könnte aber aufgrund einer Vertragsklausel auch früher gekündigt werden. Zudem würden die Ärzte auf eigene Kosten einen Röntgenapparat installieren, den das Spital mitbenützen könne und der heute zu einer modernen Behandlung gehöre. Danach fügte der Präsident noch beiläufig hinzu, dass man bereits seit einem halben Jahr einem Arzt einige Zimmer zur Unterbringung seiner Privatpatienten zur Verfügung stelle.<sup>70</sup>

Die GGG war bereit, auf die Untervermietung des Dachstocks einzugehen, wenn der Testamentsvollstrecker einverstanden war. Dieser sah eigentlich sein Mandat längstens als erledigt an, äusserte aber seine Bedenken, die weniger die Vermietung betrafen, als eine mögliche «Betriebsgemeinschaft (Küche, Linge, Röntgenapparat) mit allopathischen Ärzten». Durch operative Eingriffe an Patienten, die nicht Anhänger der Homöopathie seien, würde die allopathische Behandlung «in den Spital eingelassen», wozu die Homöopathen wohl kaum Hand bieten würden. Und er wiederholte, dass bei einer nicht stiftungsgemässen Verwendung des Legats die Erben berechtigt wären, das Geld zurückzufordern.<sup>71</sup>

Nun wurden die Erben aufgesucht. Nach verschiedenen Gesprächen stimmten sie 1920 einer Vermietung an die Ärztegruppe zu unter der Bedingung, dass die im Testament verlangten fünfzehn Betten für homöopathische Patienten reserviert blieben und die chirurgische von der homöopathischen Abteilung getrennt sei.<sup>72</sup>



Bei allen Änderungen, die in den folgenden Jahrzehnten den Stiftungszweck betrafen, wurde auf die testamentierten fünfzehn Betten für homöopathische Patienten gepocht, ungeachtet des städtischen Bevölkerungswachstums. Solange diese Bettenzahl eingehalten wurde, erachtete man den Stiftungszweck als erfüllt. Dass der Stiftungszweck des «Homöopathischen Spitals», das Adèle Merian-Iselin wahrscheinlich vorgeschwebt hatte, bereits 1921 durch die Namensänderung in Merian-Iselin-Spital nicht mehr sichtbar war, gehört zu dem schrittweisen Wandel. Warum die Umbenennung nun möglich war, geht aus den Akten nicht hervor.

Der verantwortliche Spitalarzt Edwin Scheidegger trug diese Änderungen mit. Als Mitglied des Deutschen Zentralvereins homöopathischer Ärzte übernahm er zunehmend deren theoretische Vorstellungen. Sie vertraten weniger die genuine Hochpotenzhomöopathie als die naturwissenschaftlich-kritische Richtung. Damit geriet er in Konflikt mit den Schweizer Kollegen, die der klassisch-homöopathischen Ausrichtung verpflichtet waren und ihm eine «mangelhafte homöopathische Führung» des Spitals vorwarfen. Schliesslich trat Scheidegger 1924 nach 25-jähriger aktiver Mitgliedschaft aus dem Schweizer Verein Homöopathischer Ärzte (SVHA) aus.<sup>73</sup> In einem Nachruf wird es 1949 heissen, dass er es «allen theoretischen Bedenken zum Trotz» durchsetzte, dem Spital eine chirurgische Abteilung anzugliedern. Er sei bestrebt gewesen, die Homöopathie «auf naturwissenschaftliche Forschung und Methoden aufzubauen», was ihm von «fanatischen Anhängern der Homöopathie» übelgenommen worden sei, ihm aber die Achtung von «ernsten Homöopathen der modernen Richtung» wie etwa seinem Schüler, dem Berliner Dozent Fritz Donner, gebracht habe.<sup>74</sup> Der hier angesprochene Konflikt klassisch-homöopathische versus naturwissenschaftlich-kritische Richtung musste jedoch nicht zwingend identisch sein mit der Frage, ob man Chirurgie zulässt oder nicht.

Nach Scheideggers Rücktritt 1936 wählte die Stiftungskommission seinen älteren Sohn Edwin Scheidegger-Wüthrich zum Nachfolger.<sup>75</sup> Er hatte in Basel Medizin studiert und die homöopathische Heilmethode von seinem Vater gelernt. Im Merian-Iselin-Spital arbeitete er vor allem als Chirurg und Hausarzt.<sup>76</sup> Auch wenn den Briefkopf des Merian-Iselin-Spitals das Porträt von Samuel Hahnemann, dem Begründer der Homöopathie, zierte, ist nicht klar, wie weit Scheidegger jun. der Homöopathie verpflichtet war.

Nach seinem frühen Tod 1947 wurde sein jüngerer Bruder Walther Scheidegger, der ebenfalls in Basel Medizin studiert hatte, von der Kommission als Nachfolger eingesetzt. In seiner mehr als 20-jährigen Ära baute er das kleine Privatspital zu einem beachtlichen Klinikbetrieb aus. Die gestiegenen Anforderungen der modernen Medizin und die neuen technischen Untersuchungsmöglichkeiten verlangten Mitte der 1960er Jahre eine umfassende Neuplanung. Sollte die Merian-Iselin-Stiftung einen Neubau errichten, oder sollte sie sich andern sozialen Aufgaben zuwenden? Auch der Präsident des SVHA Rudolf Flury erkundigte sich nach den Plänen und

sprach an den Vereinssitzungen über die Situation des homöopathischen Spitals. Es sei ein vages Versprechen gegeben worden, bei einer Wahl eines homöopathischen Chefarztes den Verein einzubeziehen.<sup>77</sup> Im regierungsrätlichen Ratschlag betreffend die Gewährung eines Staatsbeitrags an den Neubau eines Akutkrankenhauses der Merian-Iselin-Stiftung, der 1970 dem Grossen Rat vorgelegt wurde, wurde die Homöopathie nur in der Einleitung zur Gründungsgeschichte erwähnt. Zwar versuchte der Präsident des SVHA, in Briefen und Gesprächen mit Mitgliedern des Stiftungsrats die Idee des homöopathischen Spitals zu retten, indem er vorschlug, zumindest eine homöopathische Abteilung für chronisch Kranke neben einem Seminar- und Medikamentenraum im Konzept des neuen Merian-Iselin-Spitals vorzusehen. Er bot auch an, die Suche nach einem geeigneten homöopathischen Arzt als Leiter der Abteilung zu unterstützen. Der Stiftungsrat lehnte aber aus baulichen Gründen einen Seminar- und Medikamentenraum ab und schrieb weiter: «Selbstverständlich sind wir bestrebt, den in den Statuten verankerten Zweck der Merian-Iselin-Stiftung zu erfüllen. So stehen für die homöopathische Behandlung von Patienten im neuen Merian-Iselin-Spital stets eine Anzahl Betten zur Verfügung.»<sup>78</sup> Wie weit die fünfzehn im Testament vorgesehenen Betten tatsächlich genutzt und Patienten homöopathisch behandelt wurden, geht aus den vorliegenden Akten nicht hervor.

Als im Oktober 1974 der Neubau mit 150 Betten in Betrieb genommen wurde, gab es vier Chefarzte, darunter einen für Homöopathie. Zwar verfügte Dr. Markus Greub über zwölf Betten, aber dem Vernehmen nach hatte er keine Ausbildung in dieser medizinischen Richtung. Die rechtliche Zulässigkeit dieser faktischen Stiftungszweckentfremdung wurde nach dem Grundsatz «wo kein Kläger, da kein Richter» beantwortet. Im SVHA sorgte das Thema «Homöopathisches Spital Basel» als Ausbildungsstätte für künftige Berufsleute öfters für Gesprächsstoff, etwa bei den Bemühungen, einen homöopathischen Ordinarius an die Basler Medizinische Fakultät zu berufen, was aber erfolglos blieb.<sup>79</sup>

Zwar hielt die Merian-Iselin-Stiftung noch 1980 daran fest, dass der Grundsatz der homöopathischen Behandlungsmöglichkeit beibehalten werde. Im August 1981 erlassene «Grundsätze für die Belegärzte des Merian-Iselin-Spitals», die 1990 erneut revidiert wurden, hielten in Punkt 7 fest, dass «der Stiftungsurkunde Rechnung tragend der homöopathischen Medizin im Merian-Iselin-Spital eine Sonderstellung zuerkannt» werde und die für diese Disziplin benötigten Betten bei Bedarf bereit stünden.<sup>80</sup>

Die GGG führte die Merian-Iselin-Stiftung in ihrem Jahresbericht 1998 zum letzten Mal als B-Organisation auf: «Akutspital sowie Tagesklinik mit freier Arztwahl für Privat- und Allgemeinpatienten. Bereiche: Chirurgie, Orthopädie, Urologie, Augenkrankheiten, HNO, Gefässkrankheiten und Innere Medizin. Pflegeheim mit angegliedertem Tagesheim. Spezialinstitute: Labor, Radiologie, Physiotherapie mit «Physio-Plus». Homöopathische Behandlungsmöglichkeiten.»<sup>81</sup>



Bei der Entlassung der Merian-Iselin-Stiftung aus dem Patronat der GGG spielten mehrere Faktoren eine Rolle. Schon seit längerem wollte der Stiftungsrat die Stiftungsurkunde durch ein neues Stiftungsstatut den aktuellen Verhältnissen anpassen. Mit der revidierten Organisationsstruktur sollten die Stiftungsräte auch operative Aufgaben gegen Entschädigung übernehmen. Der Stiftungsratspräsident sollte für die operative Leitung gar ein angemessenes Honorar erhalten.

Nach einigen Auseinandersetzungen zwischen Stiftungsrat und GGG-Vorstand erläuterte der Delegierte zur Merian-Iselin-Stiftung an der GGG-Mitgliederversammlung vom 16. Juni 1999 den Hintergrund, der zum Antrag geführt hatte, die Stiftung zu entlassen.<sup>82</sup> In der GGG würden Ämter in Kommissionen und Stiftungen ehrenamtlich ausgeübt. Die finanzielle Abgeltung widerspreche ihren Prinzipien. Der GGG-Vorstand wolle an diesem Grundsatz festhalten. Er verstehe jedoch, dass zur professionellen Leitung eines Spitals ein ehrenamtliches Engagement nicht mehr ausreiche, zumal das Gesundheitswesen sehr komplex geworden sei. Überdies gehöre wohl die Führung eines kommerziell ausgerichteten Spitals nicht mehr zu den Kernaufgaben der GGG. In den Verhandlungen sei klar geworden, dass es klüger sei, getrennte Wege zu gehen und die Merian-Iselin-Stiftung in die Unabhängigkeit zu entlassen. Die Mitgliederversammlung stimmte dem Antrag ohne Gegenstimme bei einer Enthaltung zu. Damit endete das Zusammengehen von GGG und Merian-Iselin-Spital, das fast hundert Jahre Bestand gehabt hatte.

Die revidierte Stiftungsurkunde des «Merian Iselin, Klinik für Orthopädie und Chirurgie» vom 22. September 1999 wurde von der kantonalen Aufsichtsbehörde genehmigt.<sup>83</sup>

## Basler Höhenklinik in Davos Dorf

Eine langjährige Institution der GGG, die auf eine Anregung der Medizinischen Gesellschaft Basel zurückging, war die 1896 eröffnete Basler Heilstätte für Brustkranke in Davos. Die Industrialisierung und das damit verbundene Bevölkerungswachstum in den Städten führten im 19. Jahrhundert zu vielen sozialen und gesundheitlichen Problemen. Eines betraf die Tuberkulose, die bei den ungesunden und beengten Wohnverhältnissen der Unterschichten enorm zunahm und eine der häufigsten Todesursachen war. Der Basler Hilfsverein für Brustkranke, die spätere Baslerstädtische Liga für Lungenkranke, übernahm den Betrieb des von den Architekten Gustav und Julius Kelterborn errichteten Sanatoriums.

Nur solche Kranke wurden aufgenommen, bei denen eine Behandlung Aussicht auf Erfolg hatte, so dass man hoffen konnte, ihre Arbeitsfähigkeit werde weitgehend wiederhergestellt. «Geheilte und gebesserte»

Personen hatten sich nach der Entlassung regelmässig bei der Tuberkulosefürsorgestelle in Basel einzufinden. «Renitente» Patienten und Patientinnen besuchte die Fürsorgerin zu Hause und drängte sie zur Nachuntersuchung.<sup>84</sup>

Die Heilstätte hatte nicht nur die Funktion eines Spitals, sondern auch einer Erziehungsanstalt, schrieb der ärztliche Leiter Eugen Nienhaus in einem Bericht über die ersten fünfzehn Jahre ihres Bestehens: «Sie soll dem wieder gekräftigten und übermütigen jungen Patienten, der sich oft absolut nicht krank fühlt, für das spätere Leben den richtigen Weg zeigen.»<sup>85</sup> Die Haus- und Tagesordnung war deshalb streng. Eine Übertretung konnte gar die Entlassung zur Folge haben. Als Behandlungsprinzip galten die Abwechslung von Ruhe und Bewegung und eine gute Ernährung. Die fieberfreien Patienten verbrachten bis gegen sechs Stunden auf dem Liegestuhl und unternahmten vier- bis fünf-stündige Fusstouren unter ärztlicher Kontrolle.

Um die Eintönigkeit des Tagesablaufs zu unterbrechen, stellte sich die Frage nach zweckmässiger Beschäftigung. Patientinnen konnten sich im hauswirtschaftlichen Bereich betätigen wie den Tisch decken und abräumen, Wäsche zeichnen und sortieren. Für Patienten schien es schwieriger, etwas Passendes zu finden. Während kleine Reparaturarbeiten und Schneeschaufeln gerne ausgeführt wurden, war Jäten weniger beliebt. Zur Verfügung standen auch Einrichtungen für Buchbinde- und Schreinerarbeiten. Überdies wurden für Männer und Frauen Sprachkurse in Französisch, Italienisch und Englisch angeboten, allerdings erschwerten das heterogene Vorwissen und die ungleiche Leistungsfähigkeit den Unterricht. 1952 wurde eigens eine Beschäftigungstherapeutin, die den ersten Kurs für Beschäftigungstherapie an der Zürcher Schule für Sozialarbeit absolviert hatte, zur Alltagsgestaltung angestellt.<sup>86</sup>

Mit der Verbreitung des Antibiotikums Streptomycin nach dem Zweiten Weltkrieg stand der Medizin nun ein wirksames Medikament zur Verfügung, das gemeinsam mit der besseren Ernährung und Hygiene zum Rückgang der Tuberkulose wesentlich beitrug. Die Auslastung der Heilstätte mit Lungenkranken ging zurück, sie musste sich für die Zukunft neu orientieren. Wie andere Heilstätten im In- und Ausland entschied sich die Kommission, mit der Einrichtung einer Station für nichttuberkulöse Lungenkranke die Klinik zu einem «Mehrzwecksanatorium» zu erweitern.<sup>87</sup> Doch wenige Jahre nach Eröffnung der neuen Station gaben 1971 die ungenügenden Belegungszahlen erneut zu reden. Verschiedene Massnahmen wurden geprüft. Einerseits wurde aus Spargründen die Streichung einer Assistentenstelle erwogen, andererseits wurde die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt. Der Chefarzt gelangte an die Schweizerische Multiple Sklerose Gesellschaft, um in den Sommermonaten vierwöchige Ferientaufenthalte für Kranke und deren Pflegepersonen anzubieten. In diese Zeit fiel wegen der veränderten Ausrichtung die Namensänderung zu Basler Höhenklinik in Davos Dorf.<sup>88</sup>





[21] Die Architekten Gustav und Julius Kelterborn errichteten 1896 die Basler Heilstätte für Brustkranke in Davos.

[22] Die Liegehalle um 1897. Als Behandlungsprinzip galten Ruhe und Bewegung sowie eine gute Ernährung.



Nach 1976 sank die Belegung nochmals markant. Die Gründe waren vielfältig, wie der ehemalige Kommissionspräsident Jahre später schrieb.<sup>89</sup> Zum einen hinkte die Infrastruktur der Gebäude dem Standard der neuen Spitalbauten in Basel weit hinterher. Die Krankenzimmer verfügten über keine Nasszellen, und die Toiletten waren weit entfernt. Zum anderen gab es eine Überkapazität im Akutbettenbereich und eine grosse Ärztedichte in der Stadt. Dies hatte zur Folge, dass frei praktizierende Ärzte es zur Sicherung ihres Einkommens vorzogen, die an Atemwegserkrankungen leidenden Patienten mehrmals pro Woche zur Inhalation in die Praxis zu bestellen anstatt nach Davos zu schicken. Trotz zunehmender Mobilität verlor Davos zudem wegen der grossen Distanz an Attraktivität. Viele Basler gaben den Kurhäusern in Heiligenschwendi oder auf der Barmelweid den Vorzug, die sie mit einer Autofahrt von eineinhalb Stunden erreichen konnten. Vermutlich trug auch der Wechsel des Chefarztes just in jener Zeit zur negativen Entwicklung bei.

1984 fielen die bereits beschlossenen baulichen Erneuerungen der Höhenklinik Davos einer umfassenden Sparkampagne zum Opfer, die die Basler Regierung wegen Fehlbeträgen in der Staatsrechnung lancierte. «Leider gelang es nicht, eine politische Grundwelle für den Erhalt auszulösen», schrieb der Kommissionspräsident, und dies, obwohl damals die Luftverschmutzung und das Waldsterben grosses Thema in den Medien waren. Man habe keinen Zusammenhang gesehen – unverständlicherweise, wenn man bedenke, «mit welcher Hysterie gerade in Basel» diese «Medienkampagne» geführt worden sei, parallel zum «Überlebenskampf der Klinik».<sup>90</sup>

Weder die Suche nach anderen «Patienten-Kategorien», etwa Personen mit allergischen Hauterkrankungen, Herzinfarkt-Patienten oder Psychosomatikerinnen, noch eine Zusammenarbeit mit anderen Höhenkliniken, etwa der Schaffhausisch-Thurgauischen Heilstätte STH, boten eine zukunftssträchtige Lösung.<sup>91</sup> Als definitiv war, dass beide Halbkantone keine weiteren Beiträge sprechen würden, war die Schliessung der Basler Höhenklinik auf Ende Oktober 1985 beschlossene Sache.

Das Areal wurde sofort an den Meistbietenden veräussert. Nach dem erfolgten Verkauf musste die Stiftung als bisherige Trägerin der Höhenklinik gemäss Statut liquidiert und das verbleibende Vermögen der GGG zu gemeinnützigen Zwecken übertragen werden. Um die vollständige Liquidation zu verhindern, wurde eine Teilliquidation vereinbart mit der Auflage, dass die GGG den erhaltenen Betrag in die geplante «GGG Stiftung für das Gesundheitswesen» einbrachte. Diese Stiftung unterstützt insbesondere «AIDS-Kranke und Drogenbeschädigte». Die Stiftung der Höhenklinik wurde umbenannt in «Krankenfürsorgestiftung der GGG (vormals Basler Höhenklinik in Davos Dorf)» und sah vor, künftig Patienten und Patientinnen, die an Atemwegserkrankungen oder an anderen Krankheiten leiden, zu unterstützen. Die Mitgliederversammlung der GGG sowie der Basler Regierungsrat stimmten diesen Änderungen zu.<sup>92</sup>



[Abb.23]  
[Abb.24]



[23] Blick in die Küche, 1897.

[24] Die Kurkapelle der Basler Heilstätte im Juni 1911.



## Tagesheim Egliseeholz

Um erholungsbedürftigen Frauen, für die zeitlich und finanziell ein Kur-aufenthalt in den Bergen nicht in Frage kam, ein Äquivalent zu ermöglichen, konstituierte sich 1910 eine «Kommission zur Errichtung und zum Betrieb einer Basler Walderholungsstätte für Chronisch-Kranke und Genesende». Ärzte würden solche Einrichtungen in Stadtnähe für die Fürsorge von Lungenkranken und Rekonvaleszenten sehr begrüßen, weil sie die Spitäler und Sanatorien entlasteten. Es gäbe sie bereits in einigen Städten Deutschlands sowie in den Westschweizer Städten Genf und Lausanne, schrieb der Kommissionspräsident Charles-Daniel Bourcart im November 1911 in einem Finanzgesuch an die GGG.<sup>93</sup> Die Basler Regierung habe ein Areal im Egliseeholz zur Verfügung gestellt und leihweise eine «Krankenbaracke» überlassen. Gönner hätten sich bereit erklärt, Mittel für den Bau einer Liegehalle und für Mobiliar zur Verfügung zu stellen. Weil weder der Staat noch der Hilfsverein für Brustkranke für die jährlichen Betriebskosten aufkommen konnten, wurde die GGG angefragt. Nach Zusendung des Kostenvoranschlags entschied der Vorstand, das Gesuch gutzuheissen und die «Kommission für Walderholungsstätten», wie sie lange hiess, regelmässig zu unterstützen. Die Mitgliederversammlung stimmte dem Kredit zur Deckung des Betriebsdefizits zu.<sup>94</sup>

Schon kurz nach der Eröffnung der Walderholungsstätte Egliseeholz am 2. Mai 1912 zeigte sich das grosse Bedürfnis nach einer solchen Institution. Pflegebedürftigen Frauen, die zu Hause eingespannt waren und die Familie nicht für längere Zeit allein lassen konnten, bot die Walderholungsstätte «Ruhe, gute Luft & kräftige Ernährung». Der Betrieb war von Mai bis Oktober täglich von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends geöffnet.

Die 117 Frauen, die im ersten Jahr von Ärzten der allgemeinen Poliklinik des Spitals und der Tuberkulosefürsorgestelle überwiesen wurden, litten gemäss Jahresbericht an folgenden Erkrankungen: «Lungenkrankheiten (38), Blutarmuth (23), Nervenleiden (21), Herzkrankheiten (11), Rekonvaleszenz nach acuten Erkrankungen (11), Constitutionelle Schwäche (9), Magen & Darmkrankheiten (5), Unterleibsleiden (4), Nieren & Blasenleiden (3) und diverse Krankheiten (Laryngitis chron. 1, Scrophulose 2, Spondylitis 2, Arteriosclerose 1, Total 6)».<sup>95</sup> Der leitende Arzt war Robert Vogel-Sarasin. Die Pflege übernahm die Riehener Diakonisse und Krankenschwester Sr. Caroline Kunz, die im folgenden Jahr von der Krankenschwester Elise Leimbacher abgelöst wurde. Zwei Jahre nach der Eröffnung wurde eine Abteilung für kranke Männer eingerichtet.

Um die 1914 gegründete Oeffentliche Krankenkasse (OeKK), die für Personen mit niedrigem Einkommen obligatorisch war und für alle anderen Baslerinnen und Basler freiwillig, nicht zu sehr zu beanspruchen, wurde die Aufenthaltsdauer der versicherten Kranken auf drei Wochen



beschränkt (ausser bei schwerer Lungentuberkulose), und die Ärzte wurden aufgefordert, mit der Verordnung einer Liegekur zurückhaltend zu sein.<sup>96</sup> Zehn Jahre nach Eröffnung hatten fast 3000 erholungsbedürftige unbemittelte Kranke von einer Kur profitieren können. Die Heilresultate waren recht günstig, viele erholten sich so weit, dass sie wieder arbeitsfähig waren. Auch der Gesundheitszustand von unheilbar Kranken besserte sich im Verlauf der Behandlung.

Um den Kuralltag abwechslungsreicher zu gestalten und die Kranken zu beschäftigen, wurden Bastel- und Werkarbeiten eingeführt. Die hergestellten Gegenstände wurden jeweils am Weihnachtsbazar der GGG im Schmiedenhof verkauft und der Erlös für Neuanschaffungen verwendet.

Mit der Einführung der Antibiotika und der Impfungen gegen die Tuberkulose sowie der allmählichen Verbesserung der Lebensbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung kam es in den 1960er Jahren zu grundlegenden Erneuerungen. Die Walderholungsstätte wandelte sich zu einem Tagesheim und richtete sich neu auf betagte und chronisch kranke Menschen, etwa MS-Kranke, aus.<sup>97</sup> Die Institution als Erholungsort in der Nähe der Stadt wollte man erhalten, doch waren das «barackenartige Haus und Mobiliar verwohnt», und die sanitären Einrichtungen entsprachen nicht mehr zeitgemässen Anforderungen.<sup>98</sup>

Aufgrund des akuten Bettenmangels in den Spitälern hatten das Bürgerspital und die Leimenklinik das Modell des Tagesspitals entwickelt. Einerseits reichte in vielen Fällen eine ambulante medizinische Betreuung, andererseits war sie volkswirtschaftlich günstiger als eine Hospitalisierung.

Mit einem Neubau, der über genügend heizbare Liegehallen verfügte, gelang es, den Betrieb ganzjährig zu führen. Ein Labor für Blut- und Urinuntersuchungen wurde eingerichtet und medizintechnische Geräte wie etwa ein EKG und ein Inhalationsapparat wurden angeschafft, um den erhöhten Ansprüchen an eine gesundheitliche Versorgung zu genügen. Angeboten wurden auch Physio-, Ergo-, Bewegungs- und Gruppentherapien für die Betreuten, die alt und krank waren, die unter «Vereinsamung, medikamentöser Verwahrlosung, mangelnder Bewegung oder fehlenden persönlichen Kontakten» litten.<sup>99</sup> Die volle Belegung mit gegen fünfzig Tagespatientinnen und -patienten täglich entsprach einem Bedürfnis. Ohne den Druck eines Spitaleintritts konnten kleinere medizinische Probleme bei älteren Menschen mit einem Minimum an Aufwand und Personal zu tragbaren Bedingungen behandelt werden.

Eine wichtige Rolle spielte dabei der psychologische Aspekt des Tagesheims. Weil vielen älteren Menschen ein soziales Netz in der Stadt fehlte oder erwerbstätige Familienangehörige nur am Wochenende Zeit für sie erübrigen konnten, hatten sie wenig Austausch. Gerade in der Gruppentherapie fanden sie den Raum, um über existentielle Themen wie etwa «Angst vor Krankheit, Alter und Tod», «persönliche Sorgen über familiäre Probleme, Liebe, Ehe, Konflikte mit den Kindern und Grosskindern» zu sprechen und ihre Ohnmachtsgefühle und Ängste zu formulieren. In der

Gruppe erlebten sie ein «Gefühl des Vertrauens, des Zusammengehörens und der Solidarität» und konnten so ihr «Selbstgefühl» stärken.<sup>100</sup>

Es war der Beginn der professionellen Fürsorge für die alten Menschen in unserer Gesellschaft. Der Kampf um finanzielle Absicherung im Alter hatte mit der Einführung der AHV 1947 einen Meilenstein erreicht, erstmals waren die Betagten von der Notwendigkeit befreit, einer Erwerbsarbeit nachzugehen, solange es gesundheitlich möglich war.

In den 1990er Jahren zeichnete sich ein neuer Wandel ab, als vermehrt pflegeabhängige Patienten und Patientinnen das Egliseeholz aufsuchten. Neu nannte sich das Tagesheim im Rahmen einer Umstrukturierung GGG Tagespflegeheim für Betagte. Ziel war es, zu einer höheren Lebensqualität von pflegebedürftigen betagten Menschen beizutragen. An fünf Wochentagen erhielten sie eine umfassende Betreuung, die eine Aktivierungstherapie, eine Gymnastik- und Bewegungstherapie sowie verschiedene Betätigungsmöglichkeiten wie Gedächtnisspiele, Spaziergänge und gestalterische Aktivitäten beinhaltete. Die drei täglichen Mahlzeiten waren auf besondere Bedürfnisse wie etwa Diabetesdiät ausgerichtet. Der Transport morgens und abends wurde von der Institution organisiert.<sup>101</sup>

Das Thema der Qualitätssicherung erhielt im sozialen Bereich zu Beginn des 21. Jahrhunderts einen enormen Stellenwert. Das interdisziplinäre Team des GGG Tagespflegeheims führte mit dem Institut für Arbeitsorganisation und Qualitätsdiagnostik ein Audit durch, um sich mit Qualitätsfragen zu befassen und allfällige Schwachstellen auszumachen. Gemeinsam wurde ein Qualitätssignet entwickelt, das eine wachsame Eule zeigt: «Wir drücken kein Auge zu, wenn es um Qualität geht», lautete der dazugehörige Slogan. Als Anerkennung finanzierte die GGG die Gestaltung einer Homepage, die inzwischen in der Kommunikation unentbehrlich geworden war.

Finanzielle Gründe waren nach 2000 ausschlaggebend, dass verschiedene Angebote wie das Frühturnen und zwei Mahlzeiten wegfielen, die Öffnungszeiten reduziert wurden und diplomiertes Fachpersonal im Pflege- und Therapiebereich durch Mitarbeitende aus den Assistenz- und Hilfsberufen ersetzt wurde. Diese Sparmassnahmen allein reichten noch nicht aus, um das Budget in ein Gleichgewicht zu bringen. Ohne höhere staatliche Subventionen konnte die GGG das Tagespflegeheim, das im Grundsatz unbestritten war, nicht weiterführen. Doch entsprechende Verhandlungen waren erfolglos geblieben. So suchte die GGG-Kommission eine andere, grössere Trägerschaft im Altersbereich. 2006 wurde sie gefunden: der «Sternenhof – Leben und Wohnen im Alter», der betagten Menschen verschiedene Betreuungsformen anbietet. Im Bereich Tagesbetreuung war er bereits im Gellert und im Felix Platter-Spital engagiert, was ihm die Nutzung von Synergien ermöglichte.

Die GGG schrieb im letzten von ihr verantworteten Jahresbericht: Wenn die GGG immer wieder Neues tun wolle, müsse sie auch Altes abgeben oder aufgeben können. «Eine Tätigkeit abgeben heisst, die Tätigkeit



[Abb. 25]  
[Abb. 26]



[25] Das Tagesheim Egliseholz an der Fasanenstrasse, um 1968.

[26] Ab 1912 konnten sich pflegebedürftige Frauen und Männer in der Walderholungsstätte Egliseholz bei «Ruhe, guter Luft & kräftiger Ernährung» erholen.



in Hände legen, die mit der gleichen Sorgfalt und Liebe die Aufgabe weiterführen, aber mit besseren Rahmenbedingungen.» Am 14. Dezember 2006 fand zur Übergabe an den Sternenhof ein «rauschendes Fest» statt mit gutem Essen und den Zwischenstücken von Clown Pello.<sup>102</sup>

## Krankenzimmer für Obdachlose

Die GGG unterstützte nicht nur Vorhaben, die von Behörden, Organisationen oder Privatpersonen an sie herangetragen wurden. Sie initiierte auch selbst Projekte, wie das folgende Beispiel zeigt. Nach der Teilliquidation der Basler Höhenklinik in Davos gründete sie 1988 zwei Stiftungen, die «GGG Stiftung für das Gesundheitswesen» und die «Krankenfürsorgestiftung der GGG (vormals Basler Höhenklinik Davos)».

Eine Arbeitsgruppe «Neue Aktivität der GGG», die seit einiger Zeit die Fühler nach künftigen Aufgabenfeldern ausstreckte, schlug dem Vorstand vor, eine Studie über die Drogensituation in der Region Basel zu finanzieren. Dieser war damit einverstanden und bewilligte 1986 10 000 Franken.<sup>103</sup>

Die GGG hatte seit den 1970er Jahren Projekte im Bereich der Drogenproblematik mitfinanziert. So gewährte sie 1971 der Arbeitsgemeinschaft für aktuelle Jugendfragen (AAJ) eine Starthilfe für das Drop-in.<sup>104</sup> Die Beratungsstelle für Alkohol- und Drogenprobleme nahm sie ins Patronat auf, bis sie 1975 vom Baslerstädtischen Gesundheitsamt übernommen wurde.<sup>105</sup> Die GGG beteiligte sich auch an der Finanzierung der Cikade des Vereins Drogenhilfe, die Drogenentzüge durchführte.

An einer Sitzung der Arbeitsgruppe «Neue Aktivität der GGG» referierte der Anwalt Pierre Joset über «Neue Perspektiven einer neuen Drogenpolitik».<sup>106</sup> Bisher stand im Fokus, «die Drogenabhängigen von den Drogen zu entwöhnen und sie mit begleitenden Therapien zur Abstinenz zu zwingen». Mit dieser Methode habe man etwa zehn Prozent der Betroffenen erreicht. Inzwischen gebe es neue Lösungsansätze wie «Überlebenshilfe (ohne Zwang zur Abstinenz), Abgabe von Ersatzdrogen, materielle Hilfe (Wohnraum, Verpflegung) und Entkriminalisierung der Drogenabhängigen (gleiche Behandlung wie für Alkoholiker, Morphium- und Medikamentensüchtige)». Die GGG könne Joset zufolge wie bis anhin die «traditionellen Drogen-Institutionen» unterstützen oder sie könne sich auf diesen Paradigmenwechsel einlassen, der «im Gegensatz zur «etablierten» Drogenbekämpfung» stehe.

Die Schwachstellen des bisherigen Therapieverständnisses der Totalabstinenz und des entsprechenden Behandlungsmodells beschrieb der Mitbegründer des Ulmenhofs in Ottenbach, eines der ersten soziotherapeutischen Zentren, die Sucht- und Drogenfragen mit einem andern Ansatz angehen. Zuerst gehe es um die Überlebenshilfe, damit «die Desintegration der Betroffenen nicht weiter fortschreitet», danach würden alle Ansätze



zur Selbsthilfe und Selbstverantwortung unterstützt und gefördert. Am dringendsten seien zurzeit «gassennahe, medizinische Hilfsangebote und, wo bereits AIDS ausgebrochen ist, spezielle Projekte, die adäquat auf die zu erwartenden neuen Probleme reagieren können».<sup>107</sup>

Um ein unterstützungswürdiges Projekt im Bereich der Drogen- und Aids-Problematik zu entwickeln, klärte die GGG-Arbeitsgruppe, deren Mitglieder in Drogenfragen kein Fachwissen hatten, mit Hilfe von Experten und durch informative Besuche verwandter Institutionen mögliche Ideen ab. Dabei sahen sie ihre Rolle folgendermassen: «Wir müssen uns mit bestehenden Institutionen verständigen, sie zu Rate ziehen, ihnen helfen und nach Möglichkeit eine Koordination anstreben.»<sup>108</sup>

Sie wurden von Fachleuten jedoch darauf hingewiesen, dass in Basel bereits ein grosses und vielfältiges Hilfsangebot für Drogensüchtige bestehe, dass etwa vierzig Personen in diesem Bereich tätig seien und dass weder eine «Koordinierung», die «nur Bürokratie bringen würde», noch eine «Erhebung über den Stand der Drogenhilfe» wünschenswert seien.<sup>109</sup> Eine Lücke gebe es – wegen Aids – «seit Jahren in der medizinischen Versorgung der akut drogenabhängigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen», meinte der Leiter der Beratungsstelle für Alkohol- und Drogenfragen. Polikliniken und Hausärzte seien oft mit den «schwierigen Verhaltensweisen der Fixer» überfordert. Zwar sei schnell und unbürokratisch die freie Abgabe von Spritzen und Kondomen eingeführt worden, aber es fehle «ein «medizinisches Ambulatorium» für Fixer, welches mit einfachen Mitteln die wichtigsten Hilfeleistungen einer medizinischen Versorgung gewährleisten» könne.<sup>110</sup> In Zürich war 1986 ein solches «Krankenzimmer» vom stadtärztlichen Dienst eröffnet worden.

Die Arbeitsgruppe fragte nun bei der Regierung an, ob in Basel etwas Äquivalentes geplant sei, ob für die tägliche Krankenvsichte ein Arzt eines staatlichen Spitals zur Verfügung gestellt werde und ob die staatliche Zentralstelle für Liegenschaftsverkehr (ZLV) bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten behilflich sein könne.<sup>111</sup> In ihrer Antwort begrüsst die Regierung die Idee, riet aber, die Trägerschaft um Fachpersonen aus der Sozial- und Jugendarbeit sowie der Psychiatrie und aus Betroffenenkreisen zu erweitern und die Liegenschaft mit dem Drop-in zu teilen. Ein Spitalarzt könne nicht entbehrt werden, als Alternative käme vielleicht eine Gruppe von privat praktizierenden Ärzten in Frage.<sup>112</sup>

Nach weiteren Abklärungen stellte die Arbeitsgruppe fest, dass das Projekt Krankenzimmer für Obdachlose (KfO) zwar realisiert werden könnte, aber dass zusätzliche Finanzgeber, ein Leiter, ein Haus sowie Mitglieder für die GGG-Kommission fehlten. So entschied sie sich, anstelle des KfO andere Unternehmungen wie etwa das Gassenküche-Projekt Friedensgasse, Gilgamesch oder die Erweiterung des Drop-in in Betracht zu ziehen. An der «Drogenhilfe» wollte sie indessen festhalten.<sup>113</sup> Doch drei Wochen später, Ende Juni 1988, erklärte sie dem GGG-Vorstand: «Wir sind zum Schluss gekommen, dass sich unser gut gemeinter Plan, unkompliziert und ohne

viel Umtriebe eine GGG-eigene Lösung anzubieten und uns damit zu profilieren, leider nicht verwirklichen lässt.»<sup>114</sup>

Die Arbeitsgruppe stellte zur Arbeitsweise des GGG-Vorstands wohl etwas ernüchert fest, dass dieser und sein kleines Sekretariat (noch vor der Einführung des vollamtlichen Geschäftsführers) mit einem Verwaltungsrat verglichen werden könne, der «die Arbeiten der A-Kommissionen kontrolliert und genehmigt, Vorschläge prüft und Anregungen gibt» sowie die Rechnungen der B- und C-Kommissionen prüft respektive zur Kenntnis nimmt und deren Tätigkeiten unterstützt und fördert, überdies Gesuche von GGG-fremden Institutionen bewilligt oder ablehnt. Wenn der Vorstand aber «eigene Aktivitäten entfalten» wolle, müsse er eine Kommission oder einen Stiftungsrat finden, die das Projekt realisierten. Wenn er sich nicht auf eine Kommission stützen könne, sei das Werk häufig misslungen. Als Beispiele erwähnte die Arbeitsgruppe «Musikführer 1982, Wägwyser 1979, Jugendclub 123 (Mittagstisch und Aufgabenstunden 12.00–16.00h) 1969, Saalbauten 1968 sowie ein Therapieheim für Jünglinge 1966».<sup>115</sup> Allerdings war diese Einschätzung rückblickend zu pessimistisch, denn der Musikführer wurde wie oben erwähnt veröffentlicht, und der GGG Wegweiser erfüllt seine Aufgaben im umgebauten Schmiedenhof erfolgreich.

Auch die Idee des KfO war noch nicht begraben. Es war nun das Jugendamt, das das Konzept des KfO mit der Arbeitsgruppe besprechen wollte. Die Mitarbeitenden der Notschlafstelle für Jugendliche, die sich am Mühlegraben 3 befand, seien motiviert, einen Teil der Arbeit zu übernehmen. Als Trägerschaft kämen die GGG oder ein zu gründender privater Verein in Frage. Geeignete Räume gäbe es in der Liegenschaft neben der Notschlafstelle.<sup>116</sup>

Also arbeitete die Arbeitsgruppe weiter. Sie beschäftigte sich weiterhin mit der Standortfrage und besichtigte unter anderem die «Sous-sol-Wohnung in der Villa Dalbe» am St. Alban-Rheinweg 118, das ehemalige Atelier des verstorbenen Basler Malers Ermanno Boller, das nun als Ausstellungsraum diente. Dafür müsste die GGG einen Ersatz bieten.<sup>117</sup> Im oberen Stock der Villa Dalbe betreute der 1980 gegründete Verein für Gefangenbetreuung und Gefährdetenhilfe, «Das Angebot», auf der Grundlage des Evangeliums Strafgefangene, Straftlassene und Gefährdete. Ende Mai 1989 lag eine mündliche Zusage der ZLV für die Miete der Wohnung am St. Alban-Rheinweg vor. Die GGG war an einem langfristigen Mietvertrag von mindestens fünf Jahren interessiert.<sup>118</sup> Zwei Wochen später entschied die Arbeitsgruppe, das KfO zu realisieren.<sup>119</sup> Die offizielle Eröffnung samt Pressekonferenz wurde für den 18. Dezember 1989 angekündigt.

Das Krankenzimmer für Obdachlose, das die GGG als A-Organisation aufnahm, bot gemäss Konzept «tagsüber für maximal 10 Personen eine Krankenpflege, die etwa dem entspricht, was andere Menschen zuhause von ihren Angehörigen erhalten können». Es ergänzte die Notschlafstelle mit einer Tagesstruktur für kranke Menschen. Die Öffnungszeiten von Montag bis Freitag von 9 bis 18.30 Uhr waren der Notschlafstelle angepasst.



Das Mittagessen wurde den stationären Benutzerinnen und Benutzern kostenlos abgegeben. Der Arzt des nahe gelegenen Drop-in machte täglich Visite. Neben einer einfachen medizinischen Versorgung mit Hilfe gegen Entzugssymptome (Methadon) gab es bei Bedarf auch eine psychosoziale Betreuung. Verboten waren Drogenhandel und Drogen- und Alkoholkonsum. Bei Zuwiderhandlung wurde der Benutzer, die Benutzerin nach einer Verwarnung aus dem KfO ausgewiesen.

An der GGG-Mitgliederversammlung vom 13. Juni 1990 nahmen die Anwesenden die Bildung der neuen A-Organisation KfO einstimmig an. Nach dem ersten Betriebsjahr war das Fazit des Leiters Walter Amsler durchzogen. Das Konzept des KfO war ausgerichtet auf die vorwiegend medizinische Betreuung kranker Obdachloser, für die drei Krankenschwestern und ein Arzt angestellt waren, doch zu 80 Prozent besuchten drogensüchtige junge Menschen das Zentrum. Sie erlebten den Raum als stressfrei und kamen «mit einem grossen Bedürfnis nach psychosozialer Betreuung». Obdachlose waren kaum darunter, weil diese auch über Nacht eine Bleibe benötigten. Als ambulante Einrichtung war das KfO von der Drogenszene zu weit entfernt und seine Öffnungszeiten nicht optimal. «Wo Drogensüchtige (oder sonst eine andere Randgruppe) sich etabliert haben, kommt keine andere Randgruppe mehr hin.» Körperlich Kranke mussten, da es keine Betreuung rund um die Uhr gab, weiterverwiesen werden. Dies hatte sich «auf der Gasse» schnell herumgesprochen. Zudem waren die Pflegepersonen aufgrund ihrer spezifischen Grundausbildung im KfO «intellektuell wie auch arbeitsmässig unterfordert». Der Leiter schloss sein Resumée: «Das KfO sollte in seiner heutigen Form nicht mehr weitergeführt werden», weil das Verhältnis von Kosten und Nutzen nicht im Gleichgewicht war. Als Varianten schlug er vor, den Betrieb auf 24 Stunden und 7 Tage pro Woche auszubauen, einen neuen Standort zu prüfen und Staatssubventionen zu beantragen oder aber das KfO zu schliessen. Dann könne das eingesparte Geld in einem neuen KfO-Projekt oder für ein neues GGG-Projekt verwendet werden.<sup>120</sup>

Berechnungen für einen Vollbetrieb gingen von jährlich rund einer Million Franken aus, ein Betrag, der die finanziellen Möglichkeiten der GGG weit überstieg. Auch staatliche Subventionen waren dafür kaum zu erhalten. So entschied sich der GGG-Vorstand nach intensiven Diskussionen mit allen Beteiligten, das KfO auf Ende Jahr zu schliessen, weil das Bedürfnis und das Konzept nicht übereinstimmten und ein neues Konzept am gleichen Ort nicht realisiert werden konnte.<sup>121</sup>

Mehrere Institutionen, die sich in Basel für Drogen konsumierende Menschen einsetzten, wie die KETTE, das Drop-in, das Gassenzimmer, die Notschlafstelle bedauerten die Schliessung des niederschweligen Projekts. Pointiert nahm der Kantonsarzt Stellung: «Dieser Verlust ist symptomatisch für eine Reihe von Vorkommnissen der letzten Monate, welche nicht nur auf Unkenntnis basieren, sondern auch auf einer als arrogant zu bezeichnenden Einstellung der verantwortlichen Behörden

beruht und überspitzt formuliert lautet: «Soziale Einrichtungen müssen rentieren oder sie werden geschlossen.» Beispiele seien die Kontroversen um die Gassenküche, die drohende Schliessung des Hauses Gilgamesch wegen Subventionskürzungen und die angekündigte Schliessung des Fixerstüblis am Lindenberg – alles Projekte der Überlebenshilfe. Das in den letzten Jahren aufgebaute Netz von Überlebenshilfen könne nur dann funktionieren, wenn alle Elemente intakt seien. Die Eliminierung eines Angebots habe im Sinne eines Domino-Effekts unmittelbare Folgen für die restlichen Institutionen, die unter erschwerten Bedingungen arbeiten müssten und somit in ihrer Existenz gefährdet würden. «Man muss sich ernsthaft fragen, wie lange dieser Ausverkauf der Menschlichkeit in unserer Stadt noch weitergehen soll?» Und er rief alle privaten und staatlichen Institutionen dazu auf, sich gemeinsam im Bereich der Überlebenshilfe für drogenabhängige und mittellose Mitmenschen einzusetzen.<sup>122</sup>

Auch von Seiten der Nutzerinnen und Nutzer wurde die Schliessung bedauert: «Es war auch ein Ort, wo wir uns treffen und zusammen den Tag verbringen konnten», schrieb eine Jugendliche, «die Atmosphäre, die am Nachmittag im KfO herrschte, war meistens locker und ruhig. Für uns ist mit dem Ende des KfO eine der wichtigsten sozialen Institutionen für Randgruppen wie uns verschwunden. [...] Es ist schrecklich, müssen immer die besten Projekte und Ideen zugrunde gehen. Aber wir glauben, dass durch das Ende des KfO wieder etwas Neues entstehen kann und soll. Wir kämpfen weiter, täglich sind wir mehr.»<sup>123</sup>

Für die GGG war immerhin erfreulich, dass die ZLV dem Verein für Gefangenenbetreuung und Gefährdetenhilfe zu gleichen Konditionen zusätzlich das Parterre vermietete, wo er eine Drogenentzugsstation einrichten wollte.<sup>124</sup>



# Beraten und Betreuen

## Basler Lehrlingsheim

Immer wieder gelangten staatliche Stellen an die GGG mit der Anfrage, bei der Realisierung von sozialen Projekten mitzuhelfen, die nicht im unmittelbaren Aufgabenbereich der staatlichen Verwaltung lagen. Im Juni 1913 unterbreitete Otto Stocker, Amtsvormund und Leiter der Abteilung Schutzaufsicht in der Vormundschaftsbehörde, der GGG seinen Plan eines «Kost- und Logierhauses für Lehrlinge».<sup>125</sup> Es gebe nur wenige Institutionen für die «schulentlassene Jugend». In seiner Tätigkeit hatte er etwa mit einem «elternlosen Jüngling ohne Verwandte», mit einem «Amtsmündel illegitimer Herkunft» oder mit einem «Pflegesohn», dessen Stiefvater ihn nicht in seiner Familie duldet, zu tun. Ein «mutterloser Jüngling» – begabt und arbeitswillig – war in der Freizeit «kriminell» geworden, weil der Vater als Lokomotivführer unregelmässig arbeitete und ihn zu wenig beaufsichtigen konnte. Es fehlten ihm die finanziellen Mittel für Kost und Logis, um den Sohn in einer Pflegefamilie unterzubringen.

Diese Beispiele hatten den Amtsvormund zur Überzeugung gebracht, dass für solche Jugendliche «ein von einem erzieherisch tüchtigen Elternpaar geleitetes Lehrlingsheim, das gegen stark reduziertes Kostgeld (Fr. 30.– bis 40.–/Mt.) die Jünglinge aufnehme, die geeignetste Lösung» sei. In der Stadt sei es selten geworden, dass Lehrlinge in Lehrbetrieben Unterkunft fänden. Es sei auch schwer, «geeignete Pflegeeltern zu finden, die Jugendliche mit Liebe und Verständnis aufnehmen, da es sich meist um schwer zu behandelnde willensschwache Menschen handelt, die mit einem ungewöhnlichen Mass an Liebe und Takt behandelt werden sollten». Während eine «Fürsorgeerziehungsanstalt für arbeitsscheue und verbrecherisch veranlagte Jugendliche im Sinne einer Arbeitslehrkolonie, die zugleich Beobachtungsstation für psychisch Anormale wäre», eine staatliche Aufgabe sei, sollte ein Lehrlingsheim Stocker zufolge privat geführt werden. Allerdings könne sich der Staat daran beteiligen, wenn er etwa ein Gebäude zinsfrei zur Verfügung stelle oder einen namhaften Betrag an die Betriebskosten leiste.

Nach einer Besprechung mit Stocker im Januar 1914 lehnte der GGG-Vorstand das Gesuch aus folgenden Gründen ab.<sup>126</sup> Die Lehrstellenvermittlung sei der Vormundschaftsbehörde angegliedert, ein Lehrlingsheim sei «auf erhebliche staatliche Beiträge angewiesen» und könnte, auch wenn die GGG es gründete, «doch in absehbarer Zeit vom Staat

übernommen werden». Überdies müsse die GGG berücksichtigen, dass etliche der von ihr unterstützten Anstalten sich vergrösserten und mehr Mittel benötigten. Deshalb wolle sie «in erster Linie» diese unterstützen. Neuerdings benötige auch die Volksküche, ein für eine grosse Bevölkerungsgruppe wichtiges Projekt, die Hilfe der GGG.

Weil die GGG die Projektidee wegen der finanziellen Konsequenzen nicht mittragen wollte, wählte Stocker den Weg über eine Vereinsgründung. Um Unterstützung in Gewerbekreisen zu finden, wandte er sich an die GGG-Kommission zur Unterstützung der Gewerbelehrlinge. Neben Gewerbetreibenden und Handwerksmeistern zeigten sich auch Berufsberater und Juristen offen für Stockers Vorhaben. Am 12. März 1917 wählte die konstituierende Versammlung Rudolf Leupold zum Präsidenten und Otto Stocker zum Sekretär und verabschiedete die Statuten des Vereins Basler Lehrlingsheim. Der Zweck war es, Jugendlichen ohne Familienangehörige in Basel «ein freundliches Heim zu bieten und ihre Entwicklung zu körperlich tüchtigen und sittlich gefestigten Männern zu fördern», damit sie hier ihre Berufsausbildung absolvieren konnten. Die Hauseltern hatten «an Elternstatt für das leibliche und geistige Wohl der Heiminsassen» zu sorgen. Ihre Rechte und Pflichten wurden durch Vertrag und Hausordnung geregelt.

Kaum ein Jahr später konnte Mitte Januar 1918 das Lehrlingsheim im «neuen Rebhaus» an der Leimenstrasse 65 mit 31 Lehrlingen eröffnet werden. Der Dienstvertrag mit den ersten Hauseltern, Eugen und Hulda Hermann-Isenegger, war abgeschlossen. Gemeinsam mit den Dienstboten und den Lehrlingen waren sie kranken- und unfallversichert. Im Verlauf des ersten Jahres traten fünf Jugendliche nach Beendigung der Lehre aus, drei mussten entlassen werden und zwei starben unglücklicherweise an der Spanischen Grippe.<sup>127</sup>

Der Verein Basler Lehrlingsheim war weiterhin auf Geldsuche – auch bei der GGG. Dass diese «hochangesehene, finanzkräftige Gesellschaft [...] angesichts der weitherzigen Zweckbestimmung in §1 der Verfassung» dieses Projekt erneut finanziell nicht unterstützen wollte, wurde mit Enttäuschung zur Kenntnis genommen.<sup>128</sup> Man bemühte sich in der Folge, weitere Mitglieder zu gewinnen und staatliche Subventionen zu erhalten.

Dem dritten Anlauf war schliesslich Erfolg beschieden, und die GGG sagte ihre Unterstützung zu. Das Lehrlingsheim wurde ins Patronat aufgenommen. Die Mitgliederversammlung hiess den Antrag des GGG-Vorstands 1918 gut.

Fortan delegierte die GGG zwei Vertreter in den Vorstand des Vereins Basler Lehrlingsheim und genehmigte Jahresbericht und Jahresrechnung. Ihr jährlicher Unterstützungsbeitrag belief sich auf 3000 Franken. Weitere Einnahmen generierte das Lehrlingsheim aus Mitgliederbeiträgen, Geschenken, Legaten und staatlichen Subventionen. Wegen der wirtschaftlich schwierigen Zeiten in den 1920er und 1930er Jahren musste das Kostgeld öfters erhöht werden, obwohl der Vereinsvorstand dies im Interesse bedürftiger Lehrlinge nicht für wünschenswert hielt.



Bis Ende der 1950er Jahre befand sich das Lehrlingsheim am ursprünglichen Ort. Im Hinblick auf eine mögliche Erweiterung hatte der Verein schon 1949 von Coop in der Breite Land erworben. Als das Bürgerspital zusätzliche Räume benötigte, wurde der Plan eines Neubaus konkret. An Ostern 1960 konnte das neue Lehrlingsheim am Karpfenweg 15 mit 40 Plätzen eröffnet werden.

In einem neuen Prospekt wurden Ziel, Zweck und Haltung des Lehrlingsheims vorgestellt.<sup>129</sup> Jugendliche werden «sinnvoll und umsichtig betreut, ohne dass sie einem Anstaltszwang unterworfen werden». «Gesunde, gutartige junge Menschen verschiedener Bekenntnisse, nicht aber schwierige oder gar kriminelle Jugendliche» fänden Aufnahme. Man wolle die «Schützlinge mit Vertrauen und Liebe betreuen und hoffe, dass sie sich zu selbständigen, verantwortungsbewussten und charakterfesten Persönlichkeiten entwickeln». Die Heimleitung wollte keine «Schwererziehbaren» aufnehmen, weil sie «eine Verschärfung des Regimes» ablehnte. Die Hausordnung sei kein «Verbotblatt», sondern die «Grundlage für ein erspriessliches, reibungsloses Zusammenleben in der grossen «Familie»». Sie diene als Orientierung und könne durch Weisungen und Verfügungen der Hauseltern ergänzt werden.

In den 1970er Jahren änderten sich die Aufnahmekriterien und die Ausrichtung.<sup>130</sup> Nun wurden Jugendliche aufgenommen, die «keine Bezugspersonen haben oder mit ihren Eltern oder Pflegeeltern in Unfrieden leben, Jugendliche, die Führung und erzieherische Betreuung benötigen». Sie müssten «fähig und gewillt sein, extern eine Lehre oder eine Anlehre zu absolvieren oder regelmässig eine Hilfsarbeit auszuführen». Die Einweisung konnte durch Eltern oder Behörden wie Jugendamt, Amtsvormundschaft, Jugendanwaltschaft oder soziale und Erziehungsberatungsstellen erfolgen. Die Heimleitung werde bei Bedarf mit (Pflege-) Eltern, dem Lehrmeister oder Arbeitgeber, der Gewerbeschule und weiteren Bezugspersonen Kontakt aufnehmen. Sie unterstützen folgende Bereiche: «Lohnverwaltung, Mithilfe beim Einkauf (z. B. Kleider, Wäsche, Schuhe), Ferienplanung, Austrittsplanung». Wenn nötig, kümmere sie sich auch um die «nachgehende Fürsorge». Der Namenswechsel auf den 1. Januar 1990 verwies auf diese seit längerem veränderte Zielsetzung: «Sozialpädagogische Wohngruppen, Karpfenweg 15, Basel».<sup>131</sup>

Im Zuge der allgemeinen Überprüfung der Patronate stellte sich die GGG 1991 auch bei dieser sozialen Einrichtung die Frage der Weiterführung. Sinnvoll sei ein Patronat, «wenn entweder die GGG oder die betroffene Institution von der Verbindung irgendwie profitieren» könne. Wenn die Organisation nicht mehr gemeinnützig sei oder ihre Tätigkeiten nicht mehr mit den Zielen der GGG übereinstimmten, dann könne die Entlassung erwogen werden. Diese Überprüfung sei «nicht als Ausdruck des Misstrauens zu verstehen», schrieb Zentralsekretär Niggi Merz an den Karpfenweg.<sup>132</sup> Es gehe darum «überflüssige Beziehungen als solche zu erkennen und allenfalls abzubauen und bestehende gegebenenfalls zu

intensivieren». Während der Zentralsekretär für die Entlassung plädierte, waren Vorsteher und Delegierter der GGG dagegen. Wenn die Institution regelmässig Beiträge erhalte und selbst nicht das Bedürfnis einer Loslösung von der GGG habe, solle sie «im bescheidenen Rahmen» weiterhin unterstützt werden.<sup>133</sup> Der Leiter des Lehrlingsheims, der zugleich die GGG im Vereinsvorstand vertrat, antwortete, dass sich das Lehrlingsheim zu einem Jugendheim gewandelt habe und grundsätzlich die Betriebskosten gesichert seien.<sup>134</sup>

Seit 1987 teilten sich nämlich das Bundesamt für Justiz und der Kanton Basel-Stadt die Kosten. Die GGG hatte ihren jährlichen Beitrag gestrichen, übernahm aber noch «Extra-Kosten» für Aktivitäten in der Freizeit, die nicht durch Subventionen gedeckt waren.

Wegen der hohen Jugendarbeitslosigkeit in den 1990er Jahren begann der Verein ein zweites Standbein aufzubauen und änderte dazu den Zweckartikel seiner Statuten. Die eine Aufgabe war nun die «Führung eines Heims für sozialgefährdete und verhaltensauffällige Jugendliche, im besonderen Lehrlinge», die eine angemessene berufliche Ausbildung erhalten sollten, und die andere Aufgabe war die Förderung von «Beschäftigungsprogrammen für arbeitslose Jugendliche».<sup>135</sup> Ein erstes erfolgreiches Projekt war «Tischlein deck dich», zunächst ein Partyservice. Seit 1995 hat sich daraus ein Berufsintegrations-, Bildungs- und Arbeitsintegrationsprogramm entwickelt, das individuelle Unterstützung bei der Lehrstellensuche bietet und einen festen Bestandteil der sozialen Absicherung in Basel bildet. Was die Rolle der GGG anbelangt, so ist zu ergänzen, dass der Verein Basler Lehrlingsheim 1998 schliesslich doch aus dem Patronat entlassen wurde.<sup>136</sup>

## Basler Lehtöchterheim

«Die Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen hat uns für das Berichtsjahr einen Beitrag von Fr. 2000.– gegeben. Wir sind ihr dankbar dafür, dass sie unser neues Heim in den grossen Kreis der von ihr unterstützten Werke der Gemeinnützigkeit aufgenommen hat.»<sup>137</sup> Dies schrieb die Präsidentin Marietta Linder im zweiten Jahresbericht von 1931, dem Jahr der Eröffnung des Lehtöchterheims an der Grenzacherstrasse 109. Mit Gleichgesinnten wollte sie analog zum Basler Lehrlingsheim ein Heim errichten für «Mädchen, die von auswärts kommend in Basel eine Lehre bestehen, für Waisenmädchen oder für solche, die aus irgendeinem Grunde während der Lehrzeit nicht daheim wohnen können».<sup>138</sup> Bei der Realisierung der Projektidee orientierten sich die Initiantinnen an den Erfahrungen des Vereins Basler Lehrlingsheim und wählten dessen Präsidenten auch in den Vorstand. Für den Bau erhielten sie ein Grundstück an der Grenzacherstrasse zu einem Vorzugspreis. Beim Kanton Basel-Stadt beantragten sie staatliche Beiträge an die Bau- und Betriebskosten.



Die Leitung des Basler Töchterheims liegt in den Händen der Hausmutter. Die Lehrtöchter halten sich an ihre Weisungen und helfen nach bestem Können mit, das Zusammenleben der Hausgenossen zu einem freundlichen und kameradschaftlichen zu gestalten. Soweit es ihre Zeit erlaubt, beteiligen sie sich an Dienstleistungen in Haus und Garten.

Besonderer Erlaubnis der Hausmutter bedarf es:  
zum Ausgehen nach dem Nachtessen,  
zum Nichtteilnehmen an einer Mahlzeit,  
zum Beitritt in einen Verein und zur Teilnahme an Vereins-Anlässen und -Ausflügen.

Der Körperpflege ist die zu einer gesunden Entwicklung notwendige Sorgfalt zu widmen.

Es wird auch erwartet, dass die Lehrtöchter ihre Kleider und ihre übrigen Effekten in guter Ordnung halten.

Rechnungsführung über ihre Einnahmen ist erwünscht.

Haus und Garten, sowie die dazu gehörenden Geräte werden den Lehrtöchtern zu schonender Behandlung empfohlen; für Beschädigungen kann Ersatz verlangt werden.

In seinem Bericht an die Regierung hielt der Vorsteher des Departements des Innern fest, dass seit der Gründung des Lehrlingsheims 1917 die Lehrstellenvermittlung nicht mehr der Vormundschaftsbehörde, sondern dem Erziehungsdepartement angegliedert sei, aber die Absicht bestehe, diese 1931 dem Arbeitsamt und damit seinem Departement zu unterstellen.<sup>140</sup> Damit wolle man die «Ausbildung des beruflichen Nachwuchses zentralisieren». Es liege daher nahe, die Lehrlingsheime und ihre Subventionierung ebenfalls hier zu berücksichtigen. Die Vormundschaftsbehörde sei inzwischen weniger auf das Lehrlingsheim als auf das Jugendheim für die Unterbringung ihrer Zöglinge angewiesen. Weiter empfahl er, die Eingabe des Vereins Basler Lehrtöchterheim wohlwollend zu prüfen, denn das Gewerbeinspektorat komme immer wieder in die Situation, Kostorte für Lehrlingsmädchen zu suchen. «Was die Höhe der Subvention betrifft, so halten wir es für billig, wenn sie derjenigen entspricht, welche seinerzeit dem Verein Basler Lehrlingsheim bewilligt worden ist.» Die Regierung stimmte dem Vorschlag von 10 000 Franken als einmaligem Beitrag an die Baukosten zu, reduzierte aber die Subvention der Betriebskosten um mehr als die Hälfte. Statt der vorgeschlagenen 3000 Franken jährlich sprach sie 50 Franken pro Zögling und Jahr, was sich bei 17 Jugendlichen auf eine Summe von 850 Franken maximal belief.<sup>141</sup> Den jährlichen Beitrag knüpfte die Regierung an zwei Bedingungen: Die Vormundschaftsbehörde solle im

Vorstand des Vereins Basler Lehrtöchterheim mit Stimmrecht vertreten sein, und Aufnahmegesuche dieses Amtes und des Gewerbeinspektorats mussten berücksichtigt werden. Dank Subvention und Spenden sowie der Jahresbeiträge von 1500 bis 2000 Franken, die die GGG zahlte, konnte eine ausgeglichene Rechnung präsentiert werden.

Welche Lehrberufe den jungen Frauen offenstanden, zeigt die Liste im Jahresbericht der GGG: «Bureaux 2, Corsetière 1, Damenschneiderinnen 4, Einlegerin 1, Schülerinnen in Handelsschule, Gewerbeschule, Zuschneideschule je 1, Tapeziernäherin 1, Verkäuferinnen 5.»<sup>142</sup>

Einen Einblick in die ersten Wochen des Heimalltags gab die erste gewählte Hausmutter Elisabeth Veraguth: «Die Töchter sind wegen Elternlosigkeit oder schwierigen Familienverhältnissen zu uns gekommen. Man spürt bei den meisten, wie nötig für sie ein Heim ist, wo sie fern von Streit und Aufregung sind und für ihre Arbeit und die vielen kleinen und grossen Interessen Verständnis finden. [...] In der ersten Zeit gab es noch viel einzurichten und zu putzen, und die Handwerker sorgten dafür, dass uns die Arbeit nicht ausging. Am Abend halfen die Mädchen mit Vergnügen beim Hängen von Bildern und beim Einräumen mit, und wie gross war die Freude am schönen Heim und an jedem Stück, das neu hinzukam. [...] Etwas ganz Besonderes sind die Feste! Wenn auch der Anlass klein ist: ein Geburtstag, Besuch, Taufe des «Büsi» usw., so wird mit einem uns freundlich geliehenen Grammophon, mit improvisierter Verkleidung oder mit Tischdekoration und gutem Dessert ein richtiges Fest daraus. Ja, der Dessert spielt eine grosse Rolle dabei, den die Mädchen wählen und auch selbst bereiten dürfen.»<sup>143</sup>

## Vereinigung Ulme

Ängste und Sorgen um die Jugend hatten bürgerliche, linke, religiöse und andere Kreise, seit die industrielle Entwicklung soziale Familiennetze lockerte und auflöste. Auch die GGG richtete seit ihrer Gründung den Fokus auf die Heranwachsenden mit dem Ziel, ihnen die erforderlichen Kompetenzen für die Erwachsenenwelt zu vermitteln. Diesen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit verfolgte sie auch im 20. Jahrhundert weiter. Davon profitierte u. a. die Vereinigung Ulme, die die GGG 1936 ins Patronat aufnahm und mit einem jährlichen, wegen eigener finanzieller Engpässe allerdings nur kleinen Beitrag unterstützte.

Die Vereinigung Ulme geht auf das aus religiös-sozialen Kreisen stammende Ärzteehepaar Dr. Eduard und Helene Koechlin-von Orelli und die Sozialarbeiterin Mathilde von Orelli zurück. Im Kampf gegen die soziale Not liessen sie sich bewusst mitten im Kleinbasler Arbeiterquartier nieder und gründeten 1926 einen nach der Ulme in ihrem Garten benannten Verein.<sup>144</sup> Sie wollten medizinisch und sozial tätig sein und



riefen altersspezifische Gruppen für die gemeinsame Freizeitgestaltung ins Leben, die sich zunächst in ihrem Wohnhaus, später im benachbarten Klybeckschlösschen trafen. Mit den Kindern wurde gespielt, gebastelt, und es wurden Geschichten erzählt, mit den Müttern wurde genäht und diskutiert. Die Männer trafen sich zu Referaten und Gesprächsrunden. Zum weiteren Programm gehörten Hausbesuche und Ausflüge sowie Kurse in Krankenpflege, Fremdsprachen, Elektrotechnik und Kunstgeschichte. Arbeiterfrauen und später auch ganze Familien erhielten die Möglichkeit, günstig in die Ferien zu gehen. Ein wichtiges Angebot war die Bibliothek, die vorwiegend aus geschenkten Büchern bestand.

Mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit in den 1930er Jahren erhielten erwerbslose Frauen und Männer hier einen Treffpunkt, um sich tagsüber in Gemeinschaft aufhalten zu können. Die Wirtschaftskrise war aber auch eine finanzielle Herausforderung für die Initianten, weshalb sie bei der GGG anklopfen.<sup>145</sup> Das Gesuch wurde gutgeheissen, weil die Bestrebungen «auf interkonfessioneller und unpolitischer Grundlage» aufbauten, den Teilnehmenden «keinen Zwang auferlegten» und sich Freiwillige, Studenten, angehende Lehrer und Sozialfürsorgerinnen für die Arbeiterschaft engagierten.<sup>146</sup> So erhielt die Vereinigung Ulme 1932 zunächst 500 Franken jährlich und ab 1936 300 Franken.

Mit dem Kriegsausbruch wurde deutlich, dass sich kaum mehr Freiwillige finden liessen. Aufgrund der Mobilmachung gab es keine Männerabende mehr. Auch wurde der Dirigent des Chores einberufen. Einige Arbeiterfrauen kamen zwar nach wie vor zum gemeinsamen Bibellesen, und die Bibliothek wurde noch immer gut besucht, aber die Angebote wurden zusehends reduziert. Hilfsmassnahmen wie die Beschaffung von Brennmaterial und die Vermittlung von Ferien wurden so lange wie möglich aufrechterhalten. Doch schliesslich war die Auflösung der Vereinigung Ulme 1942 nicht mehr aufzuhalten.<sup>147</sup>

## Basler Freizeitaktion (BFA)

Die Basler Freizeitaktion BFA feierte 2012 ihr 70-Jahr-Jubiläum und gab sich den neuen Namen JuAr (Jugendarbeit) Basel. Sie ist eine wichtige Dachorganisation in der Basler Jugendarbeit und umfasst derzeit 17 Jugendzentren und Freizeitangebote für junge Menschen, die das Erziehungsdepartement subventioniert und diverse Stiftungen und Basler Unternehmen mit regelmässigen Beiträgen unterstützen. Sechzig ausgebildete Festangestellte und annähernd hundert freie Mitarbeitende leisten Jugendarbeit auf einem hohen professionellen Niveau.

Die GGG hat die BFA seit ihrer Gründung als C-Organisation begleitet. Das «Aktionsprogramm», das an der Gründungsversammlung vom 12. Oktober 1942 verabschiedet wurde, konnte sie vorbehaltlos unterstützen.

Geplant waren analog zu den Soldatenwerkstätten und Soldatenstuben der Armee Freizeitwerkstätten und Lesestuben in verschiedenen Quartieren.<sup>148</sup> So konnten etwa von der kurz zuvor aufgelösten Vereinigung Ulme im Klybeckschlösschen Räume und die Bibliothek übernommen werden.

Mitten im Krieg herrschten vielerorts grosse Sorgen um die Jugendlichen, deren Väter mobilisiert wurden und monatelang fern von ihren Familien an der Grenze standen. Man befürchtete – wie schon im Ersten Weltkrieg<sup>149</sup> –, dass vor allem Knaben und männliche Jugendliche aus der Arbeiterschicht ohne väterliche Autorität verwahrlosten und kriminell würden.<sup>150</sup> So zielte die BFA besonders auf die unorganisierte Arbeiterjugend, die durch die monotone Fabrikarbeit wenig gefördert wurde. Zum Ausgleich sollten sich Jugendliche abends einem «schöpferischen und seelenvollen Handwerk» widmen und «nach genauer Anleitung» etwas gestalten. Auf dem Programm standen auch Vorträge und Filmvorführungen, Spiele, Ausflüge, Museumsbesuche und Wanderungen. Beliebt waren «die alkoholfreien Jugenddancings».

Seit an der Landesausstellung 1939 ein Haus der Jugend gezeigt worden war, das die Jugendverbände verantwortet hatten, wurde die Idee eines Jugendhauses in Basel auch in der BFA thematisiert. Die Jugenddelegiertenversammlung, die aus Vertretern der katholischen, protestantischen, sozialistischen und unabhängigen Jugendbünde zusammengesetzt war, unterstützte 1950 das Anliegen nur teilweise. Insbesondere die Katholiken waren vehement dagegen. Gleichzeitig wurden im Grossen Rat Anzüge für ein Jugendhaus eingereicht. Doch es fehlte an Platz und Geld.<sup>151</sup> Als die sozialdemokratische Jugend über eine Volksinitiative zum Ziel kommen wollte, verhandelte der GGG-Vorstand direkt mit der Regierung, weil er das Projekt als wünschenswert und notwendig erachtete.

Als Jugendhaus war das Sommercasino vorgesehen. Das Gebäude war 1822 für die im Sommer ausserhalb der Stadtmauern wohnhaften wohlhabenden Basler Bürgerfamilien gebaut worden und diente dem gleichen Zweck wie das gleichzeitig errichtete Stadtcasino innerhalb der Stadt, nämlich der kulturellen Unterhaltung. 1937 verkaufte die Stadtcasino-Gesellschaft das Sommercasino mit dem Park dem Kanton, weil die von der früheren Sommercasino-Gesellschaft angehäuften Schulden nicht mehr getilgt werden konnten.

## Stiftung «Jugendhaus in Basel»

Die Regierung wollte das Sommercasino nicht der Dachorganisation BFA, bei der verschiedene Organisationen mitredeten, übergeben, weshalb sie die GGG anfragte, ob sie als Transmissionsriemen fungieren wolle. Die BFA war nur eine C-Organisation der GGG, das heisst, der Einfluss der GGG war beschränkt. Als Lösung wurde die Gründung einer Stiftung gefunden.



Im Hinblick auf die geplante 2000-Jahr-Feier von Basel 1957 zeigte sich der Grosse Rat grosszügig und bewilligte einen Staatsbeitrag von 250 000 Franken an die geplante Stiftung «Jugendhaus in Basel».<sup>152</sup> Die GGG beteiligte sich mit einer Summe von 50 000 Franken.

Der GGG-Vorsteher Dr. Peter Burckhardt-Heusler begründete das Engagement der GGG in der Schlussrede 1957 so: «Bei der heutigen Tendenz der Arbeitszeitverkürzung ist es von grosser Wichtigkeit, dass die gewonnene Freizeit nicht in oberflächlicher, nutzloser Weise vertan wird, sondern zu einer Bereicherung des Innenlebens der Jugend führt, dass sie neuen, geistigen Interessen nachgehen kann und einen harmonischen Ausgleich gegenüber dem intensivierten Tagewerk findet. Das Jugendhaus soll Gelegenheit zu gemeinsamer Bildung, zu freiem Gedankenaustausch sowie zu frischer Geselligkeit bieten und eine sowohl kulturell wie sozial lebendige Jugendgemeinde heranziehen, die auf gegenseitiger Achtung und dem Verständnis für den Mitmenschen beruht.»<sup>153</sup> Die GGG nahm die Stiftung «Jugendhaus in Basel» als B-Organisation ins Patronat auf, und die Regierung gab das Sommercasino der Stiftung im Baurecht ab zu einem symbolischen Baurechtszins von 49 Franken.

Die Trägerschaft hatte die BFA inne. Das «Summercasinofescht», das mit der Sektion Basel des Internationalen Zivildienstes 1958 durchgeführt wurde, ergab einen Erlös von 9500 Franken für die Inneneinrichtung. Das erste Jugendhaus in Basel wurde am 26. Oktober 1962 eröffnet. Offizielle Ansprachen und Darbietungen der BFA-Sing-, Flöten- und Volkstanzgruppen, dem Orchester und der Jazzkapelle der Jugend prägten den Anlass.

Nur drei Jahre vorher, 1959, hatte der Verein Zürcher Jugendhaus den Betrieb in den Häusern am Drahtschmidli aufgenommen. Von der Idee eines Jugendhauses, die an der Landi präsentiert worden war, bis zur Realisierung waren mehr als zwanzig Jahre vergangen. Nun hatten Jugendliche in den beiden Deutschschweizer Städten Zürich und Basel ein Haus zur Verfügung, in dem sie sich in der Freizeit unter professioneller Leitung aufhalten konnten.

Der Leiter des Jugendhauses im Sommercasino war zuständig für die Beratung der Jugendlichen, die Unterstützung in den Werkstätten und die Förderung der «Gemeinschaftsbildung», während seine Frau, eine ausgebildete Weberin, Unterricht im Weben erteilte. Die meisten Jugendlichen, die das Jugendhaus besuchten, waren Lehrlinge aus dem Gundeldingerquartier. Etliche waren sogenannte «Fernsehaisen», deren Eltern abends vor dem Fernseher sassen und sich kaum um die Freizeitgestaltung ihrer Kinder kümmerten, nur wenige waren «sozial geschädigt». Von den insgesamt rund 500 Jugendlichen kamen etwa achtzig bis hundert regelmässig. Die abendliche Anzahl variierte nach Kinoprogramm oder Konzerten, die in Lokalen wie dem (Atlas)tis stattfanden. An den Kindernachmittagen kamen vierzig bis fünfzig Kinder, um zu werken, zu basteln oder Drachen zu bauen.<sup>154</sup>

An jenem Abend im Oktober 1967, an dem einige GGG-Vorstandsmitglieder dem Jugendhaus einen Besuch abstatteten, waren zwei Jugendliche

im Fotolabor, vier bei Lehmarbeiten, eine bei einer Stickarbeit und eine beim Weben tätig, drei Jünglinge und ein Mädchen tanzten im Kellerdancing, das Jugend-Jazzorchester übte im Estrich, und Mitglieder des Modellbau-Clubs arbeiteten in der Werkstatt. Weniger begehrt war die Schreinerei. Es fiel auf, dass handwerkliches Arbeiten nicht mehr besonders beliebt war bei den jungen Leuten, ausser wenn das Produkt an einem Abend fertiggestellt werden konnte. Der Jugendhausleiter sah «den Hauptwert eines Jugendhauses darin, dass es ein Ort ungezwungener Begegnung ist für junge Menschen, die sich gerne mit andern über ihre Erlebnisse, Probleme, Berufsfragen etc. aussprechen». Er diskutiere mit ihnen über ihre Anliegen, etwa Berufsprobleme, und bespreche diese – im Einverständnis mit den Jugendlichen – mit den Eltern. Wichtig sei herauszufinden, wo, in welcher Umgebung sich die Jungen wohlfühlten.<sup>155</sup>

Unter der Leitung des Filmemachers Rolf Preiswerk drehten rund dreissig Jugendliche den Film «Wohin?». Hauptfigur war ein Jugendlicher, der trank und sich in Schlägereien verwickelte. Durch die Arbeit in der Werkstatt des Jugendhauses lernte er eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung kennen, gewann neue Freunde und konnte sich auffangen. In Nyon gewann der Film 1967 einen Preis, in den Basler Kinos hingegen war er nicht erfolgreich und wurde bereits in der zweiten Woche abgesetzt. Die GGG zeigte ihn im Anschluss an die Mitgliederversammlung am 29. Mai 1968.<sup>156</sup>

Die GGG führte öfters Anlässe im Sommercasino durch und bezog auch Aktivitäten der Jugendlichen ins Programm ein. So trug an der Mitgliederversammlung vom 1. Juli 1964 die Gesanggruppe des Jugendhauses zur Begrüssung zwei Lieder vor.<sup>157</sup>

Als Mitstifterin wurde die GGG jeweils dann kontaktiert, wenn es nicht mehr rund lief. Dies war etwa im Jahr 1968 der Fall. Die Jugendlichen waren nicht mehr bereit, sich einem geordneten und übersichtlich organisierten Freizeitprogramm anzupassen. Im Sommercasino gab die Jugendhausleitung das Ziel auf, die Jugend zu kulturell Höherem und Sinnvollem zu heben, und beschränkte sich darauf, sie mit möglichst attraktiven unterhaltenden Angeboten von der Strasse wegzubringen. Der «Jugi-Disco-Club» eröffnete einen Beat-Keller (später Disco-Trämli), der von Jugendlichen selbst eingerichtet und geführt wurde. Die erste Beat-, Swing- und Folk-Party fand im ganzen Haus bis 2 Uhr morgens statt – ohne Kleidervorschriften, dafür mit Gogo-Girls.<sup>158</sup>

Der GGG-Delegierte der Basler Freizeitaktion beanstandete, was er bei seinen Besuchen antraf: Es herrsche keine Unordnung, gefüllte Aschenbecher, herumliegende Kartenspiele und Mäntel, weil an der Garderobe gestohlen würde, Krach im ganzen Haus: Tanzorchester im Keller, Proben von Jazz- und Trommlergruppen, «Wurlitzer» auf Hochtouren, keine Vortrags- und Diskussionsabende oder sonstige «geordnete und aufbauende Freizeitarbeit», mangelhafte Kursbesuche. So würden die Zweckartikel der Statuten der BFA nicht erfüllt. Nötig sei ein «fähiger Pädagoge und Jugenderzieher».<sup>159</sup>





[Abb. 27]  
[Abb. 28]  
[Abb. 29]



[27–29] Das «Summervacation» führte 1958 die Basler Freizeitaktion gemeinsam mit der Sektion Basel des Internationalen Zivildienstes durch. Mit Essensständen, einem Glacéwagen und weiteren Attraktionen wollte das Organisationskomitee möglichst viele Festfreudige anlocken. Der Erlös kam dem geplanten Jugendhaus zugute.

Ein Ausschuss sollte die Zustände untersuchen und Vorschläge zur Abhilfe unterbreiten. Es zeigte sich, dass schon bei der Gründung unterschiedliche und nicht unbedingt kompatible Zielvorstellungen vorhanden waren: Die einen sahen im Jugendhaus «ein Volksbildungsheim für Jugendliche aus normalem, gutem Elternhaus», die anderen bezweckten, «Jugendliche aufzunehmen, denen die Geborgenheit in der eigenen Familie fehlt, sie nachzuerziehen, sofern dies noch möglich ist, und vor allem, sie vor noch schlechteren Einflüssen zu bewahren».<sup>160</sup> Es sei ein grösserer Erfolg, wenn Jugendliche aus ungünstigen Familienverhältnissen den Weg ins Jugendhaus fänden als solche, die aus einer geordneten Familie stammten. Der einzig unbefriedigende Punkt sei die Personalsituation. Es stünden kaum gut ausgebildete Persönlichkeiten für die Leitung zur Auswahl.

Das Dilemma des Personal mangels in der Hochkonjunktur und speziell die in Basel ungenügende Ausbildungssituation im Sozialbereich waren überall spürbar. Der GGG-Vorstand erwartete von der Kommission BFA konkrete Lösungsvorschläge auch im Hinblick auf ein Projekt eines Freizeitzentrums im Kleinbasel.

## Claragraben 123

Schon vor der Eröffnung des Sommercasinos war auch ein Jugendhaus im Kleinbasler Bläsistift ins Auge gefasst worden. Mitte Januar 1965 besuchte der Stiftungsrat «Jugendhaus in Basel» Freizeitzentren in Zürich. Er war beeindruckt von deren Grosszügigkeit und dem generationenübergreifenden Publikum von Kindern, Jugendlichen, Eltern und sogar Grosseltern. Das erste Gemeinschaftszentrum (GZ) Wipkingen war 1954 aus einem Robinsonspielplatz hervorgegangen. In den folgenden Jahren entstanden in weiteren Quartieren solche Zentren. Die Zusammenarbeit der Stadt Zürich und der Pro Juventute wurde 1980 vertraglich geregelt.<sup>161</sup>

Trotz der ungünstigeren Raumverhältnisse in Basel griff der Stiftungsrat die Idee solcher Quartierzentren für Basel auf. Eine Zürcher Delegation wurde eingeladen, das Bläsistift für diesen Zweck zu beurteilen. Ihr Fazit: Das Areal sei ungeeignet, es habe zu wenig Umschwung, sei zu düster und für die Nachbarschaft zu lärmig.<sup>162</sup>

Das Bläsistift vermietete damals einige «saubere, wohnliche Schlafstuben» an Zimmerherren, alleinstehende Männer, die in der Stadt arbeiteten. In weiteren Räumen waren ein Kindergarten, eine Kinderkrippe sowie religiöse Vereine untergebracht. Im Keller wurden der BFA unentgeltlich Werkräume zur Verfügung gestellt. Um eine bessere Ausnutzung des Areals zu finden, beauftragte der GGG-Vorstand im September 1965 einen Architekten mit der Ausarbeitung eines Vorprojekts für ein Jugendhaus.<sup>163</sup>

Doch nun ergaben sich neue Prioritäten für das Bläsistift. Es fehle an Alterswohnungen, wozu sich allerdings der «stark verwohnte Bau» nicht



eigne. Erwogen und später auch realisiert wurde ein Neubau für «invalide alte Leute», der mit der Bläsi-Krippe, einem staatlichen Kindergarten und vielleicht einigen Künstlerateliers kombiniert werden könne. Denn Arbeitsräume für Maler und Bildhauerinnen waren in Basel ebenfalls sehr gesucht. Das Kirchengebäude der Klingentalkirche am Rhein hatte hier etwas Abhilfe schaffen können, nachdem das Schweizer Militär aus dem Kasernenareal ausgezogen war.<sup>164</sup>

Als das Bläsistift als Jugendhaus ausgeschieden war, kam das Gebäude am Claragraben 123 in Betracht. Diese Liegenschaft gehörte dem Verein Mässigkeit und Volkswohl, einer von einem Damencomité 1898 gegründeten Organisation zur Führung von alkoholfreien Restaurants. In Anlehnung an den gleichnamigen Zürcher Verein wurde hier «Männern und Frauen, Arbeitern, Angestellten, Tramconducteuren, Lehrlingen, Ladentöchtern, ohne eigentliches Daheim, eine billige, gesunde, nahrhafte Kost» angeboten.<sup>165</sup> Neben der Gaststätte im Blaukreuzhaus, dem späteren Hotel Rochat, betrieb der Verein auch das Restaurant «Bläsi» an der Ecke Klingentalstrasse / Klybeckstrasse, das später an den Claragraben 123 verlegt wurde. Bis in die 1960er Jahre führte der Verein Mässigkeit und Volkswohl weitere Speisewirtschaften an der Heumattstrasse, der Aeschenvorstadt, im Gemeindehaus St. Matthäus und im Schmiedenhof.

Angesichts der veränderten Lebensbedingungen, insbesondere der eingeführten «englischen Arbeitszeit» mit kurzen Mittagspausen, hatten Betriebe eigene Kantinen eingerichtet. Weil die Restaurants kaum mehr rentierten, stellte sich der Verein die Frage, ob er sich für zeitgemässere und dringlichere Aufgaben einsetzen sollte. Das war der Ausgangspunkt für Verhandlungen mit der GGG.<sup>166</sup> Das Ergebnis war der Zusammenschluss des Vereins Mässigkeit und Volkswohl mit der GGG, woraus 1965 die A-Organisation Kommission für soziale Aufgaben hervorging.<sup>167</sup>

Für das schlecht genutzte Gebäude am Claragraben 123 lagen bereits Pläne für einen Neubau vor. Die Stiftung «Jugendhaus in Basel» wurde in die Ausarbeitung des Raumprogramms einbezogen: Spielflächen für Kleinkinder und Jugendliche, Clubräume, Jugendkaffeebar, Bibliothek, Werkstätten und Bastelräume sollten «eine freie sportliche Betätigung und sinnvolle Freizeitbeschäftigung unserer Jugend unter fachkundiger Leitung gewährleisten», hoffte der GGG-Vorsteher 1965.<sup>168</sup>

Obwohl ein Jugendzentrum für das Kleinbasel als dringend eingestuft wurde, verzögerte sich das Vorhaben über längere Zeit, weil unklar war, welche weiteren Institutionen sich beteiligen würden.<sup>169</sup> Das Erziehungsdepartement und der Sozialpädagogische Dienst waren an einer Mitbenützung der Liegenschaft interessiert, weil sie Schulräume für die Sonderklassen suchten.

Schliesslich wurde auf Ende Februar 1970 die Kaffeehalle geschlossen. Um das Gebäude bis zum Abbruch nicht leer stehen zu lassen, wurden einige Räume dem Jugendclub Spectromachie und ein Saal dem makrobiotischen Jugendrestaurant Mañana vermietet. Doch als immer mehr

Reklamationen von Anwohnern wegen «Lärm und Rauschgift» eingingen, entschied sich der GGG-Vorstand, den Betreibern des Jugenddancings Spectro zu kündigen.<sup>170</sup>

Die Besprechung mit dem Justizdepartement sowie dem Sicherheitsdienst und dem Rauschgiftdezernat des Polizeidepartements ergab, dass die Kündigung gerechtfertigt sei. Doch das Justizdepartement war der Meinung, dass das Spectro einem Bedürfnis entspreche und die Betreuung von Drogengefährdeten hier leichter sei, weshalb eine Arbeitsgruppe die Oberaufsicht übernehmen sollte. Schon eine Woche später war eine breit abgestützte Kommission «Basler Selbsthilfe» mit einem Juristen, einem Apotheker, Vertretern der katholischen und reformierten Kirche, dem Roten Kreuz, der Liga für Menschenrechte und der Psychiatrischen Klinik zusammengestellt. Aus dieser Kommission bildete sich die Arbeitsgemeinschaft für aktuelle Jugendfragen, die in der Abbruchliegenschaft Angensteinerstrasse 28 mit einer Starthilfe der GGG eine Drogenberatungsstelle, das Drop-in, aufbaute.<sup>171</sup>

Die GGG nahm ein erstes Mal die Kündigung an das Spectro zurück, warnte aber auf Anraten der Polizei, dass im Spectro «1. keine harten Drogen konsumiert werden dürfen, 2. jeder Vertrieb, Verkauf und das Verschicken von Drogen sowie 3. jedes Spritzen von Drogen verboten» sei.<sup>172</sup> Das Mañana wurde weiterhin geduldet.

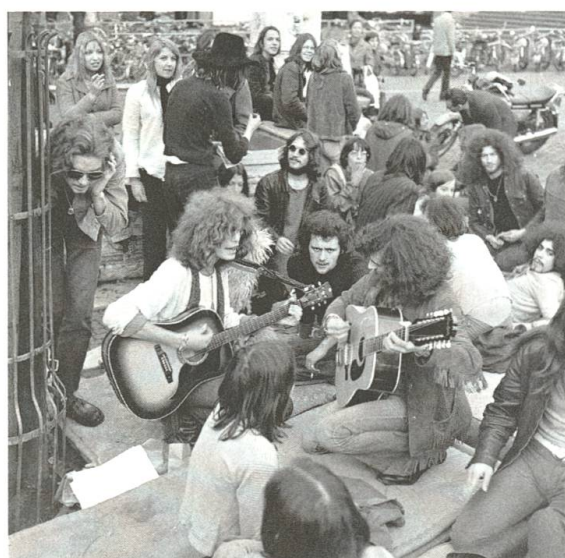
Doch die Drogenprobleme nahmen zu, so dass eine erneute Kündigung ausgesprochen wurde, die der Betreiber des Spectro bei der Staatlichen Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten anfocht. Bei der Verhandlung kam es zu einem Vergleich. Das Mietverhältnis werde auf Ende Februar 1972 definitiv aufgelöst. Bis dahin müsse der Betreiber den Drogenhandel und -konsum unterbinden, die Räumlichkeiten sauber halten, den Betrieb ordentlich führen und Lärmbelästigungen vermeiden. Er müsse auch die Öffnungszeiten von Sonntag bis Donnerstag von 16 bis 2 Uhr und am Wochenende von 16 bis 4 Uhr morgens einhalten.<sup>173</sup>

Die GGG hatte inzwischen das Gesuch für den Abbruch der Liegenschaft und das Gesuch für die Baubewilligung des Neubaus eingereicht.

In der Nacht vom 14. / 15. Januar 1972 drang eine Rockergruppe in das Gebäude am Claragraben 123 ein und verwüstete es. Das Elektrizitätswerk (EW) schaltete aus Sicherheitsgründen den Strom ab, worauf auch die Heizung ausfiel. Der Sachschaden wurde auf 5000 Franken geschätzt. Die GGG verzichtete darauf, einen Strafantrag zu stellen. Dem Betreiber des Spectro wurde die Hälfte der Januarrente erlassen unter der Bedingung, dass er bis Ende Monat aufräume. Weiter beschloss der GGG-Vorstand, auch dem Jugendrestaurant Mañana und den verbliebenen Zimmermietern zu kündigen, um danach mit dem Abbruch zu beginnen.

Für den Fall, dass sich die Baubewilligung verzögerte, waren fünfzig Parkplätze geplant.<sup>174</sup> Ende Januar lehnte der staatliche Beauftragte für die Stabilisierung des Baumarktes das Abbruchgesuch ab, wogegen die GGG ein Wiedererwägungsgesuch einreichte. Um das Haus nach dem





[30] Bis 1970 befand sich am Claragraben 123 das alkoholfreie Restaurant des Vereins Mässigkeit und Volkswohl. Danach vermietete die GGG das Gebäude an den Jugendclub Spectromachie und das Jugendrestaurant Mañana.

[31] Jugendliche veranstalteten am 24. März 1972 während der Besetzung des Jugendrestaurants Mañana ein «Sleep-in» auf dem Barfüsserplatz.

Auszug nicht leer stehen zu lassen, überlegte die GGG, einige Räume dem Drop-in zur Verfügung zu stellen. Aufgrund der notwendigen kostspieligen Reparaturen zog sie es dann aber vor, dem Drop-in die Miete an der Angensteinerstrasse zu bezahlen und dieses zu einem späteren Zeitpunkt ins Patronat aufzunehmen.<sup>175</sup>

In einer Grundsatzdiskussion hatte der GGG-Vorstand die Drogenproblematik als derzeit dringende und wichtige soziale Aufgabe erkannt, nachdem die Arbeitsgemeinschaft für aktuelle Jugendfragen und die Beratungsstelle für Alkohol- und Drogenprobleme<sup>176</sup> (eine C-Organisation der GGG) über ihr neues Konzept informiert hatten. Dieses umfasste Beratung, ambulante Betreuung und Langzeittherapie von Drogenabhängigen sowie den Einsatz in Notfällen, wenn Jugendliche kurzfristig in Notschlafstellen unterkommen mussten. Eine Notschlafunterkunft befand sich in den Liegenschaften am Spalenring 121 bis 123, weitere wurden gesucht.

Aufgrund dieses neuen Schwerpunkts im Umgang mit der Drogenproblematik verhielt sich die GGG bei den folgenden dramatischen Ereignissen zurückhaltend.

Mitte Februar 1972 besuchten die Baupolizei, das Lebensmittelinspektorat, das Gesundheitsamt, die Staatliche Schlichtungsstelle und die GGG das Restaurant Mañana. Die Berichte der Behörden wiesen auf grosse Missstände hin. Die Kündigung und der Auszug waren unausweichlich. Doch am Abnahmetag vom 29. Februar 1972 gaben die Jugendlichen die Schlüssel nicht zurück und besetzten das Haus.

«Fortschrittliche» Jugendliche hätten «ohne unser Einverständnis und gegen unseren Willen» das Gebäude in Besitz genommen und ein autonomes Jugendzentrum errichtet, schrieb der GGG-Vorsteher an Polizeidirektor Franz Hauser. Damit sei die GGG «in eine ausserordentlich schwierige Situation gekommen», weil die Benützung des Gebäudes aufgrund der vorgefundenen Unordnung und Übelstände nicht zulässig, aber «eine wirksame Abschränkung gegen unberechtigte Eindringlinge (Schlafgänger) praktisch unmöglich» sei. Der einzige Weg, diesen «ungesetzlichen Gebrauch» zu stoppen, sei der Abbruch, der aber nicht bewilligt worden war.

Die GGG wollte das Gebäude nicht polizeilich räumen lassen und hielt fest, dass sie «jegliche Verantwortung für die Gefahren, die den Benützern und den Nachbarn der Liegenschaft aus der illegalen Besetzung erwachsen können, ablehnen» müsse.<sup>177</sup> Die Polizei hätte das Haus ohne weiteres räumen können, aber «das leere Gebäude viele Monate gegen Jugendliche zu verteidigen, wäre wohl kaum möglich oder würde weder Aufwand noch Kosten rechtfertigen», meinte der Leiter der Sicherheitsabteilung, zudem müsste mit einer Eskalation und mit Zuzug von Jugendlichen aus anderen Städten gerechnet werden.<sup>178</sup>

Von den drei möglichen Auswegen, sofortige polizeiliche Räumung, Vertrag mit dem Aktionskomitee für ein Autonomes Jugendzentrum (AJZ) oder Verzicht auf Räumung, aber auch Ablehnung der Verantwortung wählte die GGG die letzte Variante. Sie wollte nicht räumen lassen und für die



Folgen keine Verantwortung tragen. Grundsätzlich hielt sie an der Projektierung eines eigenen Jugendzentrums klassischer Prägung fest.<sup>179</sup>

Die Jugendlichen des Aktionskomitees für ein AJZ mussten das recht verwahrloste Haus zuerst instand stellen. Dafür erhielten sie einen Beitrag aus dem Lotteriefonds, und die GGG bezahlte die Rechnung des EW. Für weitere finanzielle Unterstützung gelangten sie an die Bevölkerung und erklärten den Hergang der Besetzung aus ihrer Sicht und ihre Pläne.<sup>180</sup> Als dem «profitlos geführten Restaurant Mañana» gekündigt worden sei, hätten sie erkannt, dass weiterhin ein «Kommunikationszentrum dieser Art» bestehen müsse. Sie hätten erfolglos nach Ersatz gesucht. An der ersten Vollversammlung mit 350 Anwesenden sei das Aktionskomitee gewählt und die Besetzung beschlossen worden. Dazu fühle man sich umso mehr berechtigt, als das Areal nach dem Abbruch als Parkplatz verwendet werden würde. «Als ob Parkplätze dringlicher wären als ein Zentrum für junge Menschen in dieser Stadt!» Dies habe «erfreulicherweise» auch die GGG eingesehen und toleriere die Besetzung des Hauses. Jeden Tag würden Vollversammlungen stattfinden und Ideen diskutiert. Man habe Arbeitsgruppen gebildet: Es gebe eine, die sich mit Schüler- und Lehrlingsfragen befasse, eine Film- und Theatergruppe, eine Bastelgruppe, einen medizinischen Dienst und einen Sozialdienst sowie Gruppen für die interne Organisation. Weiter seien eine Teestube und eine Discothek geplant. Im grossen Saal fänden Teach-ins, Vollversammlungen und Filmvorführungen statt. Das Drop-in werde Räume beziehen und die Küche günstige Mittagessen für Lehrlinge zubereiten. «Das AJZ soll zu einem Ort werden, wo die Jugend die Möglichkeit hat, nicht nur in passivem Konsum des kommerziellen Freizeitangebots ihre Zeit totzuschlagen, sondern sich aktiv mit sich selbst und ihrer Umwelt zu beschäftigen», schrieben die aktiven Jugendlichen und baten um Spenden.

Diese Ziele einer sinnhaften Freizeitbeschäftigung waren gar nicht weit weg von denjenigen der GGG, nur dass eben nicht Erwachsene die Leitung innehatten, sondern die Jugendlichen selbst. Dieses Experiment, das es so in Basel noch nie gegeben hatte, wurde zunächst mit Wohlwollen begleitet. So verlangten 18 Grossräte und Grossrätinnen eine weitere Finanzierung der Reparaturen, damit die Eröffnung bald erfolgen konnte.<sup>181</sup>

Es gab aber auch vehemente Gegner. So wollte ein Herr E.M. Mitglied der GGG werden und mit Gleichgesinnten einen Vereinsbeschluss erzwingen, «um von diesem pseudoprogressiven Experiment abzukommen».<sup>182</sup> Und im Grossen Rat reichte der Vertreter der Nationalen Aktion, einer fremdenfeindlichen Kleinpartei, eine Interpellation betreffend «Rowdytum in Basel» ein.<sup>183</sup>

Trotz der konstruktiven Ideen der engagierten Jugendlichen kam es bald zu Negativschlagzeilen. Eine nichtbewilligte Demonstration und die Drogenproblematik standen im Vordergrund. Am 6. September 1972 versammelten sich abends um 18 Uhr auf dem Claraplatz etwa hundert Jugendliche, um sich mit den Hausbesetzern und -besetzerinnen des

Spalenrings 121–123 zu solidarisieren. Mit Slogans wie «Fi-Fa-Fo, s'AJZ isch do» und «Nieder mit den Palästen» stürmten sie das Hotel Drei Könige, danach den Grossratssaal, wo sie einige Farbbomben hinterliessen, dann weiter zum Lohnhof. Als auch dort keine Gegenaktion der Polizei erfolgte, begaben sie sich zu den besetzten Häusern am Spalenring. Die Polizei mit fünfzig Mann hielt sich im Hintergrund mit der Anweisung, nur bei äusserst schwerwiegenden Ausschreitungen einzugreifen. «Um 22.30h schien die Revolutionsstimmung allmählich abzuklingen und beschränkte sich, wie die Polizeiorgane erklärten, nur noch auf Nachtlärm», bemerkte der Journalist in den *Basler Nachrichten* lakonisch.<sup>184</sup>

Auf die Folgen besonders für die drei als Organisatoren ausgemachten Demonstranten kann hier nicht eingegangen werden. Destruktiver für das Experiment AJZ waren die Drogenprobleme. «Die ganzen Versuche mit dem AJZ seien in den Drogen «ersoffen»», zitierte ein Polizeibeamter die Meinung eines politisch tätigen Jugendlichen, als das Ende absehbar war.<sup>185</sup>

Die Missstände betrafen den Abfall, die unhygienischen Zustände in den Toiletten, die zahlreichen Lärmklagen wegen der Lautstärke der Discomusik. Zwar hatte die Polizei Phonregler in die Stereoanlagen eingebaut, aber die wurden wieder entfernt.

In einer weiteren Besprechung mit der Polizei erklärte die GGG, sie habe als Hausbesitzerin nur auf Bitte der Behörden von einer Räumung abgesehen. Sie habe das Aktionskomitee wiederholt informiert, dass es sich hier widerrechtlich im Haus aufhalte. Mit der Polizei wurde nun vereinbart, dass das Polizeidepartement der GGG ein Schreiben zustelle, das die GGG dann in Kopie dem Aktionskomitee weiterleite.<sup>186</sup> In diesem Brief werde die GGG auf die Bedingungen aufmerksam gemacht, die einzuhalten seien: Das Jugendzentrum müsse um 1 Uhr geschlossen werden, allgemein zugängliche Räume dürften nicht zum Übernachten benützt werden, Kinder unter 14 Jahren hätten keinen Zutritt, Jugendliche zwischen 14 und 16 Jahren nur bis 20 Uhr. Für den «Kommunebetrieb» im 1. Stock, also die Schlafräume der Notschlafstelle des Drop-in, hätten die behördlich erlassenen Vorschriften Geltung. Den staatlichen Kontrollorganen sei jederzeit ungehindert Zutritt zu allen Räumen zu gewähren, und die Umgebung dürfe nicht durch Lärmimmissionen gestört werden. Zudem müsse das Aktionskomitee Verantwortliche bezeichnen.<sup>187</sup> Den Brief schickte die GGG wie vereinbart an das Aktionskomitee und die Arbeitsgemeinschaft für aktuelle Jugendfragen, die Dachorganisation des Drop-in, weiter.

Während die Polizei bei Kontrollen konkrete Ansprechpersonen kennen wollte, hatten die Vertreter des AJZ «aus zivilrechtlichen oder strafrechtlichen Gründen» Bedenken, weil nur die Vollversammlung Beschlüsse fällen könne und demnach nicht Einzelpersonen verantwortlich seien. Sie waren aber bereit, Drogenhändler «rauszuschmeissen», nicht aber «für die Polizei Spitzeldienste zu leisten». Sie beschuldigten Polizisten des Clarapostens, sehr oft zu kontrollieren, zu schikanieren und Verhöre durchzuführen. Die AJZ-Leute fühlten sich unter Druck gesetzt, was der



**Kommt und Kämpft**  
 AUF DEN 29. FEBRUAR IST DEM  
 MAÑANA GEKÜNDIGT WORDEN.  
 UM DIES ZU FEIERN LADEN WIR  
 ZUR LAGEBESPRECHUNG IM  
VOLLBESETZTEN CLARAGRABEN  
 123 EIN (DIENSTAG 29. FEBR. 20<sup>00</sup>)

WIE OFFENBAR BEREITS BEKANNT (SIEHE  
 KÜNDIGUNG \*) FINDEN SEIT EINIGER ZEIT  
 IM MAÑANA DISKUSSIONEN ÜBER EIN AUTONO-  
 MES JUGENDZENTRUM STATT. DIESE GEHEN  
 WEITER !!!

Anfang des Jahres wurde dem Restaurant MAÑANA von der GGG (Gesellschaft für das "Gute und Gemeinnützig") auf den 29. Februar gekündigt. Gründe dafür wurden nur unklar formuliert

(Drogenproblem, Flachlegung der Spectro durch die Rocker ua.).

Wie wir erfahren haben, beabsichtigt die GGG, den Claragraben 123 abzureissen und an dessen Stelle ein Mehrmillionenprojekt ("Jugendzentrum" mit Bastelräumen (i) usw.) entstehen zu lassen. Die Abbruchbewilligung wurde jedoch von der zuständigen Behörde erst auf Ende 72 erteilt. Verhandlungen mit der GGG und dem Drop-in Basel über die Errichtung einer Drogenberatungsstelle auf die Dauer von 9 Monaten und der Beibehaltung des Mananas verliefen ergebnislos, nachdem sich anscheinend herumgesprochen hat, dass in letzter Zeit im Mañana Besprechungen über die Planung eines Autonomen Jugendzentrums stattfanden.

Am 15. Februar fanden sich Vertreter verschiedener behördlicher Institutionen (Baupolizei, Feuerpolizei, Sanitätspolizei, Bewilligungswesen, Chef vom Claraposten, Vertreter vom Baudep. usw.) im Rest. Mañana ein und erklärten die Zustände in diesem Lokal, nachdem sie die letzten 9 Monate allseits durchaus als befriedigend befunden worden waren, plötzlich ausserordentlich einstimmig als sehr gefährlich in jeder Beziehung. Angesichts der Tatsache, dass sich junge, sich ausgenützt führende Bürger dieser Gesellschaft zusammensetzen, um über ein Zentrum zu diskutieren, wo man gemeinsame Probleme gemeinsam zu lösen versucht, ist es ganz klar, dass sich unsere lieben Bonzen was ausdenken, um dies zu verhindern. Das ist geschehen. Die Gummiparagraphen funktionieren ausgezeichnet, der Claragraben soll plötzlich sofort abgerissen werden.

[32] Einen Tag vor der geplanten Besetzung des Gebäudes wurde mit diesem Flugblatt zur Vollversammlung vom 29. Februar 1972 aufgerufen.



Vertreter der Arbeitsgemeinschaft für aktuelle Jugendfragen besonders protokolliert haben wollte.<sup>188</sup>

Es hielten sich Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren im AJZ auf, die wegen Konflikten mit den Eltern von zu Hause abhauten oder aus Heimen entwichen. Die Polizei erhielt von Amtsstellen und Angehörigen etliche Fahndungsbegehren mit dem Vermerk «vermutlich im AJZ». Bei einer Grosskontrolle im November 1972 wurden von den 41 kontrollierten Jugendlichen sieben gesucht, darunter ein Mädchen aus Deutschland, gegen das eine Einreisesperre verhängt war.<sup>189</sup>

Ende Januar 1973 fand erneut eine Krisensitzung statt. Seit Jahresbeginn führte die Polizei jede Nacht ab 22 Uhr besondere Lärmkontrollen durch und war ermächtigt, wenn die Lautstärke nicht sofort zurückgedreht wurde, die Stereoanlagen zu beschlagnahmen. Nach einem Autobrand im Hof des AJZ unternahm die Polizei wieder eine Grosskontrolle und fand im Keller «neuerdings eine Kommune mit ca. 10 Jugendlichen auf Matratzen» und «nebst Kommunarden ca. 6 Hunde». Abgesehen von der Unordnung und sanitärischen Unzulänglichkeiten war die Brandgefahr besorgniserregend, weil mit «offenen alten elektrischen Strahlern und Petrolöfen» geheizt wurde.<sup>190</sup>

Feuerpolizeiliche Gründe allein reichten für eine sofortige Räumung nicht aus, deshalb war es unumgänglich, die elektrischen Anlagen in Ordnung zu bringen. Wer sollte das bezahlen? Die GGG könne kaum dazu verpflichtet werden, da sich das AJZ illegal im Gebäude befinde, meinte der GGG-Vertreter. Dann müsse der Strom abgestellt werden, doch das sei keine Lösung.

Grundsätzlich müsste man das AJZ angesichts der Missstände sofort schliessen, stellte der Leiter des Jugendamtes fest, aber dann hätten dreissig bis vierzig Personen kein Dach über dem Kopf. Dies sei nicht zu verantworten. Der Staat habe die Aufgabe, die Anlagen zu reparieren, schliesslich habe er das Experiment geduldet, «den Zustand ‹herangeduldet›». Die Arbeitsgemeinschaft für aktuelle Jugendfragen wurde zu guter Letzt aufgefordert, die Reparaturen in Auftrag zu geben und Rechnung zu stellen, wer sie dann bezahle, könne jetzt noch offenbleiben.<sup>191</sup>

Für alle Anwesenden ging es darum, die Wochen bis zum Auszugstermin vom 31. März 1973, der dem Aktionskomitee schon im Sommer 1972 mitgeteilt worden war, auszusitzen. Für die GGG stellte sich überdies die Frage, wie es danach weitergehen sollte. Die Bewilligung für den Abbruch hatte sie nicht erhalten, weil die daran gekoppelte Baubewilligung wegen des Baustopps nicht erteilt worden war. Abklärungen ergaben, dass der Sozialpädagogische Dienst nicht auf unbestimmte Zeit warten wollte, um Schulräume im geplanten Neubau zu beziehen.

Die GGG war entschlossen, das Gebäude bis zum Abbruch «einem wirklich guten Zweck zuzuführen». So ging sie auf die Anfrage der Schweizerischen Vereinigung zu Gunsten cerebral gelähmter Kinder, Regionalgruppe Basel, gerne ein. Diese suchte dringend ein Provisorium für



ihre Tagesschule für 25 «motorisch behinderte Kinder der Stadt Basel», die auch etliche Kinder aus Baselland aufnahm, wo keine Institution bestand. Der für die Tagesschule geplante Neubau auf dem Grundstück der CMS in Brüglingen war nämlich noch nicht fertiggestellt. Die GGG war bereit, die Liegenschaft am Claragraben 123 unentgeltlich zu vermieten, wenn die Vereinigung nach dem Auszug des AJZ selbst für die Renovation aufkam. Reparaturarbeiten konnte ihr die Invalidenversicherung teilweise oder gesamthaft zurückerstatten. Nach Beendigung des Mietverhältnisses ginge die Liegenschaft «ohne gegenseitige Entschädigungspflicht» an die GGG zurück.<sup>192</sup>

Diese Lösung kam der GGG sehr entgegen, nun musste Ende März nur noch der Auszug der Jugendlichen erfolgen. Die befürchteten «Vandalenakte» blieben aus. Eine Mieterstreckung wurde nicht gewährt, obwohl noch nicht für alle obdachlosen Jugendlichen eine neue Lösung gefunden worden war. Doch der zuständige Regierungsrat Kurt Jenny meinte gemäss *National-Zeitung*: «Wir lassen sie nicht obdachlos.»<sup>193</sup>

Nach dem Ende des Experiments AJZ wurde die Liegenschaft am Claragraben 123 wie vereinbart zunächst als Tagesschule für cerebral gelähmte Kinder verwendet und danach der Freien Volksschule vermietet. Erst 1989 wurde sie abgebrochen. Ein Jahr zuvor hatte die GGG das Areal am Claragraben 123 im Baurecht an die «Wohnstadt»-Bau- und Verwaltungsgenossenschaft vergeben, die dort ein Wohngebäude errichtete.<sup>194</sup>

## GGG Ausländerberatung

In der Hochkonjunktur der Nachkriegszeit waren Unternehmen zunehmend auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen.<sup>195</sup> In enger Zusammenarbeit mit der kantonale organisierten Fremdenpolizei und dem Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) versuchten die Schweizer Behörden, die Migration an die Bedürfnisse der Wirtschaft anzupassen. Man betrachtete die ausländischen Arbeitskräfte als Konjunkturpuffer, deren Aufenthaltsbewilligung man bei einem verlangsamten Wirtschaftswachstum nicht zu erneuern brauchte. Dies geschah dann auch nach dem Einbruch, der durch die Ölkrise 1973 verursacht wurde.

«Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen», brachte es der Schriftsteller Max Frisch 1965 auf den Punkt. Damit sprach er an, dass die Infrastruktur für die zahlreichen eingewanderten Menschen nicht bereitstand: Das Hauptproblem waren die fehlenden Wohnunterkünfte. In der Schweizer Bevölkerung wurden «Überfremdungsängste» wach, die 1961 die Gründung der Nationalen Aktion, einer fremdenfeindlichen politischen Partei, zur Folge hatte.

Die «Fremdarbeiterfrage» wurde auch im GGG-Vorstand ein Thema. Anstösse kamen aus verschiedenen Richtungen. Einerseits befasste sich

eine Studienkommission des Volkswirtschafts- und des Justiz- und Polizeidepartements mit dem «Problem der ausländischen Arbeitskräfte» und Vorschlägen für eine künftige Einwanderungspolitik.<sup>196</sup> Andererseits führte die SGG in Zürich eine Informationstagung über die «seelisch-geistige Betreuung ausländischer Arbeitskräfte» durch. Der initiative Zentralsekretär Dr. Walter Rickenbach gelangte dabei an die Vertreter der Basler Allgemeinen Armenpflege, auch in Basel aktiv zu werden. Die Anregung ging weiter an den Regierungsrat, der den Vorsteher des Kantonalen Arbeitsamtes Dr. Karl Stricker mit der Organisation beauftragte. Dieser lud für den 12. April 1961 zu einer Zusammenkunft von Vertretern staatlicher, kirchlicher und privater Institutionen, darunter auch der GGG, ein. Man beschloss, dass eine Kommission die Gründung einer Beratungsstelle und allenfalls einer daran angeschlossenen Stellenvermittlung planen solle. Die GGG als politisch und konfessionell neutrale Organisation wurde für das Präsidium der Kommission angefragt. Vorsteher Paul Berger übernahm die Aufgabe. Die Mitgliederversammlung stimmte dem Antrag des Vorstands zu, die neue Kommission als A-Organisation der GGG aufzunehmen.

Die konstituierende Kommissionssitzung fand im Oktober 1961 statt. Vertreten waren Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite, der Volkswirtschaftsbund sowie das Arbeitsamt und die katholische Kirche. Um die Errichtung einer Beratungsstelle möglichst gut zu koordinieren, klärte der pensionierte Direktor der Allgemeinen Gewerbeschule Dr. Fritz Bossart ab, welche anderen sozialen Institutionen sich in Basel bereits mit der Frage der ausländischen Arbeitskräfte befassten.<sup>197</sup> Er verfasste ein Exposé, das bereits im März 1962 vorlag. Als zentrale Probleme erachtete Bossart die prekären Wohnverhältnisse und die fehlende soziale Betreuung.<sup>198</sup>

Rasch und unbürokratisch stellte die Regierung als erste Anlaufstelle zwei Räume in der Liegenschaft an der St. Albanvorstadt 24 zur Verfügung. Die «Beratungsstelle für ausländische Arbeitskräfte» war von Montag bis Freitag täglich zwei bis drei Stunden und am Samstagnachmittag geöffnet. Als Berater wurde H. U. Maag angestellt, der gute Sprachkenntnisse hatte. Frau F. Hauswirth-Schütt erledigte halbtags die Administration. An der Finanzierung beteiligten sich der Kanton Basel-Stadt, die GGG und die Arbeitgeberschaft.<sup>199</sup>

Weitaus schwieriger zu lösen war das Wohnproblem. Als Notlösung öffnete die Baufirma G. & L. Spaini in Pratteln eine Baracke, die acht Personen Platz bot. Die CMS liess an der Ecke Wettsteinallee/Rheinfelderstrasse ein Auffanglager mit 15 Betten herrichten. Neuankömmlinge konnten hier vorübergehend unterkommen, um eine definitive Unterkunft zu suchen.<sup>200</sup> Allerdings erschwerte der äusserst angespannte Wohnungsmarkt diese Bemühungen.

GGG-Vorsteher Roger Baumann-Zemp betonte im Jahresbericht von 1963, dass es einen «schärferen Kampf gegen die bestehenden Übelstände» benötige, «die unser sozial sein wollendes Land in Misskredit zu bringen drohen». «Von einer richtig betreuten und zufriedenen fremdländischen



Arbeitnehmerschaft profitieren der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer, profitiert unser ganzes Gemeinwesen, das seine ungewöhnliche Wohlstandssteigerung der letzten Jahre nicht zuletzt den in der Schweiz tätigen Ausländern verdankt.»<sup>201</sup> Damit sprach er Klartext und wandte sich gegen die aufkommenden Bewegungen, die in der Schweiz die Fremdenfeindlichkeit zu schüren begannen. Die Steuern und die Gebühren, die die ausländischen Arbeitskräfte entrichteten, seien höher, als was die öffentliche Hand für sie ausgabe. Der Staat müsse diese Einnahmen bereitstellen, um die erforderlichen Aufgaben zu finanzieren, forderte Baumann-Zemp. Denn die Weiterführung der Beratungsstelle war noch keineswegs gesichert. Die GGG hatte bei der Regierung um eine jährliche Subvention der Betriebskosten nachgesucht, weil eine Erweiterung dringend angezeigt war, doch die Regierung hatte das Begehren zurückgestellt. Hingegen zeigten sich die Arbeitgeberverbände bei den Verhandlungen mit der Kommission aufgeschlossen.<sup>202</sup>

Um die Wohnungssituation zu verbessern, wurden von privater und staatlicher Seite Massnahmen ergriffen, wie der Vorsteher an der gleichen Stelle schilderte. Auch an der Mitgliederversammlung vom 1. Juli 1964 waren die «Gastarbeiterprobleme» ein virulentes Thema. So drückte ein Mitglied, Pfarrer im Kleinbasel, zwar seine Genugtuung darüber aus, dass sich die GGG intensiv der Betreuung ausländischer Arbeitskräfte annehmen wolle, war aber enttäuscht, «wie wenig durchschlagskräftig die bisherigen Bemühungen der GGG-Kommission gewesen» seien. Er kritisierte «die noch mangelhafte Koordination zwischen den Stellen, welche sich mit den Gastarbeitern befassen»; immerhin begrüßte er, dass die GGG-Bibliotheken planten, «geeignete fremdsprachige Bücher» anzuschaffen, denn «die geistigen Probleme sollten viel durchgreifender in Angriff genommen werden, um fruchtbare Massnahmen zu ihrer Lösung zu treffen». Ein anderes Mitglied wies sarkastisch darauf hin, «wie entgegenkommend die Bevölkerung der deutschsprachigen Schweiz auf sprachlichem Gebiet ist, indem sie stur die Gastarbeiter in Dialekt anspricht, anstatt sich auf Schriftdeutsch mit ihnen zu unterhalten».<sup>203</sup>

Als der Grosse Rat im Mai 1965 «oppositionslos» die Gewährung eines jährlichen Kredits in der Höhe von 60 000 Franken zugunsten der Ausländerbetreuung beschloss, war es endlich möglich, einen «vollamtlichen Leiter» für die Beratungsstelle zu engagieren.<sup>204</sup>

Unter anderen Themen rückte auch die Sprachenfrage ins Blickfeld. Die Beratungsstelle ersuchte die Kommission, «audio-visuelle Deutschkurse für Italiener, Spanier und Jugoslawen» einzurichten. Diese «Lehrmethode mit Tonband und Lichtbildern» würde «sich speziell für Ausländer eignen, die nicht über die nötigen grammatikalischen Kenntnisse in ihrer Muttersprache verfügen, um auf dem gewohnten Schulungswege eine Fremdsprache erlernen zu können».<sup>205</sup> Ob diese Einschätzung des Schulwissens der ausländischen Arbeitskräfte auf Erfahrung oder auf Vorurteilen basierte, muss offen bleiben. Als ein weiteres dringendes Bedürfnis wurde

die Einrichtung von «fremdsprachigen Mütterberatungs- und Säuglingspflegekursen» erachtet.

Die Anregung, zum Thema «Ehen mit Ausländern» eine Beratungsstelle zu eröffnen, wie sie in Zürich bereits «mit gutem Erfolg» geführt werde, beantwortete die GGG-Kommission hingegen abschlägig, obwohl ihr für ein Jahr kostenlos ein Büroraum in der Liegenschaft des Vereins Freundinnen junger Mädchen angeboten wurde. Die GGG verwies die Initiantin an den Frauenverein.<sup>206</sup> Die Thematik wurde dann viele Jahre später ins Beratungsangebot aufgenommen.

Das Hauptproblem blieb vorläufig die Wohnungsnot. 1972 wurde der Beratungsstelle eine Vermittlungsstelle für Wohnungsbeschaffung an Ausländer angegliedert.

Zwischen 1965 und 1990 wurden acht eidgenössische Volksinitiativen mit fremdenfeindlichem Anstrich zur Abstimmung gebracht. Die Schwarzenbach-Initiative wurde 1970 nur knapp verworfen. Die Beratungsstelle konstatierte deswegen eine erhöhte Frequenz und verzeichnete bereits über 3000 Konsultationen.<sup>207</sup>

In diesem Klima entschieden sich viele ausländische, vor allem italienische Familien keineswegs aus freien Stücken, in ihre Heimatländer zurückzukehren. Verstärkt wurde die Rückwanderung durch den wirtschaftlichen Einbruch Mitte der 1970er Jahre. Die Schweiz konnte so die zunehmende Erwerbslosigkeit, die sich in den Nachbarländern bemerkbar machte, vorerst exportieren.

Neue Herausforderungen traten in den 1980er Jahren auf, als mehr und mehr Asylsuchende aus bürgerkriegsversehrten Ländern in der Schweiz Zuflucht suchten. Die Beratungsstelle änderte den Namen zu «Ausländerbetreuung der GGG» und erweiterte ihre Angebote und Öffnungszeiten. Seit 1969 befand sie sich an der Eulerstrasse 26 in einer Liegenschaft, die die GGG schliesslich käuflich erwarb. Sie verfügte mittlerweile über acht teilzeitlich angestellte Mitarbeitende, die Gespräche ausser auf Französisch und Englisch auch auf Italienisch, Spanisch, Portugiesisch, Serbokroatisch, Griechisch und Türkisch führen konnten. Sie stand im Austausch mit anderen kantonalen Ausländerberatungsstellen, etwa mit dem Ausländerdienst Baselland, mit dem sie 1984 ein gemeinsames Seminar für Integrationsförderung durchführte mit dem Ziel, das Verständnis zwischen Schweizern und Ausländern zu erhöhen.<sup>208</sup>

Seit einigen Jahren zeichnete sich ein Paradigmenwechsel in der Haltung gegenüber ausländischen Bevölkerungsgruppen ab. In der Kommission und der Beratungsstelle wurden Fragen geprüft, «wie die Ausländer selbst ihre Anliegen und Bedürfnisse besser zur Sprache bringen könnten».<sup>209</sup> Die Kommission kontaktierte Vertreter verschiedener Ausländergruppen, die sich für die Belange ihrer Landsleute einsetzten, um ihre «Anliegen auch auf kollektiver Ebene» zu erfahren und um «schwelende Probleme» gemeinsam zu lösen. Damit diese Bemühungen Früchte tragen konnten, wurden erstmals Personen mit ausländischen Wurzeln in



[Abb.33]  
[Abb.34]



[33, 34] 1962 wurde an der St. Alban-Vorstadt 24 die «Beratungsstelle für ausländische Arbeitskräfte» eröffnet.

die Kommission gewählt, in der bisher die Wirtschaft, das Gewerbe, die Kirchen und der Staat vertreten waren. Auch die Namensänderung von «Beratungsstelle für ausländische Arbeitskräfte» zu «Ausländerberatung» verwies auf den erweiterten Tätigkeitsbereich, da längst nicht mehr nur ausländische Arbeitnehmende, sondern auch Hausfrauen, Studierende, Arbeitgeber, Wohnungsvermieterinnen und Behörden die Beratungsstelle aufsuchten. Im Zentrum der Beratungen standen Informationen über behördliche Massnahmen, Hilfe bei Arbeits-, Familien- und Steuerrechtsfragen, Vermittlung bei Konflikten im Zusammenhang mit Miet-, Arbeits-, Kauf- und Abzahlungsverträgen, Dolmetscherdienste vor Gerichten, Übersetzungen von amtlichen Dokumenten und Formularen und vieles mehr. Die Anforderungen an die Beratenden waren und sind hoch: «Menschliche Reife (Lebenserfahrung), Einfühlungsvermögen, Toleranz, diplomatisches Geschick, rasche Auffassungsgabe, sehr gute Kenntnisse in Fremdsprache und der Kultur des entsprechenden Landes, Büroerfahrung, Flair für Zahlen, gute Nerven, Belastbarkeit und v. a. gesunder Menschenverstand».<sup>210</sup>

Die GGG Ausländerberatung gilt als «das Kompetenzzentrum Integration für Basel-Stadt». Die staatlichen Subventionen, die die Beratungsstelle seit Jahrzehnten erhält, waren nicht immer unumstritten. In der letzten Debatte im Grossen Rat vom 10. Dezember 2014 konnte jedoch erneut eine Aufstockung für die Jahre 2015 bis 2017 erreicht werden.<sup>211</sup> Mit der veränderten politischen und wirtschaftlichen Lage wurden die Aufgaben komplexer. Gewisse Probleme wie die Wohnungsknappheit waren vor fünfzig Jahren zentral und haben heute wieder an Aktualität gewonnen. Sie betreffen Menschen, die vor kriegerischen Auseinandersetzungen und Umweltbedrohungen in die Schweiz flüchten, sehr hart, weil es für sie schwierig ist, bezahlbare Wohnungen mieten zu können. So ist die neueste Namensänderung 2016 nur konsequent: «GGG Migration».<sup>212</sup>

Integrationsfragen werden wie bereits bei der Gründung der Beratungsstelle für ausländische Arbeitskräfte kontrovers und heftig diskutiert. Die Vorzeichen haben sich geändert, doch die Grundproblematik der geschürten Angst vor den Fremden, den «Zugewanderten», ist auch im neuen Jahrhundert nicht verschwunden.



## Schwimm- und Badanstalten im Rhein

Mitte der 1950er Jahre wurden Gerüchte laut, dass die Badanstalten unterhalb der Pfalz abgerissen werden sollten. Seit dem 19. Jahrhundert betrieb die GGG-Kommission zur Schwimm- und Badanstalt dort ein Rheinbad für Knaben und Männer und die GGG-Kommission zur Frauenbadanstalt eines für Mädchen und Frauen. Um den drohenden Abbruch der Letzteren zu verhindern, gründeten die Nutzerinnen, Hausfrauen und Berufstätige, am 31. Januar 1956 den Verein Frauenbadanstalt Pfalz. Sie schätzten den ruhigen und friedlichen Ort inmitten der geschäftigen Stadt, um sich zu erholen und sich im Wasser zu erquicken. Die schlechte Witterung der beiden vorhergehenden Sommersaisons hatte jedoch ein Loch in der Kasse verursacht, und der schlechte Zustand der Eisenkonstruktionen, die nach dem Hochwasser von 1876 die schwer beschädigten Holzbauten ersetzt hatten, verlangte dringend nach Reparaturen. Kostspielige Sanierung, Abbruch oder Neubau an einer anderen Stelle? Diese Frage erhitzte in den folgenden Jahren die Gemüter.

Der GGG-Vorsteher, der «bei heissem Wetter und einigermaßen sauberem Wasser» im Rhein schwamm, anerkannte «das unbestreitbare Bedürfnis nach Badegelegenheiten im Rhein und in unmittelbarer Nähe der Arbeitsstätte Zahlreicher». Die GGG unterstütze «zwei getrennte Badanstalten in der Umgebung der Pfalz», stelle sich aber nicht gegen die Neubaupläne der Regierung, die «alten Badanstalten durch ästhetisch bessere Bauten zu ersetzen».<sup>213</sup> Eine der Ideen war eine neue Badegelegenheit oberhalb der Wettsteinbrücke. Dagegen wandte sich aber der Verein Frauenbadanstalt im Rhein. Ein solches «öffentliches Gemeinschaftsbad mit Velo- und Motopark und mit Kioskbetrieb» würde «niemals den wahrhaft Erholungssuchenden die gleichen Vorteile bieten».<sup>214</sup> In einer Petition, die 131 Erwachsene und 73 Kinder unterschrieben, forderte er den Fortbestand der Badanstalt unterhalb der Pfalz.

Im Unterschied zu Fritz Ebi war der neue Baudirektor Max Wullschleger gegenüber den Pfalzbadanstalten positiv eingestellt. Er beauftragte den Basler Architekten Martin H. Burckhardt in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt, der Staatlichen Heimatschutzkommission und der Denkmalpflege am gleichen Ort, unter gleicher Leitung, nämlich der GGG, und im gleichen Sinn eine Neuanlage zu entwerfen. Burckhardt schlug zwei nahe dem Ufer verankerte Badeschiffe vor.<sup>215</sup> Zunächst zog

er «umgebaute Schleppschiffe» in Erwägung, doch die Rheinschiffahrt konnte «keine Tonne freigeben». Also verfolgte er die Variante von neu gebauten Badeschiffen weiter mit Liegewiesen, zwei Flossen, einem Badesteg am Wasser sowie einer Promenade für Spaziergänger mit Sitzplätzen von der Pfalz rheinaufwärts. Die Trennung der Geschlechter sowie der Badenden von den Nichtbadenden war gewährleistet, aber die hohen Kosten und die «kasemattenartigen Garderobenbauten», die nur ungenügend belichtet und belüftet werden konnten, fielen nachteilig ins Gewicht. Den Vereinsmitgliedern stellten sich zu diesem Projekt zahlreiche Fragen, etwa ob das «Floss geschützt vor Belästigung durch sog. Wassersäue» sei, ob die «Sonnenterrasse auf das schwankende Floss» verlegt werden müsse, ob «das exponierte Kinderbad sogar mit Geländer eine ständige Aufsichtsperson» erfordere.<sup>216</sup>

Die GGG-Kommission zur Frauenbadanstalt, die sich personell mit dem Verein teilweise überschneidet, war im Spätsommer 1958 zu einer Sitzung des GGG-Vorstands eingeladen, bei der sich zeigte, dass die GGG die Defizitgarantie bei Saisonbeginn noch übernommen hatte, weil sie mit einer baldigen neuen Lösung rechnete. Sie hatte der Kommission empfohlen, bei den interessierten Kreisen freiwillige Spenden zu sammeln. Damit war der Verein gemeint. Dieser war jedoch der Meinung, dass «die Berechtigung der Existenz der Pfalzbadi evident» sei, dass die GGG mit der Finanzierung eine «wirkliche gemeinnützige Aufgabe» erfülle, weil sie «vielen Berufstätigen zu einer billigen, idealen Picnicstelle» ver helfe und dazu beitrage, «wenigstens einen *radiofreien*, gesunden Aufenthalt zu bewahren».<sup>217</sup>

Der Verein wollte sein kleines Vermögen für die Mitgliederwerbung und zur Entkräftung der «gehässigen Gegenkampagne» verwenden. Insbesondere das «Rats-Stübli» der *Nationalzeitung* schoss immer wieder böse gegen die Frauenbadanstalt und diffamierte etwa das Inserat zur Saisonöffnung als «Witz der Woche».<sup>218</sup> Der Kommentator sprach sich für den «Abbruch der vorsintflutlichen Schandpfahlobjekte» aus.

1959 wurde der «Ratschlag 5590 betreffend den Ersatz der alten Pfalzbadanstalten durch zwei Badeschiffe sowie Ufergestaltung und Gärtnerarbeiten» im Grossen Rat debattiert.<sup>219</sup> Der Regierungsrat erläuterte, dass der Abbruch aus rechtlichen Gründen nicht möglich sei, wenn der Eigentümer nicht einverstanden sei. Dies sei die GGG, die vor etwa 120 Jahren bei einer Allmendversteigerung durch den Staat die Rechte erhalten habe. Auch aus moralischen Gründen sei ein Abbruch nicht möglich, weil die GGG viele Geldmittel hineingesteckt habe. Der Staat habe erst später begonnen, öffentliche Bäder zu bauen. Es stelle sich die Frage, ob es sich bei der derzeitigen Wasserqualität des Rheins überhaupt noch lohne, eine Anlage zu finanzieren. Doch gemäss Verfassungsartikel und Bundesgesetz müssten in den nächsten Jahren alle Gemeinden und Industrien ihr Abwasser in Kläranlagen reinigen. Die Frist sei gesetzt. Die Verschmutzung durch die Rheinschiffahrt sei nicht so schlimm, um das Baden zu verunmöglichen.



Die Regierung gehe davon aus, dass niemand «die rostigen Eisenhaufen dem Denkmalschutz unterstellen» wolle. Die Denkmalpflege war gegen ein erstes Neubauprojekt, das «einen Eingriff in das Bild der Pfalz bedeutet» hätte. Nun standen die Badeschiffe zur Diskussion.

Während die Grossräte durch alle Parteien hindurch dafür waren, dass die «Gerüste» verschwinden, war umstritten, ob ein Ersatz nötig war und wo die neue Badegelegenheit sein sollte. Hans Stebler von der Partei der Arbeit zeigte sich vom Abbruch begeistert und meinte, dass die unteren Rheinwege mit wenig Geld für Badende ausgebaut werden könnten. Die Schiffe hingegen bezeichnete er als eine «teure Spielerei», baden könne man auch ohne Schiffe. Dr. Edmund Wyss von der Sozialdemokratischen Partei nannte die beiden Badanstanen ebenfalls einen «Schönheitsfehler» und ergänzte, dass die beiden andern Badanstanen in der Breite und im St. Johann, die vorwiegend von der Arbeiterbevölkerung benutzt wurden, den gesamten Bedarf abdeckten. Anstatt der Schiffe sollten diese erneuert werden.

«Wer das Glück hatte im Rhein schwimmen zu lernen, der muss dort wieder eine Stelle haben, wo er schwimmen kann», meinte Arnold Schneider von der Freisinnig-Demokratischen Partei. Gemäss Nicolas C. G. Bischoff von der Liberalen Partei sei das Leben auf dem Rhein ein Gewinn für die Stadt. Die Schiffe seien eine der nicht so häufigen «wirklich guten Baslerideen». Vielleicht könnten «zwei billige Schlappen» erstanden werden, sie müssten «sauber und froh» sein. Für einige Grossräte war wichtig, dass im Hinblick auf das 500-Jahr-Jubiläum der Universität Basel 1960 die «Fischkästen verschwinden».

Der Verein Frauenbadanstalt, der sich mit allen Mitteln für die Erhaltung stark machte, wollte das Anliegen in der zuständigen Grossratskommission vertreten und sogar als «ausserordentliche Ausnahme» eine Delegierte mit beratender Stimme an die Sitzungen schicken: «Da wir eine Frauengemeinschaft sind, fehlt uns die Möglichkeit unseren behördlichen Instanzen von unsern Anliegen zu sagen.»<sup>220</sup> Es war im Herbst 1959 des Jahres, als die Schweizer Männer das Frauenstimmrecht zur grossen Enttäuschung vieler Frauenverbände wuchtig abgelehnt hatten. Dies bedeutete, dass Frauen weiterhin nur indirekt und über solidarische Männer politisch Einfluss nehmen konnten. Ob das Ansinnen der Frauen vom Kommissionspräsidenten unterstützt wurde, geht aus den vorhandenen Vereinsakten nicht hervor.

Das Baudepartement sah sich genötigt, die Badeanstalten abzureisen, wenn nötig nach erfolgter Enteignung, und die Idee der Badeschiffe aufzuschieben, bis der Rhein sauberer sei. So entschied der GGG-Vorstand, der Mitgliederversammlung den Abbruch auf Ende Saison 1960 zu beantragen, dies auf Kosten des Staates und mit einer Entschädigung an die GGG sowie der Bedingung, dass die Regierung nach fünf Jahren ein neues Projekt prüfe. Doch nach einer «lebhaften Diskussion», das heisst einer kontroversen Debatte, lehnte die Versammlung mit 43 gegen 30 Stimmen den Antrag des Vorstands ab und hiess den Gegenantrag der beiden

Kommissionen der Badanstalten gut, nämlich nur die Männerbadanstalt abzureissen und die Frauenbadanstalt bis zu einer neuen Lösung stehen zu lassen. Für Männer sollte eine separate Umkleidekabine zur Verfügung gestellt werden.<sup>221</sup>

Dieses Abstimmungsresultat hatte ungeahnte Folgen. In einer Nacht- und Nebelaktion bemalten einige Burschen die Eisenpfosten, den Boden des Laufstegs und das Holzwerk der Frauenbadanstalt mit leuchtend gelber Farbe. Der Verein beauftragte einen Malermeister, den Schaden zu beheben und die Verunstaltung zu übermalen. Seine Rechnung belief sich auf 368.50 Franken.<sup>222</sup> Später auferlegte das Gericht den Schuldigen die Rückerstattung der Malkosten.

Die Vereinspräsidentin Elisabeth Schönmann-Hodel nahm in der *National-Zeitung* zur Übeltat Stellung: «Spielt wohl der schweizerische Antifeminismus auch hier seine böse Rolle? Man könnte den Frauen doch leicht ein wenig mehr zuliebe tun, indem man – nachdem man ihre berechtigten Wünsche für ein Separatbad im Gartenbad am Bachgraben einfach ignoriert hat – ihnen wenigstens ihr herrliches Badeplätzli am Rhein gönnt!» Die Benutzerinnen hätten aus freiwilligen Mitteln im Hinblick auf das Jubiläumsfest der Universität stillschweigend und ohne «Täm-Täm» die Farbe übermalen lassen. Es bleibe zu hoffen, «dass die Studenten sich ritterlich zeigen und auf freiwilliger Basis Schadenersatz leisten, denn sie hatten ja ihren Spass etwas recht Auffälliges in Basel getan zu haben genügend ausgekostet», und süffisant ergänzte sie, dass sie gewiss nicht wollten, «dass junge Damen täglich einen Teil der gelben Kleckerei an ihren Füessen mit nach Hause tragen». Man habe «Verständnis für eine nette Pfalz gezeigt», die Badanstalt herausgeputzt und den Hang mit leuchtenden Blumen bepflanzt.<sup>223</sup>

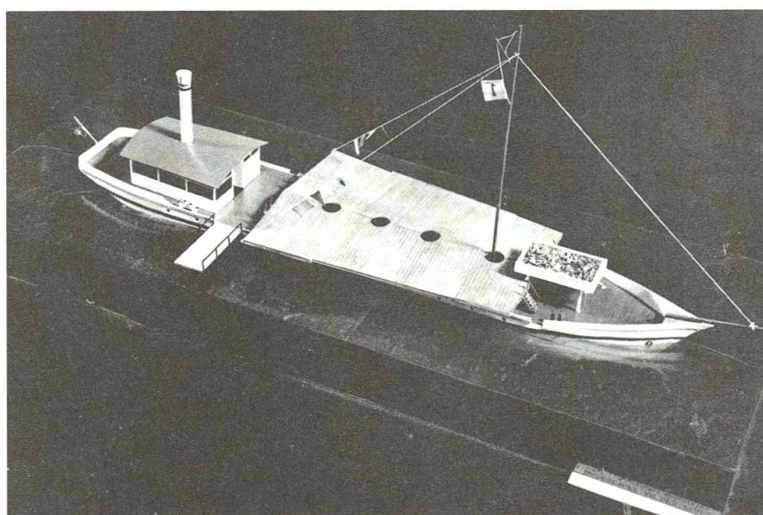
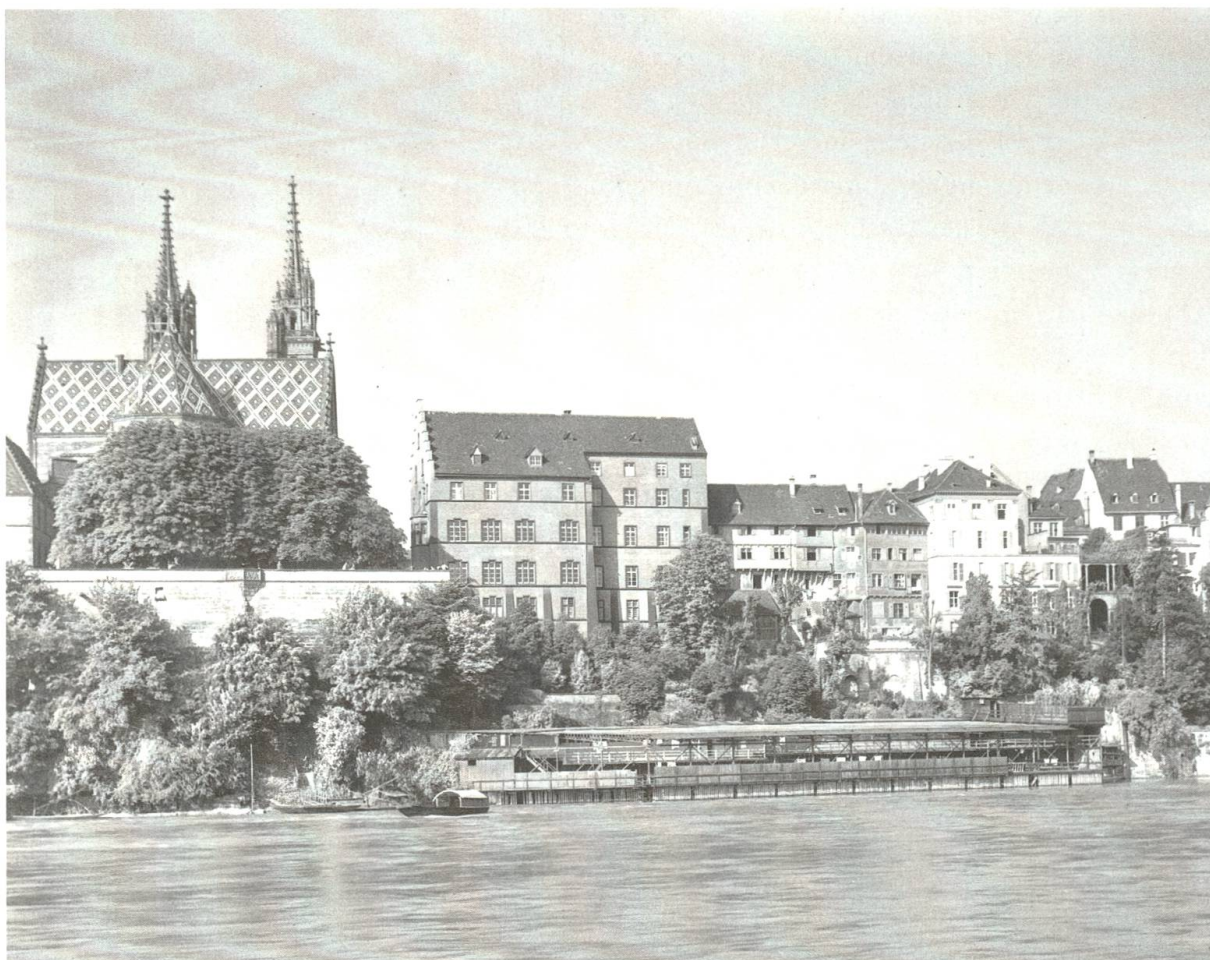
Der Sommer 1960 war dann aber die letzte Saison der Frauenbadanstalt. Der Abbruch wurde auf den 24. April 1961, 7 Uhr angesetzt, wie die Präsidentin der GGG-Kommission wenige Tage zuvor erfuhr.<sup>224</sup> Der Beschluss ging auf «die Widerrufung des Allmendbenützungrechts» zurück, die ab 23. April in Kraft trat. In einem Schreiben informierte die Präsidentin der GGG-Kommission alle Benutzerinnen, ihre persönlichen Gegenstände bis am Sonntagabend mitzunehmen. Die GGG versichere, sich weiterhin für ein Provisorium einzusetzen, versuchte sie zu trösten.

Doch das versprochene Provisorium wurde nie mehr realisiert. Ein von Architekt Burckhardt eingereichtes Projekt lehnte der Denkmalpfleger ab, gegen weitere Pläne wurde später ein Baustopp erlassen. Diese hätten eine «Miniaturbadi» beinhaltet mit zwei Umkleidekabinen, einer für Frauen, einer für Männer, mit dreissig Kleiderhaken und einer «kalten Douche». Die Vereinspräsidentin protestierte dagegen, dass die Kleider unbeaufsichtigt auf einem öffentlichen Spazierweg ausgestellt gewesen wären, und verlangte Kästchen.

1963 machte der Verein Frauenbadanstalt unter den Mitgliedern eine Umfrage zu ihren Badegewohnheiten. Die Hälfte antwortete: einige badeten nun in den andern Rheinbadanstalten, andere gingen in die



[Abb. 35]  
[Abb. 36]



[35] Die Frauenbadeanstalt lag unterhalb der Lesegesellschaft, während sich die Schwimmgelegenheit für Männer weiter rheinaufwärts befand.

[36] Als Ersatz für die Badeanstalten im Rhein entwarf der Architekt Martin H. Burckhardt zwei nahe dem Ufer verankerte Badeschiffe; diese Idee war 1959 im Grossen Rat jedoch umstritten.

Gartenbäder, wobei ihnen der weite Weg und der Lärm nicht gefielen. Und viele badeten nur noch zu Hause in der Wanne. Die Antworten wurden der Regierung zugestellt.

An der folgenden Jahresversammlung 1964 beschlossen die Anwesenden, trotz der wenig erfreulichen Aussichten den Verein noch nicht aufzulösen.<sup>225</sup> Dieser Beschluss fiel erst elf Jahre später an der a. o. Mitgliederversammlung vom 18. Juni 1975.<sup>226</sup> Anwesend waren 12 Frauen, entschuldigt hatten sich 23 Frauen und ein Mann. Nachdem sich der Verein, den die Nutzerinnen zur Unterstützung ihrer Frauenbadanstalt 1956 gegründet hatten, aufgelöst hatte, war auch die Präsidentin der GGG-Kommission zur Frauenbadanstalt bereit, die Auflösung ihres Gremiums an der GGG-Mitgliederversammlung vom 21. Juni 1978 bekanntzugeben.<sup>227</sup> Die seit längerem inaktive GGG-Kommission zur Schwimm- und Badanstalt im Rhein ihrerseits bestand nur noch auf dem Papier. Als das letzte Kommissionsmitglied gestorben war, wurde dessen Sohn angefragt, ob er übernehmen wolle. Wenn das Baden im Rhein aktiviert würde, wäre er bereit dazu, antwortete er. Der GGG-Vorstand beschloss danach, die Kommission im Jahresbericht nicht mehr aufzuführen.<sup>228</sup>

In den 1970er Jahren war die Wasserqualität derart schlecht geworden, dass nicht mehr viele im Rhein badeten. Der Kantonschemiker, früher selbst ein Rheinschwimmer, hatte aus hygienischen Gründen damit aufgehört. In Wasseruntersuchungen waren zu verschiedenen Jahreszeiten Salmonellen, Kolibakterien und Fäkal-Streptokokken gefunden worden. Das Gewässerschutzamt informierte, dass der demnächst fällige Grossratsbeschluss betreffend Abwasserreinigung die Gründung der Pro Rhena ermögliche, die den Ausbau der Kläranlagen in der Region fördern werde. Der Vertrag zur Abwasserreinigung zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft und den chemischen Firmen Ciba-Geigy AG und F. Hoffmann-La Roche & Co. AG, vertreten durch eine einfache Gesellschaft, wurde 1979 erlassen.<sup>229</sup> Bereits 1980 führte die Schweizerische Lebensrettungs-Gesellschaft (SLRG) Sektion Basel das erste Basler Rheinschwimmen durch, das seither jedes Jahr nach den Schulsommerferien stattfindet und sich grosser Beliebtheit erfreut.

## Schulgärten

Ende November 1909 erreichte die GGG ein Unterstützungsgesuch des Lehrers Ernst König-Hagenbuch.<sup>230</sup> Er überlege seit Jahren, wie die Stadtjugend die Vorteile des Landlebens erfahren könne. Er miete seit 1906 einige Aren Land in der Gärtnerei einer Witwe im Neubad und pflanze an zwei Abenden pro Woche während der Sommermonate mit zwanzig bis dreissig Kindern Gemüse und Blumen an. Für ihn stehe die Gesundheit der Kinder im Vordergrund, die «im Stadtinnern vielleicht



arbeiten, zumeist indes zwecklos sich herumtreiben». «Ohne pedantischen Zwang» sollten sie ihre Gesundheit und Kraft stärken. Auch Kinder aus Arztfamilien seien dabei.

Dieses Projekt habe noch ein zweites – pädagogisch-didaktisches – Ziel, nämlich die Umgestaltung des Naturkundeunterrichts. Die Schüler könnten so konkret den Anbau und die Pflege von Kulturpflanzen kennenlernen, wie dies auch die Landerziehungsheime im 19. Jahrhundert vermittelt hätten. Als dritten Grund erwähnte er «die bewahrende und erziehende Kraft der Arbeit». Die staatliche Verwaltung stelle eine Zunahme der polizeilichen Verzeigungen unter Sekundarschülern fest und schreibe dies der mangelnden körperlichen Beschäftigung vor allem von Knaben zu.

Da er selbst am Stadtrand wohne, könne er beobachten, wie Jugendliche Anlagen und Felder beschädigten. Nicht Bosheit, sondern «der an und für sich löbliche Tätigkeitstrieb» stachle sie zu solchen Ausschreitungen an. «Leiten wir diesen in die richtige Bahn, so können wir viel Böses verhindern und Gutes schaffen», war sein Fazit.

Mit diesen Erläuterungen stellte König ein Gesuch um finanzielle Unterstützung solcher Gartenarbeit für Grossstadtkinder. Der Leiter der Stadtgärtnerei Eduard Schill trug dieses Anliegen mit und stellte seinen Privatgarten an der Burgfelderstrasse zur Verfügung. Auch verpachtete ihm das Baudepartement einige Aren der städtischen Baumschule an der Hegenheimerstrasse.<sup>231</sup>

Die GGG begrüsste das Anliegen und setzte 1910 die Kommission für Schülergärten ein. Das Interesse wuchs. Von 1910 bis 1914 konnten die verfügbaren Anbauflächen von 12 Aren auf 336 Aren vervielfacht werden. 1915 waren 2 Klassen mit 43 Kindern an der Burgfelderstrasse, 5 Klassen mit 100 Kindern beim Gotthelfschulhaus, 4 Klassen mit 80 Kindern auf St. Margrethen und 3 Klassen mit 60 Kindern an der Grenzacherstrasse beschäftigt. Es waren 23 Kinder aus der Primar-, 166 aus der Sekundar-, 27 aus der Real-, 33 aus der Töchterschule, 22 aus dem Gymnasium und 12 aus anderen Institutionen beteiligt. Insgesamt nahmen 190 Knaben und 93 Mädchen, also 283 Schüler und Schülerinnen, teil.

Das Kursgeld für diese freiwilligen Gartenbaukurse betrug 10 Franken, die von 189 Kindern entrichtet wurden. Die Lukasstiftung unterstützte 60 Kinder mit ermässigten Gebühren.<sup>232</sup> Die je nach Witterung unterschiedlich grossen Ernteerträge durften die Kinder nach Hause nehmen, wodurch das Kursgeld indirekt zurückerstattet wurde. In wirtschaftlich schweren Zeiten bedeuteten die Erträgnisse einen wichtigen und willkommenen Zustupf zu den Mahlzeiten der bedürftigen und weniger wohlhabenden Familien.

1934 musste Ernst König wegen eines Gehörleidens vorzeitig in den Ruhestand treten. Er hatte an der Freien Evangelischen Schule Turnen, Schreiben, Rechnen, Geografie und Geschichte unterrichtet und sich daneben unermüdlich für die Schüler- und auch die Familiengärten sowie die Knabenhorte und Lehrlingssäle eingesetzt. Er habe Humor besessen, was für einen Lehrer sehr wertvoll sei, hiess es in einem Nachruf 1955.<sup>233</sup>

Auch nach der Pensionierung des Initianten wurden die Schüलगärten weiterbetrieben und von der Stadtgärtnerei aktiv unterstützt. Doch in den 1950er Jahren wurde es immer schwieriger, städtisches Pflanzland zu erhalten. Mit dem in der Hochkonjunktur einsetzenden Bauboom wurden freie Felder zunehmend überbaut, um dringend benötigten Wohnraum für die wachsende Bevölkerung zu schaffen.

Die A-Organisation der GGG stand kurz vor dem Aus. Der Leiter der Stadtgärtnerei Richard Arioli gelangte zwar mit Vorschlägen an das Erziehungsdepartement, um die Schüलगärten weiterführen zu können.<sup>234</sup> Dieses erachtete aber das Projekt als «zum Absterben verurteilt».<sup>235</sup> Der GGG-Vorsteher betonte hingegen, dass in der Zeit der Verstädterung viele Kinder «keine oder nur benzingetrübte Beziehungen zur Natur» und deshalb einen engeren Kontakt zur Pflanzenwelt bitter nötig hätten.<sup>236</sup> Mit vereinten Kräften der Eltern, Lehrpersonen und der GGG konnte die Auflösung der Schüलगärten für einige Jahre aufgeschoben werden.

1970 gab es keinen Ausweg mehr. Die Schüलगärten an der Hardstrasse mussten geräumt werden, nachdem die Landeigentümerin entschieden hatte, einen Neubau zu errichten. Ersatzland in geeigneter Lage zu einem erschwinglichen Preis konnte nicht mehr gefunden werden. Ebenso schien es aussichtslos, für den bisherigen Leiter und pensionierten Reallehrer Robert Hofer-Baur, der aus Altersgründen aufhören wollte, einen Nachfolger zu finden. Zudem war das Interesse der Kinder an der Gartenarbeit grösstenteils erloschen. Nach Abklärungen mit der CMS, der Stadtgärtnerei und der Pflanzlandstiftung musste der GGG-Vorstand einsehen, dass eine Weiterführung nicht mehr opportun war. Ungern stellte er der Mitgliederversammlung am 10. Juni 1970 den Antrag, die Kommission für Schüलगärten aufzulösen; der Antrag wurde angenommen.

So wurde im selben Jahr, in dem Arioli, der langjährige Förderer der Schüलगärten und unermüdliche, nun in Pension gehende Leiter der Stadtgärtnerei, für sein Engagement die Ehrendoktorwürde der Universität Basel erhielt, dieses erfolgreiche Schulprojekt nach sechzig Jahren beendet – vielleicht nur vorläufig: In jüngster Zeit werden Schulgartenprojekte nämlich wieder initiiert, wie das Urban Agricultural Netz Basel auf seiner Webseite dokumentiert.<sup>237</sup> Urban Gardening oder urbaner Gartenbau als meist kleinräumige, gärtnerische Nutzung städtischer Flächen gewinnt an Gewicht angesichts von Herausforderungen, die der Klimawandel hervorruft. Im Kleinen wollen solche gemeinschaftlichen Gartenprojekte gemäss ihrer Zielsetzung zur «Biodiversität, lokalökonomischen Entwicklung, sozialen Integration, Versorgungssicherheit und Linderung der Armut» beitragen.

Der Gemeinschaftsgarten Landhof ist eine solche Oase an der Riehenstrasse im Kleinbasel. Mit Gleichgesinnten kann man in diesem öffentlichen Nutzgarten verweilen und nach Lust und Laune selber mitgärtnern. Menschen, die zu vereinsamen drohen, finden hier Anschluss und sorgen gleichzeitig für ihren Nahrungsmittelbedarf. Kinder haben die Chance, etwas über die Natur und ihre Gaben zu lernen.



## Verein für Jugendherbergen

Am 5. November 1925 informierte Max Bider die GGG über die kurz zuvor erfolgte Gründung des Vereins für Jugendherbergen in Basel. Der konfessionell und politisch neutrale Verein plante die Einrichtung von Jugendherbergen in der Nordwestschweiz, um das «Jugendwandern» zu fördern. Er stand in Kontakt mit der Genossenschaft der Jugendherbergen in Zürich, die von der Zürcher Gemeinnützigen Gesellschaft unterstützt wurde. Deshalb wandte sich Bider an die hiesige Schwesterorganisation und ersuchte sie um eine Unterstützung in Form von Geld oder Naturalabgaben. Dabei dachte er an Decken, Kochgeräte, Geschirr und dergleichen.<sup>238</sup>

Jugendherbergen dienten Jugendgruppen als Aufenthaltsort für ihre Aktivitäten und boten jugendlichen Wanderern günstige Übernachtungsmöglichkeiten. Die Schlafräume waren – gemäss Richtlinien – für Mädchen und Knaben getrennt, und Nikotin und Alkohol waren «selbstverständlich» untersagt. Jede Jugendherberge war einem Leiter unterstellt, der für die äussere und innere Ordnung zuständig war, doch nach dem «Grundsatz der Selbsthilfe und der Verantwortung gegenüber der Sache» trugen die Gäste zur Ordnung bei.

In ihrer Antwort zeigte sich die GGG nicht abgeneigt, das Gesuch zu unterstützen, wollte aber weitere Präzisierungen erhalten. Die budgetierten Einnahmen des Vereins setzten sich aus den einmaligen Mitgliederbeiträgen in der Höhe von zehn Franken, dem Erlös der Jahreskarten, dem Verkauf der Herbergsverzeichnisse sowie den Übernachtungsgebühren zusammen. Die Gesamtkosten für den Unterhalt, die Wolldecken, die Entschädigung des Herbergsleiters und die Aufwände für die Werbeunterlagen, waren damit aber nicht gedeckt.<sup>239</sup>

Auf Antrag des GGG-Vorstands stimmte die Mitgliederversammlung Ende März 1926 zu, dem Verein einen Jahresbeitrag von 100 Franken zu gewähren. Der junge Gymnasiallehrer Dr. Eduard Sieber wurde zum Delegierten gewählt.<sup>240</sup> Innerhalb von nur fünf Monaten seit Biders Gesuch war somit der Verein der Jugendherbergen Basel unter das Patronat der GGG genommen worden und blieb eine C-Organisation bis 1992.

Aus dem ersten Bericht des Delegierten werden die Gründe ersichtlich, weshalb die GGG den Verein für Jugendherbergen so rasch aufgenommen hatte. Ziel sei die Förderung des «gesunden Wanderns der Jugend», schrieb Sieber und fuhr fort: «Unsere Jungen müssen hinaus aus der Stadt, weg von all ihren Zerstreungen und Versuchungen. Aus inniger Berührung mit der Natur sollen sie Kraft holen, die sie für das tägliche Leben brauchen, sie sollen wandern und andere Gegenden und Volkskreise kennen und lieben lernen.»<sup>241</sup>

Um die Jugendlichen vor den Verlockungen und Verführungen in der als schmutzig und ungesund begriffenen Stadt zu schützen, sollten sie auf dem Land preiswert übernachten können. Zu einem gesunden Leben

gehörten Alkoholabstinenz, Nichtraucher und Bewegung an der frischen Luft in der Natur.

Es waren deutsche Wandervogelgruppen, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf ihren mehrtägigen Wanderungen günstig und sicher übernachteten wollten und so die Bewegung der Jugendherbergen initiiert hatten.<sup>242</sup> Zum finanziellen Motiv kam das ideelle, nämlich innerhalb der eigenen Altersgruppe der Enge der bürgerlichen Gesellschaft zumindest in der Freizeit entgehen zu können. In der Schweiz wurde 1924 die Genossenschaft für Jugendherbergen Zürich gegründet. Die Vorstandsmitglieder vertraten verschiedene Jugendorganisationen, wie etwa Wandervogel, Freischar, Pro Juventute und Abstinente Jugend. Wie in Basel wurden auch in anderen Kantonen Vereine gegründet, die sich 1927 zum Schweizerischen Bund für Jugendherbergen (SBJ) zusammenschlossen.

1930 ersuchte der Delegierte Sieber, der nun als Obmann der Ortsgruppe Basel des SBJ amtierte, die GGG um eine Erhöhung des Jahresbeitrags. Diese bewilligte fortan einen Beitrag von 200 Franken. Wegen der Wirtschaftskrise blieben die deutschen Touristen aus, was vor allem für die Basler Jugendherberge negative Folgen hatte. Die Vereinsleitung rang der schweren Zeit die Überzeugung ab, dass dadurch «weite Volkskreise wiederum zu einfacherer Lebenshaltung» zurückfinden könnten, was «gewiss nicht zum Schaden des Volksganzen» sei. Der Verein könne der Jugend den «Wert des gesunden, einfachen Wanderns» vermitteln und damit die Idee der Jugendherberge fördern, meinte auch der GGG-Vorsteher an der Mitgliederversammlung.<sup>243</sup>

In Basel standen zunächst Schlafplätze im Schulhaus Kleinhüningen, in einer «Wandervogelbude» am St. Alban-Kirchrain und im Gott-helf-Schulhaus zur Verfügung. Später befand sich die Jugendherberge am Weiherweg, bis sie 1965 in die leerstehende und für den Abbruch bestimmte Fin-de-Siècle-Villa an der Kapellenstrasse 17 einziehen konnte. Die CMS plante auf dem Areal eine Wohnüberbauung und war bereit, die Liegenschaft zur Zwischennutzung bereitzustellen. Die staatliche Verwaltung übernahm Miet- und Umbaukosten.

Der Verein der Jugendherbergen bemühte sich unentwegt, günstige Schlafplätze in der Region zu organisieren. So waren in den 1930er Jahren solche in Anwil, Beinwil, Eptingen, Hölstein, Liestal, Montfaucon und auf dem Passwang vorhanden. 1935 wurde die instand gestellte Burgruine Rotberg als erste eigentliche Jugendherberge in der Schweiz eingeweiht.<sup>244</sup>

Ende der 1930er Jahre verwaltete die Dachorganisation den Höchststand von 208 Jugendherbergen. Die Übernachtungstaxen betrug damals zwischen 20 Rappen und 1.50 Franken. Die Hälfte der Schlafplätze mussten für schweizerische Gäste reserviert werden, weil man befürchtete, Personen aus dem Ausland würden die Jugendherbergen zu stark frequentieren.

Nach Kriegsausbruch stellte sich die Frage, ob grundsätzlich etwas geändert werden müsse, doch der Delegierte schrieb, dass «die Pflege der





[37] Blick in die Jugendherberge, die sich ab 1965 bis zum Abbruch der Villa an der Kappellenstrasse 17 befand.

internationalen Beziehungen unter der Jugend» zu den schönsten Aufgaben gehöre. Dies hätten 1939 ein französisch-schweizerisches Freundschaftstreffen in Basel und eine von Basel aus organisierte Fahrt der flämischen Jugend in die Schweiz gezeigt. «Wandernd die Heimat durchziehen» fördere die «Heimatliebe», bringe «im gemeinsamen Erlebnis alle Volkskreise» zusammen und erziehe «zur Einfachheit», wie sie in den Jugendherbergen geübt werde. Das werde in Zukunft nötig sein.<sup>245</sup>

Die Jugendherbergen gewannen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts an Attraktivität, was sich in den Mitgliederzahlen zeigte. In Basel wurde 1979 im St. Alban-Tal der ehemalige Erweiterungsbau der Sarasin'schen Bandfabrik für die Jugendherberge umgebaut.

Der wirtschaftliche Einbruch hatte allerdings in den 1970er Jahren zur Schliessung einiger Jugendherbergen in der Umgebung geführt. Aus finanziellen Gründen beantragten die beiden Kantonalverbände Basel und Aargau-Solothurn ihren Mitgliedern die Fusion. Das war umstritten. Gegner des Zusammenschlusses erinnerten daran, dass der Verein als Selbsthilfeorganisation entstanden sei, und kritisierten die zunehmende Kommerzialisierung des Verbandes. Doch die Mitglieder zeigten kaum mehr Interesse, am Vereinsleben teilzunehmen. Die meisten zahlten die Mitgliederbeiträge nur, um in den Jugendherbergen günstig übernachten zu können.<sup>246</sup> Vergleichbare Organisationen wie der Schweizer Alpenclub (SAC) machten ähnliche Erfahrungen. An einer Mitgliedschaft Interessierte wollten sich nicht unbedingt im Verband engagieren, sondern von den günstigen Übernachtungsmöglichkeiten profitieren.

Ab 1. Januar 1983 leitete der bisherige Basler Geschäftsführer den neuen Verein für Jugendherbergen Nordwestschweiz, der nun sieben Jugendherbergen verwaltete und 20 000 Mitglieder umfasste. Er war nach Zürich die zweitgrösste Sektion der Dachorganisation.

Als die GGG 1990 in einer Retraite im Weiherschloss Bottmingen ihre Tätigkeitsfelder und Ressorts durchleuchtete, kam sie bei einigen Organisationen zum Schluss, dass sich die Rahmenbedingungen so geändert hatten, dass eine weitere Unterstützung nicht mehr nötig war. Dies galt auch für den ehemaligen Basler Verein für Jugendherbergen. Die Mitgliederversammlung hiess die Entlassung als C-Organisation 1992 gut.

## basel sinfonietta

Die GGG, die seit ihren Anfängen einen engen Bezug zur Musikkultur in Basel hatte, gab 1982 den «Führer durch die Vielfalt der Musikinstitutionen des Stadtkantons» heraus, der anlässlich ihres 200-Jahr-Jubiläums 1977 geplant worden war.<sup>247</sup> Vorgestellt wurden professionelle und Laienorchester, Ensembles, Chöre, Konzertveranstalter, Stiftungen, Bibliotheken und Musikhäuser. Ein besonderes Orchester, das zwei Jahre





[38] Jugendliche kochen in der Jugendherberge ihr Abendessen.

zuvor unter dem Namen *basel sinfonietta* gegründet worden war, fand darin noch keine Erwähnung. Offensichtlich musste es sich erst beweisen, bevor es zum Basler Musikleben gezählt wurde.

Die Idee für die Gründung der *basel sinfonietta* ging gemäss Festschrift zum 10-Jahr-Jubiläum vom Trompeter Ruedi Linder aus, der im Herbst 1979 kurz vor seinem Ausbildungsabschluss am Konservatorium stand.<sup>248</sup> Mit dem Bassisten und Dirigenten Joël Jenny, der die Eingebung für den Orchesternamen hatte, und weiteren Kollegen wie Thomas Nidecker, Christian Schiess, Nina Konecny, Georges Depierre, Monique Fornallaz wurden erste Konzepte debattiert.

Die Suche nach neuen Organisations- und Konzertformen war um 1980 politisch motiviert. Es war die Zeit der Jugendunruhen. Selbstverwaltete und genossenschaftliche Organisationen und Projekte entstanden vielerorts, zu nennen sind beispielsweise die Kulturwerkstatt Kaserne, das Restaurant Hirschenkeck, die Rote Fabrik oder die Wochenzeitung WOZ. Weshalb nicht auch ein alternatives klassisches Orchester?

«Wir funktionierten damals total basisdemokratisch, d. h. wir diskutierten alles bis ins kleinste Detail im ganzen Plenum während den Proben. Dies konnte recht aufreibend und vor allem zeitraubend sein», erinnert sich Linder.

Die ersten Proben begannen mit etwa vierzig ausgebildeten oder noch in Ausbildung stehenden Musikerinnen und Musikern im Proberaum 3 des Basler Theaters im Dezember 1980, und das erste Konzert fand in der Kirche von Ligerz am Bielersee im März 1981 mit Werken von Prokofiev und Janáček unter der Leitung von Joël Jenny statt. Die Stimmung war euphorisch.

Zum Konzept der *basel sinfonietta* gehört die eigene Programmgestaltung mit der Wahl des Dirigenten, der Solistinnen und des Aufführungsorts. Nachdem das zweite Programm nicht wunschgemäss zustande kam und beinahe zur Auflösung führte, konnte das vorzeitige Ende dieses Klangkörpers durch einen Glücksfall abgewendet werden. Über Kontakte erhielt das Orchester die Möglichkeit, unter der Leitung von Hans Werner Henze am Musikfestival, das er selbst im italienischen Montepulciano initiiert hatte, zu spielen. Inspiriert durch die sommerliche Atmosphäre beschlossen die Musikerinnen und Musiker im Herbst weiterzumachen. So fand in der Musik-Akademie im Oktober 1981 mit dem Dirigenten Mark Fitz-Gerald, den sie in Italien kennengelernt hatten und mit dem sie in den folgenden Jahren immer wieder konzertierten, das erste Konzert in Basel statt. Mit dem gleichen Programm war die *basel sinfonietta* auch im Gymnasium Oberwil und in Freiburg im Breisgau zu Gast. Dieser erfolgreiche Auftakt in der Region ebnete den Weg für ein Orchester, das schon bald ein Stammpublikum mit seinen ausgefallenen und kreativen Konzerten zu begeistern vermochte.

Zur ideellen und finanziellen Unterstützung wurde der Verein zur Förderung der *basel sinfonietta* gegründet. Die Geldsuche war denn auch



die grosse Hürde, die in jeder Konzertsaison erneut bewältigt werden musste. Gönner und Spenderinnen, Firmen, Zünfte und Stiftungen trugen dazu bei, dass die Einnahmen die Ausgaben deckten. Dennoch ist es bis heute nicht möglich, die Tarife, die der Schweizerische Musikerverband als Gewerkschaft der Berufsmusikerinnen und -musiker mit den Orchester-gesellschaften ausgehandelt hat, auszuzahlen.<sup>249</sup> Auch wenn alle mit grossem Engagement dabei sind, ist ihre Kunst auch Erwerbsarbeit und muss entlohnt werden.

Seit 1986 half die GGG mit einem jährlichen Beitrag mit, dass das Orchester die fünf bis sechs geplanten Konzerte im Stadtcasino zur Auf-führung bringen konnte. Inzwischen gewährte auch die öffentliche Hand einen Beitrag. Doch die ständige Geldsuche blieb zermürend und band viele Kräfte.

Auf Veranlassung des Erziehungsdirektors Hans-Rudolf Striebel ge-langte die basel sinfonietta 1992 an Urs Burckhardt, den damaligen Vorste-her der GGG mit der Anfrage, ob das Orchester als C-Organisation unter das Patronat genommen werden könne.<sup>250</sup> Burckhardt, zugleich verantwortlich für das Ressort Kultur, liess das Gesuch für die nächste Vorstandssitzung traktandieren und begründete seine positive Haltung damit, dass das Or-chester nach wie vor und nach zwölf Jahren noch immer zur «progressiven Avantgarde» zähle. Es entspreche der Vorstellung der GGG, «die Qualität und den Mut zu Ungewohntem», das dieses Basler Orchester auszeichne, weiterhin und vermehrt zu unterstützen.<sup>251</sup>

Der Vorstand beschloss einstimmig, der Mitgliederversammlung die Aufnahme der basel sinfonietta als C-Organisation zu empfehlen.<sup>252</sup> Mitte Juni 1994 folgte diese ebenfalls einstimmig dem Antrag des Vorstands.

Noch heute verwaltet sich das hundertköpfige Orchester selbst, wenn auch die Organisationsstrukturen mit einer Geschäftsstelle seit 1998 profes-sionalisiert worden sind, um die jährlich etwa vierzig Konzerte in der gan-zen Schweiz und die Teilnahme an verschiedenen europäischen Festivals zu organisieren. Das Anliegen, zeitgenössische Musik durch «Programme mit Pfiff» zu vermitteln, wurde in den letzten Jahren mit regelmässigen Kompositionsaufträgen an Komponistinnen und Komponisten im In- und Ausland verstärkt.<sup>253</sup>

Die Aufnahme als C-Organisation im Jahre 1994 bedeutete für das Orchester zu jenem Zeitpunkt buchstäblich das Überleben, denn seitdem erhielt es einen substantiell höheren Beitrag an die Produktionskosten. Auch wenn damit die Geldsuche nicht beendet ist und immer wieder kre-ative Lösungen erfordert, etwa die Finanzierung eines Orchestermusikers über eine Patenschaft, gehört die basel sinfonietta heute – nach mehr als 35 Jahren – zum festen Bestandteil der Basler Orchesterlandschaft.

# Verwalten und Leiten

## Patria

Die GGG stand am Anfang vieler Institutionen und Unternehmen, von denen heute kaum mehr bekannt ist, dass sie bei der Gründung einen gemeinnützigen Zweck verfolgten. Dazu gehört auch die Helvetia, ein Fusionsprodukt der gleichnamigen Schweizer Versicherungsgesellschaft mit der Patria in den 1990er Jahren. Die Anfänge der Patria gehen auf die Errichtung der «Basler Sterbe- und Alters-Kasse» im Jahr 1878 zurück – eine Initiative zum 100-Jahr-Jubiläum der GGG.<sup>254</sup>

1881 wurde in St. Gallen die Gründung der Schweizerischen Sterbe- und Alterskasse beschlossen. Mit der Übernahme der Basler Statuten und der Wahl des Sitzes in Basel ging die lokale Kasse in der gesamtschweizerischen Institution auf. Ab 1885, als erstmals die Aufsicht über die Versicherungsunternehmen in der Schweiz gesetzlich vereinheitlicht wurde, standen der GGG Basel nur noch sechs Delegierte in der Verwaltungskommission zu. Zudem hatte der Vorstand übersehen, dass die GGG Basel in den neuen Statuten nicht mehr erwähnt wurde. Von da an begann ihr Einfluss zu schrumpfen.

Das 1908 neu erlassene Bundesgesetz über den Versicherungsvertrag verlangte erneut eine Statutenrevision, was mit der Namensänderung zu «Patria, Schweizerische Lebensversicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit, vormals Schweizerische Sterbe- und Alterskasse» verbunden und so begründet wurde: «Der Name Patria erscheint uns deswegen passend, weil unsere Anstalt als eine gemeinnützige dasteht und ihren vaterländischen Sinn auch dadurch kundgibt, dass sie unsere wehrpflichtige Mannschaft bis auf den Betrag von 10 000 Franken für die einzelne Versicherung ohne Prämienzuschlag und für höhere Summen nur mit einem ganz minimalen Zuschlag versichert.»<sup>255</sup>

Trotz der Katastrophen des Ersten Weltkriegs, der Spanischen Grippe sowie der folgenden Wirtschaftskrise, die auch negative Auswirkungen auf die Versicherungsunternehmen hatte, blieb die Patria dank der soliden Grundlagen relativ stabil.<sup>256</sup> Der Aufschwung in den folgenden Jahrzehnten widerspiegelte sich in den Geschäftsadressen: von der Ecke Rittergasse / St. Albangraben 1938 an den Steinenberg<sup>1257</sup> und von da 1956 in die St. Alban-Anlage.

Als die Patria für 1935 einen Reingewinn von 3 Millionen Franken auswies, fragte der GGG-Vorstand bei ihren Delegierten an, ob die Patria



der GGG in Erinnerung daran, dass sie von ihr gegründet worden war, einen Beitrag gewähren könne. Es war die Zeit der Wirtschaftskrise, als die finanziellen Mittel der GGG nicht üppig flossen. Die Patria kam dem Gesuch nach, und der Schreiber dankte ihr für den freiwilligen Beitrag von 500 Franken, die bar per Post geschickt worden waren.<sup>258</sup> Auch zum 75-Jahr-Jubiläum der Patria, die inzwischen zu den grössten Lebensversicherungsgesellschaften der Schweiz gehörte, erhielt die GGG 1952 eine Gabe. So ist es wenig erstaunlich, dass die GGG die Angestellten ihrer A-Organisationen gegen Todesfall und Invalidenrisiko bei der Patria versicherte.<sup>259</sup>

Nach wie vor stand die Patria als C-Organisation unter dem Patronat der GGG. Doch der Anfang vom Ende kam mit der Statutenrevision der Patria 1968. Im Vorfeld der Entlassung aus dem Patronat kam es zu Turbulenzen. Sitzungen wurden als «wenig erfreulich» geschildert, Besprechungen kamen mangels Teilnahme nicht zustande, «Angriffe» mussten «ganz entschieden» abgewehrt werden. Sogar das Gericht wurde angerufen.<sup>260</sup>

Streitpunkt war das traditionelle Mitwirkungsrecht der GGG. Dieses war nach Ansicht der GGG mit der neuen rechtlichen Konzeption der Patria kompatibel, in den Augen der Patria aber inskünftig rechtswidrig. Gutachten und Gegengutachten waren sich nicht einig. Die Patria wollte die statutarische Privilegierung der GGG und ihre Sonderrechte abschaffen. Sie wandelte sich zu einer modernen Aktiengesellschaft mit Selbsternennung der Verwaltungsräte und Honorierung ihrer Tätigkeiten. Das widersprach den Prinzipien der GGG, die selbst die Delegierten in die Gremien zur Wahl vorschlug und die Bezahlung von ehrenamtlicher Arbeit ablehnte. Für die GGG war die neue Ausrichtung der Patria nicht mehr gemeinnützig.

So war der Antrag des Vorstands zur Entlassung der Patria aus dem Patronat am 10. Juni 1970 folgerichtig, und die Mitgliederversammlung hiess ihn einstimmig gut.<sup>261</sup>

In einem Schreiben erklärte die Patria, dass sie bereit sei, der GGG bis auf weiteres jährlich 15 000 Franken zukommen zu lassen.<sup>262</sup> Der Vorstand war nicht gerade enthusiastisch über diese Ankündigung. «Als Antwort [...] soll der Patria lediglich mitgeteilt werden, dass der Vorstand an seiner Sitzung vom 4. November 1970 von diesem Schreiben Kenntnis genommen hat und für den überwiesenen Betrag von Fr. 15 000.– dankt», lautete der nüchterne Protokolleintrag. Der Vorsteher verfasste den Brief.<sup>263</sup>

Die Patria hielt Wort und überwies jedes Jahr einen substantiellen Beitrag. Im Jahre 2002 spendete die Patria Genossenschaft 30 000 Franken an die GGG-Zentralkasse und das neu fusionierte Unternehmen «Helvetia Patria Versicherungen» 11 000 Franken an eine A-Organisation.<sup>264</sup>

## Ausblick: Agieren und Reagieren

In den Porträts der hier vorgestellten Organisationen und Institutionen ging es darum, die Rolle der GGG sichtbar zu machen und ihren Einfluss darzustellen. Um die historische Entwicklung der Organisationen umfassend aufzuzeigen, verdiente allerdings jede ein eigenes Neujahrsblatt. Einige Institutionen kamen in vergangenen Ausgaben bereits ausführlich zu Wort, so etwa die Stadtbibliothek, die Berufs- und Frauenfachschule und einzelne Frauenvereine.<sup>265</sup>

Die thematische Vielfalt der Organisationen macht deutlich, wie breit die GGG in der Stadt, in der Basler Zivilgesellschaft, verankert ist. Wohl die meisten Einwohnerinnen und Einwohner kommen früher oder später in Kontakt mit einer A-, B- oder C-Organisation, die von der GGG unterstützt wird. Dieser grosse Einfluss bewirkte, dass die Existenz der GGG während des ganzen 20. Jahrhunderts kein einziges Mal in Frage gestellt wurde. Nie wurde der Ruf nach einer Vereinsauflösung laut – auch nicht in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, als die GGG die Budgetwünsche ihrer Organisationen nicht erfüllen konnte oder gar Kürzungen vornehmen musste.

Die GGG Basel hat einen unübersehbaren Platz in der hiesigen städtischen Gesellschaft und leistet unverzichtbare Unterstützung in sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereichen. Wie aufgezeigt wurde, erhielt sie entsprechende Anregungen und Anfragen für die Gründung oder Weiterführung von Projekten in der Regel von aussenstehenden Kreisen, von Behörden, Interessensvereinen oder Einzelpersonen. Diese waren motiviert, ihre Anliegen zu realisieren, und steckten Energie und Engagement in die Umsetzung. Es erstaunt deshalb wenig, wenn GGG-eigene Projekte, die nicht aufgrund einer dringlichen Notwendigkeit entstanden, sondern eher der Profilierung dienen sollten, weniger erfolgreich waren. Die GGG als Verein ist auf ihre Mitgliederbasis angewiesen. Eines ihrer Markenzeichen ist der Einsatz der Freiwilligen und Ehrenamtlichen. Das zivilgesellschaftliche Engagement ist in Basel stark verankert, weil die Stadt klein und überschaubar ist und sich viele soziale Kreise überschneiden.

In regelmässigen Abständen hat sich die GGG neu Klarheit darüber verschafft, was und wie sie unterstützen kann, will und soll. Welche Probleme stehen im Vordergrund, welche Lösungen sind sinnvoll? Zur Standortbestimmung gehörte auch der umgekehrte Schritt, dass Projekte verabschiedet wurden, wenn sie ihren Zweck erfüllt hatten. Dies formulierte der damalige Vorsteher Geschichtspräsident Werner Meyer 1984 im Zusammenhang mit der Aufhebung zweier Kommissionen, die hundert



Jahre bestanden hatten: «So wenig wir aus unserer Altstadt ein denkmalgepflegtes Freilichtmuseum machen dürfen, so wenig können wir Vereinigungen, die in Form und Zweck überholt sind, als kosmetisch hergerichtete Mumien der Nachwelt überliefern. Tradition ist Weitergabe der Flamme, nicht der Asche.»<sup>266</sup>

Diese Anpassungsfähigkeit hat der GGG zu ihrer Beständigkeit und Stabilität verholfen, was auch alle jene honorieren, die mit Spenden und Legaten die Tätigkeit der GGG ermöglichen.

Die GGG wird auf diesem Weg auch im 21. Jahrhundert weitergehen. Sie wird weiterhin dazu beitragen, dass neu zugezogene Bevölkerungsgruppen integriert werden, sich hier wohlfühlen und am städtischen Leben teilnehmen können. Mit vereinten Kräften wird sie dafür sorgen, dass der Zusammenhalt der verschiedenen Schichten gestärkt wird. Dank der demokratischen Spielregeln, die eine Vereinsstruktur bietet, wird sie sich mit ihren Mitgliedern weiterhin für die Stadtentwicklung mitverantwortlich fühlen. Dabei hilft ihr das Potential der kritischen Stimmen auch künftig, die wichtigen und richtigen Themen zu fördern.

[Abb. 39]



[39] Lauschiger Weg an der Hinterseite der Häuser an der Rittergasse mit  
Ausblick in die Zukunft.



## Anmerkungen Teil III:

- [1] StABS: PA 146 Z 1: Jahresbericht der GGG von 1984, S. 1.
- [2] StABS: PA 146 Z 1: Jahresbericht der GGG von 1984, S. 2. Ich danke Anatol Schenker, dem Leiter der GGG Kurse, für seine Unterstützung.
- [3] Vgl. Janner, GGG 1777–1914, S. 234 und 302.
- [4] StABS: PA 146, Blaubuch der GGG von 1910, S. VII.
- [5] StABS: PA 146, Blaubuch der GGG von 1950, S. 10.
- [6] Archiv der GGG Kurse, Ordner zu den Kursen: GGG-Musikkurs 1960/61.
- [7] StABS: PA 146, Blaubuch der GGG von 1955, S. 9.
- [8] StABS: PA 146, Blaubuch der GGG von 1960, S. 7.
- [9] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1993, S. 11.
- [10] Interview mit Anatol Schenker vom 12.4.2016.
- [11] <http://ggg-kurse.ch/site3/ueber-uns/leitbild> (13.4.2016).
- [12] Dieses Kapitel stützt sich auf Barth, Robert (Hg.): «Ungesunde Lesewuth» in Basel. Allgemeine Bibliotheken der GGG, 1807 bis 2007, Basel 2007 (185. Neujahrsblatt der GGG), und Hilty, Anne-Lise: Die Geschichte der GGG Stadtbibliothek zum 200-Jahr-Jubiläum, Manuskript, Basel 2007. Ich danke Anne-Lise Hilty für ihre Unterstützung.
- [13] Vgl. zu den Bibliotheken im 19. Jahrhundert Janner, GGG 1777–1914, S. 252ff. und 320ff.
- [14] Flugblatt vom November 1903, in: Barth, «Ungesunde Lesewuth», S. 83.
- [15] Zitiert aus: Barth, «Ungesunde Lesewuth», S. 26.
- [16] Schäublin, Johann Jakob: Ueber die Bildung des Volkes für Musik und durch Musik, Basel 1865. Vgl. Janner, GGG 1777–1914, S. 297–299 und 381–382, Oesch, Hans: Die Musik-Akademie der Stadt Basel. Festschrift zum hundertjährigen Bestehen der Musikschule Basel 1867–1967, Basel 1967, Wohlthat, Martina (Hg.): Festschrift 150 Jahre Musik-Akademie Basel 1867–2017, Basel 2017 (in Vorbereitung). Ich danke Thüring Bräm und Martina Wohlthat für ihre Unterstützung.
- [17] Am 1. Mai 1905 trat die Schulordnung für «Musikschule und Conservatorium in Basel» in Kraft.
- [18] Oesch, Die Musik-Akademie, S. 21.
- [19] StABS: PA 146 F 17,1: Musikschule, Allgemeine Musikschule, Musikschule und Konservatorium, Allgemeines und einzelnes, Schreiben der Kommission der Allgemeinen Musikschule an den GGG-Vorstand vom 18.4.1905.
- [20] StABS: PA 146 F 17,1: Musikschule, Allgemeine Musikschule, Musikschule und Konservatorium, Allgemeines und einzelnes, Schreiben der Kommission der Allgemeinen Musikschule an den GGG-Vorstand vom 18.9.1917.
- [21] StABS: PA 146 F 17,1: Musikschule, Allgemeine Musikschule, Musikschule und Konservatorium, Allgemeines und einzelnes, Schreiben der Kommission der Allgemeinen Musikschule an den GGG-Vorstand vom 26.1.1919. Alle folgenden Informationen aus diesem Brief.
- [22] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1918: Bericht der Kommission, S. 22.
- [23] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1919: Bericht der Kommission, S. 21.
- [24] StABS: PA 146 F 17,1: Musikschule, Allgemeine Musikschule, Musikschule und Konservatorium, Allgemeines und einzelnes, ausgeschnittener undatierter Zeitungsartikel «Zum Ratschlag betr. Subventionierung der Musikschule» ohne Zeitungsnamen, ca. Juni 1919. Vgl. auch das öffentliche Schreiben des Lehrerverbands vom 11. Juni 1919 an den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt zum Ratschlag betreffend Subventionierung der Musikschule (Archiv der Musik-Akademie Basel).
- [25] Vgl. StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1921, S. XIII, und Siegfried, Geschichte der Gemeinnützigen Gesellschaft in Basel, S. 44.
- [26] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1950, S. 8.
- [27] Ebenda, S. 32.
- [28] Vgl. für das Folgende Oesch, Die Musik-Akademie, S. 79ff.
- [29] GGG-Archiv: Protokoll der Mitgliederversammlung vom 5. Juni 1951.
- [30] Bei der Stiftungsgründung wurde die damals bestehende Pensionskasse der Lehrerschaft an die Pensions-, Witwen- und Waisenkasse des Basler Staatspersonals angeschlossen.
- [31] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1956/57, S. 3; GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 30.11.1979 und 24.11.1981. Muschter, Christiane: Musikleben in Basel. Ein Führer durch die Vielfalt der Musikinstitutionen des Stadtkantons, in Zusammenarbeit mit der Musik-Akademie der Stadt Basel hrsg. im Auftrag der GGG, Basel 1982.
- [32] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 15.9.1978.
- [33] Vgl. dazu: Braunschweig, Sabine: Am Puls der gesellschaftlichen Herausforderungen. 40 Jahre FoyersBasel, Verein pädagogisch-therapeutischer Institutionen für weibliche Jugendliche 1973–2013, Basel 2013, S. 25f., und Piñeiro, Esteban: Die Einordnung der Zukunft. Zur Gründung der Schule für Sozialarbeit Basel (1962–1971), Basel 2009.
- [34] Vgl. für das Folgende: SWA: Institute 460: Stiftung Institut für Sozialpädagogik und Sozialfürsorge, 1. Jahresbericht 1963/64.
- [35] SWA: Institute 460: Stiftungsurkunde vom 10.4.1964.
- [36] Interview mit Daniel Heusler vom 8.5.2015.
- [37] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 22.10.1964.
- [38] Vgl. StABS: JD-REG 1a 8-0-4 (2) 2: Soziale Institutionen: Einladungsbrief von Daniel Heusler an alle massgebenden Kreise vom 1.6.1965.
- [39] Vgl. StABS: UNI-REG 4a 108 Institut für Sozialpädagogik und Sozialfürsorge 1957–1967: Antworten aus dem Vernehmlassungsverfahren.
- [40] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1969, S. 3.
- [41] Vgl. Kapitel AJZ in diesem Band.
- [42] Der Grosse Rat nahm den «Ratschlag zur Subventionierung des Schulvereins für soziale Berufe», Basel» am 8. Oktober 1970 an.
- [43] StABS: ED-REG 25d (1) 8-2-5 Schulverein für soziale Berufe Basel: Jahresbericht von 1995.
- [44] GGG-Archiv: Protokoll der Mitgliederversammlung vom 18.6.1997.
- [45] SWA: Institute 460, Jahresbericht der Stiftung Institution für Sozialpädagogik und Sozialfürsorge von 1995.
- [46] SWA: Institute 460, Jahresbericht der Stiftung Institution für Sozialpädagogik und Sozialfürsorge von 2000 und 2001.
- [47] SWA: Institute 460, Jahresbericht der Stiftung Institution für Sozialpädagogik und Sozialfürsorge von 2010 und 2011.
- [48] Ich danke Brigitta Kaufmann für ihre Unterstützung.
- [49] Kaufmann, Brigitta: educomm Schulpartnerschaften, in: StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 2006, S. 83.
- [50] StABS: PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung: Abdruck des Testaments vom 10.10.1898 (Rechtschreibung im Original). Ich danke Felix Morgenthaler für seine Unterstützung.
- [51] Bericht über die die GGG-Vorstandssitzung, in: Allgemeine Schweizer Zeitung, 22.6.1902, S. 2.
- [52] Für das Folgende stütze ich mich auf Erlach, Alexander: Die

[Anm.]  
S. 116–  
S. 135



- Geschichte der Homöopathie in der Schweiz 1827–1971, Stuttgart 2009, und Morgenthaler, Felix: Von Medici und Chirurgen, Zahnärzte, Oculisten, Quacksalbern und Andreas Hess. Heilberufe in Basel im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts, Basel 1987 (unveröffentlichte Lizentiatsarbeit).
- [53] Bruckner hatte in den USA die Homöopathie erlernt und praktiziert. Nach dem Tod seiner Frau kam er 1856 nach Basel zurück und praktizierte hier während vierzig Jahren als homöopathischer Arzt. Daneben publizierte er Artikel und Fachbücher. Sein Hauptwerk «Homöopathischer Hausarzt» ((evtl. kursiv)) erschien 1870. 1922 erlebte es die 11. Auflage und wurde ins Französische, Spanische und Portugiesische übersetzt. Vgl. Bruckner, Theophil: Homöopathischer Hausarzt: Anleitung zur Selbstbehandlung nach den Grundsätzen der Lehre Hahnemann's, Leipzig 1870.
- [54] Gemäss Basler Adressbuch führte die Römisch-Katholische Kirchengemeinde an der Hammerstrasse 45 etwa zwischen 1886 und 1904 eine Waisen- und Krankenanstalt. Vorsteherin war Catharina Ditner, die im angrenzenden Haus Nr. 47 wohnte.
- [55] StABS: PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung: Schreiben von Albert Grubenmann, Präsident des Vereins homöopathischer Ärzte der Schweiz, an Präsident der GGG, 28.1.1902.
- [56] StABS: PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung: Schreiben von Albert Grubenmann, Präsident des Vereins homöopathischer Ärzte der Schweiz, an Präsident der GGG, 6.7.1902.
- [57] StABS: PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung: Gedruckte Vereinbarung vom 21.9.1902.
- [58] StABS: PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung: «Basel. Gemeinnützige Gesellschaft: Bericht über Hergang und Sitzung», in: Basler Nachrichten, 21.10.1902.
- [59] StABS: PA 146: Protokoll der Mitgliederversammlung vom 17. Oktober 1902.
- [60] StABS: PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung: die weiteren Mitglieder waren: Albert Simon-Sichler, Direktor der Bâloise Feuer; Emil Stöcklin-Kussmaul, Zivilgerichtsschreiber; Bürgerratspräsident Wilhelm Uhlmann-Becker; Prof. Dr. Daniel Burckhardt-Werthemann, Prof. Dr. Rudolf Burckhardt, Prof. Dr. Fr. Heman-Blaul, J. Hörnlimann-Nehracher.
- [61] StABS: PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung: Schreiben von Wilhelm Bruckner an GGG-Vorstand, 9.12.1903.
- [62] StABS: PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung: Schreiben von Wilhelm Bruckner an GGG-Präsidenten, 12.2.1904.
- [63] Für das Folgende, vgl. Erlach, Die Geschichte der Homöopathie, S. 291f., und K., J.: Dr. med. Edwin Scheidegger zum Gedenken, in: National-Zeitung, 25.1.1949.
- [64] StABS: PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung: Schreiben von Wilhelm Bruckner an GGG-Vorstand, 25.9.1909.
- [65] StABS: PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung: Schreiben von Wilhelm Bruckner an GGG-Vorstand, 30.9.1913.
- [66] StABS: PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung: Schreiben von Wilhelm Bruckner an GGG-Vorsteher, 14.12.1913.
- [67] StABS: PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung: Schreiben von Wilhelm Bruckner an GGG-Vorstand, 8.2.1915.
- [68] StABS: PA 146: Vorstandsprotokoll vom 12.3.1915 und PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung: Schreiben vom GGG-Vorsteher an Kommissionspräsident, 15.3.1915.
- [69] StABS PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung, Schreiben der Merian-Iselin-Stiftung Homöopathisches Spital an Sanitätsdepartement vom 30.10.1918. Vgl. zur Grippe in Basel: Braunschweig, Sabine: «Opfer treuer Pflichterfüllung». Der Einsatz des Pflegepersonals bei der Grippeepidemie in Basel 1918 und 1919, in: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde 114 (2014), S. 143–165.
- [70] StABS: PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung: Schreiben des Kommissionspräsidenten an den GGG-Vorstand, 3.11.1920.
- [71] StABS: PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung: Gesprächsnotizen mit Dr. Sulger, 13.11.1920. Bis in die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts hiess es «der Spital».
- [72] StABS: PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung: Schreiben von Dr. A. La Roche an Prof. Dr. Hans Iselin GGG, 21.12.1920.
- [73] Vgl. Erlach, Die Geschichte der Homöopathie, S. 116.
- [74] K., J.: Dr. med. Edwin Scheidegger zum Gedenken, in: National-Zeitung, 25.1.1949.
- [75] StABS: PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung: Schreiben der Stiftungskommission an die GGG, 5.1.1938.
- [76] Vgl. Lieb, Fritz: Dr. med. Edwin Scheidegger-Wüthrich †, in: National-Zeitung, 31.1.1947.
- [77] Vgl. für das Folgende Erlach, Die Geschichte der Homöopathie S. 177.
- [78] Zitiert aus Erlach, Die Geschichte der Homöopathie, S. 177: Schreiben des Stiftungsrats an R. Flury, SVHA, Oktober 1971.
- [79] Im Unterschied zur Universität Zürich, wo der St. Galler Jost Künzli (1915–1992) ab Herbst 1977 Homöopathie-Vorlesungen («Künzli-Vorlesungen») abhielt.
- [80] GGG-Archiv: 53 Entlassene Organisationen Merian-Iselin-Stiftung, Entlassung 1999 als B-Organisation: Grundsätze für die Belegärzte des Merian-Iselin-Spitals, Punkt 7, vom 30.5.1981, revidiert am 30.9.1990, unterzeichnet vom Präsidenten des Stiftungsrates Dr. M. Theurillat und vom Verwaltungsdirektor der Spitalleitung E. Bracher.
- [81] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht von 1998, S. 46.
- [82] GGG-Archiv: 53 Entlassene Organisationen Merian-Iselin-Stiftung, Entlassung 1999 als B-Organisation: Protokoll der Mitgliederversammlung vom 16.6.1999.
- [83] Merian Iselin (ck): Geschichte, Basel, Juni 2013, 12-seitige unveröffentlichte Chronologie.
- [84] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht von 1900, S. XX–XXII.
- [85] Nienhaus, Eugen: Bericht über die ersten 15 Jahre, in: 50 Jahre Basler Heilstätte für Lungenkranke in Davos, 1896–1946, 1946, S. 10.
- [86] StABS: PA 878a (1), C2, Basler Höhenklinik Davos, Protokolle der Verwaltungskommission, 24.10.1952; Kaufmann, Marie-Theres: Beschäftigungstherapie in schweizerischen Krankenanstalten. Aufgaben, Formen und Entfaltungsmöglichkeiten der Beschäftigungstherapie, dargestellt im Hinblick auf die Frage, ob in der Schweiz Beschäftigungstherapeutinnen ausgebildet werden sollen, in: Schweizerische Zeitschrift für Gemeinnützigkeit 9 (1949), S. 241.
- [87] StABS: PA 878a (1) C 2, Basler Höhenklinik Davos, Protokolle der Verwaltungskommission, Sitzung vom 2.3.1965.
- [88] Ebenda, Protokoll der Sitzung vom 29.4.1971.
- [89] StABS: PA 878a (1) A 3, Basler Höhenklinik Davos, vgl. für das Folgende Schreiben des Stiftungspräsidenten Dr. Oswald Karli Benkler, Allschwil, an Prof. Dr. med. Christian Virchow in Wiesen, 31.7.1992. Virchow brauchte die Informationen für einen Aufsatz, vgl. Virchow, Christian: Neue medizinische Entwicklungen in Davos, in: Halter, Ernst (Hg.): Davos. Profil eines Phänomens, Zürich 1994, S. 187–195.
- [90] Ebenda.
- [91] Die TSH wurde von 1982 bis 1985 in eine moderne Höhenklinik umgebaut für Kranke mit Atemwegs-, orthopädischen und Kreislauferkrankungen. Sie verstand sich als Zwischenglied zwischen der ärztlichen Praxis und dem Akutspital und bot neben Diagnostik und medikamentöser Therapie auch physikalische Behandlung und «körperliche und seelische Erleichterung» an, vgl. Virchow, Neue medizinische Entwicklungen, S. 189.
- [92] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll, 12.8.1987 und Mitgliederversammlung, 15.6.1988.
- [93] StABS: PA 146 N 18, Basler Walderholungsstätte, Schreiben von Präs. C. D. Bourcart und Kassier B. Vischer, Kassier an GGG vom 28.11.1911.
- [94] StABS: PA 146 Z 1, Blaubuch von 1912, S. XXII.
- [95] StABS: PA 146 N 18, Jahresbericht der Kommission für Walderholungsstätten 1912.
- [96] StABS: PA 146 N 18, Jahresbericht der Kommission für Walderholungsstätten 1915.
- [97] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1974, S. 3.
- [98] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1965, S. 8f.
- [99] StABS: PA 146 b C 1–1 (1), Kommission Tagesheim Egliseholz der GGG Basel: Jahresbericht von 1972.
- [100] StABS: PA 146 b C 1–1 (1), Kommission Tagesheim Egliseholz der GGG Basel: Jahresbericht von 1976, S. 3: Erfahrungsbericht.
- [101] StABS: PA 146 b C 1–1 (1), Kommission Tagesheim Egliseholz der GGG Basel: Jahresbericht von 1998.
- [102] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 2006.



- [103] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Projektphase, Arbeitsgruppe Neue Aktivität der GGG, Bericht und Protokoll vom 22.10.1986. Ich danke Nelly Tanner für ihre Unterstützung.
- [104] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 29.6.1971.
- [105] GGG-Archiv: Protokoll der Mitgliederversammlung vom 4.6.1975.
- [106] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Projektphase, Arbeitsgruppe Neue Aktivität der GGG, Protokoll vom 6.11.1986.
- [107] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Projektphase, aus: Referat von Peter Burkhard: Neue Wege in der Drogenhilfe – Eine Herausforderung für die GGG?, Ottenbach, Januar 1987. Arbeitsgruppe Neue Aktivität der GGG und Protokoll vom 22.10.1986.
- [108] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Projektphase, Arbeitsgruppe Neue Aktivität der GGG, Protokoll vom 1.4.1987.
- [109] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Projektphase, Arbeitsgruppe Neue Aktivität der GGG, Beschlussprotokoll vom 24.4.1987.
- [110] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Projektphase, Schreiben vom Leiter der Koordinations- und Beratungsstelle für Alkohol- und Drogenfragen an GGG, z. H. Jacqueline Schmid, 12.6.1987.
- [111] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Projektphase, Schreiben vom Vorsteher und Delegierten der GGG an den Vorsteher des Sanitätsdepartements vom 24.6.1987.
- [112] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Projektphase, Schreiben des Regierungsrats an die GGG vom 15.10.1987.
- [113] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Projektphase, Arbeitsgruppe Neue Aktivität der GGG, Beschlussprotokoll vom 3.6.1988.
- [114] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Projektphase, Schreiben der GGG an die Arbeitsgruppe Neue Aktivität der GGG vom 12.7.1988: Gemeinsame Stellungnahme zur Frage «Wie weiter?» gemäss Protokoll der Besprechung vom 21.6.1988.
- [115] Ebenda.
- [116] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Projektphase, Schreiben des Jugendamtes an die Arbeitsgruppe vom 1.11.1988.
- [117] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Projektphase, Schreiben von O. Karli an die Arbeitsgruppe «Neue Aktivität der GGG» vom 2.2.1989.
- [118] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Projektphase, Schreiben der GGG-Stiftung für das Gesundheitswesen an die ZLV vom 31.5.1989.
- [119] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Projektphase, Protokoll vom 12.6.1989.
- [120] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Liquidation, Bericht des Leiters vom 14.4.1991.
- [121] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Basler Zeitung, 24.9.1991: Die GGG schliesst das Krankenzimmer, und Jahresbericht der GGG von 1991, S. 1.
- [122] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Liquidation, Schreiben des Kantonsarztes vom 6.12.1991.
- [123] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Liquidation, Schreiben einer Benutzerin vom Dez. 1991.
- [124] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Liquidation, Schreiben des Vereins für Gefangenenbetreuung und Gefährdetenhilfe an die GGG vom 11.1.1992 und Jahresbericht der GGG von 1991, S. 1.
- [125] StABS: PA 146 P 21 Lehrlingsheim: Schreiben von Otto Stocker an die GGG vom 6.6.1913.
- [126] StABS: PA 146 P 21 Lehrlingsheim: Schreiben der GGG an Otto Stocker vom 1.2.1914.
- [127] StABS: PA 146 Blaubuch von 1918, Jahresbericht, S. 218.
- [128] StABS: PA 146 P 21 Lehrlingsheim: Schreiben des Vereinspräsidenten an die GGG vom 19.6.1918.
- [129] StABS: PA 146 P 21 Lehrlingsheim: Vgl. Prospekt von ca. 1960.
- [130] StABS: PA 146 P 21 Lehrlingsheim: Vgl. Aufnahmekriterien von 1976.
- [131] StABS: PA 146 P 21 Lehrlingsheim: Mitteilung an die GGG vom Oktober 1989.
- [132] StABS: PA 146 P 21 Lehrlingsheim: Schreiben des Zentralsekretärs Niggi Merz an die Sozialpädagogischen Wohngruppen vom 5.2.1991.
- [133] StABS: PA 146 P 21 Lehrlingsheim: Schreiben von Niggi Merz an Vorsteher A. Fischer vom 24.4. und Schreiben von A. Fischer an N. Merz vom 3.5.1991.
- [134] StABS: PA 146 P 21 Lehrlingsheim: Schreiben des Heimleiters an die GGG vom 14.2.1991.
- [135] StABS: PA 146 P 21 Lehrlingsheim: Protokoll der Mitgliederversammlung des Vereins Basler Lehrlingsheim vom 3.7.1996.
- [136] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1997: letzte Erwähnung, Karpfenweg 15, Sozialpädagogische Wohngruppen Basel, Verein Basler Lehrlingsheim C (1917): Aufnahme von Jugendlichen nach Schulabschluss, die aus sozialen Gründen nicht bei ihren Eltern wohnen können. Adresse des GGG-Delegierten, S. 51.
- [137] StABS: PA 146 P 27: Verein Basler Lehtöchterheim, Jahresbericht von 1931, S. 6.
- [138] StABS: PA 146 P 27: Verein Basler Lehtöchterheim, Jahresbericht von 1930, S. 3.
- [139] StABS: PA 146 P 27: Verein Basler Lehtöchterheim, Jahresbericht von 1931, S. 13.
- [140] StABS: Vereine und Gesellschaften E 28: Verein Basler Lehtöchterheim: Bericht des Departements des Innern an den Regierungsrat vom 6.10.1931.
- [141] StABS: Vereine und Gesellschaften E 28: Verein Basler Lehtöchterheim: Bericht des Departements des Innern an den Regierungsrat vom 6.10.1931, Regierungsratsbeschluss vom 27.10.1931.
- [142] StABS: PA 146, Blaubuch von 1934, S. 219.
- [143] StABS: PA 146 P 27: Verein Basler Lehtöchterheim, Jahresbericht von 1931, S. 7.
- [144] Für das Folgende vgl. Schürch, Franziska; Koellreuter, Isabel: Heiner Koechlin (1918–1996). Porträt eines Basler Anarchisten, Basel 2013, S. 51–58.
- [145] StABS: PA 146 Q 20, Vereinigung Ulme, Schreiben der GGG an Pfarrer Eduard Thurneysen vom 16.3.1936.
- [146] StABS: PA 146 Q 20, Vereinigung Ulme, Schreiben des Kassiers an den Vorsteher vom 3.6.1932.
- [147] StABS: PA 146 Q 20, Vereinigung Ulme, Schreiben der Ulme an den GGG-Delegierten vom 12.2.1942.
- [148] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1942, S. XX–XXII.
- [149] Nach Beginn des Ersten Weltkriegs erschienen in verschiedenen Zeitungen Aufrufe an die Eltern, Kinder von der Strasse zu holen und zu schützen, in: StABS: Erziehung B 59, 1914.
- [150] Vgl. für das Folgende Eugster, Timm: 60 Jahre Jugendarbeit – Chronik der Basler Freizeittaktion, in: INFO der BFA 10, Oktober 2003, S. 3–39.
- [151] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1950, S. 29.
- [152] Basler Chronik, www.baslerchronik.ch (7.5.2015). Basel feierte die im Jahre 44 v. Chr. erfolgte Gründung der Colonia Raucica durch Munatius Plancus. Zum Verwaltungsbezirk dieser Kolonie gehörte auch die römische Siedlung Basel.
- [153] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1956/57, S. 8.
- [154] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 10.10.1967.
- [155] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 10.10.1967.
- [156] Wie der Film aufgenommen wurde, geht aus den Akten nicht hervor.
- [157] GGG-Archiv: Protokolle der MV vom 1.7.1964.
- [158] Vgl. Eugster, 60 Jahre Jugendarbeit, S. 18.
- [159] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 14.1.1969.
- [160] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 13.1.1970.
- [161] Vgl. Webseite der Zürcher Gemeinschaftszentren <http://www.gz-zh.ch/?id=479> (12.5.2015).
- [162] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 1.4.1965.
- [163] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 28.9.1965.

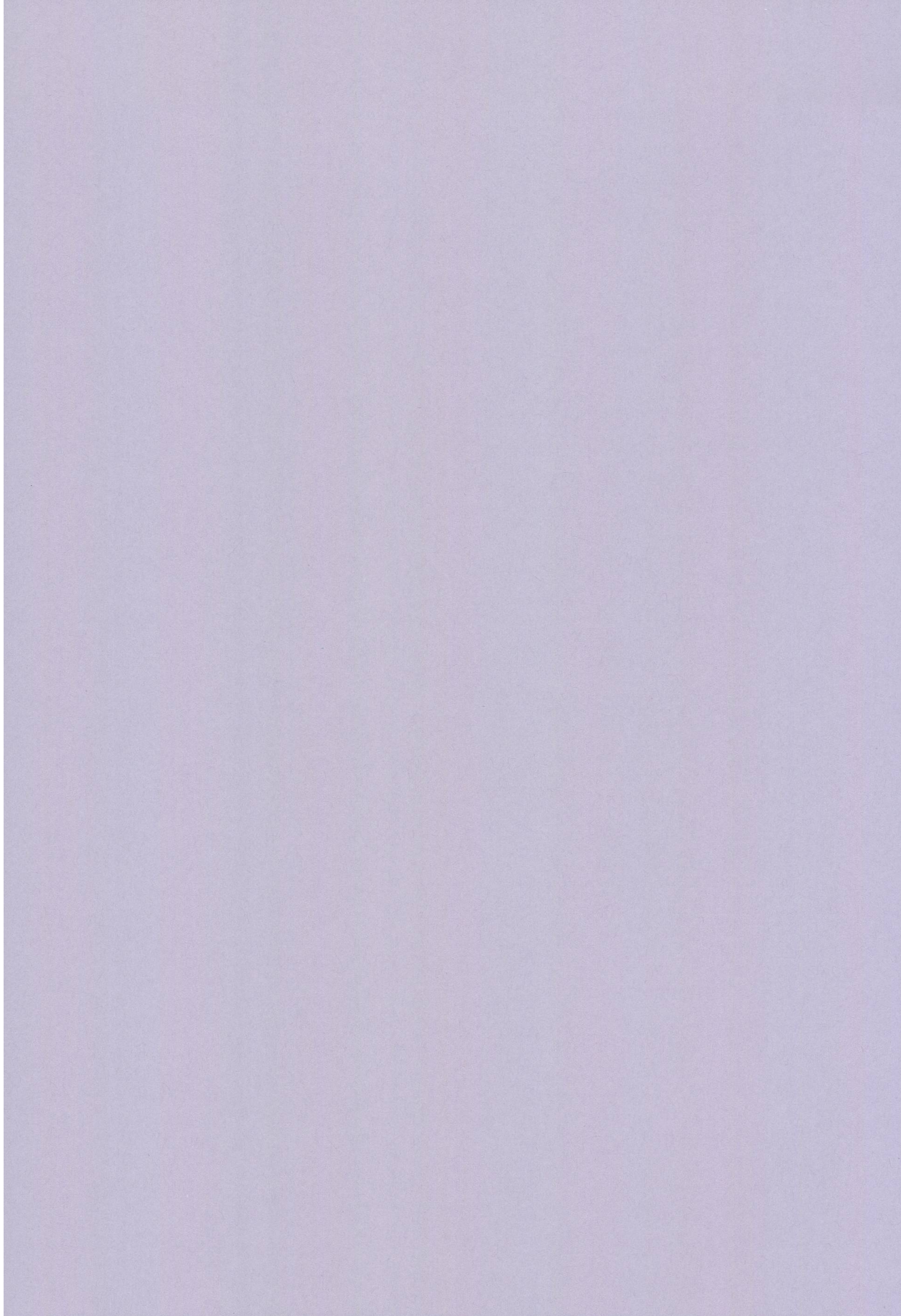


- [164] Vgl. Tréfás, David: Die Kaserne in Basel. Der Bau und seine Geschichte, Basel 2012, S. 101.
- [165] Vgl. für das Folgende Braunschweig, Sabine: Vom Blaukreuzhaus zum Hotel RoCHAT, 1899–1999, Basel 1999, S. 11f.
- [166] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 28.5.1964.
- [167] GGG-Archiv: Vorstandsprotokolle vom 22.4., 20.5., 17.6. und MV vom 24.6.1965.
- [168] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1965, S. 8. Ich danke Martin A. J. Steiner für seine Unterstützung bei diesem Unterkapitel.
- [169] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 28.2.1967.
- [170] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 8.3.1971.
- [171] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 31.8.1971, vgl. auch das Kapitel Krankenzimmer für Obdachlose in diesem Band.
- [172] GGG-Archiv: Vorstandsprotokolle vom 6.4. und 28.9.1971.
- [173] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 7.12.1971.
- [174] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 18.1.1972.
- [175] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 15.2.1972.
- [176] Weil sich die Beratungsstelle für Alkoholgefährdete neu neben dem Alkoholismus auch mit der Abhängigkeit von Medikamenten wie Saridon, Optalidon, Valium, Librium und Schlafmittel befasste änderte sie den Namen zu Beratungsstelle für Alkohol- und Drogenprobleme.
- [177] StABS: PD-REG 1c 2 (1) 764, AJZ, Schreiben der GGG an Regierungsrat Franz Hauser vom 10.3.1972.
- [178] StABS: PD-REG 1c 2 (1) 764, AJZ, Bericht des Leiters der Sicherheitsabteilung des Polizei-Inspektorates Basel-Stadt vom 24.3.1972.
- [179] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 21.3.1972.
- [180] Vgl. für das Folgende StABS: PD-REG 1c 2 (1) 764, AJZ, Schreiben des Aktionskomitees für ein AJZ an die Bevölkerung vom Mai 1972.
- [181] StABS: PD-REG 1c 2 (1) 764, AJZ, Anzug mit Dringlichkeit betr. AJZ mit Unterschriften von 18 GrossrätInnen, 7.6.1972.
- [182] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 28.9.1971.
- [183] StABS: PD-REG 4f 13–3 (1) 1 (Interpellationen) Kommunen 1971–72, Interpellation A. Lauper (NA) betr. Rowdytum in Basel und Inserat im Baslerstab, 15.9.1972, zahlreiche Leserbriefe in Zeitungen.
- [184] StABS: PD-REG 1c 2 (1) 764, AJZ, Basler Nachrichten, 7.9.1972.
- [185] StABS: PD-REG 1c 2 (1) 764, AJZ, Aktennotiz vom 9.1.1973 über «die Meinung der leitenden Köpfe im AJZ».
- [186] StABS: PD-REG 1c 2 (1) 764, AJZ, Aktennotiz vom 9.10.1972 der Besprechung mit der GGG und dem Polizeidepartement.
- [187] StABS: PD-REG 1c 2 (1) 764, AJZ, Schreiben des PD an die GGG vom 17.10.1972.
- [188] StABS: PD-REG 1c 2 (1) 764, AJZ, Notiz der Besprechung vom 9.11.1972.
- [189] StABS: PD-REG 1c 2 (1) 764, AJZ, National-Zeitung, 22.11.1972, Polizeikontrolle im AJZ.
- [190] StABS: PD-REG 1c 2 (1) 764, AJZ, Aktennotiz der Situation im AJZ vom 17.1.1973.
- [191] StABS: PD-REG 1c 2 (1) 764, AJZ, Protokoll vom 26.1.1973.
- [192] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 17.1.1973.
- [193] StABS: PD-REG 1c 2 (1) 764, AJZ, National-Zeitung, 3.4.1973.
- [194] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht von 1988, S. 2.
- [195] Vgl. für das Folgende Vuilleumier, Marc: Ausländer, in: HLS: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D10384.php> (21.4.2016). Ich danke Robert Weller für seine Unterstützung.
- [196] Der Bericht «Das Problem der ausländischen Arbeitskräfte» erschien 1964, vgl. Skenderovic, Damir: Fremdenfeindlichkeit, in: HLS: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D16529.php> (21.4.2016).
- [197] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 19.10.1961.
- [198] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 8.3.1962.
- [199] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 5.4.1962 und 27.6.1962.
- [200] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 14.2.1963.
- [201] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1963, S. 9.
- [202] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1963, S. 10.
- [203] GGG-Archiv: Protokoll der Mitgliederversammlung vom 1.7.1964.
- [204] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1965, S. 8.
- [205] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1965, S. 11.
- [206] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 13.8.1968.
- [207] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1971, S. 11.
- [208] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1984, S. 14.
- [209] GGG-Archiv: Eleonore Wettstein, in: Informationen 1984.
- [210] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1991, S. 6.
- [211] Beschluss des Grossen Rats vom 10.12.2014: Nr. 14/50/14G (P141288): Ausgabenbericht betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die GGG Ausländerberatung für die Jahre 2015–2017. Diesen Hinweis verdanke ich Robert Weller.
- [212] Vgl. GGG EINBLICK 19, Juni 2016, S. 3, S. 7f.
- [213] StABS: PA 146, Blaubuch von 1955/56, S. 10.
- [214] StABS: PA 1161 a G: Verein Frauenbadanstalt Pfalz: Rundbrief vom März 1956.
- [215] StABS: PA 1161 a G: Verein Frauenbadanstalt Pfalz: Ratschlag 5590.
- [216] StABS: PA 1161 a G: Verein Frauenbadanstalt Pfalz: Einladung und Protokoll der Jahresversammlung vom 26.2.1957 im Hotel Baslerhof.
- [217] StABS: PA 1161 a G: Verein Frauenbadanstalt Pfalz: Jahresbericht des Vereins von wohl 1958.
- [218] StABS: PA 1161 a G: Verein Frauenbadanstalt Pfalz: National-Zeitung, 25./26.5.1957.
- [219] StABS: PA 1161 a G: Verein Frauenbadanstalt Pfalz: Der Ratschlag 5590 war dem Grossen Rat am 18.9.1959 zugestellt worden. Ein Protokoll der Debatte ohne Datum ist im Vereinsbestand erhalten.
- [220] StABS: PA 1161 a G: Verein Frauenbadanstalt Pfalz: Schreiben von Präsidentin Elisabeth Schönmann-Hodel und Aktuarin Dorothee Rapp an Grossrat M. Bruckner, Präsident der Kommission zur Beratung des Ratschlags 5590 vom 30.10.1959.
- [221] StABS: PA 1161 a G: Verein Frauenbadanstalt Pfalz: National-Zeitung, 24.6.1960: sten.: Die GGG stimmt für Erhaltung der Frauenbade!
- [222] StABS: PA 1161 a G: Verein Frauenbadanstalt Pfalz: Rechnung des Malermeisters W. Känzig vom 4.7.1960.
- [223] StABS: PA 1161 a G: Verein Frauenbadanstalt Pfalz: Nationalzeitung vom 6.7.1960: Leserinnenbrief von Elisabeth Schönmann-Hodel.
- [224] StABS: PA 1161 a G: Verein Frauenbadanstalt Pfalz: Schreiben der Präsidentin Dorothea Herzog-Christ an die GGG-Kommission, an den Verein, an das Personal und die Winterabonnentinnen vom 18.4.1961.
- [225] StABS: PA 1161 a C: Verein Frauenbadanstalt Pfalz: Protokoll der Jahresversammlung vom 8.6.1964 im Restaurant Basler Kanne.
- [226] StABS: PA 1161 a C: Verein Frauenbadanstalt Pfalz: Protokoll der Jahresversammlung vom 18.6.1975 im Restaurant Safranunft.
- [227] GGG-Archiv: Protokoll der Vorstandssitzung vom 3.10.1977.
- [228] GGG-Archiv: Protokoll der Vorstandssitzungen vom 18.2.1981 und 28.4.1981.
- [229] <http://www.lexfind.ch/dtah/114281/2/785.740.pdf> (29.4.2016).
- [230] StABS: PA 146 P 17, Schülergärten, Schreiben von Ernst König-Hagenbuch an die GGG vom 24.11.1909.
- [231] StABS: BD-REG 7a 4–2 (1) 14, Schülergärten, Vertrag vom 22.11.1910.
- [232] StABS: Erziehungsakten B 59, Schülergärten, Jahresbericht der Kommission für Schülergärten 1915.
- [233] Basler Nachrichten vom 15.11.1955.
- [234] Arioli setzte sich während drei Jahrzehnten für die städtische Flora Basels ein, organisierte 1954 im Gewerbemuseum eine Ausstellung zu Gärten in der Schweiz und war Mitautor der Publikation: Portmann, Adolf; Arioli, Richard: Gärten, Menschen, Spiele, Basel 1960 (Fotos von Paul und Esther Merkle).
- [235] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1959, S. 10.
- [236] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1960, S. 12.
- [237] Urban Agricultural Netz Basel, [www.urbanagriculturebasel.ch](http://www.urbanagriculturebasel.ch) (6.5.2015).



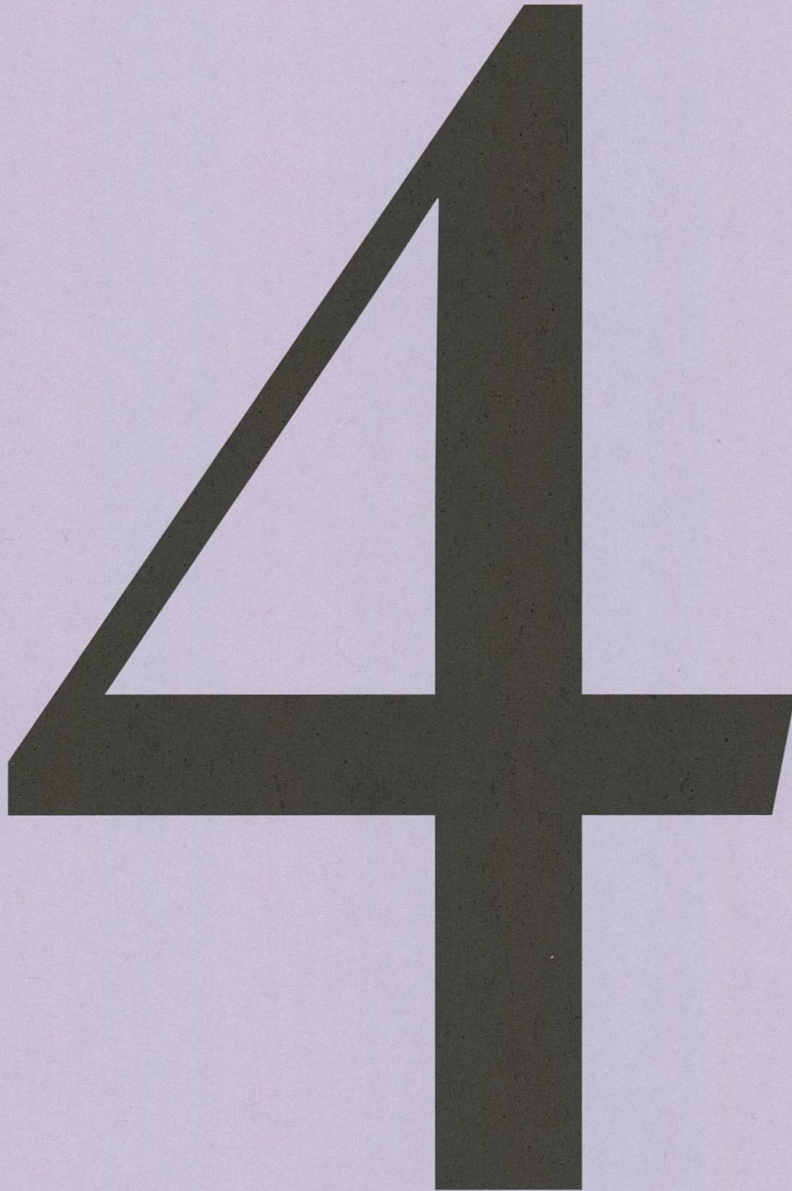
- [238] StABS: PA 146 P 25 Verein für Jugend-Herbergen (VJH), Brief von Max Bider, VJH, an die GGG vom 5.11.1025.
- [239] StABS: PA 146 P 25 VJH, Brief der GGG an den VJH vom 19.1.1926 und VJH an die GGG vom 2.2.1926.
- [240] StABS: PA 146 A 9 Vorstandsprotokoll vom 19.3.1926 und Protokoll der Allgemeinen Sitzung vom 26.3.1926.
- [241] StABS: PA 146 P 25 VJH, Bericht des Delegierten zum VJH Dr. Eduard Sieber vom 29.5.1926.
- [242] Vgl. für das Folgende: Grunder, Hans-Ulrich: Jugendherbergen, in: HLS, <http://www.hls-dhs-dss.ch> (4.5.2015).
- [243] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1931, S. 206.
- [244] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1935, S. XX–VII.
- [245] StABS: PA 146 P 25 VJH, Bericht des Delegierten zum VJH Dr. Eduard Sieber vom 26.4.1940.
- [246] Tz: Umstrittene Jugi-Fusion, in: Arbeiter-Zeitung, 27.8.1982.
- [247] Muschter, Musikleben in Basel. Ich danke Thomas Nidecker und Anita Treml für ihre Unterstützung.
- [248] Vgl. für das Folgende 10 Jahre basel sinfonietta, hg. basel sinfonietta, Basel o.J. [1990].
- [249] Braunschweig, Sabine: Zwischen Kunst und Arbeit. 100 Jahre Schweizerischer Musikerverband, 1914–2014, Zürich 2014.
- [250] GGG-Archiv: Brief der basel sinfonietta an die GGG, 6.10.1992.
- [251] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 20.10.1993.
- [252] Ebenda.
- [253] GGG-Archiv: Protokoll der Mitgliederversammlung vom 15.6.1994.
- [254] Vgl. Janner, GGG 1777–1914, S. 386ff.
- [255] Spiess, Otto: Die Anfänge der Patria, Basel 1953 (Separatdruck aus der Festschrift zum 75jährigen Jubiläum der PATRIA), S. 30.
- [256] Vgl. Patria, Schweizerische Lebensversicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit (Hg.): Patria–1878–1978: Panorama eines Jahrhunderts Lebensversicherung, Basel 1978, S. 59. Verwaltungsratspräsident war von 1920 bis zu seinem Tod 1935 Bankdirektor Christian Buchmann, ehemaliges Vorstandsmitglied der GGG.
- [257] 1938 übergab die Patria das Gebäude der Zinsertragenden Ersparniskasse ZEK, vgl. Kapitel YY in diesem Band.
- [258] StABS: PA 146 S 6,3 Patria: Schreiber der GGG an Patria vom 20.6.1936.
- [259] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 3.12.1964.
- [260] GGG-Archiv: Vorstandsprotokolle vom 10.9.1968, 24.6.1969 und 3.2.1970.
- [261] GGG-Archiv: Protokoll der Mitgliederversammlung vom 10.6.1970.
- [262] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 29.9.1970.
- [263] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 4.11.1970.
- [264] GGG-Archiv: Jahresbericht der GGG von 2002, S. 101.
- [265] Vgl. Barth, «Ungesunde Lesewuth», Hungerbühler, Eine Schule macht Schule, und Janner, Sara: Mögen sie Vereine bilden...: Frauen und Frauenvereine in Basel im 19. Jahrhundert, Basel 1995 (173. Neujahrsblatt der GGG).
- [266] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1984, S. 2.



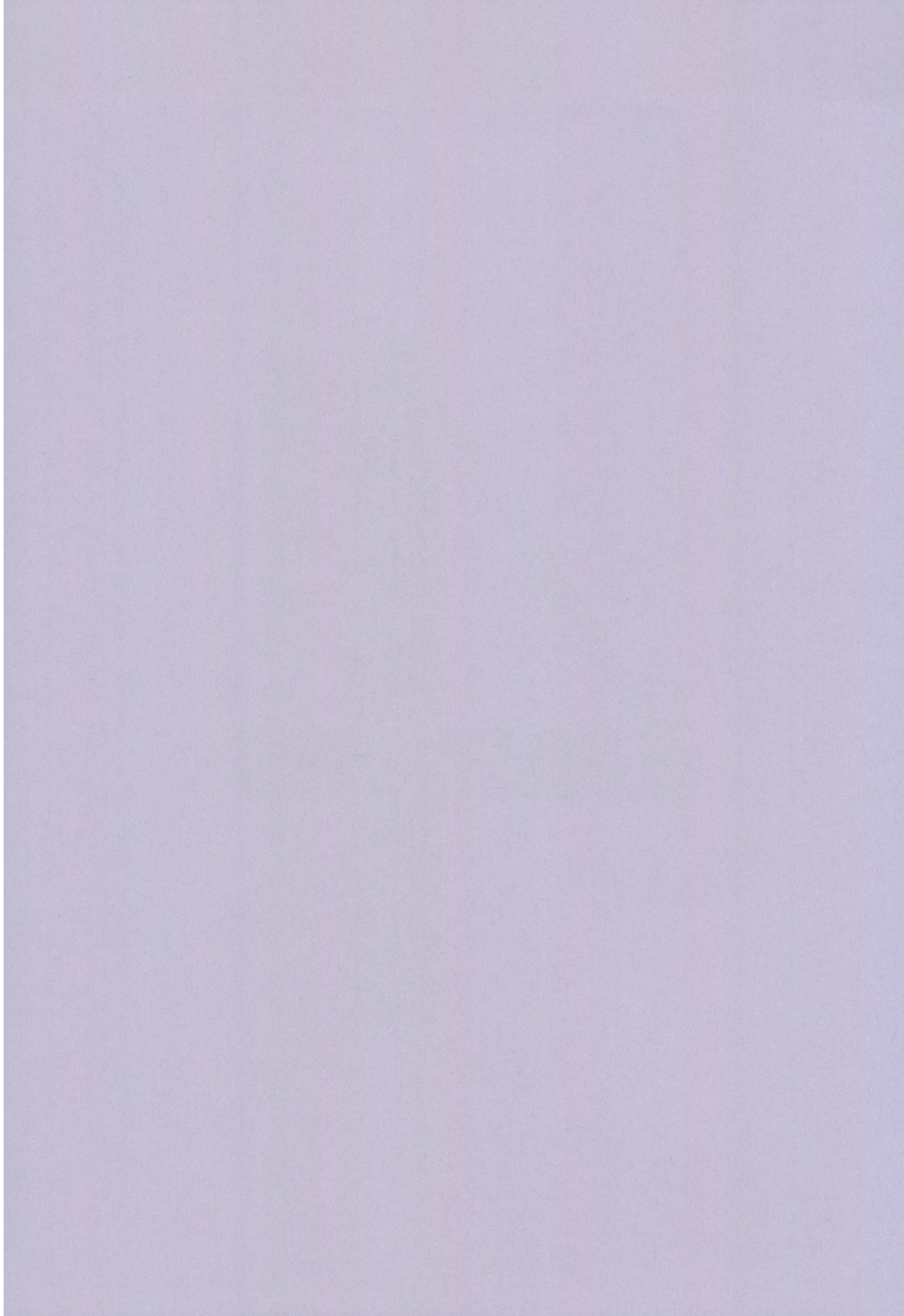




Teil IV:  
Anhang









# Chronologie

## ZUR CHRONOLOGIE DER GGG-ORGANISATIONEN IM 20. JAHRHUNDERT

Es war für die Vorsteher und Vorsteherinnen anlässlich ihrer Schlussrede an der Jahresversammlung jeweils eine grosse Herausforderung, die A-, B- und C-Organisationen, die zum GGG-Netzwerk gehörten, so zu ordnen und über sie zu berichten, dass es für die Mitglieder interessant blieb. Die einen hielten sich an die chronologische Folge der Aufnahme ins GGG-Patronat, die anderen teilten die Organisationen in thematische Bereiche. Ein Vorsteher, der als Arzt tätig war, grupperte alle Organisationen unter dem Aspekt der Tuberkulose. Genauso wie die abtretenden Vorsteher nach Lösungen einer sinnvollen Ordnung suchten, war auch die Verfasserin dieser Chronologie gefordert. Zwar wurde 1975 im Hinblick auf das 200-Jahr-Jubiläum eine Nummerierung eingeführt, die sich an der Gründung respektive der Aufnahme ins Patronat der GGG orientierte, doch dabei wurden Organisationen nicht berücksichtigt, die bereits nicht mehr bestanden. Eine weitere Schwierigkeit zeigte sich darin, dass in den Quellen manchmal das Gründungsjahr und manchmal die Aufnahme ins GGG-Patronat angegeben sind, weshalb Differenzen bei den angegebenen Jahren vorkommen können. Ich habe einerseits diejenigen Kommissionen und Organisationen aus dem Band 1 der GGG-Geschichte übernommen, die bis ins 20. Jahrhundert bestanden oder noch heute bestehen, und chronologisch

aufgelistet. Andererseits habe ich die Jahreszahlen den Jahresberichten und den Protokollen entnommen. Weil die Jahreszahlen in den verschiedenen Quellen nicht übereinstimmen, ergeben sich bei der damals eingeführten fortlaufenden Nummerierung Unstimmigkeiten. Immerhin verweisen die Nummern auf die historische Verbundenheit mit der GGG. Als 1992 die B- in C-Organisationen umgeändert wurden und die Nummerierung hätte angepasst werden müssen, entschied der Vorstand, die Nummern aufzuheben. Nicht immer konnte die Entlassung aus dem Patronat der GGG festgestellt werden.

Diese Chronologie ist also ein Versuch, die weit mehr als hundert Organisationen, die in der 240-jährigen GGG-Geschichte bis ins 20. Jahrhundert Bestand hatten, chronologisch stimmig aufzuführen.

Zu den Spalten:

1. Spalte: Jahr der Aufnahme ins Patronat der GGG im 20. Jahrhundert
2. Spalte: heutiger und frühere Namen der Organisation
3. Spalte: Einteilung in A, B oder C-Organisation
4. Spalte: Nummerierung zwischen 1975 und 1992.
5. Spalte: Jahr der Entlassung aus dem Patronat, der Auflösung der Organisation oder der Umwandlung in eine andere Organisationsform.

Jahr der Aufnahme ins Patronat der GGG oder Gründungsjahr der Organisation	aktueller und älterer Name der Organisation	A, B, C, D, E-Organisationen	Nummer	aufgegeben / aufgelöst / entlassen
1784	Papiererschule, Fabriksschule ab 1838 Repetierschule Abendkurse GGG Kurse	A	1	
1786	Stipendienkommission für Gewerbelehrlinge	A	2	1991
1807	Jugendbibliothek ab 1901 Allgemeine Bibliotheken (ABG) GGG Stadtbibliothek	A	3	
1809	Verwaltungskommission für die Zinstragende Ersparniskasse (ZEK) Sparkasse Basel		4	
1809	Kommission für Gesang- und Orgelunterricht ab 1867 Kommission zur Musikschule	B	5	1951
1810	Zentralkommission der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft	D	36	



1819	GGG Neujahrsblatt Kommission für das Neujahrsblatt	A	6	
1821	Kommission zur Verbesserung der Gefängnisse ab 1837 Kommission zur Versorgung entlassener Sträflinge, später auch entlassener Zwangsarbeiter Patronagekommission ab 1979 Neustart	A	11	
1823	Gründung der Bürgerbibliothek ab 1901 Allgemeine Bibliotheken (ABG) GGG Stadtbibliothek	A	3	
1823	Beiträge an das naturhistorische Museum	E	7	
1823	Stiftung Landwaisenhaus (Unterstützung von alleinstehenden Frauen mit Kindern)	B	32	
1824	Taubstumm- und Sprachheilschule Riehen	B	8	
1830	Verein für Sonntagssäle in Basel	C	54	1990
1831	Kommission zur Badeanstalt für Männer ab 1869 Kommission zur Schwimm- und Badeanstalt	A	10	1984
1842	Kommission für öffentliche populäre Vorträge	C	19	
1843	Kommission zu den Kleinkinderschulen in der Stadt			1907
1847	Kommission für Fabrikarbeitsverhältnisse	A	12	
1847	Kommission zur Frauenbadanstalt im Rhein	A	13	1978
1849	Kommission zur Abhilfe der Thierquälerei ab 1869 Thierschutzkommission Tierschutz Beider Basel (TBB)	C	14	
1849	Mägdestiftung Prämienstiftung für langjährige Hausgehilfinnen	B	15	2000
1854	GGG und Kommission für Fabrikarbeitsverhältnisse gründen Aktiengesellschaft für Arbeiterwohnungen auf der Breite GGG Breite AG	D, B	18	2012
1856	Kommission zur Lukasstiftung	C, B	16	
1859	Kommission zu Erstellung einer Schlittschuhbahn (schon in früheren Jahren zeitweise bestehend)	A		1941
1867	Kommission zur Musikschule vormals Kommission für Gesang- und Orgelunterricht	B	5	1951
	Kirchenchor St. Leonhard-Paulus	C	20	
1868	Kommission zur Turnhalle	C	9	1961
1868	Kommission zu den Speisehöfen	A	21	1885
1870	Kommission für Beförderung des Hausverdienstes	A	22	1958
1874	Kommission zur Verschönerung der Umgebungen Basels	A	23	1958
1874	Kommission zur Versorgung verwaelter Kinder Kommission zur Versorgung von Kindern Kommission zur Mitfinanzierung von Erziehungs- hilfen	A	24	
1876	Schülertuch-Kommission	D	25	2004



1877	Stiftung der Sterbe- und Alterskasse der GGG ab 1885 Teil der Schweizerischen Sterbe- und Alterskasse mit Sitz in Basel ab 1909 Patria, heute Helvetia	B, C	26	1970
	Kirchenchor St. Peter	C	28	
1878	Kirchenchor St. Theodor	C	48	
1878	Kommission zur Frauenarbeitsschule			
1879	Kommission zum Krankenmobiliemagazin	A	27	1993
1880	Kommission für Errichtung eines Altersasyls für Niedergelassene			
1881	Protestantischer Kirchengesangverein Kleinbasel Kirchenchor St. Matthäus	C	49	
1882	Basler Pfandleihanstalt			
1884	Josua-Tester-Stiftung (Ausbildung eines begabten, bedürftigen Kleinbaslers)	D	29	1991
1885	Aktiengesellschaft für Speisewirtschaften: «Speiseshalle am Klaragraben» Nr. 123 Verkauf an Verein für Mässigkeit und Volkswohl			
1888	Kommission des Gewerbemuseums	C		
1890	Verein zur Verbreitung guter Schriften, Verein Gute Schriften	C	30	2000
1890	Kommission des Bläsistifts 1987: GGG Alterssiedlung Bläsistift	A	33	1972
1891	Kommission zur Verwaltung des Schmiedenhofs ab 1968 in Liegenschaftsverwaltung	A	31	1968
1892	Turnkommission Klein-Basel	C	35	1972
1892	Kommission des Kinderabends St. Peter, Kinderabende zu St. Peter, St. Leonhard, St. Matthäus und des St. Alban- und Aeschenquartiers Kinderabende der Gemeinde St. Elisabethen Kinderabende	C	37	
1893	Kommission zur Errichtung eines Sanatoriums für Brustkranke in Davos Dorf Krankenfürsorgestiftung der GGG	B	34	1985
1894	Beiträge an das Museum für Völkerkunde	E	38	
1894	Beitrag an die ethnographische Sammlung			1917
1895	Leseverein Riehen Gemeindebibliothek Riehen	C	39	
1895	Adressen- und Werbe-Zentrale	C	40	
1895	Kommission zu den Wärmehütten			
1895	Kommission zur Schreibstube für Arbeitslose			
1898	Blindenheim Basel Stiftung der GGG	A, B	42	1985
1900	Kommission zur Veranstaltung von Volkskonzerten			1906
1901	ABG Allgemeinen Bibliotheken der GGG Zusammenschluss verschiedener Bibliotheken	A	3	



1901	Johannes Beck-Stiftung (Unterstützung des Zoologischen Gartens)	B	44	
1902	Merian-Isclin-Stiftung	B	45	1999
1906	Verein Kinderbetreuung Basel Verein für Säuglingsfürsorge	C	95	
1907	Stiftung Bank in Basel	B	47	1980
1910	Kommission Schülergarten	A	50	1970
1910	Lese- und Verkehrsverein Bettingen Verkehrsverein Bettingen	C	52	1991
1912	Walderholungsstätte Egliseeholz Tagesheim Egliseeholz Tagespflegeheim Egliseeholz	A	53	2008
1912	Alphons-Rosenburger-Stiftung (Unterstützung für Epileptiker)	C	56	
1914	Verein der Freunde des jungen Mannes	C	57	1987
1916	Bernhard Riggenschach-Stiftung (Fürsorge für entlassene Strafgefangene)	D	41	
1916	Kommission zur Fürsorge für verwachsene Kinder	A	58	
1918	Verein Basler Lehrlingsheim Karpfenweg 15, Sozialpädagogische Wohngruppen	C	59	1998
1918	Basler Webstube Verein Jugendfürsorge	C	60	2011
1919	Stiftung zur Förderung des Baus billiger Wohnungen ab 1993 Stiftung zur Förderung des günstigen Wohnens	B	61	2009
1920	Surinam-Stiftung (sozialer Wohnungsbau)	B	62	
1922	Stiftung Altersheim Landruhe, Arlesheim	B	63	2004
1925	Verein für Jugendherbergen in Basel später Nordwestschweiz	C	64	1992
1928	Arbeiterinnen-Vereine «Industria» zu St. Marien, St. Klara und St. Josef	C	65	1991
1929	Stadtposaunenchor Basel	C	66	
1929	Pflanzlandstiftung	B	71	
1930	Trinkerfürsorgestelle Beratungsstelle für Alkoholranke ab 1971 Beratungsstelle für Alkohol- und Drogenprobleme	C	67	1975
1930	Léopold Dubois-Stiftung (Förderung von Studierenden der Wirtschaftswissenschaften)	B	68	1980
1931	Basler Lehtöchterheim	C	69	1963
1932	Verein für Invalidenfürsorge Anschluss an Pro Infirmis	B, C	70	1969
1932	Vereinigung Ulme	C		1942
1933	Kolping, katholischer Gesellenverein Basel	C	73	1988



1934	Kantonalkomitee der 1918 gegründeten Stiftung für das Alter Pro Senectute, Sektion Basel-Stadt	B	72	1978
1935	Patronat für Mindererwerbsfähige	C	74	
1935	HOREBA, Vereinigung der kath. Restaurations- und Hotel-Angestellten	C	75	1980
1935	Basler Kulturfilm-Vereinigung	C		1939
1936	Verein für arme Wöchnerinnen Grossbasel	C	77	1971
1936	Mütter- und Kinderheim Bethesda	C, B	78	
1936	Stiftung «Grüner Helm»	B	84	
1937	Dr. Peter Ryhiner-Stiftung (Unterstützung von armen kranken, rekonvaleszenten oder gesundheitlich gefährdeten Kindern)	B, C	76	2008
1937	Alters- und Invalidenkasse der Fabrikarbeiter der Firma Rudolf Sarasin und Cie. AG	A, B	80	1992
1937	Zufluchtshaus und Kinderheim Wartburg	C		
1940	Müterschule Basel	C	81	1991
1942	Basler Freizeitaktion (BFA) JuAr Basel	C	82	
1950	Mädchen- und Mütterheim Rankhof Nachfolge des Zufluchtshauses	C	79	1974
1950	Rheumaliga beider Basel	C	83	
1950	Kirchenchor St. Matthäus	C	85	1981
1950	JUFA	C	86	
1952	Beratungsstelle für werdende Mütter Verein für Mütterhilfe Basel	C	87	2000
1957	Gemeinnütziger Verein für Alterswohnungen/ Alterssiedlung Luzernerring	C	88	
1958	Stiftung Jugendhaus Basel	B	89	2011
1958	Haushilfe für Betagte	B	90	1999
1958	Verein Basler Elternzirkel	C	91	1988
1961	Heimatwerk Basel	C	92	
1962	Kommission zur Betreuung ausländischer Arbeitskräfte GGG Ausländerberatung GGG Migration	A	93	
1963	Basler Hilfsverein für Geistesschwache Gesellschaft zur Förderung geistig Behinderter in Basel	C	94	
1965	Eröffnung des Kinderhorts Rosental der GGG Tagesheim Horburgpark	A	95	2000
1965	Gründung der Personalfürsorgestiftung der GGG	C	95	
1965	Kommission für soziale Aufgabe (Angliederung des Vereins für Mässigkeit und Volkswohl)	A	96	1965
1966	Therapieheim für Jünglinge	A	97	1978



1967	Institut für Sozialpädagogik und Sozialfürsorge	B	98	1988
1970	Lehrtöchterheim Riehen ab 1987 Wohngruppe Schlossgasse Riehen	C	99	1994
1971	Verein für Kinderbetreuung	C		
1972	Verwaltung der Stiftungen	A	51	
1972	«Kunnsch go schaffe»	C	96	1988
1972	Basler Mahlzeitendienst für Betagte	C	97	1978
1972	Schulverein für soziale Berufe Basel	C	98	1988
1972	Diabetes-Gesellschaft Region Basel	C	100	
1973	Taubstumm- und Gehörlosen-Fürsorgeverein beider Basel	C	101	
1974	Knabenkantorei Basel	C	102	
1977	Stiftung Klinik Sonnenrain	B	99	1991
1977	Cantate-Vereinigung Basel Cantate Basel	C	103	
1979	Neustart vormals Patronage-Kommission	C	104	
1979	Informationsstelle Wägwyser	A		1988
1981	Stiftung Hippotherapie-Zentrum Basel	B	100	
1981	Lebenshilfe, Vereinigung der Eltern geistig behinderter Kinder	C	105	2001
1981	Christophorus-Schulverein Basel	C	106	
1981	Helfenberg Schulverein	C	107	1993
1982	Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft Basel (PSAG)	C	108	2001
1983	Verein Wohngruppen für behinderte Kinder, Münchenstein	C	109	
1985	Stiftung Willy und Carola Zollikofer (Altersheim Lindenhof)	B	101	
1985	Basler Marionetten Theater	C	110	
1986	Kurs- und Freizeitzentrum für Flüchtlinge der Region Basel K5 Basler Kurszentrum für Menschen aus fünf Kontinenten	C	111	
1987	Genossenschaft Selbsthilfegruppen Arbeit, SHG, Basel LETPack Genossenschaft für psychisch kranke Menschen	C	112	
1987	GGG Alterssiedlung Bläsistift	C	33	
1987	Kommission Freizeit für Senioren	A		2007
1988	GGG Stiftung für das Gesundheitswesen	B	102	
1988	Stiftung Höhere Fachschule im Sozialbereich	B	104	1997
1988	Stiftung Basel Lighthouse	B	105	
1988	Krankenfürsorgestiftung der GGG (vormals Basler Höhenklinik in Davos)	B		
1989	«Schwarzer Peter» Verein Gassenarbeit	C	113	
1989	Selbsthilfegruppe Freyzytlaade Werkatelier im Stadthaus	C	114	



1990	Krankenzimmer für Obdachlose (KFO)	A	99	1993
1991	Stiftung Kinderfreund (Sozialwohnungen)	B	105	
1991	Arbeitsgemeinschaft für offene Altershilfe (Agoa)	C	115	1997
1991	Sehbehindertenhilfe Basel	C	116	
1991	Verein Selbsthilfezentrum Hinterhuus Zentrum Selbsthilfe	C	117	1994
1992	Kommission für Zimmervermittlung «Zimmerbörse» für Studierende	A		1994
1992	Interkulturelle Kinder- und Jugendbibliothek «JuKiBu»	C		
1992	Benevol Basel, Zentrum für Freiwilligenarbeit (mit Basler Frauenverein am Heuberg)	A		
1992	Stiftung Melchior (Tagesstätte und Treffpunkt für psychisch Langzeitkranke)	C		
1992	Verein Schule und Elternhaus	C		
1992	Verein für Freiwilligenarbeit, BENEVOL	C		
1993	Besuchsdienst Basel, Verein für Psychosoziale Eingliederung	C		
1993	EIFAM, Alleinerziehende Region Basel Verein Einelternfamilien der Region Basel (EIFAM)	C		
1994	Stiftung zur Förderung der sozialen Wohnungsvermittlung	B		
1994	basel sinfonietta	C		
1994	Verein Zimmerbörse	C		
1994	Collegium Musicum Basel	C		
1994	GAW Gesellschaft für Arbeit und Wohnen	C		
1995	GGG Steuererklärungen	A		
1995	GGG Begleiten Voluntas GGG Voluntas	A		
1995	CO 13 Werkstätten	C		
1995	Elternnotruf	C		
1995	Eulerstrooss nüün E9 Jugend + Kultur	C		
1995	Overall Genossenschaft für integriertes Arbeiten	C		
1996	ge.m.a. Genossenschaft Mensch und Arbeit (vorm. Genossenschaft Bachstube 84)	C		
1996	Verein Gassenküche	C		
1996	GGG Wegweiser	A		
1997	Robi-Spiel-Aktionen Basel (mit pro juventute Basel)	B		
1999	Alzheimervereinigung beider Basel	C		



1999	Schweizerischer Invaliden-Verband, Sektion Basel procap Basel für Menschen mit Handicap	C		
1999	Kontaktstelle für Arbeitslose	C		
2000	Verein MOMO	B		2005
2000	Projekt Infomobil			
2001	Mädchenkantorei Basel	C		
2001	GGG Informationsstelle Integration (Teil der GGG Migration)	A		
2002	educomm Schulpartnerschaften	C		
2002	GGG Help	A		2012
2004	Verein Tischlein deck dich	C		
2004	Verein frau sucht gesundheit (Frauen-Oase)	C		
2005	Begleitete Besuchstage BBT	B		
2005	Stiftung St. Albanstift	B		
2005	GFG Gesellschaft zur Förderung geistig Behinderter in Basel abilia begleiten wohnen leben	C		
2005	GGG Atelierhaus (Froburgstrasse 4)	A		
2005	GGG Benevol	A		
2006	Stiftung Lotse, bildung + arbeit / coaching	C		
2006	Gemeinnützige Stiftung Wohnhilfe	B		
2007	Verein NachbarNET	C		
2008	Arbeitsstube Erika	C		2009
2008	Knabenmusik Basel 1841	C		
2010	Mobile Jugendarbeit Basel	C		
2011	Basler Kindertheater	C		
2012	Stiftung Wohnwerk	C		
2012	Stiftung Lehrbetriebe Basel	C		
2013	GGG Kulturkick	A		
2013	GGG educomm	A		



DIE ORGANISATIONEN DER GGG HEUTE

A-Organisationen	C-Organisationen	
GGG Stadtbibliothek	Tierschutz Beider Basel (TBB)	Gemeinnützige Stiftung Wohnhilfe
GGG Migration	Basler Kindertheater	LBB Lehrbetriebe Basel
GGG Kurse	E9 Jugend & Kultur	LETPACK, Genossenschaft Arbeit für psychisch kranke Menschen
GGG Voluntas	EIFAM, Alleinerziehende Region Basel	
GGG Benevol	Elternhilfe Beider Basel Familienbegleitungen	Overall, Genossenschaft für integriertes Arbeiten, Basel
GGG Wegweiser		
GGG Alterssiedlung Bläsistift	JuAr Basel (Jugendarbeit Basel)	«Schwarzer Peter», Verein für Gassenarbeit
GGG Steuererklärungen	Jukibu, Interkulturelle Bibliothek für Kinder und Jugendliche	Stiftung Lotse
GGG educomm		
GGG Kulturkick	Mobile Jugendarbeit Basel und Riehen	Tischlein Deck Dich
GGG Freizeit	PEB Programm für Elternbildung	Werkatelier im Stadthaus
GGG Neujahrsblatt	Verein für Kinderbetreuung Basel	Wohnwerk
GGG Atelierhaus	Basler Marionetten Theater	K5 Basler Kurszentrum für Menschen aus fünf Kontinenten
	basel sinfonietta	
	Cantate Basel	Kontaktstelle für Arbeitslose
	Collegium Musicum Basel	Neustart
	Knaben- und Mädchenmusik Basel 1841	Procap Nordwestschweiz
	Knabekantorei Basel KKB	Gemeinnütziger Verein für Alterswohnungen
	Mädchenkantorei Basel	
	Stadtposaunenchor Basel	Nachbarnet Basel
	Abilia Basel	Pflanzlandstiftung Basel
	Alzheimervereinigung Beider Basel	
	Christophorus-Schulverein	
B-Organisationen	Diabetesgesellschaft Region Basel (DRGB)	
Stiftung SKB 1809, vormals Sparkasse Basel	Gehörlosen-Fürsorgeverein der Region Basel	
BBT Begleitete Besuchstage Basel-Stadt	GSR Gehörlosen- und Sprachheilschule Riehen	
Lukasstiftung		
Robi-Spiel-Aktionen Basel	Hippotherapie-Zentrum Basel	
Musik-Akademie Basel	Insieme Basel	
Lighthouse Basel	JUFA	
Blindenheim Basel, Stiftung der GGG	Stiftung Rheinleben	
Wohngruppen für Behinderte Kinder, Münchenstein	Rheumaliga Beider Basel	
	Schbehindertenhilfe Basel	
Willy und Carola Zollikofer-Stiftung	Zentrum Selbsthilfe	
Alphons Rosenburger-Stiftung	CO13 Werkstätten	
Stiftung zur Förderung der sozialen Wohnungsvermittlung	Gassenküche Basel	
Johannes Beck-Stiftung	GAW Gesellschaft für Arbeit und Wohnen	
St. Albanstift	GE.M.A., Genossenschaft Mensch und Arbeit	
Surinam-Stiftung		



## MITGLIEDERLISTE

Jahreszahlen	Mitglieder	Freunde der GGG («Passivmitglieder»)	Kollektiv- mitglieder	Paarmitglieder	Total Mitgliederzahlen
1900	1772				
1901	1889				
1902	1975				
1903	2046				
1904	2072				
1905	2062				
1906	2039				
1907	2055				
1908	2025				
1909	2290				
1910	2227				
1911	2155				
1912	2199				
1913	2184				
1914	2118				
1915	2074				
1916	2098				
1917	2125				
1918	2177				
1919	3107				
1920	3465				
1921	3516				
1922	3602				
1923	3619				
1924	3592				
1925	3665				
1926	3725				
1927	3818				
1928	3936				
1929	4015				
1930	4011				
1931	4007				
1932	3951				
1933	3827				
1934	3708				
1935	3557				
1936	3320				
1937	3215				
1938	3163				
1939	3116				
1940	3007				
1941	2875				



Jahreszahlen	Mitglieder	Freunde der GGG («Passivmitglieder»)	Kollektiv- mitglieder	Paarmitglieder	Total Mitgliederzahlen
1942	2880				
1943	2894	504			3398
1944	3292	465			3757
1945	3231	440			3671
1946	3154	418			3572
1947	3099	413			3512
1948	3024	403			3427
1949	3023	362			3385
1950	2952	355			3307
1951	2901	334			3235
1952	3022	311			3333
1953	3125	290			3415
1954	3190	278			3468
1955	3164	260			3424
1956	3211	253			3464
1957	3136	231			3367
1958	Kalenderumstellung				
1959	3064	180			3244
1960	3049	173			3222
1961	29'150.– Fr.	116			
1962	33'810.– Fr.	146			
1963	32'640.– Fr.	152			
1964	33'630.– Fr.	503.– Fr.			
1965	33'653.– Fr.	532.– Fr.			
1966	32'720.– Fr.	102			
1967	37'350.– Fr.	68			
1968	47'640.– Fr.	58			
1969	42'885.– Fr.				
1970	47'975.– Fr.				
1971	50'780.– Fr.				
1972	45'845.– Fr.				
1973	43'464.– Fr.				
1974	47'027.– Fr.				
1975	46'695.– Fr.				
1976	48'853.– Fr.				
1977	79'625.– Fr.				
1978	96'360.– Fr.				
1979	83'910.– Fr.				
1980	78'055.– Fr.				
1981	?				
1982	64'555.– Fr.				
1983	77'377.– Fr.				



Jahreszahlen	Mitglieder	Freunde der GGG («Passivmitglieder»)	Kollektiv- mitglieder	Paarmitglieder	Total Mitgliederzahlen
1984	84'455.– Fr.				
1985	87'936.– Fr.				
1986	79'666.– Fr.				
1987	77'252.– Fr.				
1988	?				
1989	?				
1990	?				
1991	?				
1992	?				
1993	?				
1994	?				
1995	2966		348		3314
1996	2832		323		3155
1997	3393		331		3724
1998	3607		335		3942
1999	3554		326		3880
2000	3520		334		3854
2001	3500		312		3812
2002	3255		301		3556
2003	3550		288		3838
2004	3215		283		3498
2005	3167		273		3440
2006	3147		264		3411
2007	3083		257		3340
2008	3002		259		3261
2009	2894		249		3143
2010	2886		259		3145
2011	2766		249		3015
2012	2746		246		2992
2013	2287		243	414	2944
2014	2244		241	430	2915
2015	2107		235	426	2768

#### Erläuterungen

Angaben zu den Mitgliederzahlen finden sich im Jahresbericht. Von 1961 bis 1987 wurden anstelle der Mitgliederzahlen die einbezahlten Mitgliederbeiträge aufgeführt. Weil diese oft aufgerundet

wurden, lassen sich daraus keine Zahlen ableiten. Von 1988 bis 1994 sind weder Zahlen noch Summen bekannt. In der GGG-Geschäftsstelle sind keine Mitgliederstatistiken für das 20. Jahrhundert erhältlich.



# Bibliografie

## Quellen

### UNGEDRUCKTE QUELLEN

GGG-ARCHIV

00 Statuten

00 Führung 01 Protokolle der Mitgliederversammlungen

00 Führung 02 Protokolle des Vorstands

07 Strategie

53 Entlassene Organisationen

90, Struktur und Arbeit der GGG

SCHWEIZERISCHES WIRTSCHAFTSARCHIV (SWA)

Banken 54: ZEK

Banken 214: RegioBank beider Basel

Institute 460: Stiftung Institut für Sozialpädagogik und Sozialfürsorge

Soziale Institutionen 237: Pestalozzidorf in Trogen.

STAATSARCHIV DES KANTONS BASEL-STADT (StABS)

ED-REG 25d (1) 8-2-5: Schulverein für soziale Berufe Basel

Erziehung B 59 Kinderhorte

JD-REG 1a 8-0-4 (2) 2: Soziale Institutionen

PA 146: Archiv der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen in Basel

PA 878a (1) A 3: Basler Höhenklinik Davos

PD-REG 1c 2 (1) 764: AJZ

PD-REG 4f 13-3 (1) 1 (Interpellationen) Kommunen

UNI-REG 4a 108: Institut für Sozialpädagogik und Sozialfürsorge 1957-67

Vereine und Gesellschaften E 28: Verein Basler Lehtöchterheim

### GEDRUCKTE QUELLEN

Anstösse zur Nacharbeit. Private gemeinnützige Tätigkeit im modernen Sozialstaat. Ein nicht fürs Archiv bestimmter Bericht über die Juubiläumstagung der GGG vom 3./4. Juni 1977 in Basel.

Bruckner, Theophil: Homöopathischer Hausarzt: Anleitung zur Selbstbehandlung nach den Grundsätzen der Lehre Hahnemann's, Leipzig 1870.

Hafen-Isler, Elsa: Kleiner Rückblick einer Einzügerin, in: Jahresbericht der GGG 1968, S. 18 f.

Kim, Werner: I due als Basler dichte ..., Basel 1967.

Schäublin, Johann Jakob: Ueber die Bildung des Volkes für Musik und durch Musik, Basel 1865.

Sprachliche Gleichbehandlung von Frau und Mann in der Gesetzes- und Verwaltungssprache, hg. Schweizerische Bundeskanzlei, Bern 1991.

### MÜNDLICHE QUELLEN

Urs Burckhardt, Dieter Erb, Valerie Gruner-Burckhardt, Daniel Heusler, Niklaus Merz, Anatol Schenker

## Darstellungen

Ammann, Herbert (Hg.): Grenzen-Los! Fokus Gemeinde. Freiwilliges Engagement in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Referate der 2. Internationalen Vernetzungskonferenz 2010 in Rüschlikon, Zürich 2011.

Ammann, Herbert; Hasse, Raimund; Jakobs, Monika; Riemer-Kafka, Gabriela (Hg.): Freiwilligkeit. Ursprünge, Erscheinungsformen, Perspektiven, Zürich 2008.

Barth, Robert (Hg.): «Ungesunde Lesewuth» in Basel. Allgemeine Bibliotheken der GGG, 1807 bis 2007, 195. Neujahrsblatt für das Jahr 2008, herausgegeben von der Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel 2007.

Becher, Jörg: Stiftungen. Von Christoph Merian bis zu den Zolli-Gönnern, in: TagesWoche, 3.2.2012.

Buomberger, Thomas: Helfen als Verpflichtung. Die Hilfsgesellschaft Winterthur 1812-2012, Zürich 2011

Braunschweig, Sabine: Zwischen Kunst und Arbeit. 100 Jahre Schweizerischer Musikerverband, 1914-2014, Zürich 2014.

Braunschweig, Sabine: «Opfer treuer Pflichterfüllung». Der Einsatz des Pflegepersonals bei der Grippeepidemie in Basel 1918 und 1919, in: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde 114 (2014), S. 143-165.

Braunschweig, Sabine: Am Puls der gesellschaftlichen Herausforderungen. 40 Jahre FoyersBasel, Verein pädagogisch-therapeutischer Institutionen für weibliche Jugendliche 1973-2013, Basel 2013.

Braunschweig, Sabine: Vom Blaukreuzhaus zum Hotel Rochat, 1899-1999, Basel 1999.

Braunschweig, Sabine; Meier, Martin: Der Aufbruch ins Industriezeitalter, in: Leben in Kleinbasel 1392/1892/1992, Basel 1992, S. 52-130.

Braunschweig, Sabine: Tuberkulose – die Proletarierseuche, in: Medizinhistorisches Institut der Universität Bern (Hg.): Kranksein, Pflegen, Heilen in Bern vom Mittelalter bis heute, Bern 1991, S. 21-24.

d'Aujourd'hui, Rolf, Helmig, Guido: Der Reischacherhof – eine archäologische Fundgrube. Erste Grabungsergebnisse und deren Bedeutung für die Frühgeschichte Basels, in: Basler Stadtbuch, 1977, S. 119-132.

Degen, Bernard; Maeder, Pascal (Hg.): Breite-Lehenmatt. Historischer Rundgang durch ein junges Basler Quartier, Basel 2011 (im Auftrag des Neutralen Quartiervereins Breite-Lehenmatt, Basel).

Degen, Bernard: Das Basel der andern. Geschichte der Basler Gewerkschaftsbewegung, Basel 1986.

Erlach, Alexander: Die Geschichte der Homöopathie in der Schweiz 1827-1971, Stuttgart 2009.

Eugster, Timm: 60 Jahre Jugendarbeit – Chronik der Basler Freizeitaktion, in: INFO der BFA 10, Oktober 2003.

Farago, Peter; Ammann, Herbert (Hg.): Monetarisierung der Freiwilligkeit. Referate und Zusammenfassungen der 5. Tagung der Europäischen Freiwilligenuniversität vom 30. bis 31.5.2005 in Luzern, Zürich 2006.

Freundlieb, Niggi: Die Ärztin und Verlegerin Ruth Ludwig-Hagemann ist neue GGG-Delegierte, Interview, in: Geschäftsführer 4 (2010), S. 44-46.

Grunder, Hans-Ulrich: Jugendherbergen, in: HLS, <http://www.hls-dhs-dss.ch> (4.5.2015).

Hilty, Anne-Lise: Die Geschichte der GGG Stadtbibliothek zum 200-Jahr-Jubiläum, Manuskript, Basel 2007.



125 Jahre Christoph Merian Stiftung, Basel 2011.

Hungerbühler, Oliver: Eine Schule macht Schule. In 130 Jahren von der Frauenarbeitsschule zur Berufsfachschule Basel, 191. Neujahrsblatt, herausgegeben von der Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige, Basel 2012.

Janner, Sara: GGG 1777–1914. Basler Stadtgeschichte im Spiegel der «Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige», 193. und 194. Neujahrsblatt für die Jahre 2015/2016, herausgegeben von der Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige, Basel 2015.

Janner, Sara: Mögen Sie Vereine bilden ...: Frauen und Frauenvereine in Basel im 19. Jahrhundert, in: 173. Neujahrsblatt für das Jahr 1966, herausgegeben von der Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige, Basel 1995.

K., J.: Dr. med. Edwin Scheidegger zum Gedenken, in: NZ, 25.1.1949.

Kaufmann, Brigitta: educomm Schulpartnerschaften, in: Jahresbericht der GGG 2006, S. 83.

Knoepfli, Adrian: 200 Jahre wohltätig und erfolgreich. Ersparniskasse und Hilfsgesellschaft Schaffhausen, Schleithelm 2017.

Knoepfli, Adrian: Von «wohlthätigen Menschenfreunden» gegründet. 200 Jahre Gemeinnützige Gesellschaft Schaffhausen, 1810–2010, in: Schaffhauser Beiträge zur Geschichte 82/83 (2010), S. 9–113.

Lieb, Fritz: Dr. med. Edwin Scheidegger-Wüthrich †, in Nationalzeitung, 31.1.1947.

Merian Iselin (ck): Geschichte, Basel, Juni 2013 (unveröffentlichte Chronologie).

Morgenthaler, Felix: Von Medici und Chirurgen, Zahnärzten, Oculisten, Quacksalbern und Andreas Hess. Heilberufe in Basel im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts, Basel 1987 (unveröffentlichte Lizentiatsarbeit).

Muschter, Christian: Musikleben in Basel, hg. von der GGG, Basel 1982.

Oesch, Hans: Die Musik-Akademie der Stadt Basel. Festschrift zum hundertjährigen Bestehen der Musikschule Basel 1867–1967, Basel 1967.

Patria, Schweizerische Lebensversicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit (Hg.): Patria – 1878–1978: Panorama eines Jahrhunderts Lebensversicherung, Basel 1978.

Piñero, Esteban: Die Einordnung der Zukunft. Zur Gründung der Schule für Sozialarbeit Basel (1962–1971), Basel 2009.

Portmann, Adolf; Arioli, Richard: Gärten, Menschen, Spiele, Basel 1960 (Fotos von Paul und Esther Merkle).

Roth, Paul: 150 Jahre Zinstragende Ersparniskasse in Basel, 1809–1959. Denkschrift im Auftrag der Verwaltungskommission, Basel 1959.

Schneider, Rosmarie: Keine Zeit, freie Zeit, gespendete Zeit. BE-NEVOL, in: Basler Stadtbuch 1993, Basel 1994, S. 76–78.

Schumacher, Beatrice: Freiwillig verpflichtet. Gemeinnütziges Denken und Handeln in der Schweiz seit 1800, Zürich 2010 (herausgegeben von der SGG)

Schürch, Franziska; Koellreuter, Isabel: Heiner Koechlin (1918–1996). Porträt eines Basler Anarchisten, Basel 2013.

Siegfried, Paul: Geschichte der Gemeinnützigen Gesellschaft in Basel von 1777–1926. Festschrift zur 150. Stiftungsfeier, Basel 1927.

Skenderovic, Damir: Fremdenfeindlichkeit, in: HLS: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D16529.php> (21.4.2016).

Spiess, Otto: Die Anfänge der Patria, Basel 1953 (Separatdruck aus der Festschrift zum 75jährigen Jubiläum der PATRIA).

Stachelin, Walter: Der Zeit voraus, dem Staat voraus. Zur Zweihundertjahrfeier der Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel, 155. Neujahrsblatt, herausgegeben von der Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel 1977.

Stockar, Conrad: Verrechnungssteuer, in: HLS, <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D26202.php> (11.2.2016).

Traunmüller, Richard; Stadelmann-Steffen, Isabelle; Ackermann, Kathrin; Freitag, Markus: Zivilgesellschaft in der Schweiz. Analysen zum Vereinsengagement auf lokaler Ebene, Zürich 2012.

Tréfas, David: Die Kaserne in Basel. Der Bau und seine Geschichte, Basel 2012.

Tschan, Patrick: Im Spiegel der einfachen Seelen, in: Einblick 15, April 2015, S. 4–7.

tz: Umstrittene Judi-Fusion, in: Arbeiter-Zeitung, 27.8.1982.

Virchow, Christian: Neue medizinische Entwicklungen in Davos, in: Halter, Ernst (Hg.): Davos. Profil eines Phänomens, Zürich 1994, S. 187–195.

von Schnurbein, Georg; Wiederkehr, Daniel; Ammann, Herbst (Hg.): Freiwilligenarbeit zwischen Freiheit und Professionalisierung. Tagungsband der 6. Europäischen Freiwilligenuniversität vom 31. August bis 3. September 2011 in Basel, Zürich 2013.

Vuilleumier, Marc: Ausländer, in: HLS: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D10384.php> (21.4.2016).

Wicki, Monika T.; Meier, Simon: Anders begabt und freiwillig engagiert! Empfehlungen zur Unterstützung des freiwilligen Engagements von Erwachsenen mit intellektuellen Beeinträchtigungen, Zürich 2014

Wohlthat, Martina (Hg.): Festschrift 150 Jahre Musik-Akademie Basel 1867–2017, Basel 2017 (in Vorbereitung).

10 Jahre basel sinfonietta, hg. basel sinfonietta, Basel o. J. [1990].

## Webseiten

Basler Chronik, [www.baslerchronik.ch](http://www.baslerchronik.ch) (7.5.2015).

CEPS, <https://ceps.unibas.ch/ueber-das-ceps/> (25.11.2015).

Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel (GGG), <http://www.ggg-basel.ch/>.

Historisches Lexikon der Schweiz, [www.hls-dhs-dss.ch](http://www.hls-dhs-dss.ch) (21.4.2016).

NachbarNet, [www.nachbarnet.net](http://www.nachbarnet.net) (13.6.2016).

Prix schappo, [www.schappo.bs.ch](http://www.schappo.bs.ch) (4.12.2015).

Urban Agricultural Netz Basel, [www.urbanagriculturebasel.ch](http://www.urbanagriculturebasel.ch) (6.5.2015).

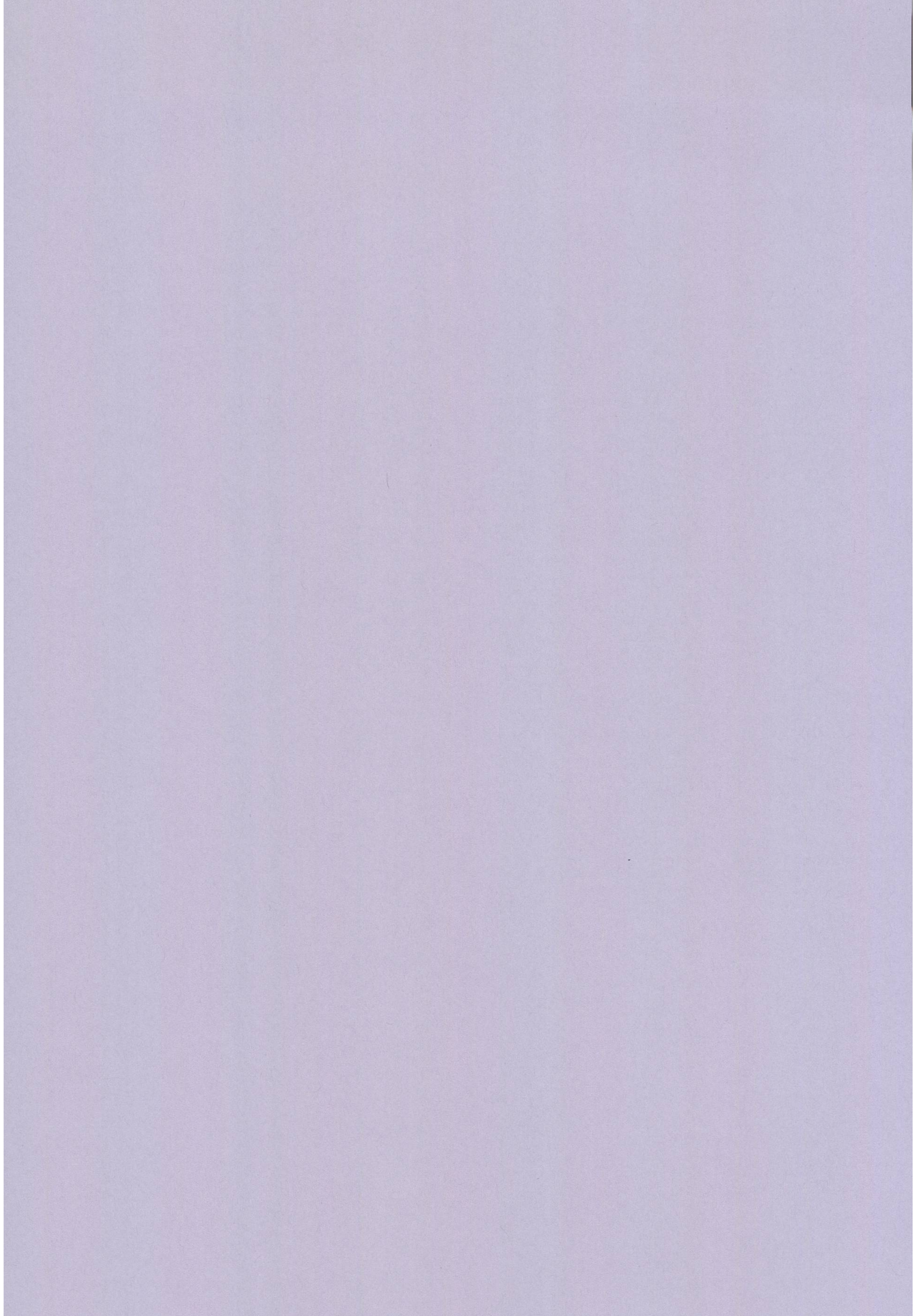
Zürcher Gemeinschaftszentren, [www.gz-zh.ch](http://www.gz-zh.ch) (12.5.2015).



# Bildnachweis

- Abb. 1 StABS: Neg. 9834; Fotoarchiv Wolf  
Abb. 2 StABS: BSL 1013 1-18 1; Hans Bertolf  
Abb. 3 StABS: Neg. 9836; Fotoarchiv Wolf  
Abb. 4 StABS: PA 146 C 11.3  
Abb. 5 StABS: PA 146 B 22,d  
Abb. 6 StABS: PA 146a C 11.4 3; Photos Schnetz  
Abb. 7 StABS: PA 146a C 11.4 4; Photos Schnetz  
Abb. 8 StABS: PA 146a C 11.4 2; Photos Schnetz  
Abb. 9 Privatbesitz; Fotograf Urs Preisig  
Abb. 10 StABS: BSL 1013 1-6046 1; Hans Bertolf  
Abb. 11 GGG-Archiv; Heinrich Barz; fotografiert von Christoph Läser  
Abb. 12 Privatbesitz; Fotograf Urs Preisig  
Abb. 13 Schweizerisches Wirtschaftsarchiv (SWA), Banken 54. Dokumentensammlung.  
Abb. 14 150 Jahre Zinstragende Ersparniskasse in Basel, 1809 – 1959, Basel 1959, S. 64a; Foto Löhndorf  
Abb. 15 SWA, Banken 54, Dokumentensammlung, Basler Nachrichten, 23.9.1966  
Abb. 16 Privatbesitz; Fotograf Urs Preisig  
Abb. 17 StABS: Neg A 4538, Fotograf unbekannt  
Abb. 18 Archiv der GGG Stadtbibliothek, Fotograf unbekannt  
Abb. 19 Archiv der GGG Stadtbibliothek, Fotograf unbekannt  
Abb. 20 StABS: Neg. 3288; Fotoarchiv Wolf  
Abb. 21 StABS: PA 878a A F 7 (1), Fotograf unbekannt  
Abb. 22 StABS: PA 878a A 4 (1) 1, Fotograf unbekannt  
Abb. 23 StABS: PA 878a A 4 (1) 2, Fotograf unbekannt  
Abb. 24 StABS: PA 878a A 4 (1) 5, Fotograf unbekannt  
Abb. 25 StABS: BSL 1013 1-3917 1; Hans Bertolf  
Abb. 26 Archiv CMV; Wilhelm Ochs  
Abb. 27 Privatbesitz, Fotograf unbekannt  
Abb. 28 Privatbesitz, Fotograf unbekannt  
Abb. 29 Privatbesitz, Fotograf unbekannt  
Abb. 30 StABS: BSL 1013 1-3400 1; Hans Bertolf  
Abb. 31 StABS: BSL 1013 1-5411 1; Hans Bertolf  
Abb. 32 Schweizerisches Sozialarchiv: SOZARCH Ar 56.25.11 Progressive Organisationen Basel: Flugblätter 1968–1975  
Abb. 33 Archiv der GGG Migration, Jahresbericht 1971, Fotograf unbekannt  
Abb. 34 Archiv der GGG Migration, CIBA-Blätter 1968, Fotograf unbekannt  
Abb. 35 StABS: NEG A 3973; Fotograf unbekannt  
Abb. 36 StABS: PA 1161a G; Modell des Architekten Martin H. Burckhardt  
Abb. 37 StABS: BSL 1013 1-3787 1; Hans Bertolf  
Abb. 38 StABS: BSL 1013 1-3787 2; Hans Bertolf  
Abb. 39 StABS: NEG\_07974; Fotoarchiv Wolf







# Personenregister

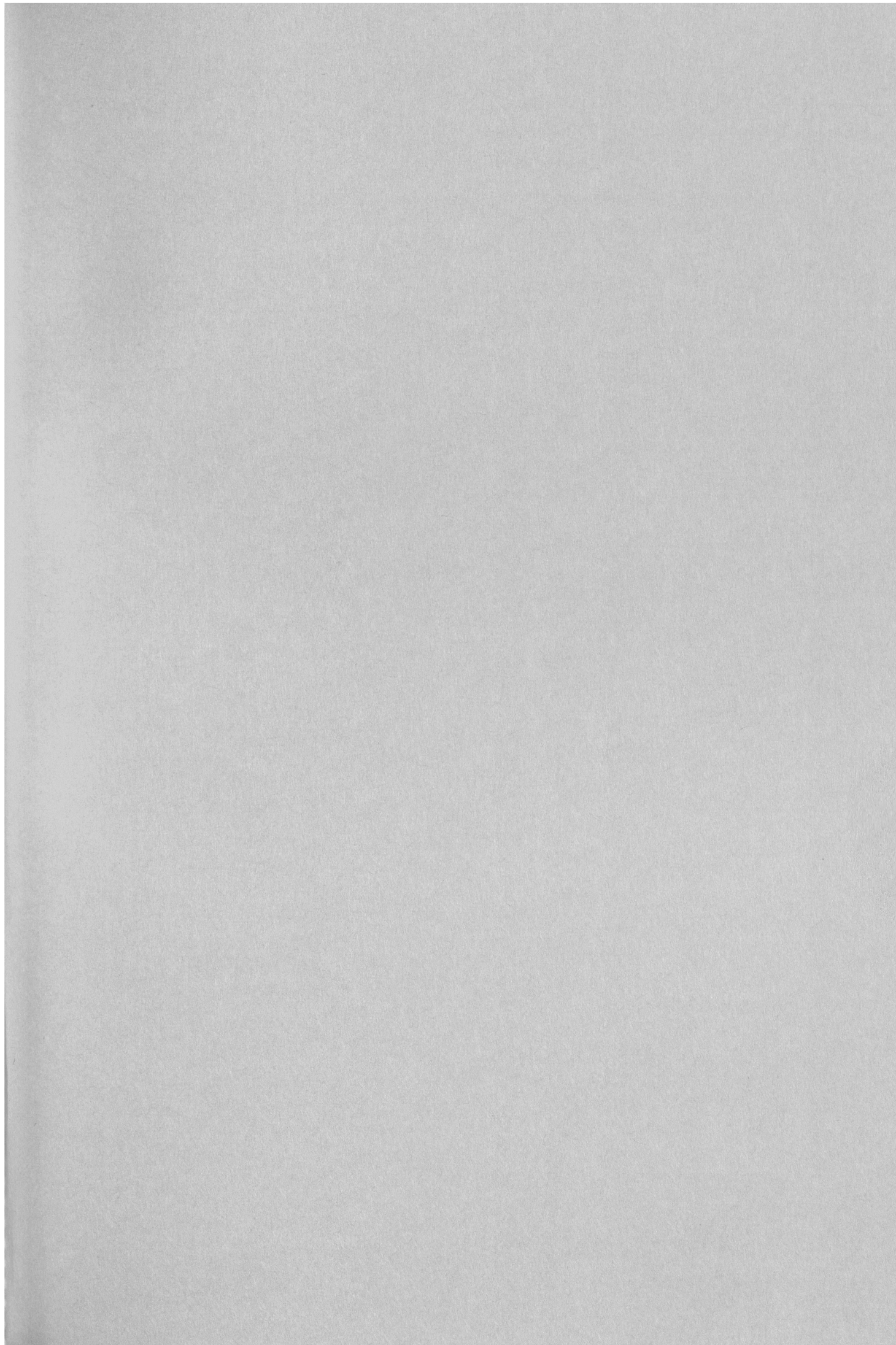
Nur bei verstorbenen Personen wurden Geburts- und Todesjahr angegeben; allerdings konnten nicht bei allen Personen die Lebensdaten cruiert werden.

- Alioth-Vondermühl Manfred (1874–1935) 24  
Amsler Walter 155  
Arioli Richard (1905–1994) 190  
Arndt Carola 61, 109  
Bachmann-Kundert Ruedi und Judith 73  
Bäumli Franz (1911–2008) 42, 53, 57  
Barz Heinrich 79  
Baumann-Zemp Roger 31, 178–179  
Becher Jörg 94  
Berger Paul 178  
Bider Max 191  
Bischoff Nico (1928–1987) 47–52  
Bischoff Nicolas C. G. (1893–1962) 185  
Bissegger Alfred 29  
Boller Ermanno (1908–1981) 154  
Bornhauser Rudolf 92–93  
Bossart Fritz 178  
Bourcart Charles-Daniel (1860–1940) 148  
Brändlin Gustav (1857–) 126  
Braune-Krickau Michael 57  
Breitenstein Friedrich 130  
Brenner-Eglinger Hans (1873–1959) 21–22  
Brenner-Reich Wilhelm (1875–1960) 125  
Bruckner Theophil (1821–1896) 136  
Bruckner Wilhelm (1870–1952) 136, 139  
Buchmann Christian (1858–1935) 21, 26, 38, 59  
Burckhardt-Vischer Carl Felix Wilhelm (1855–1920) 15–16, 19  
Burckhardt Felix alias Blasius (1906–1992) 101  
Burckhardt Jacob (1818–1897) 49  
Burckhardt-Henrici Martin H. (1921–2007) 28, 183, 186  
Burckhardt-Heusler Peter (1899–1985) 29, 165  
Burckhardt Urs 68, 75, 109, 197  
Christen J. Peter (1916–1996) 54, 55, 57  
De Bary-Staehelin Hans 26  
Depierre Georges 196  
Dilitz Paul 73  
Donner Fritz (1896–1979) 141  
Dreifuss Ruth 131  
Ebi Fritz (1889–1961) 183  
Egeler Ernst (1908–1978) 25  
Engelmann Theodor (1851–1931) 136  
Erb Dieter 59, 76, 78  
Fahrländer-Lüssy Marlies 47  
Felber Peter 75  
Feld Sigrid 55, 61, 109  
Fischer Alex 56  
Fitz-Gerald Mark 196  
Flury Rudolf 141  
Fornallaz Monique 196  
Freyvogel Thierry A. 42, 47–48, 54  
Frisch Max (1911–1991) 177  
Füglistaller Dieter B. 105  
Fürstenberger Markus (1929–2014) 119  
Gautschi Marianne 25  
Geerk Frank (1946–2008) 42  
Gelzer Bernhard 33  
Gigon Marguerite (1914–2000) 129–131  
Greub Markus 142  
Grossmann-Koechlin Gustav (1917–1967) 27, 30, 127  
Grubenmann Albert 136  
Gruner-Burckhardt Valerie 28–29, 30, 31, 38, 101  
Haering-Häring Rudolf 101  
Hafen-Isler Elsa (1903–1990) 91  
Hahnemann Samuel (1755–1843) 135, 141  
Hartmann-Allgöwer Anna Regula 62  
Hauser Franz (1915–1986) 172  
Hauser Fritz (1884–1941) 126–127  
Hauswirth-Schütt F. 178  
Henze Hans Werner (1926–2012) 196  
Herlan-Mansbendel Sophie 93  
Hermann-Isenegger Eugen und Hulda 158  
Herzog Edibert 119  
Hess Franz 31–33  
Heusler Daniel 36, 48, 54, 57–58, 61, 75, 105, 109, 129, 131  
Heusler-Hoffmann Rudolf (1894–1973) 27  
Hilty Anne-Lise 121–122  
His-Schlumberger Eduard (1886–1948) 23  
Hodel-Spoerri Fritz (1893–1953) 27–28  
Hofer-Baur Robert (1891–1983) 190  
Hoffmann Karl 36  
Holzach Ferdinand (1869–1942) 125–126  
Hornstein Werner 109  
Hummel-Leiber Emil 93  
Iselin Isaak (1728–1782) 15, 22–23, 42–43, 49, 65, 75  
Iselin-Mylius Felix Emmanuel (1914–1986) 42  
Iselin Rudolf (1843–1918) 15, 90  
Itin Johanna und Treumund E. 73  
Janner Sara 10, 12, 110  
Jenny Joël 196  
Jenny Kurt (1931–2004) 107, 177  
Joray René 40, 47  
Joset Pierre 152  
Kaufmann Brigitta 133–134  
Kelterborn Gustav (1841–1908) 143–144  
Kelterborn Julius (1857–1915) 143–144  
Kim Werner (1917–2010) 100, 101–102, 105  
Koechlin-von Orelli Eduard (1883–1964) 162  
Koechlin-von Orelli Helene (1887–1973) 162  
Koechlin-Ryhiner Hartmann (1893–1962) 26  
Koechlin Tom 109  
Konecny Nina 196  
König-Hagenbuch Ernst (1871–1955) 188–189  
Kündig-Koechlin Rudolf (1857–1923) 16–17  
Kunz Alfred (1922–2012) 48  
Kunz Caroline 148  
La Roche-Freivogel Robert (1877–1946) 87–88, 90–91  
Leimbacher Elise 148  
Leisinger Carl 139  
Leupold Rudolf 158  
Linde Hans Martin 42  
Linder Marietta 160  
Linder Ruedi 196  
Loeliger-Butscher Jeanne (1928–2014) 38, 46, 57  
Lotz Theophil (1842–1908) 136  
Ludwig-Hagemann Ruth 77  
Maag H. U. 178



Maag Urs 130  
 Mayor-Flury Maya (1912–2012) 29  
 Meier Andreas 120  
 Meier-Meyer Hans (1916–2003) 28–29, 38, 110  
 Merian-Iselin Adèle (Adelheid) (1827–1901) 135–137, 139–141  
 Merian-Burckhardt Margaretha (1806–1886) 110  
 Merian-Burckhardt Christoph (1800–1858) 108  
 Merz Niklaus 58, 61, 108–110, 159  
 Metz Gerhard 75, 77  
 Meyer-Lieb Paul (1854–1938) 26  
 Meyer Werner 56, 102, 116, 200  
 Mez Adam (1869–1917) 39  
 Mez Christian-Adam (1906–2003) 39–40, 54–55  
 Miescher-Schären Peter R. (1908–1986) 27  
 Moor Dieter 47  
 Müller Hans 90–91  
 Neidhart Paul (1920–2007) 43  
 Nidecker Thomas 196  
 Nienhaus Eugen 144  
 Oeri Hans Georg (1916–2005) 22  
 Oesch Hans (1926–1992) 128  
 Oettli Heinrich (1848–?) 92  
 Oettli Johann Jakob 92  
 Paultetto Kurt 35  
 Pfister Beni 73  
 Pirovino Markus 109  
 Pohl Lorena 61, 109  
 Popitz Heinrich (1925–2002) 31  
 Preisig Urs 109  
 Preiswerk Rolf 166  
 Reinhardt-Strahm Friedrich 93  
 Reischach, Dietrich Graf von 43  
 Reisdorf Ruedi 42  
 Rickenbach Walter (1904–1994) 178  
 Riggenbach Lucas (1875–1932) 18  
 Riggenbach Rudolf (1882–1961) 39  
 Ritz Rudolf 107, 109  
 Rohde Urs 47  
 Roth Paul (1896–1961) 101  
 Rütimeyer Wilhelm (1887–1975) 24, 26  
 Sacher Paul (1906–1999) 128  
 Sarasin-Alioth Peter (1870–1955) 19  
 Saudan Victor 133  
 Schaffner Martin 48  
 Schai Peter 48  
 Scherer Victor Emil (1881–1941) 126  
 Scheidegger Edwin (1867–1949) 138–141  
 Scheidegger-Wüthrich Edwin (1894–1947) 141  
 Scheidegger Walther (1896–1975) 141  
 Schenker Anatol 120  
 Schiess Christian 196  
 Schill Eduard (1863–1935) 189  
 Schmid-Stürm Bernadette 109  
 Schmid-Chastang Jacqueline 56  
 Schneider Arnold (1920–1992) 42, 185  
 Schneider Rosmarie 72  
 Schöni-Häfeli Paul (1939–2004) 73  
 Schönmann-Hodel Elisabeth (1924–2007) 186  
 Schreier Barbara 73  
 Schultze-Wenk Wilhelm (1899–1957) 25  
 Schumacher Werner M. 108  
 Sieber Eduard (1896–1977) 191–192  
 Siegrist Albert (1834–1906) 136  
 Siegrist Franz Josef (1795–1840) 135  
 Speiser-Sarasin Paul (1846–1935) 38  
 Stachelin Ernst 109  
 Stachelin-von Salis Theodor (1875–1953) 16, 18–19  
 Stachelin Walter (1908–1988) 46  
 Stalder-Bachmann Verena 109  
 Staub-Sarasin Beatrice 31, 34  
 Stebler Hans (1924–1994) 185  
 Stocker Beth und Ernst 43  
 Stocker Otto (1871–1954) 157–158  
 Stockmeyer Karl (1857–1927) 21  
 Stricker-Beerli Karl (1907–1969) 178  
 Striebel Hans-Rudolf 197  
 Strub Walter (1882–1938) 126  
 Treu-Neukomm Ludwig (1851–1921) 18, 96  
 Tschan Patrick 76  
 Tschichold Jan (1902–1974) 35  
 Tschopp Jakob (1937–2013) 73  
 Ulbrich Markus 42  
 Veraguth Elisabeth 162  
 Vischer-Iselin Wilhelm (1861–1928) 19, 126  
 Vogel-Sarasin Robert (1869–1956) 148  
 Vogel Vally 73  
 von Orelli Mathilde (1891–1983) 162  
 Wagner-Rupe Hans (1903–1983) 93  
 Wallimann Isidor 71  
 Wamister Emil 47  
 Wegmann Martin 105  
 Weiland Peter 43  
 Weiss Philipp 78, 109  
 Wild Albert 15  
 Wullschleger Max (1910–2004) 126, 183  
 Wyss Edmund (1916–2002) 185  
 Wyss Olivier 73  
 Wyss Paul 47  
 Zeugin Alfred 47  
 Zihlmann Alfred 130







# Impressum

Copyright © 2016 Schwabe AG, Verlag, Basel

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Das Werk einschliesslich seiner Teile darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in keiner Form reproduziert oder elektronisch verarbeitet, vervielfältigt, zugänglich gemacht oder verbreitet werden.

Copyright © 2016 Fotografien/Abbildungen: vgl. Abbildungsnachweis

Gestaltung und Satz: Claudiabasel

Schrift: Genath

Papier: Daunendruck White, Image Coloraction Tundra/Lavendel

Gesamtherstellung: Schwabe AG, Muttenz/Basel, Schweiz

Printed in Switzerland

ISBN 978-3-7965-3661-8

[rights@schwabe.ch](mailto:rights@schwabe.ch)

[www.schwabeverlag.ch](http://www.schwabeverlag.ch)



Die Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige war auch im 20. Jahrhundert fest in Basel verankert: Ob Merian-Iselin-Spital oder Patria-Versicherung, Lehrtöchterheim, Ausländerberatung oder Schülergärten – die GGG griff stets aktuelle Themen auf und unterstützte wegweisende Projekte im Bildungs-, Gesundheits-, Kultur- und Sozialbereich. Dabei passte sie sich und ihre Aktivitäten immer wieder den neuen Bedürfnissen an, denn «Tradition ist Weitergabe der Flamme, nicht der Asche».

Schwabe Verlag Basel  
ISBN 978-3-7965-3661-8